

R e d e n

der

Verfassungstreuen Patrioten

in den

bayerischen Kammern

über die

Verfallener Verträge.

Betreu nach den stenographischen Berichten

nebst

Vorwort und Anhang.

Dem bayerischen Volke gewidmet

von

einem Patrioten.

München, 1871.

In Commission von Paul Zippereu.

„Unverzagt! die Lüge der Zeit muß vergehen,
die Wahrheit allein ist ewig.“

Mö h l e r.

V o r w o r t.

Als die Treue, all der Mannesmuth, womit der Kern des bayerischen Volkes den schweren Kampf gekämpft für seines Heimathlandes und seines Königshauses Unabhängigkeit, hat nicht abzuwenden vermocht, daß das bisher souveräne Königreich Bayern thatsächlich ein Unterthanenland der Krone Preußen geworden ist. Kurzsichtige Schwäche hier, rücksichtsloser Machtgebrauch dort, haben zusammengewirkt, daß es so gekommen, wie es gekommen. In so trüber Zeit gereicht dem bekümmerten Gemüthe zu Trost und Erhebung die Erinnerung an Wirken und Wort jener Männer, die Charakterfest und unbeirrt ausgeharrt haben bis zum letzten Augenblicke in der Vertheidigung derjenigen Rechte und Freiheiten, zu deren Schutze sie sich dem Volke gegenüber feierlich und bedingungslos verpflichtet hatten. Darum glaubten wir, in einer Sammlung der Reden, welche von unseren edlen Vorkämpfern während des letzten Entscheidungskampfes auf dem Landtage zur Abwehr des nun Erfolgten gehalten worden sind, dem bayerischen Volke eine willkommene Gabe zu bieten. Das Buch sei zugleich auch ein Ehren Denkmal für jene Männer, und es lege für immerdar

IV

zum Ruhme unseres Volksstammes, zum leuchtenden Vorbild für kommende Geschlechter, Zeugniß dafür ab, daß in einer Zeit der Grundlosigkeit, der Verzagttheit, der Erfolgs-Anbeterei und des Wankelmuthes auf dem letzten vollwichtigen Landtage Bayerns, eine Schaar von Männern fest, treu und klaren Blickes gehalten hat an den über dem Wandel der Zeiten und Meinungen erhabenen Grundsätzen „der Ehre, des Rechtes und der Freiheit“.

M ü n c h e n im März 1871.

Der Herausgeber.

I

Rede des Freiherrn zu Franckenstein in der Kammer der Reichsräthe

über

die Versailler Verträge,

gehalten am 30. Dezember 1870.



Meine Höhen Herren! Da ich das einzige Mitglied der vereinigten Ausschüsse war, welches nicht für den Antrag des Herrn Referenten stimmte, glaube ich es Ihnen und mir schuldig zu sein, die Gründe zu entwickeln, welche mein negatives Botum veranlaßt haben.

Mit der Beurtheilung der Verträge, wie Sie solche in dem Vortrage unseres geehrten Herrn Referenten finden, bin ich größtentheils einverstanden. Auch ich finde, daß der größte Theil der bayerischen Souveränitätsrechte durch die Verträge verloren geht, namentlich dadurch, daß der neue deutsche Kaiser das Recht der völkerrechtlichen Vertretung, das Recht über Krieg und Frieden für das neue deutsche Reich erwirbt. Ich weiß, ich habe in den Verträgen gelesen, daß, um einen Offensivkrieg zu erklären, der deutsche Kaiser die Mehrheit des Bundesrathes für sich haben muß. Ich weiß, daß der Krone Bayern das Gesandtschaftsrecht auch ferner verbleibt. Auf dieses Recht lege ich aber wenig Werth. Das Stimmenverhältniß im Bundesrathe ist derartig, daß Preußen wohl in allen Fragen, an welchen ihm wirklich etwas gelegen ist, sicher auf die Mehrheit des Bundesrathes rechnen kann.

Das Gesandtschaftsrecht, dieses kostspielige Recht, ist uns allerdings geblieben; aber wozu? Dasjenige, was

unsere Gesandten uns berichten können, werden wir durch den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der in Berlin etablirt werden soll, erfahren, und das halte ich doch für unmöglich, daß, wenn die Verträge angenommen sind, die bayerischen Gesandten andere Instructionen erhalten werden, als die Reichsgesandten. Auch ist mir aufgefallen, daß, während das Gesandtschaftsrecht belassen wurde, das Recht, Consuln zu ernennen, genommen worden ist; und gerade darauf hätte ich Werth gelegt, daß durch bayerische Consuln die bayerische Industrie im Auslande hätte geschützt werden können.

Soviel von der Schädigung der Souveränitätsrechte.

Nicht minder sollen die bayerischen Volksrechte geschädiget werden. Vor Allem muß ich hervorheben, daß das Geldbewilligungsrecht wesentlich dadurch gemindert wird, daß wir durch den Vertrag die Verpflichtung übernehmen, ein Procent der Bevölkerung in Friedenszeiten bei den Fahnen zu haben und per Mann jährlich 225 Thaler für Kriegszwecke auszugeben.

Meine Hohen Herren! Diese Bestimmung des Vertrags ist nicht wie viele andere durch ein Bundesgesetz abänderbar, sondern diese Bestimmung kann erst modifizirt werden, wenn Preußen, die Präjudicialmacht, der Aenderung zustimmt, und daß das in nächster und naher Zeit geschehen wird, glaube ich nie und nimmermehr.

Wir haben uns Alle gefreut, aus den Verträgen zu entnehmen, daß der Malzausschlag unserem Lande vorerst erhalten bleibt und mit ihm die Basis der Tilgung und Verzinsung der älteren Staatsschuld. Aber, meine Hohen Herren, lesen Sie den zweiten Absatz des Artikels 35 und Sie werden finden, daß Bayern, Württemberg und Baden bestrebt zu sein versprechen, eine übereinstimmende Besteuerung auch dieses Gegenstandes zu erlangen; also der Weg ist schon quasi angedeutet, auf welchem diese für uns so wichtige Steuer für uns verloren gehen wird. Aehnliche Verluste hat auch das bayerische Volk an dem Rechte erlitten, an der Gesetzgebung Theil zu nehmen. Es ist vielleicht nicht anders ausführbar gewesen, aber es ist Thatsache, daß die Bundesgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Nun wollen die

Hohen Herren aber die große Masse von Gesetzen gefälligst lesen, welche im Artikel 79 stehen. Es ist mir bekannt, vorerst sind diese sämtlichen Gesetze mit Ausnahme des Reichstagswahlgesetzes für uns nicht bindend, es genügt aber ein einfaches Bundesgesetz, um uns diese ganze Fluth von Gesetzen zu geben. Meine Hohen Herren, ich frage: Findet sich hier in diesem Saale ein Einziger, welcher alle diese Gesetze, die der Artikel 79 auführt, kennt, ist Einer unter uns, welcher weiß, ob eines oder das andere dieser Gesetze nicht Bestimmungen enthält, die für unsere Verhältnisse, für unser Volk gar nicht passen?

Ich glaube, ich werde eine verneinende Antwort erhalten. Wie gesagt, darin war der ganze Ausschuß mit dem Herrn Referenten einverstanden, daß die Bayern durch die Verträge auferlegten Opfer als jedes billige Maß übersteigend dargethan werden.

Es fragt sich nun, warum, wenn Alle die Opfer so exorbitant finden, wenn Alle einsehen, daß die Rechte der Krone, die Rechte des Volkes so wesentlich geschmälert werden, warum drängt man, die Verträge anzunehmen?

Man sagt, durch die Annahme der Verträge wird die deutsche Einheit besiegelt.

Man sagt, nachdem Baden und Württemberg in den deutschen Bund getreten sind, können wir Bayern nicht außerhalb des Bundes bleiben; wir befänden uns sonst in einer isolirten Stellung; ja man sagt weiter, wenn Bayern auch vorerst wie bisher bestehen kann, wenn man diese Möglichkeit auch zugeben will, es kommt bald das Jahr 1877; dann hört der jetzige Zollvereinsvertrag auf, dann werden wir mit Hohn gezwungen werden, ohne alle Bedingung in den Bund einzutreten. Meine Hohen Herren, auch ich habe von Jugend auf warm für die deutsche Einheit gefühlt, ich dachte mir aber die deutsche Einheit anders, als so, wie wir sie durch diese Verträge aufbauen sollen.

Ich dachte, nicht die deutsche Einheit mit der einzigen Basis eines unermeslich großen Heeres, sondern ich dachte mir sie allerdings stark nach Außen, aber frei nach Innen. Das ist meine innigste Ueberzeugung, ein Staat, eine Föderation, der es an der Freiheit, an der

Möglichkeit freier Entwicklung fehlt, hat keine Zukunft.

Ich weiß sehr wohl, daß die Partei, welche seit 1848 dem Ziele zusteuert, vor dem wir zur Zeit stehen, auf ihre Fahne geschrieben hat: „Durch Einheit zur Freiheit.“ Ja, meine Hohen Herren, das ist mir wohl bekannt; diese Freiheit aber und die Wege, die zu dieser Freiheit führen, sind nicht die meinigen und wohl auch nicht die Ihrigen.

Was die Ansicht betrifft, daß Bayern, nachdem Württemberg und Baden in den deutschen Bund eingetreten sind, sich in seiner isolirten Stellung nicht halten könne, kann ich versichern, daß sie mir absolut unverständlich ist; Bayern, ein Land mit einer Bevölkerung von nahezu 5 Millionen Seelen, ein Land durch seinen Reichthum berühmt, ein Land mit geschonter Steuerkraft wie nicht leicht ein anderes, ein Land mit vollständig geordneten Finanzen, das soll unfähig sein, für sich fortzubestehen?

Ich glaube, wenn ein Land, welches Eigenschaften wie Bayern hat, nur das Selbstbewußtsein hegt, das nothwendig ist, dann braucht sich daselbe nicht zu fürchten; allerdings fehlt das Selbstbewußtsein, dann steht es schlimm um das arme Land.

Was die Besürchtung betrifft, daß wir im Jahre 1877 gezwungen werden, unter dem schallenden Gelächter der Bundesgenossen ohne alle Bedingung in den Bund einzutreten, bin ich ganz anderer Ansicht.

Ich glaube nicht und werde es nimmermehr glauben, daß unser mächtiger norddeutscher Alliirter, an dessen Seite wir unsere Fahnen siegreich an die Ufer der Loire und Seine getragen haben, uns je zwingen wird, unsere Unabhängigkeit aufzugeben; ich halte dies zu sagen für eine Beleidigung Preußens, welche auszusprechen ich mich nie unterstehen würde.

Zum Schlusse gestatten Sie mir, an eine Sitzung dieses Jahres zu erinnern, und zwar an die Sitzung vom 28. Januar und erlauben Sie mir, Ihnen den Satz vorzulesen, den sie in der damals mit großer Majorität angenommenen Adresse der Thronrede entnommen haben. Dieser Satz lautet:

„Wenn die deutschen Stämme sich nicht selbst
 „aufgeben, sichern sie die Möglichkeit einer gedeih-
 „lichen Entwicklung Gesamtdeutschlands auf dem
 „Boden des Rechts.“

Nun, meine Hohen Herren, was Sie damals gesagt haben, bethätigen Sie es nun! Ich für meinen Theil bin nicht im Stande, für die Verträge zu stimmen, durch welche die Rechte der Krone, die Rechte des bayerischen Volkes untergehen werden.

Bemerkung: Gegen die Verträge stimmten mit dem Herrn Reichsrathe Frhr. **v. Franckenstein** noch die Herren Reichsräthe Fürst von **Dettingen-Wallerstein** und Graf **Schönborn-Wiesentheid**.

Für die Verträge stimmten:

Erster Präsident, Freiherr von Stauffenberg.

Erster Secretär, von Niethammer.

Zweiter Secretär, Graf von Lerchenfeld.

Seine Königliche Hoheit Prinz Ludwig von Bayern.

Seine Königliche Hoheit Prinz Adalbert von Bayern.

Seine Königliche Hoheit Herzog Karl Theodor in Bayern.

Seine Königliche Hoheit Herzog Ludwig in Bayern.

Fürst von Dettingen-Spielberg, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Fugger-Babenhhausen, E.zbischof von Scherr, Graf von Rechteren-Vimpurg, Graf von Fugger-Kirchheim-Hohened, Graf von Quadt-Bykradt-Isny, Graf zu Bappenheim, Graf zu Castell-Rüdenhausen, Graf Fugger-Weißenhorn, Präsident von Harleß, Bischof von Dinkels, Graf von Preysing-Moos, Freiherr von Gumppenberg-Röttmes, Freiherr von Ponickau, Graf von Maldeghem, Fürst von Wrede, Graf von Bray-Steinburg, Graf von Deroy, Graf von Holstein aus Bayern, Graf von Sandzell, Freiherr von Würzburg, Graf von Lörring-Zettenbach, Graf von Montgelas, von Maurer, von Gramer-Mlett, von Bomhard, Freiherr von Prandh, von Döllinger, von Haubenschmied, von Neumayr.

II.

Rede des Referenten Dr. Jörg beim Beginn der Verhandlungen der Abgeordneten-Kammer,

gehalten am 11. Januar 1871.

Meine Herren! Seitdem der von Ihnen erwählte besondere Ausschuss mich mit der schweren Bürde betraut hat, der ich nun gerecht werden soll, habe ich mit Anstrengung aller meiner freilich schwachen Kräfte gearbeitet, um durch meine Schuld eine Verzögerung der Berathung über den hochwichtigen Gegenstand nicht zu veranlassen. Ich will auch jetzt, meine Herren, so viel es mir möglich ist, zur Verlängerung der Debatte nicht beitragen und sofort unmittelbar auf die Sache selbst eingehen.

Als ich an dem unvergeßlichen 19. Juli zum letztenmale auf diesem Platze stand, da habe ich mich nicht darin getäuscht, daß die Ansichten in diesem Hause in mehr als einem Punkte sehr weit auseinander gehen, ich habe mich nicht darüber getäuscht, — erlauben Sie mir das gleich zu bemerken, — daß auf der linken Seite dieses Hauses man mit dem Kriege gegen Frankreich nicht blos einerlei Zweck verfolgte. Es ist nachher von zahlreichen Organen offen gesagt worden, daß es sich dabei nicht blos um die Niederwerfung des französischen Erbfeindes handle, sondern auch um die Niederwerfung eines anderen Feindes, nämlich um die Niederwerfung der Gegner der nationalliberalen Politik bei uns.

Nun, meine Herren, durch die vorliegenden Verträge ist dieser Zweck erreicht worden — bis an die Pforten

dieses Hauses. Sie können das auch lesen in dem Ihnen gedruckt vorliegenden Minoritätsgutachten. Sie können dort ferner vernehmen, meine Herren, daß, wenn an dem vollendeten Werke noch einige Kleinigkeiten fehlten, man sich darüber kein graues Haar wachsen zu lassen brauche; denn die liberale Majorität des künftigen Reichstages werde das baldigst ändern.

Auf der andern Seite des Hauses dagegen, der ich angehöre, hat am 19. Juli wohl Niemand geglaubt, daß der Krieg mit Rußland der k. Staatsregierung eine Wendung nehmen würde, Folgen haben würde, wie sie in dem Vertragswerke uns vorliegen.

Ich glaube, meine Herren, fest behaupten zu dürfen, daß Niemand auf dieser Seite des Hauses es für möglich gehalten hat, daß es dahin kommen würde, daß der Krieg die Folge haben würde, die Selbstständigkeit unseres Landes wegzuwischen, unser Land mit Einwilligung unserer k. Staatsregierung der Mediatisirung Preis zu geben.

Im Ausschusse, der in den letzten Tagen seine Sitzungen gehalten hat, hat man uns auch aus competentem Munde gesagt: „Allerdings habe man sich die Sache ganz anders gedacht.“ In den Ausschusssitzungen vom 18. und 19. Juli vor. J. hat der Vertreter der k. Staatsregierung erklärt, daß Bayern nur unter gewissen Voraussetzungen und nicht ohne Bedingung in den schweren Kampf eintreten werde. Als solche Bedingungen wurde neben der vollen Entschädigung für die Kriegskosten ausdrücklich benannt: es müsse der Zollverein unkündbar gemacht werden und es müßten die Allianzverträge eine authentische Interpretation bekommen; denn es zeige sich nun allerdings, daß diese Verträge deutungsfähig seien. Natürlich wurden diese Bedingungen nicht verstanden auf Grund einer verminderten Selbstständigkeit, sondern auf Grund sogar einer vermehrten Selbstständigkeit unseres Landes.

Freilich hat sich damals aus der Mitte des Ausschusses heraus eine Stimme erhoben, dahin gehend: ja, wenn es sich jetzt darum handelte, eine Allianz zwischen Bayern und Preußen gegen Frankreich zu schließen, wenn es sich jetzt darum handelte, einen freien Allianzkrieg

an der Seite Preußens zu führen, dann dürften solche Bedingungen selbstverständlich und wohl am Platze sein. Anders dürfte die Frage aber dann stehen, wenn wir jetzt den casus foederis anerkennen müßten oder anerkennen wollten; denn in diesem Falle erscheine es einfach als unsere Pflicht und Schuldigkeit, an der Seite Preußens ohne weitere Bedingung in den Krieg einzutreten, und dann auch unter dem Oberbefehle Sr. Majestät des Königs von Preußen, wenn ich so sagen darf, durch dick und dünn zu gehen bis ans Ende. Und das, meine Herren, thun wir jetzt, wir thun es, wie Sie im Ausschußprotokolle lesen können, nach meiner Meinung von Rechtswegen.

Aber wie dem auch sei, es mußte sich uns die schwere Frage nahe legen, woher es denn käme, welche Nöthigungen denn eingetreten seien, um die k. Staatsregierung zu bewegen, daß sie von der in den Julitagen, und ich darf sagen, noch tief in den Monat September hinein eingenommenen Stellung abgewichen ist und den Riesenschritt gethan hat von jener Stellung bis zu dem uns vorliegenden Vertragswerke? Wie es kam, daß die k. Staatsregierung bei dem entschiedenen Gegentheile ihrer ursprünglichen Absicht angekommen ist, und uns nun Verträge vorliegen, von denen ich mir noch einmal zu sagen erlaube, meine Herren, ihr Inhalt und ihre unausbleiblichen Folgen bedeuten die Mediatisirung unseres Landes.

Nun, meine Herren, will ich nicht einmal einen kleinen Theil meines gedruckten Berichtes Ihnen mündlich hier wiederholen; aber in ein paar Punkten werden Sie mir gütigst gestatten, mich ausgiebiger darauf zurückzubeziehen.

Als erstes Motiv der Zwangslage, welche die Annahme dieser Verträge von Seite der k. Staatsregierung zur unausbleiblichen Nothwendigkeit gemacht haben soll, ist genannt und wird so viel genannt die politische Isolirung unseres Landes. Nun, meine Herren, habe ich in meinem Berichte auseinandergesetzt, daß, wenn wir die Verträge auch nicht annehmen, eine Gefahr, ein Zwang von außen uns nicht droht; das ist auch im Ausschusse von kompetenter Seite zugestanden worden.

Sie lesen aber weiter in meinem Berichte, daß ich glaube, gerade die Annahme der Verträge würde uns isoliren gegenüber einer Nachbarschaft, die sich auf 135 Stunden unserer Grenzen erstreckt. Sie lesen in meinem Berichte, daß nach meiner Meinung jeder ruhigen und, meine Herren, ich erlaube mir zu sagen, nicht überreizten Politik unserer Staatsregierung sich dringend hätte anrathen sollen, auf dieser unserer wichtigsten Grenze, ich möchte sagen, auf dieser unserer historischen Grenze, mitten durch die uns nächst verwandten deutschen Völkerschaften nicht eine chinesische Mauer errichten zu lassen, nicht, wenn Sie mir den Ausdruck erlauben, uns hier die Welt mit Brettern verschlagen zu lassen. Ich habe mir eben darum erlaubt, in meinem Berichte zu sagen, daß nach meiner Meinung die Frage bezüglich der Annahme dieser Verträge für Bayern von vorüherein himmelweit anders gestanden habe, als für die drei andern ehemaligen süddeutschen Staaten.

Ich komme, meine Herren, auf ein weiteres Motiv, welches die Zwangslage geschaffen haben soll für die Annahme der Verträge oder, um mich bestimmt auszudrücken, für das Eingehen auf das uns vorliegende Verfassungswerk. Das ist, meine Herren, die Rücksicht auf den „Zollverein“.

Ich will auch hier nicht wiederholen, was Ihnen des Weiteren hierüber gedruckt vorliegt. Ich will es auch dahin gestellt sein lassen, meine Herren, ob, wenn bei Preußen die Absicht wirklich bestünde, uns den Zollverein zu kündigen, — ich habe gesagt und habe es drucken lassen, ich bringe es nicht über mein moralisches Gefühl, das zu glauben, — wenn aber die Absicht wirklich bestünde, dann will ich es dahingestellt sein lassen, ob die Ausführung jetzt, nachdem nicht nur Baden, sondern auch Hessen und Württemberg in den Nordbund oder in den Deutschen Bund eingetreten sind, — ob die Ausführung jetzt möglicher wäre, als wenn Baden allein eingetreten wäre. Daß im letzteren Falle die Kündigung des Zollvertrages eine absolute Unmöglichkeit gewesen wäre, weil dieselbe identisch gewesen wäre mit dem augenblicklichen wirthschaftlichen Ruin Badens: das hat Graf Bismarck selbst in der bekannten Reichstags Sitzung vom

24. Februar v. Js. mit den schlagendsten Gründen bewiesen. Jedenfalls, meine Herren, wenn die Absicht bestehen sollte, — ich sage noch einmal: wenn — dann bin ich sicher, daß unsere schwäbischen Nachbarn drüben sich ihrer Haut zu wehren wissen würden, und daß man ihr Geschrei, wenn ich so sagen darf, in Berlin kaum überhören wird. Unter allen Umständen aber, meine Herren, begreife ich Eines nicht; ich begreife das nicht, weshalb denn Bayern wegen einer möglicherweise Ende Dezember 1877 drohenden Gefahr, jetzt schon seine politische Existenz wegwerfen und ein Vertragsverhältniß eingehen soll, welches gleichbedeutend ist mit unserer Mediatisirung.

Nun, meine Herren, mache ich mir aber selbst einen Einwurf. Ich habe wiederholt den Ausdruck „Mediatisirung“ gebraucht. Habe ich vielleicht zu viel damit gesagt, wenn ich gesagt habe, diese Verträge nach ihrem Inhalte, nach ihren unvermeidlichen Consequenzen wären identisch mit unserer Mediatisirung?

Bis in die Zeit vor dem Kriege und auch noch bis in den Monat September hinein war es ein von der k. Staatsregierung festgehaltenes Prinzip der bayerischen Politik, ja war es ein selbst vom Fürsten v. Hohenlohe, Durchlaucht, acceptirtes und hier wiederholt feierlich verkündetes Axiom der bayerischen Politik, daß der Nordbund „eine so entschiedene Hinneigung zum Einheitsstaat“ bekunde, daß ein Zutritt Bayerns ohne wesentliche Aenderung an der Verfassung dieses Bundes, d. h. ohne Aenderungen, welche geeignet wären, die Hinneigung zum Einheitsstaat, die unitarische Tendenz abzustumpfen — schlechterdings unmöglich wäre.

Nun, meine Herren, ein großer Theil meines Referates ist dem Nachweise gewidmet, daß solche Aenderungen an der Nordbundesverfassung durch die vorliegenden Verträge nicht erreicht sind. Man hat uns auch im Ausschusse wesentliche Aenderungen dieser Art nirgend zu zeigen vermocht. Das Minoritätsgutachten besagt auch nichts davon. Das Minoritätsgutachten müßte ja sonst, wenn man gewissen Organen trauen darf, solche prinzipielle Aenderungen sogar auf das Tiefste beklagen.

Das Minoritätsgutachten hat einen anderen Versuch gemacht; es hat einen Versuch gemacht, von dem ich bei aller meiner Bescheidenheit sagen zu dürfen glaube, daß er ein unglücklicher gewesen sei. Das Minoritätsgutachten hat die Behauptung zu widerlegen versucht, daß die Opfer, welche uns durch die vorliegenden Verträge zugemuthet werden an Kronrechten, an Landesrechten, an Freiheiten unseres Volkes, nicht nur gebracht werden müßten zu Gunsten eines mit Naturgewalt werdenden Einheitsstaates, sondern auch zu Gunsten der absoluten Militärmonarchie Preußen.

Meine Herren, erwägen Sie, was ich in meinem gedruckten Berichte gesagt habe, und sagen Sie dann: habe ich denn wirklich bloß gedichtet, wenn ich in meinem Referate gesagt habe: daß durch die vorliegende Verfassung „nach zwei Seiten hin Zustände der Nordbundverfassung in die Deutsche Bundesverfassung herübergenommen seien, in welchen der Ausfluß des absolutistischen Geistes und das charakteristische Merkmal des Militärstaates nicht zu verkennen seien.“ Oder hat der sehr verehrte Herr Referent der I. Kammer gedichtet und hat er die Unwahrheit gesagt, wenn er in ähnlicher Weise erklärt: in den betreffenden Bestimmungen der Bundesverfassung, durch welche die von den einzelnen Regierungen aufzugebenden Rechte nicht auf den Bundesth und den Reichstag, sondern zum größten und wichtigsten Theile auf die Krone Preußens übertragen würden, müsse eine effektive Herabminderung des Maßes bürgerlicher Freiheit, dessen sich dormalen die süddeutschen Staaten erfreuen, müsse — um es offen auszusprechen — die Grundlage einer absolutistisch-militärischen Hegemonie erblickt werden.

Nun, meine Herren, nach alledem frage ich mich zum drittenmal, was hat die Zwangslage geschaffen, von der die k. Staatsregierung gesprochen hat und was hat die k. Staatsregierung genöthigt, den gewaltigen Schritt zu thun bis zur Annahme dieser Verträge, vor deren Inhalt auch manchem von denen auf der rechten Seite des Hauses innerlich graut, der etwa sonst sich bewogen fühlen möchte, ein nothgedrungenes Ja zu sagen.

Sie begreifen, daß es uns im Ausschusse darum zu thun gewesen ist, auf die eben angeregte Frage eine

bestimmte Antwort zu erhalten, und wir haben sie erhalten. Alles aber, was wir darüber im Ausschusse aus competentem Munde gehört haben, Alles, ich darf das wohl sagen, was ich unter vier Augen von der verehrungswürdigsten Seite vernommen habe, Alles das läuft darauf hinaus: ja, es sei wahr, eine Gefahr von außen habe uns nicht gezwungen, habe die k. Staatsregierung nicht gezwungen, auf das Vertragswerk einzugehen, sondern diese Zwangslage sei geschaffen worden durch die „innere Agitation“, sie sei geschaffen worden durch die innere Zersetzung, die in unserm unglücklichen Lande maßlos um sich gegriffen habe, und die es unmöglich mache, daß unser Land von nun an eine selbstständige Stellung behalte.

Nun, meine Herren, bin ich der Letzte, der das läugnen wollte, ich darf wohl sagen, bin ich der Letzte, der Ursache hätte zu läugnen, daß allerdings die vorliegenden Verträge der passende Schlupfpunkt sind für die Entwicklung, in die man seit 20 Jahren unser Land hineingezwungen und hineingedrungen hat. Es hat in diesem langen Laufe der Jahre an warnenden Stimmen nicht gefehlt; man hat diese warnenden Stimmen als verbitterte Schwarzseher bei Seite gestoßen, man hat sie als boshafte Ultramontane behandelt; sie sind zuletzt wie Staatsverbrecher angesehen worden mit oder ohne Schwurgericht, mit oder ohne Festung. Das Resultat, das liegt uns vor. Die Männer haben Recht gehabt. Das Resultat liegt vor in dem Danke, den die privilegirten Schichten der Gesellschaft zu einem großen Theil, den gewisse gehätschelte Klassen jetzt der k. Staatsregierung dargebracht haben; das Resultat liegt vor, entschuldigen Sie, meine Herren, wenn ich ein hervorstechendes Beispiel nenne, in dem Danke, den diese Haupt- und Residenzstadt München durch ihre Vertretung den vier bayerischen Königen dargebracht hat, ihren Schöpfern und ihren Erhaltern bis zu diesem Augenblicke. Meine Herren, fürchten Sie nicht, daß ich weiter fahre, ich verschließe selbst mein Auge vor diesem schwarzen Bilde.

Aber ein Wort mögen Sie mir noch erlauben, denn ich habe wahrlich unter den bittersten Schmerzen diese lange Zeit mitdurchlebt — ein Wort habe ich noch zu

sagen, es wird bald gesprochen sein. Wenn ich jemals zu den vertrauten geheimen Rathgebern des letztverstorbenen regierenden Königs, Majestät, gehört hätte, ich hätte meine Lebtag lang nicht mehr den Muth, vor der Kirche zu den Theatinern vorbeizugehen; denn ich müßte fürchten, es möchte, aus einem Steinjarge heraus von unsichtbarer Hand gestoßen, ein Mauerstück vom Dache fliegen und mich zermalmen — zum Lohne für die so gut gerathene „dritte Großmacht in Deutschland.“

Aber, meine Herren, die „innere Agitation“ hat die Zwangslage geschaffen, welcher die k. Staatsregierung nach ihrem Geständnisse unterlegen ist. Nun, Eins muß ich sofort bemerken über das Motiv dieser innern Agitation. Es ist doch wohl ein eigenthümliches Motiv gegenüber den Herren, die auf der rechten Seite dieses Hauses sitzen. Denn diese Herren sind ja vom Volke gewählt und in die Kammer hineingeschickt worden, um dieser innern Agitation zu widerstehen, um diese innere Agitation nicht weiter überwuchern zu lassen. Ja wohl, meine Herren, nicht Einer von uns hat am 3. Januar vor. Js. seinen Sitz auf dieser Seite des Hauses eingenommen, der nicht vor dem Volke die Verpflichtung übernommen hätte, der innern Agitation sich nie und nimmermehr zu beugen, sondern derselben jeden zollbreit Bodens streitig zu machen mit aller Kraft. Ich erwähne ja allbekannte Thatsachen.

Es kommt aber noch ein Umstand von schwer wiegendem Gewichte hinzu. Die Herren auf der rechten Seite des Hauses sind als Majorität in dies Haus geschickt worden. Trotzdem, daß bei zwei Wahlen die damalige k. Staatsregierung ihren offiziellen Einfluß wahrlich nicht zu unsern Gunsten verwendet hat, trotzdem, daß die k. Staatsregierung damals das ganze Gewicht der Regierungs-Machtmittel in die Wagschale unserer Gegner geworfen hat, trotzdem sind wir als Majorität hier eingezogen, und es kann Niemand sagen, wie es erst dann gegangen wäre, wenn wir wirklich freie Wahl gehabt hätten.

Eben aber, wenn dem so ist, was wäre es denn gewesen, wenn die k. Staatsregierung, die Zumuthungen der innern Agitation zurückweisend, auf die legitime Mehrheit dieser Volksvertretung sich gestützt hätte, anstatt sich das Programm der Minorität oktroyiren zu lassen?

Was wäre es denn gewesen? Ich denke, es wäre das eben recht constitutionell gewesen. Und hätte die k. Staatsregierung so gehandelt, dann, meine Herren, — es ist dies meine feste Ueberzeugung, — hätte es sich gezeigt, welche Bewandniß es mit dieser inneren Agitation hat; es hätte sich gezeigt, wo die Ursachen der so beklagenswerthen inneren Zersetzung liegen. In dem regierten Volke, meine Herren, liegen sie nicht.

Ich kann mir, meine Herren, wohl denken, daß in manchen Herzen derjenigen, die mir hier zuhören, sich der Gedanke erhebt: wie kann dieser Referent jetzt über diese hochwichtige und entscheidende Frage sprechen, ohne nur ein Wort zu sagen von dem „nationalen Geiste“, von der „nationalen Idee“, von einem den Bedürfnissen der Einigung entsprechenden Deutschland!

Nun, meine Herren, ich komme jetzt darauf zu sprechen, und knüpfe an die Gläuterungen an, die Seine Excellenz der Herr Staatsminister v. Ruz in der Sitzung vom 14. Dezember hier gegeben hat.

Seine Excellenz hat die Lehre von den Sybillinischen Büchern auf den vorliegenden Casus angewendet, und dabei folgende Worte gesprochen:

„Darf ich Sie denn nicht daran zurückerinnern, daß Preußen im Jahre 1866 bei Lösung des alten Bundes Vorschläge gemacht hat, die den Eigenthümlichkeiten der einzelnen Staaten noch ein wesentlich freieres Feld ließen, als später die norddeutsche Bundesverfassung? Jene Propositionen hat man zurückgewiesen. Sie gingen ja viel zu weit!“

Meine Herren! Seine Excellenz der Herr Staatsminister hat vollkommen Recht. Der preußische Bundesreform-Vorschlag vom 16. Juni 1866 — denn das ist das genaue Datum — ist für mich immer ein sehr merkwürdiges Document gewesen. Sehen Sie, meine Herren, ich habe die Zeitungsnummer, in der ich vor fünfhalb Jahren diesen preußischen Bundesreform-Vorschlag zum erstenmale las, mir aufgehoben und habe sie jetzt in der Hand. Ich rede nie gerne von dem, was ich außerhalb dieses Hauses etwa gesagt oder gethan habe. Sonst, meine Herren, könnte ich Sie versichern, daß ich damals vielleicht der einzige Mann in ganz Bayern gewesen bin,

der für diesen Bundesreform-Entwurf eingetreten ist, und ihn der Beachtung der deutschen Kabinete dringend empfohlen hat.

Aber Eines, meine Herren, darf ich sagen: Als ich ein Jahr ungefähr vorher zum erstenmale die Ehre hatte, in diesem Hause meine Stimme zu erheben, — es war das in der schrecklichen Zeit der schleswig-holsteinischen Ideenverwirrung, — damals, meine Herren, ging das Ziel meiner Rede dahin, man möchte doch um Gottes und des Volkes willen den mehr und mehr verbitternden Zankapfel, den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg, — ich weiß nicht, wohin er jetzt gekommen ist, — man möchte ihn bei Seite setzen und dieses Haus möchte die kgl. Staatsregierung bitten, mit dem Aufgebote aller Mittel dahin zu streben, daß eine friedliche Einigung zu Stande komme zwischen den Fürsten und den Völkern Deutschlands.

Sehen Sie, meine Herren, der Referent, der damals auf diesem Platze stand, hat mir hierauf gesagt, was man mir jetzt wieder sagt: der Abg. Jörg müsse doch ein sonderlicher Liebhaber von Curiositäten sein, jedenfalls steht er mit seiner Meinung ganz vereinzelt im Lande. Und in der That, meine Herren, es ist fast so gewesen.

Aber, meine Herren, wenn Se. Excellenz der Herr Staatsminister v. Lubz sagt: „Jene Propositionen hat man zurückgewiesen, sie gingen ja viel zu weit“, so habe ich ein bestimmtes Interesse dabei, zu fragen: Wer waren denn diese „Man“. Nun, meine Herren, es war die Majorität des damaligen Hauses in ihrer Gesamtheit, und es war die Minorität des damaligen Hauses in ihrer Gesamtheit. Erinnern Sie sich denn nicht mehr, es war ja damals die Zeit, wo die Wände dieses Hauses bei jeder Gelegenheit widerhallten von Berwünschungen gegen die Politik von Blut und Eisen, es war damals die Zeit, wo keine mehr oder minder feierliche Ansprache in diesem Hause gehalten werden konnte ohne einen feierlichen Bannfluch gegen die Politik: „Gewalt geht vor Recht.“ Erinnern Sie sich denn nicht, meine Herren, es war damals die Zeit, wo selbst auf dieser linken Seite des Hauses das große Wort gelassen ausgesprochen wer-

den konnte: „man muß dieses Preußen zertrümmern“, und wo derselbe Redner von einem Manne sprach, „mit dessen Namen er seinen Mund nicht beschmutzen wolle.“ Und dieser Mann war Graf Bismarck. Nebenbei bemerkt, mein Urtheil über diesen Mann ist sich während der langen Dauer der Jahre gleichgeblieben, und ich erlaube mir auch, dasselbe hier vorzutragen. Ich habe diesen Staatsmann stets für einen verwegenen, aber glücklichen Spieler angesehen; es ist ihm ein Mal gelungen und ein halb Mal. Möge der Allmächtige geben, daß es ihm bis zum Ende gelinge; denn Eines ist jetzt bereits eingetreten, die Erfüllung des bekannten Vehm'schen Verses: *Et flebit populus tristis temporibus istis*. Allein es ist mir darum zu thun, Ihnen wenigstens eine blasse Idee zu geben von den Propositionen, die Preußen am 16. Juni 1866 zur Reorganisation des deutschen Bundes gemacht hat. Ich glaube, es dürften diese merkwürdigen, über Alles merkwürdigen Propositionen aus dem Gedächtnisse der Menschen bereits verschwunden sein.

Ich lese da einen Artikel, meine Herren: „Die Landmacht des Bundes wird in zwei Bundesarmeen eingetheilt, die Nordarmee und die Südarmee. Im Krieg und Frieden ist Seine Majestät der König von Bayern Bundesoberfeldherr der Südarmee.“ Ferner: „Für jedes der Bundesheere wird ein gemeinschaftliches, mit der Nationalvertretung zu vereinbarendes Militärbudget für die Feldarmee und das Festungswesen aus Matricularbeiträgen der zu den betreffenden Heeren ihre Truppen stellenden Regierungen gebildet.“ Endlich, meine Herren, der letzte Artikel, hören Sie ihn wohl! „Die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Landestheilen des österreichischen Kaiserstaates werden nach erfolgter Vereinbarung über dieselben mit dem zunächst einzuberufenden Parlamente durch besondere Verträge geregelt werden!“

Meine Herren! Was ziehe ich daraus für einen Schluß? Ich ziehe daraus nur einen einzigen Schluß. Ich sage nämlich, wenn Preußen damals eine Föderation auf der von Ihnen jetzt theilweise gehörten Grundlage vorgeschlagen hat, so mußte Preußen die Ueberzeugung haben, daß mit einer solchen Föderation dem „nationalen Geiste“ genügt, die „nationale Idee“ bestens erfüllt und

ein dem Bedürfnisse der Einigung entsprechendes Deutschland geschaffen würde.

Warum damals so, meine Herren, und jetzt nicht mehr? Warum jetzt gerade das Gegentheil?

Ich fahre fort, meine Herren, diese loyale Basis einer wirklich deutschen Föderation hat Preußen selbst zerstört durch die Art und Weise, wie es seinen traurigen Sieg von 1866 ausgebeutet hat. Indem Preußen sofort jede Rücksicht auf die bisherige erste deutsche Großmacht und auf die vielen Millionen Deutschen in diesem Reiche bei Seite setzte, hat es constatirt seine Verirrung in den Geist der falschen Nationalitätenpolitik, und indem Preußen vier oder fünf deutsche Gebiete gewaltsam unterjochte, indem Preußen die bekannten widerrechtlichen Annexionen vornahm, hat Preußen constatirt seine Verirrung in den Geist der Eroberungspolitik. Darum, meine Herren, konnte denn auch der darauf begründete Norddeutsche Bund nichts anderes sein, als was er war: die Erweiterung des preußischen Militärstaates über einige andere deutsche Gebiete.

Aber, meine Herren, ich gehe nun einen Schritt weiter. Se. Excellenz der Herr Staatsminister hat ferner erklärt, und auch das Minoritätsgutachten hat behauptet, daß wir vor dem Kriege noch viel ausgiebigere Conditions hätten erreichen können, daß vor dem Kriege der Eintritt in den Nordbund für uns mit wesentlich anderen Erleichterungen verbunden gewesen wäre.

Nun, meine Herren, lassen Sie mich offen gestehen, diese Rede — man muß sie jetzt so oft hören — hat für mich immer etwas moralisch Revoltirendes. Denn sehen Sie, ich bin beim besten Willen außer Stande, zu begreifen, wenn man sagt: Ehe Bayern mit Aufgebot aller Opfer, die Land und Leute in so reichem Maße gebracht haben, in den Krieg an der Seite Preußens eingetreten war, ehe Bayern in so vielen glorreichen Schlachten durch seine tapfern Krieger als rettender Schutzengel den preußischen Heeren zur Seite gestanden, — ehedem hätten wir bessere Bedingungen erreichen können, jetzt müssen es die schlechteren sein!

Meine Herren, ich kann das nicht begreifen. Ich gehe aber sofort weiter und nehme mir die Freiheit, Ihnen

die fragliche Aeußerung Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers v. Luß gleichfalls vorzulegen:

„Wenn wir vor der großen Krisis das Anerbieten gemacht hätten, uns mit dem Norddeutschen Bunde abzufinden, die Bedingungen, welche damals zu erlangen gewesen wären, würden noch ein ganz anderes Bild geboten haben, als der Vertrag, den wir Ihnen heute vorlegen.“

Nun, meine Herren, ziehe ich aus dieser Aeußerung — ich muß natürlich voraussetzen, daß sie vollkommen begründet ist — nicht abermals mit allem Rechte den Schluß: wenn Preußen uns vor dem Kriege noch ein ein ganz anderes Bild bietendes Vertragsverhältniß hätte zulassen oder anbieten können, hätte dann nicht Preußen nothwendig auch von diesem andern Bilde einer deutschen Einigung die Ueberzeugung haben müssen, daß durch dieses Bild dem „nationalen Geiste“ entsprochen, die „nationale Idee“ erfüllt und ein allen Bedürfnissen und Bedingungen eines geeinigten Deutschlands entsprechendes Bundesverhältniß hergestellt werde?

Ich glaube, es wird auch diesen meinen Schluß Niemand widerlegen können. Ich frage also abermals, warum denn jetzt ganz anders, ja warum das Gegentheil?

Wenn man nun, meine Herren, uns sagt, daß die nationale Idee uns zwingen soll, auf die Verträge, wie sie liegen, einzugehen, dann sage ich meinerseits: die nationale Idee zwingt uns — die vorangegangenen Beispiele beweisen dies ja — dazu nicht; sondern es zwingt uns dazu nur das Bedürfniß des preussischen Militärstaats. Und wenn Preußen wirklich die k. Staatsregierung Bayerns vor die Alternative gestellt hat, entweder in diesen Bund einzutreten oder draußen zu bleiben, dann sage ich: wir bleiben mit gutem Gewissen draußen.

Ja, meine Herren, ich sage noch etwas Anderes, ich sage: dann bleiben wir sogar mit dem bessern Gewissen draußen; und ich bin in der Lage, mich auch hiesür auf eine für mich sehr merkwürdige Aeußerung Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers v. Luß zu berufen.

Se. Excellenz erwähnt den Schmerz der Großdeutschen, den er bis zu einem gewissen Grade theile, nicht blos aus Sympathie, sondern „aus sehr realen Erwägungen.“ „Ich

fühle sehr wohl," sagt Se. Excellenz, „was es heißt, Deutschland mit einer Mehrzahl kleinerer Staaten und einer Großmacht zu reconstruiren. Ich erkenne sehr wohl die Gefahren, die für die einzelnen Staaten in dieser Verbindung liegen könnten. Aber mit der Politik der Großdeutschen hat meines Erachtens das Jahr 1866 aufgeräumt.“ Nun aber fügt seine Excellenz hinzu: „Das Gebiet der Thatfachen, auf dem man sich bei Handhabung der Politik bewegen muß, schließt die Politik der Großdeutschen, meiner Ansicht nach, fürs erste, und bis vielleicht auch für diese wieder glücklichere Zeiten kommen, aus.“

Nun, meine Herren, ich habe diese Stellen vielleicht zehnmal gelesen, ich habe mir dabei immer gedacht: Du stehst da wieder vor einem Entweder — Oder. Entweder ist es richtig, daß die uns vorliegenden Verträge der historischen und geographischen Bedeutung Bayerns wirklich entsprechen, oder es ist das nicht richtig. Im ersten Falle ist es mir nicht recht verständlich, wie Se. Excellenz der Herr Staatsminister „aus sehr realen Erwägungen," wie er sagt, und wie mir scheint fast unwillkürlich, uns doch noch die Erlaubniß geben kann, aus dem neuen Vertragsverhältnisse heraus, in der Hoffnung auf bessere Zeiten, nach Oesterreich — es möge mir Niemand den Ausdruck übel nehmen — hinüber zu schießen.

Darauf, meine Herren, lasse ich für meine Person mich nicht ein. Wenn ich entschlossen wäre, die Verträge anzunehmen, so wäre ich der Meinung, daß ich für meine Person dann mit allen Hoffnungen auf Oesterreich abgeschlossen hätte. Und eben aus diesem Grunde, meine Herren, habe ich diese Rücksicht in meinem Referate auch ganz besonders betont.

Der sehr geehrte Herr Verfasser des Minoritätsgutachtens hat es als Hauptvortheil der Verträge bezeichnet, daß der casus foederis mit seinen Gefahren für die Sicherheit des jedesmaligen Zusammengehens (mit Preußen nämlich) aus der Welt geschafft werde. Ich habe gerade hierin, meine Herren, ein sehr schweres Bedenken gesehen. Ich habe darum in meinem gedruckten Referate gesagt, wer nicht so glücklich sei, an einen ewigen Frieden in Folge des gegenwärtigen Kriegs glauben zu können, für

den liege der Gedanke außerordentlich nahe, daß die Verträge im Laufe weniger Jahre uns zwingen würden, an Seite Preußens und Rußlands gegen die 10 Millionen deutscher Brüder in Oesterreich zu fechten. Sehen Sie, meine Herren, einer solchen Möglichkeit gegenüber sind die Trostgründe, die Se. Excellenz uns in seinen Erklärungen gegeben hat, für mich von irgend Ausschlaggebendem Gewichte nicht. Ich kann mich dabei nicht beruhigen; und — ich wiederhole es nochmal — unter den vorliegenden Umständen bleiben wir mit dem besseren Gewissen außer dem Bunde, wenn man uns wirklich vor die Alternative gestellt hat und stellen will, daß wir keine andere Wahl haben, als sie anzunehmen oder draußen zu bleiben.

Ich habe Sie mit meinem gedruckten Referate gewiß nicht in Ueberfluß behelligt, aber das bitte ich mir zu erlauben, daß ich Ihnen in der Richtung, die für mich so schwerwiegend ist, nur eine einzige Stelle vorlese:

„Nachdem der Art. IV des Prager Friedens von Preußen nunmehr thatsächlich aufgehoben und förmlich gekündet ist, erscheint auch die Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland thatsächlich als wiederrufen. Somit hat Bayern freie Hand, freundschaftliche Beziehungen sowohl zu Preußen, als zu Oesterreich zu pflegen, und zwar von sich aus und unmittelbar, ohne Procurator. Dies allein entspricht auch seiner Geschichte und seiner natürlichen Lage, mit einer über 135 Stunden sich erstreckenden Grenze gegen Oesterreich.“

Um aber offen zu sprechen, könnte man denn, ohne von einem voreingenommenen Parteistandpunkte auszugehen, in Wahrheit sagen, daß das Deutschland kein Deutschland wäre, wenn innerhalb der deutschen Nation, die dereinst so lebhaft ventilirte Triasidee in der ange deuteten Weise ins Leben träte: Ein deutscher Kaiser mit einer Suite mediatisirter Fürsten, ein wirklicher König in Deutschland und der Erzherzog der deutschen Ostmark.“

Sehen Sie, meine Herren, bis zu diesem Grade, glaube ich, ist das Großdeuthum auch heute noch möglich.

Aber, meine Herren, — ich eile nun zum Schlusse. Sie finden in meinem Referate den Satz, daß nach meiner

Meinung alle Parteien darin innerlich einig seien, daß die Annahme der vorliegenden Verträge uns in einen Zwitterzustand hineinbringen würde, der von allen Zuständen der für uns unerträglichste wäre. Und, meine Herren, was das Minoritätsgutachten betrifft, so bedarf dieser mein Satz keines Beweises.

Das Minoritätsgutachten nimmt die Verträge als ausgiebige Abschlagszahlung an. Das Minoritätsgutachten macht uns den Vorwurf, wir hätten durch unsere Unpolitik es dahin gebracht, daß Bayern ausgiebigere Conditionen nicht hat bestellen können; das Minoritätsgutachten macht uns auch den Vorwurf, wenn wir nicht insbesondere dem Herrn Fürsten von Hohenlohe sein Portefeuille entkleidet hätten, dann hätte Bayern viel bessere Concessionen bei den Verhandlungen, vor dem Kriege natürlich, erlangen können.

Nun, meine Herren, muß es doch auf den ersten Blick auffallen, daß es etwas seltsam ist, wenn in demselben Athem das Minoritätsgutachten sich in eine ziemlich eingehende Kritik, der uns durch die Verträge gewährten und noch gelassenen Concessionen einläßt, und wenn es, indem es die Verträge mit der einen Hand annimmt, mit der andern — wenn ich so sagen darf — allen diesen Ausnahmen, Concessionen, Sonder- und Ehrenrechten Bayerns den Krieg erklärt, ich möchte fast sagen, natürlich auf parlamentarischem Boden, den Krieg bis auf's Messer.

Eben darum, meine Herren, macht es auf mich auch immer einen eigenthümlichen Eindruck, wenn ich so oft die Drohung hören muß: Wenn wir jetzt nicht annehmen, so werden wir ein andermal ohne alle Bedingung, ohne alle Concession annehmen müssen, wir werden auf Gnade und Ungnade in den Nordbund oder jetzt den sogenannten Deutschen Bund eintreten müssen. Ja, meine Herren, Sie sagen ja selbst, daß dieser Fall eintreten werde so wie so, daß, wenn wir überhaupt in den Bund eintreten müssen, Sie dann aus allen Kräften bemüht sein werden, uns um alle diese Concessionen, Sonder- und Ehrenrechte wieder zu bringen. Also, meine Herren, diese Drohung ist mir immer im allerhöchsten Grade nichtig erschienen.

Aber ich komme noch einmal auf ein paar Stellen

der Rede Se. Excellenz des Herrn Staatsministers v. Ruz zurück, weil mir diese Stellen zu beweisen scheinen, daß eigentlich auch Se. Excellenz der richtigen Erkenntniß von dem wahren Stande der Dinge nicht entfernt steht.

Se. Excellenz hat es als „vorläufige Aeußerungen des Unmuths über die für manche gewiß peinliche Lage“ bezeichnet, wenn man jetzt bisweilen höre: „Wenn denn doch Bayern zu Grunde gehen soll, so wollen wir mit Ehren zu Grunde gehen; wir wollen diese Bedingungen nicht!“ Se. Excellenz ruft uns zu: „Sagen Sie mir nicht, wir wollen lieber annectirt sein.“

Nun, meine Herren, es ist gewiß unendlich traurig, wenn es dahin gekommen ist, daß ein Mitglied der k. Staatsregierung und zwar mit allem Grunde, mit vollem Rechte in diesem Hause solche Aeußerungen thun kann, ja — ich gestehe es zu, da er der Wahrheit die Ehre geben wollte — thun mußte.

Alein, meine Herren, für das Volk ist es nicht so leicht gesagt: „Sagen Sie mir nicht, wir wollen lieber annectirt sein.“ Denn sehen Sie, meine Herren, es kommt dabei ein außerordentlich schwerwiegender Umstand in Betracht, schwerwiegend für das Volk und schwerwiegend ohne allen Zweifel für die künftige Volkvertretung. Denn das läßt sich doch nicht läugnen, daß die Annexion ohne Vergleich viel — wohlfeiler zu stehen käme, als die Mediatisirung. Und, meine Herren, in unserer Zeit der materiellen Interessen ist das ein Motiv, vor dessen Tragweite mir innerlich graut.

Ich habe in meinem Berichte erwähnt, daß man von der Annahme der Verträge auch vom conservativen und kirchlichen Standpunkte aus sich mitunter gewisse Vortheile erhoffe. Ich will darauf jetzt nicht weiter eingehen; ich habe mich gegen diesen Standpunkt im Ausschusse und in meinem Referate entschieden genug ausgesprochen. Ich stelle mich auf diesen utilitarischen Standpunkt gerade in dieser Beziehung, gerade da, wo es sich um die auch für mich höchsten Interessen handelt, erst recht und ganz und gar nicht. Aber, meine Herren, das muß ich bemerken: die Herren, die sich solche Hoffnungen machen, scheinen mir in einem Irrthume befangen zu sein. Ich will zugeben, meine Herren, daß von der Annexion die

gedachten Vortheile zu erwarten wären; aber ganz gewiß nicht von einem Verhältnisse, in das die Verträge uns jetzt zu Preußen oder zu dem Deutschen Bunde bringen wollen, ganz gewiß nicht von unserer Mediatisirung.

Denn wenn auch unsere Mediatisirung immerhin nur sehr spärliche Reste unserer innern Selbstständigkeit belassen würde, so würden doch auch diese spärlichen Reste noch übergenug Spielraum bieten, um — verzeihen Sie mir den Ausdruck, meine Herren — die liberale Tyrannei nach wie vor walten zu lassen. (Heiterkeit links.)

Aber, meine Herren, Annexion! — soweit sind wir noch nicht und vor dieser Frage stehen wir nicht. Was mich betrifft, so fühle ich mich nicht gewählt und nicht bevollmächtigt, in irgend einer Weise zu einer über die ganze Zukunft des Landes entscheidenden Sache ohne weiteres hier Ja zu sagen. Ich fühle mich, meine Herren, mit Einem Worte nicht bevollmächtigt, in irgend einer Weise unser liebes altes Bayerland aus unseren Händen zu geben und an Preußen auszuliefern.

Meine Herren, es hat in Preußen vor dem Kriege im Jahre 1866 ein vierjähriger Verfassungskampf gewüthet. Man hat die Kammer in Preußen viermal, oder ich glaube mich nicht zu irren, gar fünfmal aufgelöst; und dieser ganze Conflict, dieser ganze große Streit hat sich nur gedreht um die neue Armeeorganisation. Und wir, meine Herren, sollten eine Kammerauflösung, unter Umständen selbst einen Conflict fürchten, wo es sich handelt um die Existenz unseres Landes, wo es um den letzten Versuch sich handelt, die berechtigte Selbstständigkeit unseres Landes noch zu retten, wenn es möglich ist? Und es wird, mit Gottes Beistand hoffe ich es zuversichtlich, es wird möglich sein.

Wie dem aber immer sei, ich weiß kein anderes Mittel als: Fragen Sie das Volk, ob es will oder nicht will. Ich weiß keinen andern Rath, ich stehe hier und kann nicht anders.

III

Rede des Abgeordneten Dr. Muland,

gehalten am 11. Januar 1871.

Mit tief bewegter Seele ergreife ich das Wort, vielleicht zum letztenmale in diesem Hause, treu der Mission, die ich mir vorgesetzt, die Verfassung, dieses heilige Werk, stets zu wahren und für dieselbe einzutreten, so lange es immer möglich ist! Es handelt sich in diesem Augenblicke um einen Ueberzeugungskampf, das ist nicht zu leugnen; denn dafür sprechen die zwei Männer, die Sie eben dort als Referenten gehört haben. Jeder von ihnen und ich bin überzeugt, es ist die wahre Stimme, die in ihrer Brust ist, jeder von ihnen hat den Glauben, daß sein Wort, wird es angenommen, dem Lande Heil, wird es verworfen, dem Lande Verderben bringt. Meine Herren, ich von meinem Standpunkte aus achte die Ueberzeugung eines jeden Mannes. Ich hoffe es, und glaube es, daß alle jene, die für diesen Vertrag stimmen müssen, es nach der Stimme ihres Eides und ihrer Ueberzeugung thun. Darum werde ich auch nie für meine Person irgend ein Wort des Tadelns aussprechen, nein, das kann ich nicht, aber das kann ich erwarten, daß auch Sie, meine Herren, die Ueberzeugungen Ihrer Gegner ehren werden.

Was nun die Frage selbst betrifft, so handelt es sich jetzt darum, den Verträgen „Ja“ oder „Nein“ entgegenzusetzen, welche hervorgerufen worden sind durch die erschütternden Ereignisse, ja sprechen wir es aus, durch das Drängen, durch das fort und fort gesetzte Drängen der Männer der Fortschrittspartei des Landes. Ihr Wunsch und ihr Bemühen ist es, **die Einigung des zerrissenen deutschen Vaterlandes zu bewirken** und dieser Wunsch und dieses Verlangen, meine Herren, ist auch **dasselbe**, welches wir auf dieser Seite haben. Seitdem der Mann von Blut und Eisen und Napoleon in Biarritz und die Verträge

Preußens mit seinem treuen Bundesgenossen Italien gegen das Herz Oesterreichs Deutschland in drei Theile zerrissen und zerfleischt, wie es noch nie gewesen; wer wird da nicht den Wunsch hegen, daß es wieder vereinigt werden möge? Ich habe die feste Ueberzeugung von allen Männern, die jetzt in dieser Kammer sitzen, ja von allen denen, die hier versammelt sind in diesem Hause, daß kein einziger ist, der der Vereinigung widersprechen möchte. Aber **nur der Weg hiezu** ist es, der Weg, der uns trennt und trennen muß, weil der eingeschlagene nach unserer Ueberzeugung nicht der rechte ist. Das meine Herren, ist der große Unterschied, ist der traurige Trennpunkt. Es ist ein anderer Weg, den Sie gehen wollen, es ist ein anderer Weg, den wir gehen müssen. Wir wollen ein **einiges Deutschland**, wo durch die freie Vereinigung **aller Stämme**, so wie es **früher** war, — die Stämme wußten es nicht anders und kannten es nicht anders — ohne Aufgeben der eigenen Selbständigkeit gegen das Ganze treue Pflichterfüllung stattfindet! Das, meine Herren, war es, was man von jeher in Deutschland als eine Einigung betrachtete, mit anderen Worten, **ein föderativ geeinigtes Deutschland**. Ich glaube nicht, daß Jemand auf dieser Seite einen anderen Wunsch im Herzen habe.

Aber nun, meine Herren, kommt der große Unterschied: Es soll das Band für Deutschland die **Nordbundverfassung**, wie man wähnt, in verbesserter Auflage werden; die Nordbundverfassung, auf deren Ursprung man sehen muß, meine Herren, auf deren Ursprung man hinschauen muß, die Nordbundverfassung, deren tiefstes Princip darin lag, das Band zu finden für einen im Kriege unglücklich gewordenen Stamm, den man nicht annexiren konnte und durfte, indessen die andern kleinen Fürsten dem Verfassungsgeber bereits unterworfen waren. Meine Herren, das ist die Nordbundverfassung und das ist ihr Anfang! Und diese Nordbundverfassung enthält keine freien Elemente, sie ist nur für einen Einheitsstaat gemacht. Sie kann nie

zu einer Vereinigung so führen, wie sie ehebem die Stämme wollten und nicht anders kannten, weil in ihrem ersten Entstehen schon Anderes beabsichtigt war. Die Nordbundverfassung, was will Sie denn? Nichts anderes, als auf der einen Seite eine Hinwegnahme der Kronrechte der Regenten, die diesem Bunde angehören; auf der andern Seite nichts anderes, als eine Hinwegnahme der wesentlichsten Volksrechte, die den Ständen anvertraut sind. Das fühlen Alle, die jetzt unter dieser Verfassung leben müssen; nichts anderes — und man mag mir sagen, was man will, hören Sie nur die Stimmen der Einwohner jener Länder und die Stimmen ihrer Stände — nichts anderes, als eine ungeheure Belastung, pecuniäre Belastung und nichts anderes als — reden wir die Wahrheit, wenigstens halte ich das für Wahrheit — **Militär-Absolutismus**, der nichts anderes ist, als eine Abart des **Despotismus**. Meine Herren, das ist die Nordbundverfassung und wenn Sie es recht bezeichnen wollen, so wiederhole ich nur das Wort, was dort der Referent aus dem Munde des Herrn Reichsraths von Neumayer gesagt, das merkwürdige Wort, daß diese Verträge, die doch nur aus der Nordbundverfassung stammen, nichts anderes sind, als **„die Grundlage einer absolutistisch-militärischen Hegemonie“**, einer absolutistisch-militärischen Hegemonie, ich wiederhole es, hat der Herr Reichsrath gesagt! Meine Herren, gehen Sie noch weiter auf das ein, was derselbe Herr Referent der Reichsrathskammer gesagt hat. Ich theile jedes Wort seines Referates, in welchem er scharf und unverhohlen und unverdeckt die volle Wahrheit gesprochen hat, aber sonderbarer Weise, ich komme bei seinen Prämissen auf ganz andere Schlüsse und Resultate als er.

Wenn ich nun, meine Herren, den Ursprung des Nordbundes mit dem Ursprunge unserer Verfassung vergleiche, da entsteht der merkwürdige Unterschied, den ich nicht genug bezeichnen kann, weil er verfassungsmäßig ist. Meine Herren, was wollte denn der Geber **unserer** Verfassung, was lesen Sie in der Verfassungsurkunde? Ich habe sie hier in der Hand,

sie gilt heute noch, jetzt gilt sie noch. Da heißt es ausdrücklich, daß sie gegeben sei, dem Volke Bayerns **gleich groß im erlittenen Drucke, gleich groß im bestandenen Kampfe.** Es war die **Dankbarkeit des Gebers der Verfassung gegen sein treues Volk,** die Dankbarkeit des Gebers der Verfassung für das, was es gethan, was es gelitten und aufgeopfert hat. Diese ist das Fundament dieses Buches, diese das Fundament der Verfassung, die dort in unserem ständischen Archive im Original liegt. Und nun was ist denn der Grundgedanke der Nordbundesverfassung? Auch Dankbarkeit gegen die Stämme, auch die Dankbarkeit gegen das Volk? Nein, nein, nie und nimmermehr! Die Nordbundesverfassung ist nichts Anderes, als das Band, das die unterjochten Stämme an die Krone Preußens binden und fesseln sollte, an die Krone Preußens, deren Träger es ja ausdrücklich mit eigenen Worten gesagt, daß die Hausmacht, die Vermehrung der Hausmacht eine Aufgabe Preußens sei. Das ist ein großer Unterschied, eine Verfassung, aus Liebe zu einem angestammten Volke, und eine Verfassung, gegeben den Stämmen, die man theilweise mit Gewalt an sich gezogen, nachdem man andern Stämmen ihre Fürsten und Kronen, welchen diese Stämme treu und mit Gut und Blut ergeben waren, genommen! Nun, meine Herren, ist es meine feste Ueberzeugung, diese beiden Verfassungen können nicht neben einander bestehen! Eine muß fallen! Es ist rein unmöglich, sie können nicht neben einander bestehen!

Was sagt unsere Verfassung? Diese Verfassung, sie ist mir an's Herz gewachsen, ich kann sie nicht fallen lassen — was sagt unsere Verfassung? **Sie** kennt nur einen souveränen monarchischen Staat, einen souveränen monarchischen Staat, das ist der erste Satz derselben; ein souveräner monarchischer Staat, der auch im großen Bunde Deutschlands seine souveräne Stellung wahrte, trenn dem Bunde, ohne deßhalb seiner Pflicht gegen Deutschland das Mindeste zu vergeben. Das ist unser Verfassungsgedanke! Der **König allein** ist nach unserer Verfassung **das Oberhaupt** des Staates,

das alle Rechte der Staatsgewalt in sich vereinigt, er allein ist es; und wenn Sie sehen wollen, wie sehr unsere Verfassung darüber gewacht, so bitte ich Sie nur, namentlich den Eid des Reichsverweisers zu lesen, den Eid des Reichsverweisers, den derselbe nach dem Antritte der Regentschaft ablegen muß, dort in Titel II. §. 16, wo es heißt:

„Ich schwöre, den Staat in Gemäßheit der Verfassung und der Gesetze des Reiches zu verwalten, **die Integrität des Königreiches und die Rechte der Krone zu erhalten und dem Könige die Gewalt**, deren Ausübung mir anvertraut ist, **getreu zu übergeben**, so wahr mir Gott helfe und sein heil. Evangelium.“

Das ist der Gedanke unserer Verfassung, sie will kein Recht der Krone entziehen lassen, und noch mehr, sie sagt ausdrücklich im Titel III. § 3:

„Vorzüglich sollen ohne Ausnahme alle Rechte der Souveränität bei der Primogenitur **ungetheilt und unveräußert** erhalten werden.“

Ungetheilt und unveräußert erhalten werden! Wo so bestimmt die Verfassungsbestimmungen sind, gleichsam der Treue übergeben, meine Herren, da hält es schwer, Aenderungen eintreten zu lassen. Nach unserer Verfassung heißt es: **Der König allein** sanctionirt die Gesetze, gleichwie **von ihm allein** die Gerichtsbarkeit ausgeht, die Verfassung kennt keinen Ober- und Unterkönig, sie kennt keinen anderen, als allein unsern König. Das ist der Standpunkt unserer Verfassung, der mir ein heiliger und ein unverrückbarer ist.

Ich gehe in derselben Verfassung weiter, — ich habe sie unter meinen Händen lange getragen, — ich gehe weiter auf das ein, was die Verfassung dem Volke garantirt, dem Volke gewährt. **Das sind unsere Rechte**, die Niemand antasten soll und kann, die **uns gewährleistet** sind, gewährleistet durch eben diese Verfassung! Sie ist unantastbar! Wird sie angetastet und fühlt ein Drittel der Volksvertreter sich im Gewissen beschwert, so kann es sagen: „Nein!“

Die Verfassung garantirt dem Volke, daß Niemand seinen ordentlichen Richtern entzogen werden darf. Lesen Sie die Nordbund-Verfassung, was die sagt! Unsere Verfassung garantirt dem Volke die Freiheit der Presse und des Buchhandels „nach den Bestimmungen der bayerischen Verfassung,“ ein Satz, für den in diesem Hause im Jahre 1848 viel gekämpft wurde. (Heiterkeit.)

Lachen kann ich nicht, ja ich möchte weinen. Die Verfassung, die bayerische Verfassung garantirt dem Volke, daß ohne Beirath und Zustimmung der Stände kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheit der Personen oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betrifft, erlassen, noch ein schon bestehendes abgeändert, authentisch erläutert oder aufgehoben werde. Das, meine Herren, ist die gesetzgeberische Gewalt, ist ein theures, ein heiliges Vermächtniß! Diese Gesetzgebung ist es, für welche Viele in diesem Hause den besten Theil ihres Lebens eingesetzt haben. Diese Gesetzgebung ist es, welche Gesetze hervorgebracht, die man in ganz Deutschland als **werthvoll** anerkennt. Und was bleibt dem Lande von diesem seinem Rechte? Was bleibt dem Lande von diesem seinem Rechte? Nehmen Sie §. 79 der vereinbarten Verfassung, welche Menge von Gesetzen wird da aufgeführt, welche heute oder morgen in cumulo angenommen werden müssen, ohne daß das Volk darnach zu fragen hätte oder gefragt würde.

Dieselbe unsere Verfassung, meine Herren, garantirt dem Volke, daß die Zustimmung der Stände erforderlich sei zur Erhebung aller direkten Steuern, sowie zur Erhebung neuer indirekter Steuern oder Auflagen oder zur Erhöhung oder Veränderung der bestehenden. Ueberhaupt, die Verfassung übergibt dem Volke, der Volksvertretung die Mitwahrung des Credits des Landes. Wieviel, meine Herren, bleibt dem Volke noch von diesen Rechten, wieviel bleibt ihm von diesen Rechten? Rechnen Sie, und Sie werden finden, daß sogar da, wo die Kraft der Landesvertretung lag, daß gerade da bindende Gesetze gegeben worden sind, durch welche der Einfluß der Landesvertretung auf das

materielle Wohl des Landes zunichte gemacht ist und zunichte gemacht bleibt!

Von der Militär-Verfassung, meine Herren, will ich heute nicht näher reden, es thut mir zu weh, auf diese Dinge zu kommen, ich schweige lieber, ich fühle mit dem Volke!

Das sind hauptsächlich die Verfassungsparagraphe, die für die Folge aus der Verfassung hinwegfallen werden. Der Herr Reichsrath v. Neumayr hat sie in §. 5 seines Referates genau spezifizirt, und unser Herr Referent hat in großen Zügen dasselbe gethan, aber überall, überall tritt mir, ich möchte sagen mit Frakturschrift entgegen, nichts Anderes als: Eine enorme Alterirung der Verfassung, eine Mediatisirung der Krone und eine Beraubung des Volkes an den ihm gebührenden Rechten. Das, meine Herren, ist das Bild, welches ich mir bei diesen Verträgen gebildet habe, das ist das Bild, welches sich mir, Gott ist mein Zeuge, nach gewissenhaftem Erwägen und Ueberlegen vor die Seele stellt. Täusche ich mich nicht, und es hat Niemand noch den Beweis geliefert, daß eine Täuschung möglich ist, so ist es um Bayerns Selbständigkeit geschehen! Hat ja selbst Fürst v. Hohenlohe gesagt:

„Ich gestehe zu, daß die bayerische Selbständigkeit oder besser gesagt, die Sonderstellung Bayerns in Deutschland durch diesen Vertrag mehr und tiefer erschüttert wird, als dieß durch irgend eine staatsrechtliche oder internationale Verbindung geschehen ist, in der sich Bayern seit **Abschluß des westphälischen Friedens** befunden hat.“

O! meine Herren! wenn solche Stimmen sogar übereinstimmen können, dann ist es doch wahrhaftig kein Trugbild und keine Täuschung von Mediatisirung zu sprechen.

Was sind nun die Gegengaben, die man dem Lande für alle diese Opfer, die es bringen soll, entgegenbringt? Welches sind die Gegengaben? Meine Herren, ich möchte sagen, sie sind, schüchtern angedeutet. Es ist der Schutz gegen Angriffe von außen, die wir ohnehin nicht zu fürchten haben, es ist der Zollverein, den wir

besitzen, — der Reichstag, dessen Thüren aber gar vielen verschlossen bleiben dürften, die Fähigkeit und Willen haben, für das Volk zu wirken, denen es aber an den Mitteln gebricht, weil sie eben nicht zu den Großbegüterten und nicht zu den Reichen und Glücklichen gehören. Das sind die Gaben, die man dem Bayerlande bietet! Nun hört man erinnern, daß die Herrn Minister in Versailles erreicht haben, was immer nur zu erreichen möglich war. Ich gebe es zu, meine Herren, daß, wenn es Pflicht und Schuldigkeit war, einen Vertrag oder Verträge aus Frankreich mit nach Hause zu bringen, diese Verträge Concessionen enthalten: aber diese Concessionen sind blutwenig Concessionen für das Volk, für das Volk, welches wir vertreten. Was helfen uns diese Nebelbilder der Gesandtschaften, was helfen uns die andern Kleinigkeiten und Dinge, die helfen dem Volke nichts! Wenn sie aber auch noch so viel mitgebracht hätten von Versailles, so haben sie die Consequenz mitgebracht, die in der Nordbundverfassung liegt, und diese Consequenz, ich muß es abermals sagen, so wehe es mir thut, sie ist die Mediatisirung, die Tendenz des Nordbundes, die Tendenz zum Einheitsstaat. Und hier an dieser Stelle spreche ich aus, was gar viele schon und was man auch in höheren Kreisen schon ausgesprochen hat: **Was aus Bayern werden wird, ist nur noch eine Frage der Zeit!**

Wenn ich nun, meine Herren, auf den Antrag des Ausschusses eingehe, so ist derselbe, trotzdem, daß er die Verträge ablehnen will und ablehnt, keineswegs eine Ablehnung der Einigung. Das kann und wird man nie dem Ausschusse gegenüber behaupten können und dürfen. Es wäre ungerecht. Was der Ausschuß und sein Referent wollte, ist nichts als die Verlassung des Weges, welcher nach der Ansicht des Ausschusses der unrichtige ist. Es ist nichts anderes, meine Herren, als die Verlassung des Weges, der nothwendigerweise bis zum Einheitsstaate führen muß, indessen dem Ausschusse der historisch wahre Gedanke vorschwebt, daß Deutschland **nie** und **nie** ein Einheitsstaat gewesen ist und **nie, nie**

ein Einheitsstaat werden kann. Das ist auch die Tradition, die in diesem Hause lebt und auf die vorhin der Herr Abg. Barth gekommen ist. Das ist die Tradition, übereinstimmend mit der Geschichte des deutschen Volkes.

Als wir im Jahre 1863 in diesem Saale, meine Herren, die damals brennende deutsche Frage behandelten, es war kurz vor dem Fürstentage, auf den auch die Kammer damals so großes Vertrauen gesetzt hatte, o es ist schmerzlich, sich dessen zu erinnern, damals war es, daß Frhr. v. Lerchenfeld in diesem Hause referirte, und damals war es auch, wo er den Männern gegenüber, die damals dieselben Ideen vorbrachten, wie heute, nur daß — ich sage es aufrichtig, — wir sie heute besser verstehen, als damals, weil wir damals das Gesetz der Unmöglichkeit vor Augen hatten — damals war es, wo Frhr. v. Lerchenfeld in diesem Saale die Worte sprach:

„Der Ausschuß hat sich dahin ausgesprochen, daß diese Verfassung eine föderative sein werde, weil er der Ueberzeugung ist, daß die historische Entwicklung Deutschlands eine Suprematie irgend eines deutschen Staates zur Unmöglichkeit mache.“*)

O armer Lerchenfeld! (Heiterkeit.)

O lachen Sie nicht, ich ehre das Andenken desselben hoch. Wenn ich sagte: Armer Lerchenfeld, so ist es wahr, weil auch die richtigste Berechnung eine Zeit lang irrig scheinen kann, aber ist sie wahr, ist sie wirklich wahr, dennoch zur Geltung kommen muß und wird.

In demselben Jahre hat er in diesem Hause gesprochen und Sie erlauben mir, diese kurze Stelle anzuführen:

„Man hat von dem Werthe einer Einigung Deutschlands zu einem Großstaate gesprochen gegenüber der Bedrohung von Westen her: Das wissen wir Alle, wir wissen aber auch, daß der Grundcharakter des deutschen Volkes sich jener Centralisation, wie wir sie im Westen sehen, entschieden entgegenstellt und es ist die große Frage“

*) Stenogr. Bericht vom 2. Juli 1863. S. 11. 27.

— und, meine Herren, diese Frage ist jetzt gelöst, da hat er sich nicht getäuscht —

„und es ist die große Frage, wenn wir einmal das Facit der französischen (der romanischen sagen wir) Centralisation und der deutschen freiheitlicheren individuellen Entwicklung ziehen, welche von beiden größeren Werth für das Volk selbst hat. Das ist richtig, daß man mit jener romanischen Concentration glänzendere Erfolge erringt; allein welches der Preis ist, den das Individuum dafür zahlen muß, ist eine ganz andere Frage.

Das ist ein hoher Preis von Blut!“

Diese Anschauung, meine Herren, ist aber auch die Anschauung der größten Denker der deutschen Nation; der größten Denker sage ich. Erlauben Sie mir, daß ich hier eine Stelle vortrage; ich werde Ihnen den Namen des Mannes gleich nennen. Er sagte, als es sich um das Kaiserthum im Jahre 1849 handelte:

„Ich konnte mich nie mit dem Gedanken befreunden, aus Deutschland eine strenge Monarchie oder uns Deutsche zu einem Volke in dem engen und abschließenden Sinne zu machen, wie z. B. die Franzosen eines sind; war dies unsere Bestimmung, so müßte ich längst jedes Gefühl von Achtung für die eigene Nation aufgeben; die Deutschen scheinen mir vielmehr berufen, ein Volk von Völkern zu sein und so gegenüber von den andern, die dann freilich in volklicher Hinsicht über uns zu stehen kommen mußten, wieder die Menschheit darzustellen; nur so begriff ich den räthselhaften Gang der Geschichte, der uns genöthigt, uns ganz fremde Racen und Nationalitäten an uns heranzuziehen, oder sie selbst in einem Theile unseres Gebietes zu belassen.“

Es stehen diese Worte in einem Briefe Schelling's und zwar in dem Buche: Schelling's Leben in Briefen. Leipzig 1870. Band III. S. 215.

Meine Herren! Ich für meine Person, obschon ich nicht im Entferntesten die Anmaßung habe, mich als besonderen Denker hinstellen zu wollen, einem Manne,

einem Philosophen, wie diesem gegenüber, gestehe, daß mir der Mann aus der Seele gesprochen hat, und daß meine Geschichts-Kenntniß nichts anderes sagt, als daß die Deutschen zu allen Zeiten **Ein Volk von Völkern** waren, ein Volk von Völkern, die die Welt durch ihren Charakter, ihre Religiosität und ihre Wissenschaft repräsentirt haben, was nicht möglich gewesen wäre, wenn sie **Ein Volk** gewesen wären. Es scheint das paradox, es ist aber die höchste Wahrheit, begründet in unserm Culturleben, von welchem jeder einzelne Landestheil Beweise über Beweise liefert.

Meine Herren! Der Antrag des Ausschusses — und ich komme auf ihn zurück — will durchaus nicht, daß das Einigungswerk unterbrochen werde, er will das nicht, aber das will er, das ist wenigstens mein Gedanke, den ich hatte, als ich dem Herrn Referenten zustimmte, und das wird auch der Gedanke von manchem Andern noch sein, das will er, daß diese neuen Verträge auf deutschem Boden zur Zeit der Ruhe abgeschlossen und so eine Burg gebauet werde, in welcher alle Stämme wohl und freudig nebeneinander wohnen können, und daß in dieser Burg auch noch ein Platz für jenen Stamm bleibe, dem Deutschland so viel, so unendlich viel zu danken hat, daß man aber nicht die Deutschen, die jene einmal nicht wollten — und dazu ein großer Theil des Bayerlandes — in diese Zwingburg zu gehen zwingen. Hat Preußen, meine Herren, welches ja die Opfer, die Bayern brachte, als unendlich groß rühmte und schätzte, — und Sie können sich ja erinnern, daß die preussischen Blätter sagten, man könne dem Lande nicht genug danken und man müsse es noch belohnen. — Hat Preußen wirklich solche Sympathien für unser Land, dann bin ich überzeugt, wird es auch die Stimme, und wäre es nur die der Minderheit im Lande — aber immerhin einer großen Zahl — ehren, es wird ferne von dem Stolze hinwegzuweisen, was, und ist es auch nur der kleinere Theil, dasselbe wünscht, auf seine Stimme hören. Wäre es aber je möglich, was Gott verhüten wolle, daß der Gedanke an ein Weltreich, an eine große Concentration aller Kräfte unter Einer Krone vorherrscht, dann, meine

Herren, wäre es eine Ironie des Schicksals, Zustände schaffen zu wollen, wie in einem Lande, dessen Krone Preußen und die deutschen Stämme eben zertrümmert haben, ich bin überzeugt, nicht allein aus eigener Kraft, sondern als Vollzieher der Gerichte Gottes über das Kaiserreich. Das, meine Herren, ist meine Anschauung, halten Sie von ihr was Sie wollen, den glänzenden Erfolgen einer Nation gegenüber, der es an Tapferkeit nie gefehlt hat. Wäre es aber auch der Fall, meine Herren, daß wirklich ein solches Weltreich begründet werden sollte, dann sage ich Ihnen auch offen meine Ueberzeugung. Dann würde ich denken, das sei der Wille der Vorsehung, daß ein Stamm, ein großer Stamm von der Centralisation ausgeschieden bleibt und vielleicht berufen ist, in späteren Tagen, wenn die Geschicke hereinbrechen — denn gleiche Ursache, gleiche Wirkung — wenn die Geschicke herannahen, die Bruderhand zu bieten, die man jetzt mit kalten Worten „als schlechthin unmöglich“ zurückweist und durch den „Kaisertitel“ gleichsam wie durch einen großen Schnitt von uns trennt, einen Schnitt, der nicht so leicht geheilt wird, trotz Beust'scher Zusicherungen, Höflichkeitsbezeugungen und Politik.

Hier, meine Herren, komme ich nun auf eine wichtige Frage, die mir durchaus nicht so gewürdigt erscheint. Das ist die Kaiserfrage, meine Herren, die ich durchaus nicht als eine bloße Titelfrage nehme. Es ist die Kaiserfrage, die vielleicht bald in voller Realität an das Volk herantritt, und da diese Idee des Kaiserthums nicht mehr in allen Menschen lebt, vielleicht auch Gewalt und Blut fordert. Meine Herren, die Krone Kaiser Karls des Großen, an die sich die Idee des heiligen römischen Reiches deutscher Nation knüpfte, ist längst zur Antiquität geworden, und Antiquitäten so oder so hervorzu suchen, ist oft von sehr schlimmen Folgen. Meine Herren, die Idee, daß durch den Kaiser die Herrschaft des Christenthums über die ganze Welt bezeichnet werden soll, die Idee, daß er der Schutzherr der Kirche, una sancta et apostolica ecclesia sei, ist mit der Reformation und dem westphälischen Frieden zu Grabe getragen. Welche neue Ideen in dieser Beziehung man vielleicht

jetzt an die Kaiserkrone knüpfen will, das will ich nicht erwägen, darüber mache ich mir keine Reflexionen in dem Augenblicke. Aber, meine Herren, das frage ich, und diese Frage ist noch nicht gelöst. Ist der Name des Kaisers kein bloßer Name, ist er kein Titel, so ist und scheint es, er sei und werde ein Erbkaiser und die Frage muß gelöst werden, so gering Sie dieselbe vielleicht betrachten, sie muß hervortreten, und hier ist abermals dem ganzen germanischen Elemente der Handschuh ins Gesicht geworfen. Nie haben die Deutschen sich einen Erbkaiser gefallen lassen, selbst ihre Könige haben sie gewählt.

Die ältesten Urkunden,*) die wir haben, sprechen:

„Bei der Wahl des Königs zählt die Herkunft, bei der Wahl des Feldherrn das Verdienst. Der König besitzt keine unbeschränkte, willkürliche Gewalt.“ *Reges ex nobilitate duces ex virtute sumunt. Nec regibus infinita aut libera potestas.*“

Und nun erst das Erbkaiserthum!

Es ist bekannt, daß zu allen Zeiten, so oft die Idee eines solchen auftrat, und so lange die Fürsten wirklich das Interesse Deutschlands im Auge hatten, die edelsten Familien derselben jedem solchen Beginnen entgegentraten. Das finden wir in unserer deutschen Heimath zu den Zeiten der Kaiser Konrad II., Heinrich VI., Karl V. — und sonderbar gerade zur Zeit Kaiser Heinrichs VI. war fast eine Lage wie die jetzige. Er war es, der 52 Fürsten gewonnen hatte, durch deren Vermittlung er dem Volke unter der möglichst günstigen Schilderung das Erbkaiserthum geben wollte. Und wer war es, der entgegentrat? Es waren die sächsischen Fürsten, bekanntlich die Vorfahren des jetzigen Königshauses, bekanntlich stets in Treue unwandelbar, und nie auf eigennützige Weise für das eigene Haus bedacht; und es war der Churfürst von Mainz, Conrad von Wittelsbach — ein Ahne unseres königlichen Hauses! Und die Geschichte preist sie heute noch, preist diese That als rettende That des freien Deutschlands.

*) Taciti Germania §. VII.

Meine Herren, Sie erlauben mir, ich kann nicht anders, die Sache ist zu significant, Ihnen eine Stelle vorzutragen, wenn der Herr Präsident und die Kammer es erlaubt, nur wenige Zeilen, in welchen der Reichstagsbeschuß enthalten ist.

Es existirt ein Buch, eine Biographie, betitelt: „Der Kardinal und Erzbischof von Mainz Conrad I. Pfalzgraf von Scheuern-Wittelsbach, von Jakob May, Regierungsrath u. s. w.“ ein hochverdienter 82jähriger Mann. Das Buch ist erschienen im Jahre 1860. Wenn ich die Zeilen lese, meine Herren, so meine ich (sie sind aus dem 12. Jahrhundert genommen!) ich wäre in das Jahr 1871 versetzt. Die sächsischen Fürsten und der Mainzer Churfürst sagten:

„Gegen die etwaige Uebermacht eines Hauses habe die freie Wahl bisher am besten geschützt und allenfalls hieraus entstehenden Mißbräuchen lasse sich vorbeugen.

Nur einem erwählten Herrscher könne man Bedingungen vorlegen und ihn zu deren Erfüllung anhalten; aus dem Erbrechte dagegen folge die Unbeschränktheit fast unvermeidlich.

Eine Aussicht, den Thron zu besteigen, hätten freilich auch jetzt gar wenige; daß aber jeder deutsche Fürst doch König oder Kaiser werden könne, diese Möglichkeit stelle schon Königen gleich, und keiner wolle Stand, Gefühl und Gesinnung durch ein feiges Aufgeben solcher Anrechte herabwürdigen. Ueberhaupt komme es mehr darauf an, daß man das freie Leben im Innern Deutschlands ungestört erhalte, als daß man größere Macht zur Wirksamkeit nach außen erzeuge.

Die Einverleibung fremder Länder bürde endlich dem Reiche nur die Last der Vertheidigung auf, während der Kaiser die Vortheile solcher Erwerbungen für sich allein behalte.“*)

Meine Herren, Sie sehen also, welches die Ansichten über ein Erbkaiserthum sind und ich rede offen, die Krone

*) U. a. D. S. 154.

Preußens ist zum Erbkaiferthum ausersehen. Das ist, glaube ich, bei gar vielen zur Ueberzeugung geworden! Ich erinnere Sie nur an jenen Neujahrwunsch, den preussische Blätter brachten, und der in bayerische überging, worin es heißt:

„Freiwillig, ungezwungen, wie Deutschlands Jugend im Felde neben einander steht, treten die Stämme zum Bunde zusammen, einmüthig rufen Völker und Fürsten: Ein Reich, Ein Kaiser!“

Das ist nicht die reine Wahrheit, o nein! Ein Reich wohl, auf föderativer Gliederung sich gründend, alles Andere aber ist verschwindendes Traumbilde.

Meine Herren! Das sind die wenigen Momente, genommen aus dem Laufe der Jahrhunderte, die schwer in die Waagschale fallen! Ich sage, daß derjenige, der bloß mit den Erfolgen der jüngsten Zeit und nicht mit der Geschichte rechnet, einen großen Fehler begeht, mag er auch ein Staatsmann sein. Ich weiß wohl, was man diesen Momenten gegenüber einwendet: „Die veränderte Machtstellung der beiden Großmächte mache die Geschichte Bayerns unhaltbar!“ Die veränderte Machtstellung führt nothwendigerweise aus der ungebührenden Sonderstellung, die Bayern bisher eingenommen hat, hinaus in eine andere, die es jetzt einnehmen muß und nichts Anderes ist, deutsch gesprochen, die „Mediatisirung.“ Das ist aber nicht die Anschauung unseres Volkes, wenigstens nicht die Anschauung des Volkes, welches hinter uns steht. Dieses Volk will, daß die Krone Bayerns ungeschmälert bleibe, darum aus diesem Grunde hat es zu allen Zeiten gerne und weitaus mit seiner Majorität ohne Widerspruch die Mittel gewährt, um die Würde und den Glanz der Krone erhalten zu können und man hätte bei dem Spruche: „die Machtstellung sei eine veränderte“, auf alle die Consequenzen hinweisen müssen. Ist die Machtstellung verändert, ist die Krone mediatisirt oder wird sie mediatisirt, dann treten auch andere Gebote dem Lande gegenüber ein, und es ist ganz richtig, was angedeutet wurde bezüglich der Ausgaben, die das Land dann abmindern müsse. Meine Herren, ich bin froh, daß das Volk hinter uns nie mit solchen Gedanken sich befaßt hat, sonst würde man sagen, es sei „vaterlandslos“.

Meine Herren, ich habe Ihnen jetzt objectiv aus den Bündnissen, aus der Geschichte nachgewiesen, warum der Ausschuß, zu dem ich gehörte, unmöglich für die Verträge stimmen konnte. Ich weiß nun wohl, und das ist ein Gegenstand, der zu beherzigen ist, ich weiß nun wohl, was man dagegen einwendet! „Welche traurige Stellung“ — sagt man uns — „nimmt Bayern ein, wenn jetzt in diesem Augenblicke die Verträge, welche die Regierung bietet, als welche keine besseren zu erwarten sind, wenn jetzt diese Verträge abgelehnt werden.“ Ja, wenn man die Schriften liest, die da verbreitet werden und verbreitet worden sind, scheint es, gerade Bayern sei so schwach, sei so geworden, daß es unbedingt eintreten müsse, es muß eintreten, oder wie Seine Exc. der Herr Minister uns neulich zurief: „Sie müssen die Verträge annehmen.“ Meine Herren! Es ist dies ein sehr singularer Standpunkt. Ich für meine Person erkenne einen solchen Nothstand nicht an; es hat Seine Exc. der Herr Minister selbst die Versicherung gegeben, daß jeder Zwang fern gewesen sei, er bestehe nicht; er versicherte, daß von Seite der Großmacht mit der man unterhandelte, nicht der mindeste Zwang geübt werde, wie auf Seite 21 und 22 seines Vortrages im stenographischen Berichte vom 14. Dezember vorigen Jahres zu lesen ist. Ei, meine Herren, wenn kein Zwang geübt werden soll, wenn kein Zwang geübt werden wird, warum dann so eilen, ein Bündniß zu erfassen, gleichsam als eine Gabe des Himmels, ein Bündniß zu erfassen, von dem ein großer Theil des Landes sagt: **wir wollen es nicht.** Man sagt „Isolirung Bayerns“. Bayern ist nicht isolirt. Preußen und seine Bundesgenossen nehmen ja fort und fort an, was es für das deutsche Wohl geboten hat, bietet und bieten wird. Es wird jederzeit bieten, das, was von ihm verlangt wird und mit Recht verlangt werden kann. Ich bin überzeugt, jeder Stamm wird dies anerkennen — und wenn auch vielleicht bedauernd mit Achtung anerkennen müssen, daß es noch Männer gibt, die eine andere Ueberzeugung hatten und zugleich den Muth, trotz der allgemeinen Stimmung oder überwiegenden Stimmung auszusprechen: **Wir können nicht!**

Meine Herren, man sagt: „die andern Staaten haben alle angenommen, alle angenommen, und wir stehen noch allein!“ Ach, das zieht bei mir gar nicht und wird auch bei keinem wirklich freien Manne ziehen, denn, meine Herren, wenn ein Stamm fest in Treue an seine Krone hält, wenn ein Stamm voll Liebe zu seinen eigenen Institutionen, die ihm ans Herz gewachsen sind, ausbauert und sich nicht entschließen kann, von diesen seinen Rechten zu lassen, wenn er also deshalb sagt: „Wir wollen nicht,“ wird deshalb der Haß der andern Stämme auf ihn fallen? Ich erinnere mich noch gar wohl, meine Herren, daß der Vater des jetzigen Königs von Württemberg 1849 sagte: „Einem Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht.“ Das war das Wort eines Königs, — und er blieb doch ein freier König! Wenn sich jene Südstämme mediatisiren lassen wollen, so mögen sie das; wenn aber ein Theil der Stämme es nicht will, ist Niemand berechtigt, ihn dazu zu zwingen! Freie Vereinbarung wollen wir, aber keinen Zwang! Freie Vereinbarung will auch ich, aber keinen Zwang!

Es wird hervorgehoben, daß eine Kluft sich öffnen werde, die nicht mehr zu füllen ist und daß die Agitation im vollsten Maße auftreten wird! Glauben Sie, durch die Annahme werde Zufriedenheit erzielt? Das ist wieder eine Täuschung, meine Herren! Glauben Sie nur das nicht, als ob der Theil des Landes, der nun einmal unter der Verfassung alt geworden ist, der nun einmal diese Verfassung als ein Palladium für Bayern erachtet, daß der so still und ruhig es hinnehmen würde, wenn man ihm das nimmt, was ihm so lieb und theuer ist. O nein, glauben Sie das nicht! Was man besaß, ist es wirklich gut gewesen, es lebt fort nach Jahrhunderten und erstirbt nie. Ich erinnere mich an ein kleines Land, wo die Eltern ihre Kinder hinführen an ein Marmorbild und ihnen erzählen: das ist Rudolph von Scheerenberg, zu dessen Zeiten das Hochstift, weil seine Vertreter feige waren, seine Selbstständigkeit verlieren sollte, und er war es, der durch seinen Muth und sein Bemühen die Selbstständigkeit noch 350 Jahre gewahrt hat. Sie führen sie hin und sagen: das ist euer großer Churfürst Schönborn, dem es

Deutschland verdankt, daß der Religionsfriede nach langem hartem Kampfe zur Wahrheit wurde. Sie führen sie hin und sagen: das ist euer Adam Friedrich von Seinsheim, zu dessen Zeiten man so glücklich und zufrieden war trotz des siebenjährigen Krieges, und sie führen sie hin zu dem weisen Franz Ludwig, der war der Vater des Landes! Julius des Großen gar nicht zu gedenken. Das sind Erinnerungen, und wenn ich von meinem kleinen Lande, das mir nun einmal an's Herz gewachsen ist, in das große Bayern gehe und hinweise auf den Geber der Verfassung, auf den Gütigen, den das Volk liebte, meine Herren, das sind Erinnerungen, die auch bei Sedan nicht begraben wurden.

Meine Herren! Ich habe Ihnen nun aus Gründen objektiver Art entwickelt, warum ich für meinen Theil zu den Verträgen nicht stimmen kann, ich bin aber gewohnt, mit aller Offenheit aufzutreten und nie hinter dem Berge zu halten, auch dann nicht, wenn es gerathener wäre, zu schweigen, denn ich kenne die Bibel genau. Aber ich kann heute nicht anders, ich muß abermals den subjektiven Grund angeben, aus dem ich für meine Person nie und zu keiner Zeit für eine solche Sache stimmen kann, durch welche die Selbständigkeit des Landes auch nur im Mindesten angetastet werden wird: Ich bin aus Franken und kenne die Geschichte dieses Landes sehr genau, und ich läugne nicht, daß die Ereignisse in dem kleinen Lande mir in der Regel Parallelen zu den großartigeren Erscheinungen bieten.

Meine Herren! Es gibt ein Buch, ein kleines Buch, in dem aber große Wahrheiten verborgen sind, und das viel gelesen wurde, das heißt: „das Buch der Völker und der Könige von Sainte-Foi. Dieses Buch gehört dem Volke, und es werden in ihm den Regierungen, wie allen Ständen, große Wahrheiten verkündet, und es ist mir in dem Augenblicke, als die Verträge von Versailles uns zukamen, ein merkwürdiger Ausdruck schwer auf die Seele gefallen, der Ausdruck betrifft mein Vaterland, mein engeres kleineres Vaterland, Franken. Dort heißt es bezüglich der Minister und Kabinete — ich bitte nur wenige Worte lesen zu dürfen:

„Dort werden jene abscheulichen Geschäfte abgeschlossen, welche unter dem Namen von Verträgen, den Boden, worauf lange Zeit der Ruhm einer Nation lebte, Fremden überliefern, welche ganze Völker mit all ihren Erinnerungen und Hoffnungen, mit ihrer Sprache, Geschichte und ihrem Glauben dem Feinde verkaufen.“

Und die Völker begeben sich kriechend unter das Joch einer Nation, welche sie nicht anders kennen, als durch das Böse, welches sie von ihr erfahren.

Es thut mir leid, daß ich es sagen muß, aber ich würde der Wahrheit nicht treu sein und bleiben, wenn ich verschweigen wollte, was mir auf dem Herzen liegt. Ich fürchte, daß das Böse, was mir nahezu an hundert Jahren einst durch die Preußen erfahren, im Frankenlande erfahren haben, daß das Böse auch das große bayerische Land erreichen könnte. Hier liegt eine Staatschrift vor mir von unserm letzten Fürstbischof, in welcher ich genau finde, was in neuerer Zeit geschehen ist. Damals hat man unserer Regierung gesagt, daß die preußischen Hausverträge maßgebend seien für alle deutschen Länder, sofort auch für das Hochstift, dem man in mehr als 40 Ortschaften seine Unterthanen entzog. In jener Schrift heißt es nun:

„So wie man dem Hochstifte diese Unterthanen „höchst widerrechtlich entzog, so fährt man fort, täglich neue Handlungen **der usurpirten Landes-** „**hoheit** auszuüben. So wie man sich zur **Unter-** „**jochung diesseitiger Unterthanen der mi-** „**litärischen Gewalt** und mitunter auch des „kleinlichen Kunstgriffes der **Geld-** und **Wein-** „**austheilung** bediente, so höret man nicht auf, „dieselben mit Husaren unter das jenseitige „Maß zu zwingen. Man conscribirt ihre Söhne; „man verbietet ihnen Befehle von Würzburgischen „Beamten anzunehmen; man fordert alle Ter- „ritorial-Abgaben nach dem königlich Preußi- „schen Maßstabe; man verbietet ihnen“

(Unruhe links.)

I. Präsident: Ich muß um Ruhe bitten:

Dr. Muland: Ich werde mich nicht unterbrechen lassen, die Wahrheit zu sagen! Wenn ich zu viel sage, werde ich vom Herrn Präsidenten zur Ruhe gewiesen werden, aber nicht von der Gallerie oder von andern Leuten in diesem Hause!

Was wir noch erfahren, was wir in den jüngsten Jahren erfahren haben, daran brauche ich wohl Niemand zu erinnern, der aus Franken ist.

Meine Herren! Das ist meine Ansicht und wenn ich nun treu meinem Eide und meiner Ueberzeugung nach meine Stimme abgeben muß, kann mir nur die Frage entstehen: Was wird Bayern **glücklicher machen**, die Verträge oder die alte Verfassung? Was wird Bayern lieber sein: bleibt es im Glanze seiner Krone, seiner eigenen Krone, oder im Glanze der neuen Kaiserkrone? Ich habe geschworen und bleibe meinem Eide treu: Ich will ein **freies Bayern** und einen **freien König** haben! Deshalb stimme ich gegen diese Verträge. (Bravo rechts.)

IV.

Rede des Abgeordneten Dr. Greil,

gehalten am 14. Januar 1871.

Meine Herren! Die Aufgabe, die mir heute gestellt ist, ist, ich verkenne es nicht, eine ziemlich schwierige, nicht zwar deshalb, weil ich in den Gründen, die von Seite der Herren Redner für die Annahme der Verträge aufgeführt worden sind, ein ganz besonderes Gewicht, eine ganz besondere Beweiskraft gefunden hätte, sondern mehr aus dem Grunde, weil ich durch das Auftreten von zehn Rednern, die sämtlich einen dem meinigen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen haben, in die Lage versetzt bin, ein Material vor mir zu haben,

das zu bewältigen, große Anstrengungen vor meiner Seite kosten muß. Ich muß nämlich mehr oder minder auf die sämtlichen vorhergehenden Redner Rücksicht nehmen, mehr oder minder auf die Ausführungen derselben von meinem Standpunkte aus eingehen, um in die Sache die erforderliche Klarheit zu bringen. Auf Alles kann ich natürlich nicht eingehen, oder ich müßte wohl 5—6 Stunden reden; auch gibt es Einzelnes, was übergangen werden kann, so z. B. hätte es für mich einen besonderen Reiz, die geschichtlichen Darstellungen meines Herrn Collegen, Dr. Sepp, etwas zu untersuchen, allein die Sache hätte mehr einen historischen Werth und weniger Bedeutung für uns in der Kammer, weshalb ich über diesen Punkt hinweggehen kann. Auch die Aufstellung des Herrn Dr. Gerstner, betreffs der jetzt geltenden Systeme im Handelswesen, fordert mich einigermaßen heraus, diesen Punkt zu besprechen. Allein auch das lasse ich bei Seite, mir scheint die Sache so großwichtig nicht zu sein.

Aber Herr Dr. Sepp hat neulich namentlich eine Aeußerung gethan, mit der er wenigstens die katholischen Geistlichen auf dieser Seite zur Annahme der Verträge bewegen zu können meint. Herr Dr. Sepp hat aufmerksam gemacht, daß, wenn wir die Verträge ablehnen, ein fortschrittliches Ministerium eintreten wird, und daß in Folge dessen es sofort darangehe, eine Reihe von Gesetzen zu bringen, die dem katholischen Klerus nicht wohl bekommen möchten. Er hat namentlich erwähnt, daß eines dieser Gesetze, die dann kommen würden, die Wegnahme des Pfarrwiddums, also des Besitzes von Grund und Boden der Pfarrer, bezielen werde. Das hat Herr Dr. Sepp dem katholischen Klerus besonders ans Herz gelegt und gefragt, ob denn das schon gehörig beherzigt worden sei oder nicht. Meine Herren! Ich glaube, daß mit diesem Satze, daß mit der Aufforderung zur Beherzigung eines solchen Punktes das nicht erreicht worden ist und erreicht werden kann, was der Herr Redner erreichen wollte, sondern eher das Gegentheil. Meine Herren! Ich habe eine viel zu hohe Meinung von den katholischen Pfarrern, als daß ich glauben könnte, daß einer von den Herrn, die hier in der Kammer sitzen, durch ein

solches Schreckmittel sich in der Abstimmung nur im Geringssten beirren lassen könnte. (Bravo!)

Wenn aus Rücksicht auf einige Gulden, welche ein katholischer Pfarrer aus seinem Pfarrwiddum bezieht, er in der wichtigsten Frage, die seit dem Bestande der Verfassung der Kammer vorliegt, seine Abstimmung modificiren würde, dann wäre das nicht ein katholischer Pfarrer, es wäre Einer, der von keiner Seite auch nur im geringsten Maße auf irgend eine Achtung Anspruch machen könnte. (Bravo!) Also dieser Grund kann nicht ziehen.

Es gibt noch etwas Anderes, was auch schon vielfach berührt worden ist, und womit man vielfach auf die katholischen Geistlichen einzuwirken sich bemüht hat, was zwar noch nicht ausführlich in dieser Kammer besprochen worden ist, aber namentlich in einer Reihe von Blättern, und dies Andere ist: Man sagt fortwährend, wir seien genöthigt, die Verträge anzunehmen aus dem Grunde, weil dadurch die Stellung der katholischen Kirche in Deutschland eine bessere würde. Meine Herren! Dieser Punkt ist allerdings von Bedeutung; aber wenn ein katholischer Abgeordneter gewissenhaft prüft, was bei den fraglichen Verträgen nach seinem Rechtsgeföhle annehmbar oder unannehmbar ist, dann kann dieser Nebengrund auf seine Abstimmung auch nicht einwirken; denn wenn auch der vermeintliche Zweck ein guter wäre, kein Katholik kann sich zu jenem Grundsätze bekennen, den man fälschlich den Jesuiten in die Schuhe schiebt, zu dem Grundsätze: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Aber es ist auch nicht also, es ist nicht richtig, daß die Stellung der katholischen Kirche irgend welche Vortheile gewänne durch die Annahme der Verträge von unserer Seite. Diese Verträge haben mit der katholischen Kirche Deutschlands lediglich nichts zu thun, und deswegen haben wir uns auch mit dieser Frage nicht weiter zu beschäftigen.

Uns beschäftigt die politische Gestaltung Bayerns für die Zukunft, uns beschäftigt und muß beschäftigen ein Blick auf die Gestaltung, welche der bayerische Staat im Vergleich mit jetzt und im Vergleich mit früher einzunehmen hat, je nachdem die Verträge von Versailles angenommen oder verworfen werden.

Aber da stoße ich auf eine ganze seltsame Erscheinung, ich stoße auf eine Erscheinung, welche ich in einer bayerischen Kammer nie und nimmer wahrnehmen zu müssen geglaubt hätte. Fast sämtliche Redner, welche jenseits aufgetreten sind, und diesen Gegenstand überhaupt berührt haben, haben in auffallender Weise geringschätzig von Bayerns Bedeutung und dazu theilweise auch noch geringschätzig von Bayerns Verfassung gesprochen. Damit Sie nicht glauben, ich phantazire etwa, will ich Ihnen einige Ausdrücke der Herren reproduziren. Herr Louis hat sich im Ausschusse ausgesprochen: die Selbständigkeit Bayerns sei eine eingebildete und Bayern habe überhaupt nichts geleistet; Herr Dr. Bölk hat schon früher über die Selbständigkeit Bayerns in einer Weise gesprochen, daß man ganz deutlich daraus abnehmen konnte, er habe einen äußerst geringen Begriff von der früheren Selbständigkeit Bayerns gehabt, und er hat in seiner jüngsten Rede gesagt: Die Souveränität wie jetzt hat Bayern im Reiche nie gehabt; Herr v. Hörmann hat gestern gesagt: Eingeteilt zwischen zwei Großstaaten ist Bayern unhaltbar; Herr Stenglein hat gesagt: Die Souveränität Bayerns ist beschränkt durch die bestehenden Partikularrechte. Dazu kommt noch eine Aeußerung des Herrn Staatsministers v. Luß. Sie finden dieselbe in der ersten Rede, welche seine Exzellenz bei der Vorlage der Verträge gehalten hat:

„Viele Jahrhunderte hindurch hatte Bayern — von der Zeit an, da man seinen Namen zum Erstenmale genannt hat — einen Theil des deutschen Reiches gebildet. Von je hat es Freud und Leid mit Deutschland getheilt; seine Geschichte war so eng, als die irgend eines anderen deutschen Gebietes, mit der des deutschen Volkes verbunden, und als das deutsche Reich zerfallen, als die Zeit des ersten Napoleon vorüber war, in welcher Bayern zum Königreiche erhoben worden ist, jene Zeit, die gleichwohl Niemand eine Zeit der freien Selbstbestimmung für Bayern nennen wird, wenn es auch nicht mehr dem Kaiser untergeben und nicht mehr Einem Reiche eingefügt gewesen ist, als jene Zeit vorüber war, und man an die Neu-

gestaltung Deutschlands ging, da dachte Niemand daran, aus Bayern einen international ganz unabhängigen Staat zu machen, Niemand dachte daran, bei der Gestaltung des projektirten deutschen Bundes einfach von Bayern abzusehen. Auch nach dieser Zeit war Bayern trotz unbezweifelter Souveränität den Dispositionen untergeben, welche nach der damals bestehenden Verfassung die Gemeinsamkeit über Deutschland zu treffen berufen gewesen ist.“

Dazu kommt noch, meine Herren, daß der Herr Minister in der ersten Kammer einen Ausdruck gethan hat, der mir sehr aufgefallen ist. Er hat gesagt:

„Was heißt es denn, meine Herren, Consuln zu ernennen? Ist es denn damit gethan, daß man irgend einem ordensdurstigen Kaufmanne in irgend einem überseeischen Hafen den Titel „bayerischer Consul“ verleiht? Daß er ein Bureau hält und vielleicht großmüthig genug ist, von Zeit zu Zeit irgend einem bayerischen Bettler einen Dollar zu schenken.“

Nun, meine Herren, das Consulatsrecht ist bisher von Bayern hochgehalten worden. Die Aeußerung des Herrn Staatsministers hat das Consulatsrecht so ziemlich in seiner Bedeutung auf Null reducirt. Nun frage ich, wie kommt es denn, daß dieses Consulatsrecht noch in unserm leztvorgelegten Budget so hochgehalten worden ist, daß man sich von Seite der k. Staatsregierung für bemüßigt fand, für die bayerischen Consuln eigens 10,000 fl. jährlich zu verlangen, und daß man die Sache damit begründet, daß die materiellen Interessen Bayerns in den Händen der Consuln gelegen seien? Wenn die Consuln lediglich nichts bedeuten, wie der Herr Staatsminister neulich in der hohen Kammer oben gesagt hat, dann sehe ich nicht ein, wozu die auf Seite 321 des Budgets gegebene Begründung der Forderung von 10,000 Gulden.

Aber, meine Herren, auch das Andere, was ich eben vorgelesen habe, in dem Sie gar nichts Auffallendes gefunden haben, besteht vor der Kritik nicht. Meine Herren, der Herr Staatsminister hat gesagt, Bayern

habe, so lange man seinen Namen nennt, einen Bestandtheil des deutschen Reiches gebildet. Wo ist denn das deutsche Reich gewesen, dessen Bestandtheil Bayern war, zur Zeit, als die Agilolfinger den Titel „König“ — nachher „Herzog“ — führten, zur Zeit, als der mächtigste Fürst der damaligen germanischen Welt, Autharis, eine bayerische Prinzessin heimführte, zum Glück seines in Italien gegründeten Reiches. Damals hat ein kräftiges Bayern bestanden, aber es war nicht ein Bestandtheil des Reiches und, wenn es auch wahr ist, daß im Lauf der weiteren Geschichte Bayern ein Bestandtheil des Reiches war und im innigen Zusammenhange mit dem Reiche gestanden hat, so ist gleichwohl die Stellung Bayerns von jeher eine solche gewesen, mit wenigen Ausnahmen durch die ganze Geschichte hindurch eine solche gewesen, daß man sagen darf, Bayern ist das bevorzugteste Land des gesammten deutschen Reiches gewesen, auf die Dauer gewesen. Und was Bayern von Anfang an gewesen ist, das ist es noch mehr geworden in der späteren Entwicklung. Denn, meine Herren, es steht mit der späteren Entwicklung und wirklichen Sachlage in Widerspruch, was Herr Dr. Böll gesagt hat, daß Bayern nicht die Selbständigkeit im Reiche gehabt hat wie jetzt. Bayern hat mehr gehabt, als es seit dem Jahre 1866 hat. Nie war Bayern, seit es eine selbständige Militärmacht hat, ich darf sagen, seit der goldenen Bulle und auch früher nicht — nie war Bayern verpflichtet, seine ganze Kriegsmacht dem Reiche zur Verfügung zu stellen. Es hatte nur einen Theil zu stellen, über das Uebrige verfügte der Herzog, der Churfürst Bayerns selbständig und, meine Herren, wenn Sie vielleicht glauben, die Zugehörigkeit zum Reiche sei eine besondere Herabdrückung der Selbständigkeit Bayerns gewesen, so muß ich doch aufmerksam machen, daß Bayern in den letzten Jahrhunderten auch das Bündnißrecht hatte, das Besteuerungsrecht hatte, so ziemlich Alles, was zur Souveränität gehört, nur den Namen nicht. Den Namen aber hat es bekommen in der Zeit, als das deutsche Reich sich löste, sich löste durch die Schuld eines Fürsten und eines Landes, das die Herren wohl kennen, das ich aber jetzt nicht speziell nennen

will (Preußen). Als das Reich sich löste, da, meine Herren, war Bayern souverän, und als souveräner Staat ist Bayern dem Deutschen Bunde beigetreten. Wenn es auch nicht berechtigt war, Verträge zu schließen gegen den Deutschen Bund, wenn es auch nicht berechtigt war, einen Krieg anzufangen gegen einen deutschen Bruderstamm, gegen ein deutsches Bruderland, wozu nach der Bundesakte Art. 11 kein deutscher Staat berechtigt war, so war es dagegen unbeschränkt im Bunde, trotz der Zugehörigkeit zum Bunde durch Art. 7, welcher ausdrücklich anordnet, daß der Bundestag für Abänderung von Grundgesetzen, organischen Bundeseinrichtungen, jura singulorum und Religionsverhältnissen incompetent sei.

Meine Herren! Wie man ein Land mit solchen Rechten, wie sie Bayern geschichtlich geübt hat und wie sie ihm in der Bundesakte ausdrücklich zugesprochen worden sind, so geringschätzig beurtheilen kann, wie in einem Urtheile, das ich vorgelesen habe, geschehen ist — wie man das kann, meine Herren, das kann ich wahrhaft nicht begreifen.

Recht auffallend aber, meine Herren, mir recht auffallend ist, wie einer der genannten Redner selbst darin eine Beschränkung der Selbständigkeit, der Souveränität Bayerns sehen konnte, daß Partikularrechte in Bayern existiren. Weil also Bayern kein Staat gewesen ist, der mit despotischer Gewalt durchgegriffen und alle Sonderrechte mit einem Federstriche beseitigt hat, weil Bayern das faktisch, geschichtlich nicht gethan hat, deshalb soll seine Souveränität beeinträchtigt gewesen sein!

Wie kann man denn eine solche Behauptung aussprechen? Bayern war berechtigt dazu, die Sonderrechte zu beseitigen, es hat dies nicht gethan, weil es gesehen hat, daß das Interesse, das Wohl der Landesangehörigen dies nicht verlange, daß das Wohl der Landesangehörigen vielmehr Schonung, zeitgemäße Schonung verlange. Eine Beeinträchtigung der Souveränität ist hierin auch nicht im Entferntesten enthalten.

Man hat auch gesagt, Bayern habe nichts geleistet. Nun, meine Herren, ich frage Sie, wo sind denn die Staaten Deutschlands, welche mehr als Bayern im Laufe der Geschichte geleistet haben? Ist denn nicht Bayern bei

allen großen Vorgängen der deutschen Geschichte mitbetheiligt gewesen? Und wenn, wie kann man dann sagen, Bayern hat Nichts geleistet? Oder wenn vielleicht diese Aeußerung .blos auf unser Jahrhundert Bezug hat, seit Bayern den Titel „souverän“ hat, so frage ich: Sind denn die Dinge, die wir um uns sehen, keine Leistungen? Wer ist es denn gewesen, der jenes Institut einleitete, auf das die Herren jetzt so gerne ein übergroßes Gewicht legen, das Institut des Zollvereines? Ist es nicht Bayerns Fürst gewesen, der dieses Institut zuerst ins Auge gefaßt und für Deutschland zuerst angestrebt hat? Und wenn das nicht geleugnet werden kann, wie kann man dann sagen, daß Bayern nichts geleistet hat? Oder, meine Herren, wenn Sie die Verkehrsmittel betrachten, wir haben in Bayern eine Reihe von Eisenbahnen, und die erste war die Bahn zwischen Nürnberg und Fürth alten Angedenkens, vom Ludwigs-Donau-Mainkanal nicht zu reden. Ja, meine Herren, sind das keine Leistungen? (Heiterkeit links.)

Meine Herren, der Ludwigs-Donau-Mainkanal figurirt seit Langem in unserm Budget, er figurirt darin, weil man in ihm ein wichtiges Mittel des Verkehrs für Bayern seiner Zeit gesehen hat. Daß er jetzt seinen Zweck nicht mehr erfüllt, nachdem die Eisenbahnen den Verkehr aufgenommen haben, das ändert an der Sache Nichts, das Unternehmen ist groß und bleibt groß, es ist ein Gedanke damit ausgeführt, der schon vor tausend Jahren zur Ausführung beabsichtigt war, und ich finde nicht, daß es einen Spott verdient, wenn ich diesen Gegenstand als wichtig betrachte. (Widerspruch links.)

Wenn man mich auslacht, wenn ich so etwas spreche, dann halte ich das für eine Art von Spott; mir kommt das so vor und ich bedauere es, sagen zu müssen. Ich habe und wir haben jetzt drei Tage lang den Herren stillschweigend zugehört; ich bitte also die gehörige Rücksicht zu nehmen und mich, auch wenn Ihnen Etwas nicht ganz mundgerecht ist, ruhig anzuhören und nicht, wie das schon wiederholt geschehen ist, durch irgend welche mich unangenehm berührende Auslassungen zu stören.

Wenn man ferner auf Kunst und Wissenschaft Rücksicht nimmt: wo in Deutschland, meine Herren, ist denn

für Kunst mehr geschehen, als gerade in neuester Zeit in Bayern? und wenn das der Fall ist, wie kann man dann sagen, daß Bayern nichts geleistet hat? Eine solche Behauptung ist eine Herabwürdigung Bayerns, die es in keiner Weise verdient, die in keiner Weise gerechtfertigt ist.

Noch mehr! Man hat auch die bayerische Verfassung und die bayerische Gesetzgebung von jener Seite in einer etwas eigenthümlich unfausten Weise berührt, in einer Weise, die mich gerade von jener Seite ganz besonders wundert. Sie, meine Herren, sind ja gerade bei Abfassung der Gesetze, die neuerlich berührt worden sind, selbst mitbetheiligt gewesen; das Vereinsgesetz, das Preßgesetz haben Sie ja mitmachen helfen; ja, wie kommt es denn, daß diese Gesetze jetzt auf einmal so ganz und gar nichts nuz sind, so ganz und gar nichts taugen? Das, meine Herren, ist für mich nicht recht begreiflich. Ich meine, diese Gesetze, wenn sie bisher einen Werth gehabt haben, haben diesen Werth auch jetzt in diesem Augenblicke noch nicht verloren. Ich will nicht läugnen, daß sie einzelne Mängel enthalten, aber diese Mängel sind nicht so groß, wie neuerlich dargestellt worden ist.

Noch mehr, meine Herren! Ein Herr Redner hat die feltene Aeußerung gethan, unsere Verfassung schütze uns eigentlich gegen Willkür von Seite der Regierung nicht, unsere Verfassung sei ein Ding, bei dem die Regierung doch thun könne, was sie wolle.

Er hat auf Beispiele hingewiesen, wo Ausgaben gemacht worden sind, die nach seiner Ansicht nicht gemacht werden sollten, und die eben doch gemacht worden seien, und hat bemerkt: Es gibt kein Mittel in Bayern, um den Rückerjaz dieser Kosten zu erwirken. Das einzige Mittel wäre die Ministeranklage, und daß dies Mittel nicht zum Zweck führt, begreife wohl Jeder. Meine Herren, ich wundere mich, wie ein Mann, der seit 20 Jahren in der Kammer sitzt, eine solche Behauptung aufstellen mag. Ich bin ein Jahr da, und doch weiß ich aus meiner eigenen Praxis, daß die Sache nicht so ist. Es gibt einen Rückerjaz, er ist vorgekommen, erst im letzten Landtage hat man den Rückerjaz von circa 10,000 fl. — ich weiß die Summe nicht mehr genau — verlangt, welche Ihrer Majestät der Königinwitwe von Griechen-

land über die erforderlichen Summen ausbezahlt worden sind, und der Rücksatz ist erfolgt. Und außerdem wissen Sie ja Alle, daß zur Zeit, als König Otto in Griechenland noch auf dem Throne war, eine Differenz sich ergab und auch damals ist der Rückersatz gegeben worden. Es ist also nicht richtig, daß die bayerische Landesvertretung kein Mittel habe, um Rückersatz zu erlangen, sie hat wirklich ein Mittel, sie hat es schon angewendet, und wenn sie es in Zukunft kräftig anwendet, wird es zum Ziele führen.

Dr. Bölk: Ja, wenn die Regierung selbst mag.

I. Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Greil: Gegenüber der vorhin vorgelesenen Aeußerung Sr. Excell. des Herrn Staatsministers v. Luz, die offenbar die bayerische Selbständigkeit auch nicht übermäßig hoch anschlägt, muß ich doch ein Aktenstück verlesen, das mir vor etlichen Tagen in einer Zeitung in die Hand gekommen ist.

Es ist ein allerhöchster Erlaß Seiner Majestät des Königs Max II. vom 12. Jänner 1851, und darin heißt die wesentliche Stelle wie folgt:

„Der Bayer kann stolz sein auf seine Geschichte, sie geht zurück in das graueste Alterthum und verkündet auf allen ihren Blättern, wie das Volk treu an seinem angestammten Fürstenhause geblieben, wie dies für sein Bestes gesorgt, wie beide vereint ihre Selbständigkeit behauptet und damit nicht nur die eigene Wohlfahrt, sondern auch die der übrigen deutschen Völker und des deutschen Reiches mit kräftiger Hand geschützt haben.“

Und so geht es fort. Es genügt diese Stelle, um zu zeigen, daß man vor 19 Jahren in den maßgebendsten Kreisen Bayerns eine sehr hohe Anschauung von der Bedeutung und Selbständigkeit Bayerns gehabt hat. Ich, meine Herren, muß sagen, daß diese Anschauung vom 12. Jänner 1851 nach meiner Ueberzeugung die allein richtige ist, und daß die Anschauung von der Bedeutungslosigkeit, welche jetzt so vielfach sich geltend macht, in der eigenthümlichen Phase, in der wir jetzt sind, keine berechtigte, sondern nur eine aus der Lage gezogene ist.

Wenn man die bayerische Verfassung so gering anschlägt, wenn man in der bayerischen Verfassung nicht das gehörige Mittel findet, um sich, um die Volksrechte nach allen Seiten hin zu schützen und zu schützen, dann wundert mich Eines noch mehr als das, was ich eben gesagt habe, und dieses Eine, was mich noch mehr wundert, ist die Hochachtung, die Hochschätzung der deutschen Bundesverfassung, in welcher deutschen Bundesverfassung die Herren Redner ein Palladium gegen jede übermäßige Belastung auch für Bayern sehen zu müssen glauben. Ja, meine Herren, wenn die bayerische Verfassung, welche wir jetzt seit dem Jahre 1818 segensreich wirken sehen, wenn diese Verfassung, die so vielfach schon Dinge zurückgewiesen hat, die dem bayerischen Volke nicht entsprachen, in dieser ihrer Entwicklung eine so geringe Bedeutung in Ihren Augen hat, wie kommt es denn, daß eine Verfassung auf einmal eine so hohe Bedeutung gewinnt, welche in den Händen eines Mannes sich befindet, der den Ausdruck gethan hat, daß er an juristischen Zwirnfäden nicht stolpere? Wenn die bayerische Verfassung uns nicht Schutz bietet, dann bietet uns die norddeutsche Verfassung diesen Schutz erst gar nicht, im Gegentheile, wir haben in dem ganzen Gange der Geschichte jenes Staates, der die Verfassung gemacht und eingeführt hat, in der Entwicklung dieses Staates haben wir nicht die geringste Bürgschaft dafür, daß er diese Verfassung als Mittel gelten läßt, um in Dingen, wo man etwas Anderes durchsetzen will, etwa einen zweifelhaften Buchstaben der Verfassung gegen die Regierungsgewalt entscheiden zu lassen.

Aber man hat gemeint — das hat der Herr Referent der Minderheit (W. Barth) gethan — wir Bayern könnten doch wenigstens darin sicher sein, daß uns unsere Sonderrechte, wenn wir sie überhaupt behalten wollen, nicht entzogen werden können, ohne unsere Zustimmung. Denn Bayern, hat es geheißen, die bayerische Regierung hat hierin ein absolutes Veto. Es ist allerdings schon vorher bemerkt worden, daß dieses Veto der bayerischen Regierung nicht schützt, denn die bayerische Regierung ist in der Lage, daß sie einfach ihren Bundesgesandten, ihren Bundesrath instruiren kann in dem

Sinne, wie sie für gut findet, und dann ist sie gegen jede Verantwortlichkeit gedeckt. Da nun der Herr Referent der Minorität gemeint, daß ginge nicht so, in diesem Falle müßte die Regierung, auch die bayerische Regierung den bayerischen Landtag fragen, und die Thätigkeit für Aufhebung der Sonderrechte Bayerns, diese Thätigkeit würde nicht in Berlin im Reichstage stattfinden, sondern das sei Sache, sei die Aufgabe der bayerischen Landesvertretung. Nun, meine Herren, da wundert mich wieder Eines: Wenn der bayerische Landtag schon den eigenen Ministern gegenüber so unkräftig ist, wie man meint, wie soll denn dieser bayerische Landtag der Regierung, dem Ministerium gegenüber, dem Norddeutschen Reichstage gegenüber jene Kraft haben, daß er die Erweiterung der Competenz des Norddeutschen Reichstages verhindert und somit eine Beseitigung der Sonderrechte unmöglich macht? Wenn der bayerische Landtag jene geringe Kraft hat, die man ihm beimessen zu müssen glaubt, dann kann er auf eine solche Wirksamkeit nicht im Geringsten rechnen; aber auch dann nicht, wenn er noch so kräftig wäre. Nichts schützt uns, meine Herren, gegen die Erweiterung der Competenz des Reichstages. Sie haben ja auch schon zum Theil jene Verhandlungen gelesen, die neulich in Berlin stattgefunden haben, die wiederholten Aussprüche eines Delbrück, der es als Sache der Zukunft erklärt, daß der Reichstag allmählig auch diejenigen Dinge vereinige, die man jetzt nicht vereinbaren konnte; Sie haben ja gesehen, wie kein Zweifel obwaltet, daß der Reichstag seine Competenz erweitern könne; und daß er es thun wolle, meine Herren, dafür haben wir doch einen mehr als eclatanten Beweis in der in Deutschland einzigen Erscheinung, daß der Reichstag jetzt schon seine Competenz erweitert hat, indem er, anstatt, daß neue Wahlen vorgenommen wurden, sich selbst verlängert hat.

Nun, meine Herren, man hat so viel auf den Reichstag gehalten, aber wie kommt es denn dann, daß man anderseits den Norddeutschen Bund so fürchtet, daß man anderseits vor Preußen so Angst hat? Ja, wenn der Norddeutsche Reichstag, bei dem wir doch mit den 48 Männern, die hingeschickt werden könnten, einen Ausschlag nicht geben können, wenn der Norddeutsche Reichs-

tag ein für uns so erfreuliches Mittel ist, wenn es uns so sehr hilft und schützt gegen jede Bergewaltigung: wie kommt es denn, daß so vielfach Furcht rege wird gegenüber dem Norddeutschen Bunde, gegenüber dem deutschen Reiche, wie man es jetzt nennt, oder Preußen gegenüber? Ich will hier wieder einige Aeußerungen anführen, um zu constatiren, daß diese Furcht wirklich geherrscht hat und herrscht.

Der Herr Referent der Minorität sagt: Der Norden sei zähe; die wirthschaftlichen Vortheile wird man eine Zeit lang entbehren, um das Staatswesen aufrecht zu erhalten. — Es war das gesagt im Hinblick auf die Gefahr, daß Norddeutschland den Zollvertrag und Zollverein kündigen möchte, und in Bezug auf diesen Punkt nun fürchtet der Herr Referent der Minorität, es möchte Preußen lieber eine Zeit lang sich volkwirthschaftlich schädigen lassen, als daß es sein Staatswesen nicht aufrecht erhielte, mit anderen richtigeren Worten, als daß es seine politischen Zwecke, nämlich die Einverleibung Bayerns in das Reich, je aufgeben möchte. Ich meine, meine Herren, wenn man im norddeutschen Reichstage wirklich eine solche Garantie hat für die Erhaltung der Selbständigkeit, wie man angibt, so sei eine solche Furcht nicht gerechtfertigt. Ein anderer Herr Redner hat bemerkt: Es wundere ihn, wie man zweifeln könne, daß Preußen den Zollverein kündigen wird; auf Preußens Großmuth dürfe man nicht rechnen, denn die Ablehnung der Verträge verletzt; die Ablehnung der Verträge mindert überdies die Kriegsbeute.

Nun, meine Herren, fällt mir etwas Anderes auf. Man kann nicht zweifeln, sagt Herr Dr. Verstner, man kann nicht zweifeln, daß Preußen den Zollverein kündigen wird. Ja, meine Herren, ich frage, woher weiß er denn das? Ich zweifle sehr daran. Aber weiter: Man dürfe auf Preußens Großmuth nicht rechnen. Ja, meine Herren, ist denn das ein Rechnen auf Großmuth, wenn ich bedenke, daß in einem der blutigsten Kriege 110 bis 120 Tausend Bayern an der Seite Preußens Schlacht für Schlacht kämpfen, alle Mühen des Krieges ausstehen, in Schaaren das Leben verlieren? Ist denn das ein Rechnen auf Großmuth, wenn ich von einem

solchen Staat erwarte, daß er nicht einen Akt vollziehe, der nichts weniger als brüderlich genannt werden könnte? Aber die Ablehnung, hat der Herr Redner gemeint, mindere die Kriegsbeute. Dieser Satz hat mich unangenehm berührt; bei Kriegen, wie sie unter christlichen Völkern geführt werden, ist mir der Ausdruck „Kriegsbeute“ unverständlich. Ich kann eine Kriegs-Entschädigung verstehen, ich kann eine Sieges-Trophäe verstehen, aber Kriegsbeute im Sinne von Beute ist mir nicht anders als bei einem Raubkriege denkbar.

Noch hat sich in diesem Betreff ausgesprochen Herr Stenglein: Wir haben kein Recht, nach Ablehnung der Verträge Preußens Dankbarkeit in Anspruch zu nehmen; ebenso hat sich Herr v. Hörmann geäußert: die Freundschaft zurückweisen, heißt den Freund verletzen. Sonderbar meine Herren, die Freundschaft zurückweisen, heißt den Freund verletzen, und deshalb sollen wir jetzt die Verträge annehmen! Meine Herren, wie sind denn die Verträge entstanden? Weiß denn der Herr Redner nicht, daß nach wiederholten Erklärungen die Initiative von Bayern ausgegangen ist, hat denn Preußen uns die Freundschaft aufgedrängt und von uns verlangt, daß wir sie annehmen? Ich habe in Allem und Allem das Gegentheil gehört. Bayern hat die Initiative ergriffen, Preußen hat nicht gedrängt; und, meine Herren, Preußen drängt auch jetzt nicht. Um das zu beweisen, steht mir eine Nachricht zu Gebote, die gestern in meine Hände gekommen ist aus Versailles den 6. Januar, und da heißt es:

„Staatsminister Delbrück führt die Beschlüsse über die neuen Organisationen, welche als eine Folge der Umwandlung Norddeutschlands in ein deutsches Reich ins Leben zu treten haben, mit gewohnter Energie zu gutem Ende. Man ist übrigens entschlossen, auch im Falle eines verneinenden Votums der bayerischen Kammern unbeirrt in diesem Reconstructionswerke fortzufahren und Bayern es eventuell später selbst zu überlassen, seinen näheren Anschluß an das Deutsche Reich zu suchen und herbeizuführen!“

Sie sehen, meine Herren, Preußen übt gar keinen Druck, Preußen hat das Verlangen nicht ausgesprochen;

daß wir in das Reich sofort eintreten, Preußen läßt uns die freie Wahl, ob wir jetzt oder nach einem Jahre oder im Laufe des Jahres eintreten wollen. Und wenn es uns die freie Wahl läßt, wie kann man sagen, die Zurückweisung der Freundeshand sei eine Verletzung des Freundes? Preußen selbst spricht aus, es fühle sich nicht verletzt, und wenn Preußen sich nicht verletzt fühlt, dann kann ein bayerischer Abgeordneter nicht zehnfach preußischer denken als Preußen.

Uebrigens muß ich denn doch, weil vom Reichstag so viel gesprochen worden ist, und weil man auf den Reichstag so großes Gewicht legt, noch eine Seite hervorheben, welche bisher ziemlich schweigsam übergangen worden ist.

Meine Herren! Sie legen ein Gewicht darauf, daß wir Mitglieder des deutschen Reichstages senden können, daß wir 48 bayerische Abgeordnete in den Reichstag schicken dürfen. Sie legen ein Gewicht darauf und glauben, das könnte uns, wenn wir in das Reich eintreten würden, die größten Vortheile bieten, weil wir in Berlin mitrathen können und nicht bloß mitthaten dürfen. Nun, meine Herren, 48 bayerische Abgeordnete, darunter vielleicht 24 von der Seite, welche dahin strebt, die bayerischen Sonderrechte zu beseitigen, und 24 von der anderen Seite: was werden die in Berlin ausrichten? 382 ist die Zahl und 24 könnten vielleicht gegen die 382 stimmen und vielleicht von Württemberg noch 3, von Baden noch 2, von Hessen noch 3. — O, meine Herren, wir hätten eine Zahl wunderbar; wie die einwirken könnten, das begreife ich! Aber, meine Herren, Spaß bei Seite, wie steht es im Ernste mit der Vertretung im deutschen Reichstage? Ist denn, meine Herren, die Vertretung von der Art, daß man von ihr ein kräftiges Wirken für das Wohl Deutschlands erwarten kann, und namentlich, wie unsere Verfassung gebietet, für das gesammte Wohl, das gesammte Beste des gesammten Landes. Ist die Vertretung so, daß man dies erwarten kann? Wenn ich die Sache etwas näher anschauere, so kann ich das nicht finden. Eine besondere Seite der Vertretung, auf die man in Berlin alles Gewicht legt, gegen deren Aenderung man sich mit allen

Kräften, ich möchte sagen, krampfhaft gewehrt hat und mit Erfolg gewehrt hat: diese Seite ist die Diätenlosigkeit der Reichstags-Abgeordneten. Was, meine Herren, will damit gesagt sein: Glauben Sie denn, daß ein Mann, der ein Einkommen von 600 oder 700 fl., von 1000 oder 1200 fl. besitzt, glauben Sie denn, daß der im Stande ist, nach Berlin zu gehen, um dort während eines Aufenthaltes von etwa drei Monaten seine 6 bis 800 fl. einschließlich der Reisekosten zu verzehren?

Wenn aber das nicht der Fall ist, und wenn die Diätenlosigkeit dazu führt und dazu führen muß, daß nur ein Theil des Volkes vertreten ist, nämlich der Reichthum, wenn sie dazu führt: was geht dann aus einer solchen Erscheinung hervor? Sie wissen ja, daß selbst, wenn ein Mann *optima fide* handelt, doch das eigene Interesse immer da und dort sich einzuschleichen sucht. Das eigene Interesse aber macht sich am stärksten geltend gerade da, wo der Geldsack maßgebend ist. Aber nun, meine Herren, wenn nur mehr Reiche im Reichstage sitzen können, dann bleiben zwei Kategorien des gesammten Volkes ohne Wortführer, sie bleiben unvertreten, und die Einrichtungen, Bestimmungen und Gesetze, welche aus einem solchen Reichstage hervorgehen, werden nicht bloß Lücken lassen, sondern sie werden nach manchen Seiten hin entschieden schädigen, entschieden verletzen.

Soll ich, meine Herren, das vielleicht mit Beispielen beweisen? Ich brauche nicht zurückzugreifen auf das Alterthum, um dort zu zeigen, wie z. B. in Rom die reiche Aristokratie ihre Stellung in einer Weise ausbeutet hat, daß sie einer Räuberhorde verglichen werden konnte. Aber, meine Herren, auf das weise ich Sie hin, was in Norddeutschland namentlich im vorigen Jahrhundert geschehen ist. Als in den Landtagen, soweit sie noch bestanden, die Prälatenkammer weggefallen war, und als nur mehr die damaligen höchsten Schichten in den Landtagen vertreten waren — lesen Sie nach in Döllingers „Kirche und Kirchen“, Sie werden die Angaben finden, wie dort in dem einen und anderen Lande das niedere Volk nicht bloß um sein Hab und Gut gebracht worden ist, sondern geradezu zur Sklaverei herabgedrückt wurde, im Zeitalter der Aufklärung, im

Jahrhundert der Philosophie! Nun, meine Herren, wenn der Reichstag, wie gesagt, bloß aus diesen Schichten bestehen wird, können Sie hoffen, daß eine Vertretung entstanden ist, welche allen Parteien, allen Schichten der Gesellschaft die gebührende Rechnung tragen wird? Ich muß das von meinem Standpunkte aus als eine Unmöglichkeit betrachten. Nur dann, meine Herren, wenn der christliche Sinn, der Sinn einer durchdringenden Liebe Alle beseelte, wäre eine Ausgleichung möglich, aber auch noch keine vollkommene. Daß dies der Fall sein wird, daß die sämtlichen Reichstagsabgeordneten auf dem Standpunkte des vollkommensten Christenthums stehen, das, meine Herren, wird doch Niemand glauben.

Nun hat man aber, um uns zur Annahme der Verträge zu drängen, noch ein paar andere Punkte besonders hervorgehoben. Der eine ist: Wenn wir die Verträge ablehnen, ermuntern und ermutigen wir unsere Feinde, die Franzosen. Meine Herren, diese Phrase habe ich oft in Zeitungen gelesen, mich hat das jedesmal indignirt, und ich wundere mich, wie man denn eine solche Behauptung in dieses Haus hereinbringen kann. Ich wundere mich, meine Herren, fragen Sie doch nach, wer war es denn, der die Franzosen ermutigte, als die Schlacht bei Sedan geschlagen und ihr ganzes Heer vernichtet war — war es da, etwa unser Widerstand gegen den Nordbund, gegen die Bundesverfassung, der die Franzosen ermutigte, daß sie Hunderttausende von Soldaten, ich möchte sagen, aus dem Boden stampften? Und nach diesen Vorgängen wagt man noch die Behauptung auszusprechen, wenn wir die Verträge ablehnen, ermutigen wir die Franzosen! Meine Herren, wenn diese Behauptung wahr wäre — sie ist aber nicht wahr — dann würde ich sagen: Sie und die k. Staatsregierung sind Schuld an der Ermuthigung der Franzosen, weil Sie uns Verträge vorbereitet und vorgelegt haben, die wir nicht annehmen können. Sie mußten das wissen, und uns nicht in die Lage bringen, so zu handeln. Allein die Sache ist nicht wahr und bezweigen kann ich einfach darüber hinweggehen.

Man hat sich mit dem noch nicht begnügt. Der letzte Redner von gestern, wenn ich mich recht erinnere,

hat sogar den Ausspruch in das Haus gebracht: Wir, die Süddeutschen, seien am Kriege Schuld gewesen — natürlich wir durch unsere Abneigung gegen die Preußen. Auch das habe ich oft und oft mit Indignation in den Zeitungen gelesen. Es ist nicht wahr, fragen Sie Herrn Dr. Marquard Barth, der sagt Ihnen, daß Preußen deswegen im Jahre 1867 sein Militärbudget so hoch gestellt hat, weil es den Krieg vorausgesehen hat. Anno 1867 hat es den Krieg mit Frankreich vorausgesehen, und am 19. Juli 1867 sollten wir Schuld daran gewesen sein, daß der Krieg ausgebrochen ist!

Noch mehr — ich muß überhaupt staunen, wie man eine solche Behauptung in die Kammer werfen kann. Man hat sogar behauptet, und das ist auch gestern geschehen, von dem ersten Redner, meines Wissens: Wenn wir an die entente cordiale zwischen Preußen und Oesterreich nicht glauben, wenn wir nicht daran glauben, daß zwischen Preußen und Oesterreich jetzt ein inniges Einverständnis vorhanden sei, dann sind wir Schuld daran, wenn zwischen Preußen und Oesterreich Krieg entstehe.

Ja, meine Herren, ich habe meinen Ohren kaum getraut, eine solche, eine ähnliche Behauptung hier auszusprechen zu hören. Da sind wir am Ende noch Schuld, wenn es morgen regnet.

Meine Herren! Es ist vom Kriege zwischen Oesterreich und Preußen die Rede gewesen, man hat den Krieg zwischen Oesterreich und Preußen auch jenseits für möglich erklärt, und ich war bereits im Ausschusse in der Lage, auf diese Eventualität hinzuweisen, wie auch unser Herr Referent darauf hingewiesen hat. Wer den Gang der Dinge verfolgt, wer namentlich das Prinzip betrachtet, welches man seit beinahe zwei Jahrzehnten zur Geltung bringt, das Prinzip der nationalen Absonderung der Staaten, wer dieses Prinzip betrachtet, braucht nicht erst lange herumzufragen nach außenhin, ob denn ein Krieg mit Oesterreich möglich oder wahrscheinlich sei oder nicht. Eben in diesem Principe der nationalen Abgeschlossenheit der Staaten liegt der Keim eines künftigen Krieges gegen Oesterreich, eines Krieges, den wir dann, wenn wir ins Reich eingetreten sind, an der Seite Preußens zu kämpfen haben, vielleicht an der Seite Rußlands. Eben darin

liegt der Keim des Krieges, wenn wir eintreten. Treten wir nicht ein, halten wir uns fern, und suchen wir etwa nach Jahr und Tag oder auch früher ein Mittel, ein freundliches Verhältniß mit Preußen zu erhalten — denn wir haben es ja bisher noch erhalten — ohne uns ins Reich einverleiben zu lassen, dann, meine Herren, machen wir dem Prinzip der Nationalität einen Strich durch die Rechnung, das Prinzip lassen wir nicht wirken, und dann haben wir Hoffnung, daß dieser Krieg nicht ausbrechen werde.

Aber noch mehr! Weil wir einmal vom Kriege sprechen, muß ich noch etwas anderes sagen. Haben Sie nicht gesehen, meine Herren, welchen Erfolg das Prinzip der Nationalitäten bereits gehabt hat? Napoleon hat es zuerst verkündet, verkündet mit Graf Cavour in Turin. Die Folge ist gewesen eine Reihe von Kriegen zur Herstellung einer sogenannten Italia una, aber auch zur Herstellung eines maßlosen Elends in Italien selbst. Denn, meine Herren, Sie mögen die finanzielle Seite anschauen oder die volkswirtschaftliche oder die religiöse oder die wissenschaftliche, auf allen Gebieten sehen Sie in Italien nur ein Niedersinken, ich möchte sagen, einen Untergang alles desjenigen, was einem Volke heilig und ehrwürdig ist. Und wie das Prinzip damals den Krieg hervorgerufen hat, so wird es auch anderwärts das thun, und mein Wunsch ist es, es möge diesem Prinzip von unserer Seite so sehr als möglich entgegengetreten werden. Dadurch erwerben wir uns ein Verdienst nicht bloß um Bayern, sondern um Deutschland, um die ganze civilisirte Welt. (Bravo rechts.)

Ein Entgegenwirken gegen dieses Prinzip ist ein Entgegenwirken gegen die allgemeine europäische Rechtslosigkeit. Denn, meine Herren, im großen Staatsleben sind wir jetzt in Europa da angelangt, wo man im kleinen Leben im Jahre 1256 u. f. angelangt war, nämlich da sind wir angelangt, wo es kein Recht mehr giebt, wo, wie es förmlich ausgesprochen worden ist, Gewalt vor Recht geht, das ist ein entsetzlicher Zustand, und einen solchen Zustand ferne zu halten, muß jeder aufbieten, was er kann.

Daß aber ein Krieg mit Oesterreich in der Athmosphäre schon zu liegen scheint, läßt sich selbst aus Aeußerungen im norddeutschen Reichstage in der letzten Session ziemlich klar erkennen. Dort hat ein Redner sich ausgesprochen:

„Wie wir den süddeutschen Staaten gern unsern Arm gereicht haben, so wird niemals Jemand dem widersprechen, daß es unser heißester Wunsch ist, es möge auch ein Ausweg gefunden werden, um unsere deutschen Brüder in Oesterreich zum großen herrlichen Reich (!) heranzuziehen.“

Das, meine Herren, könnte auch noch ganz friedlich ausgelegt werden, allein andere Aeußerungen, welche ebenfalls gemacht worden sind, deuten auf etwas ganz Anderes hin. In der 7. Sitzung hat ein Redner gesprochen:

„Die Verhältnisse in Europa, weit entfernt den Frieden im Schooße zu tragen, gehen vielmehr einer wachsenden Verwickelung und einer steigenden Gluth des Kampfes entgegen.“

Und ein anderer Redner, den ich nicht mehr citiren will, hat einen ähnlichen Ausspruch gethan, woraus ersichtlich ist, daß man nicht an eine friedliche Weiterentwicklung denkt, eine solche nicht erwartet, sondern jetzt schon voraus ahnt, daß die weitere Entwicklung auch wieder eine Entwicklung mit Eisen und Blut sein werde.

Nun, meine Herren, habe ich im Wesentlichen die Punkte besprochen, welche in den 3 Tagen von jener Seite in's Feld geführt worden sind. Nur Eines habe ich noch zu erwähnen: Die Herren haben sich immer den Anschein gegeben, als wenn wir mit Preußen auf dem Fuße nicht der Vertrautheit, nicht der Freundschaft, nicht des Bündnisses, sondern auf dem gespanntesten Fuße stünden, als ob wir fortwährend als Feinde Preußens handelten. Sie haben immer die Sache so dargestellt, als ob wir nichts anderes wollten, als die Feindschaft mit Preußen, und haben uns vor dieser Feindschaft gewarnt. Ich kann mir kaum anders erklären, warum diese eigenthümliche Auffassung stattgefunden hat, als: weil die Gründe so wenige sind, welche wirklich für die Annahme der Pariser Verträge sprechen könnten, so ist man dahin gekommen, sich ein Bild vorzumalen, das in Wirklichkeit nicht existirt und an das

man seine Beweisführung anknüpft. Wir stehen nicht auf dem gespanntesten Fuße zu Preußen. Unser Referat sagt ausdrücklich, das Freundschaftsverhältniß soll erhalten werden, und es soll nach Ablehnung der Verträge die k. Staatsregierung ersucht werden, Mittel zu finden, um annehmbare Verträge mit Preußen auf dem Freundschaftsfuße herbeizuführen, und daß solche Mittel zu finden sind, das wissen Sie, meine Herren, aus dem, was ich soeben aus einem Schreiben von Versailles vorgelesen habe.

Nun, nachdem ich diese Punkte besprochen habe, muß ich doch noch Eines erwähnen, was mit besonderer Betonung hervorgehoben wurde, und was auch mit einer gewissen Kunstfertigkeit so durchgeführt worden ist, daß selbst gestern noch ein Herr Redner diese Kunstfertigkeit zu loben sich berufen fühlte. Ich meine jenen Einwand, der gegen uns betreffs der Militärbelastung vorgebracht worden ist, und die Argumentation, welche Herr Dr. Böhl hieran geknüpft hat. Meine Herren! die Argumentation war wirklich künstlich, die Durchführung war schön, ich läugne es nicht — aber sie hat einen Fehler, und dieser ist, daß sich meines Erachtens die Argumentation nach dem Wortlaute der vorliegenden Gesetze nicht bewährt. Ich muß demnach den Wortlaut dieser Gesetze und etwa ein paar Erklärungen näher in's Auge fassen. Der Art. 62, sagt der Herr Redner, ist für uns nicht maßgebend, weil er nicht angenommen ist. Nun im Art. 62, wie er bei uns angenommen ist, heißt es:

„Bayern verpflichtet sich, für sein Kontingent und die zu demselben gehörigen Einrichtungen einen gleichen Geldbetrag zu verwenden, wie nach Verhältniß der Kopfstärke durch den Militäretat des deutschen Bundes für die übrigen Theile des Bundesheeres angesetzt wird.“

Abj. 2:

„Dieser Geldbetrag wird im Bundesbudget für das königl. bayerische Kontingent in einer Summe angeworfen. Seine Veranschlagung wird durch Spezialetat geregelt, deren Aufstellung Bayern überlassen bleibt.“

Abs. 3:

„Hiefür werden im Allgemeinen diejenigen Stats-Ansätze nach Verhältniß zur Richtschnur dienen, welche für das übrige Bundesheer in den einzelnen Titeln ausgeworfen sind.“

Dazu kommt noch der Abs. 3 im ursprünglichen Texte, welcher heißt:

„Nach dem 31. Dezember 1871 müssen diese Beiträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Bundeskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die im Art. 60 interimistisch festgestellte Friedenspräsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist.“

Nun, meine Herren, die Bundesverfassung verpflichtet uns, unsere Armee genau nach der Formation des norddeutschen Heeres einzurichten, sie verpflichtet uns also für so viele Mann jährlich je 225 Thaler zu bewilligen, als nach Ausweis der norddeutschen Bundesverfassung, der norddeutschen Gesetze gestellt werden müssen. Das unterliegt keinem Zweifel. Nun ist aber in Art. 5 ausgesprochen, daß das Präsidium mit seiner Stimme den Ausschlag gibt, mit seiner Stimme ein absolutes Veto ausspricht, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht. Meine Herren! Ich könnte noch, um die Sache etwas anschaulicher zu machen, auf etwas anderes übergehen, nemlich auf ein Amendement, das Kraß und Genossen bei Art. 62 gestellt haben, dann auf eine Aeußerung Lasfers hierüber, wie das zu verstehen sei, daß man mittels eines Bundesgesetzes den Etat regeln könne. Aber ich halte es nicht für nöthig, ich blicke lediglich da her. Hier heißt es, daß die Bundespräsidiumsstimme den Ausschlag gibt, wenn sie sich für die bestehenden Einrichtungen ausspricht, und da ist die Sache so erklärt und motivirt, daß dieser Ausdruck „Einrichtungen“ absichtlich gewählt worden ist, weil man nicht bloß da ein Veto haben will, wo es sich um ein Gesetz handelt, sondern auch da, wo es sich um thatsächlich hergebrachte Verhältnisse handelt. Nun, meine Herren, das wird doch Niemand in Abrede stellen wollen, daß jetzt im Norddeutschen Bunde ein Etat für

das Militärwesen besteht; mag er nun ein Gesetz geheißen werden oder etwas thatsächlich Hergebrachtes, so gilt das Veto auch hiefür, und wir Bayern sind demnach trotz aller gegentheiligern Ausführungen verpflichtet, auch nach dem 31. Dezember 1871 die 225 Thaler per Mann fortzubezahlen und zu verwenden, denn Bayern muß sie nach dem Wortlaute verwenden.

Wir haben ja das ausgesprochen im Ausschusse und die Herren Staatsminister haben meines Wissens keinen Zweifel gehabt, daß die Sache wirklich so ist. Wäre sie nicht so, so hätte man bestimmt dortmals schon Aufklärung bekommen. Sie sehen also, meine Herren, daß uns trotz der künstlichen Auslegung, die gemacht wurde, dennoch der Wortlaut gegen eine solche Belastung, wie wir sie fürchten, nicht schützt.

Wenn nun aber die Sache so ist, dann muß ich weiter die Frage stellen: wie kommt es denn, daß unsere Staatsregierung sich bemüßigt fand, die Verträge so eilenden Schrittes abzuschließen? Wie kommt es denn, daß unsere Staatsregierung sich bemüßigt fand, Verträge abzuschließen, betressend deren in den autographirten Mittheilungen folgende Stellen vorkommen: Im Hauptprotokoll Seite 33 heißt es:

„Die unter Ziffer II § 26 dieses Vertrages aufgeführte Uebergangsbestimmung des nunmehrigen Art. 79 der Verfassung findet auf Bayern in Anbetracht der vorgerückten Zeit und der Nothwendigkeit mannichfaltiger Umgestaltung u. s. w. keine Anwendung.“

In Anbetracht der vorgerückten Zeit! Der Nothwendigkeit mehrfaltiger Umgestaltung! Und Seite 34 heißt es:

„Da in Anbetracht der großen Schwierigkeiten, welche theils die vorgerückte Zeit, theils die Fortdauer des Kriegs der Aufstellung eines Etats für die Militärverwaltung des deutschen Bundes für das Jahr 1871 u. s. w. entgegenstellen.“

Und was hier vorkommt, kommt noch weiter dreimal vor. Noch dreimal beruft sich die Regierung selbst auf die vorgerückte Zeit und den Mangel an Material oder eines von beiden. Ja, wie kommt es denn, daß sie

Verträge abschließt, bei denen sie selbst fünfmal eingesteht, daß man wegen Mangel an Zeit und wegen Mangel an Material die Sache nicht gehörig prüfen konnte? Wie kommt so Etwas? Ist denn der Vertrag, um den es sich handelt, eine Bagatellsache? Ist es eine Bagatellsache, wenn man einen Vertrag macht, welcher nach dem Wortlaute des Gesetzes selbst, des Vertrags selbst, auf ewige Zeiten geschlossen ist? Ist es eine Bagatellsache, wenn man einen Vertrag abschließt, eine Verfassung entwirft, welche über die künftige Gestaltung eines Reiches entscheiden soll, das Sie ja selbst, meine Herren, als das erste Reich Europa's zu betrachten gewohnt sind, und das wirklich, ich spreche es mit Freude und mit Hochgefühl aus, eine lange Reihe von Jahrhunderten hindurch das erste Reich der Welt gewesen ist? Wäre denn das eine Bagatellsache, über die man so weggeht, daß man auf die Kürze der Zeit und den Mangel an Material sich beruft, eine Verfassung zu entwerfen von solcher enormer Tragweite? Ich sehe mich vergebens um in der Geschichte, ich sehe hin auf die alten Gesetzgeber, auf die Gesetzgeber des Mittelalters, auf die Gesetzgeber der Neuzeit, auf die englische Verfassung, auf die bayerische Verfassung; nirgends, meine Herren, finde ich ein Beispiel, das dem gleich käme, welches uns hier geboten ist. Das Einzige, was möglich ist, ist, daß man zwischen den Feinden während der Dauer des Kriegs paktirt, um den Frieden herbeizuführen. Aber daß friedliche Mächte mit einander eine Verfassung unter dem Getöse der Waffen abschließen, daß man sich da auf den Mangel an Zeit und auf den Mangel an Material ausredet, das, meine Herren, ist meines Wissens nie vorgekommen in der Weltgeschichte!

Un nun, meine Herren, wenn die Sache so ist, dann muß man doch neuerdings fragen: Sind denn die Punkte, um die es sich hier handelt, die vereinbart und nicht vereinbart worden sind, wirklich von so geringer Bedeutung, daß man mit Rücksicht darauf etwa ein Auge zudrücken und die Sache hinnehmen könnte? Meine Herren, mir scheint, es ist ein Ausspruch gethan worden, welcher das Gegentheil von dem sagt, was hier angenommen werden müßte, um diese Eile zu rechtfertigen. Der Ausspruch

ist gethan worden von Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister von Luz, er steht Seite 26 des stenographischen Berichtes der 66. Sitzung und lautet:

„Wo ist denn die Selbständigkeit, die sich der Minister des Aeußern gewahrt hat? Die deutsche Politik wird auch nach unserem Vertrag von Deutschland gemacht, und nur darauf haben wir bestanden, worauf wir, wie ich glaube, das Recht haben zu bestehen, daß man die deutsche Politik nicht immer und ewig einfach uns über den Kopf hinweg macht. Wo ist denn die Selbständigkeit des Herrn Kriegsministers? Sein Budget wird ihm in der Hauptsache von der Reichsregierung zugesendet. Wenn er erfüllt gewesen wäre von dem Streben, selbständig und möglichst wenig be-
helligt zu sein, dann — verzeihen Sie meine Aufrichtigkeit — würde er auch die Detailberathungen nicht in dieses Haus, sondern in den Reichstag verlegt haben. Denn daß es dort leichter geht, als hier gewöhnlich, wissen Sie Alle recht gut.

Endlich, wo ist denn meine Selbständigkeit, die Selbständigkeit des Justizministers? Ich habe nicht einen Federstrich vor den Justizministern des übrigen deutschen Reiches mir vorbehalten.“

Sie sehen, meine Herren, es handelt sich hier um Rechte, die für ein Land in erster Linie stehen. Der Herr Justizminister Excellenz hat zwar in der Sitzung des Ausschusses die Sache dahin abgeschwächt, daß er sagt, es seien nicht eigentlich Thronrechte, es sei blos die bureaukratische Selbständigkeit hingeopfert worden. Nun, meine Herren, prüfen wir die Sache, fassen wir sie einfach und vorurtheilslos in's Auge. Ich komme zum Schlusse, daß nicht Sr. Excellenz, sondern der Herr Lasker in Berlin recht gesprochen hat, wenn er hier etwas Anderes sieht als die Hinopferung der bureaukratischen Selbständigkeit. Denn, meine Herren, wenn dem Staatsminister des Aeußern seine Politik von vorneherein gemacht wird, wenn sie ihm diktirt wird, ist denn da die bureaukratische Selbständigkeit verloren? Die bleibt; der Staatsminister hat sein Bureau zu regieren, so wie so; aber das Thronrecht, meine Herren, ist preis-

gegeben. Oder wenn der Kriegsminister sein Budget und die Vorschriften über die Formation seines Heeres von Berlin zugesendet bekommt, ist dann die bürokratische Selbständigkeit geopfert? Nein, die bleibt. Er organisiert sein Bureau so wie so, aber das höhere Recht ist geopfert, die Selbständigkeit der Bestimmung der Krone über das Heer.

Und wenn der Justizminister, meine Herren, die Gesetze in Berlin sich machen lassen muß, wenn ihm dort das Strafrecht, Civilprozeß, Obligationenrecht und dergleichen gemacht und zur Annahme zugeschickt wird, ist da Etwas beeinträchtigt in der bürokratischen Selbständigkeit? Die bleibt; aber das Recht der Minister und der Krone, die Gesetze dem Landtage selbst vorzulegen und nach Prüfung des Landtagsbeschlusses zu entscheiden, ob sie angenommen werden dürfen oder nicht, das Recht ist preisgegeben; nicht die bürokratische Selbständigkeit, sondern die staatliche Selbständigkeit ist durch diese Verträge hingeopfert.

Aber was wird dann die Folge sein, wenn wir auf die Verträge wirklich eingingen und wenn wir die so gelagerte Verfassung annähmen; was wird die Folge sein? Meine Herren, Sie haben gesehen aus dem, was ich eben dargestellt habe, daß die Folge sein würde, die Preisgebung der wichtigsten Rechte unserer bayerischen Krone, der bayerischen Selbständigkeit, und was noch übrig bleibt, das ist in der Gefahr, in einem oder in zwei Jahren ebenfalls weg zu sein; und wenn Sie das aus meinem Munde nicht glauben, so glauben Sie es aus einem andern Munde. Ich will nicht von Windhorst sprechen, der ausdrücklich die Zerreibungskraft der norddeutschen Maschine den Einzelstaaten gegenüber betont hat; aber Delbrück muß doch wissen, was die Sache für eine Bedeutung hat. In der 6. Sitzung sagt er:

„Man ging davon aus, daß es wichtiger sei, sich jetzt auf das zu beschränken, was unmittelbar durch den Beitritt der Süddeutschen Staaten geboten sei, und den weiteren, inneren Verfassungsausbau dem Zusammenwirken des künftigen Deutschen Bundesrathes und dem künftigen Deutschen Reichstage zu überlassen.“

Und betreffend den Oberbefehl unseres Königs im Frieden, sagt er, es sei das eine Abweichung, die durch die im übrigen dem Bundesfeldherrn zustehenden Rechte, ihre Begränzung und ihr Korrektiv finde.

In der 11. Sitzung sagt er dann:

„Meine Herren, die verbündeten Regierungen haben sich keineswegs verhehlt, daß es bei diesen Aenderungen der Verfassung nicht sein Bewenden haben kann; sie gingen aber davon aus, daß es für jetzt genüge, an den beiden entscheidenden Stellen der Verfassung das auszusprechen, worüber sie sich vereinigt haben und daß es vorbehalten bleiben müsse für den nächsten ordentlichen Reichstag, die weiteren sich diesen beiden anschließenden Aenderungen im Texte herzustellen.“

Sie sehen, meine Herren, der Norddeutsche Reichstag und der Norddeutsche Bund zusammen sind nicht bloß in der Lage, sondern sie haben auch die Absicht, das gehörige Korrektiv demnächst eintreten zu lassen, d. h. jene Rechte, welche noch Bayern gelassen worden sind, die aber nach meinem Dafürhalten sehr gering anzuschlagen sind, auch jene Rechte noch einzuziehen und so ein allgemeines Ganze zu machen.

Ich bin, meine Herren, auch aus andern Gründen zu dieser Anschauung berechtigt. Sie wissen ja so gut, wie ich, daß unsere Zeit eine Erscheinung an sich trägt, die ich als eine Hauptkrankheit betrachte — vielleicht Sie nicht. Diese Hauptkrankheit geht dahin, Alles zuerst zu pulverisiren, dann in einem Topfe zusammen zu stoßen und endlich von einem Centralpunkte aus dieses pulverisirte Wesen nach Belieben zu verarbeiten. Dieser Zug, meine Herren, der bei uns in Deutschland jetzt von Preußen vertreten ist, dieser Zug ist es, der nicht den germanischen Zuständen, sondern dem römischen Rechte entstammt; dieser Zug ist es, der unwillkürlich dahin führt, auch in unseren Staaten das noch Verschiedenartige zu zerreiben und so eine gemeinsame Masse zu machen, mit der man von Oben herab thun kann, was man will.

Das ist der Zug der Zeit und zugleich die Ausbildung eines Gewächses, das auf fremdem Boden gewachsen

ist. Wir müssen germanisches Wesen dem entgegenstellen, deutsches Wesen und diese Ausartung nicht zur vollen Reife gelangen lassen; denn, meine Herren, germanisches Wesen ist etwas ganz Anderes, etwas geschichtlich total Verschiedenes, germanisches Wesen ist: 1) Angehörigkeit an die Sippe, 2) übergeordnet Angehörigkeit an den Stamm und 3) wieder übergeordnet Angehörigkeit an das Volk. Von Unten auf hat sich bei den germanischen Völkern diese Zusammengehörigkeit entwickelt, nicht von Oben herab, nicht durch Zerreibung, sondern durch organische Entwicklung.

Dieses System, dieses Prinzip, das im germanischen Volksscharakter gelegen ist, hat sich bewährt und veredelt durch das ganze Mittelalter bis auf die neueste Zeit, und ich könnte es nur beklagen als Unglück für Deutschland, ja als den Vorabend des Untergangs jeder deutschen Größe, wenn man diesem urdeutschen Zuge Hemmung geböte, und nicht mehr die Mittel ließe, daß diesem Triebe auch in Zukunft Wachsthum zu Theil werden könnte.

Aber, meine Herren, es kommt etwas Anderes, was dem bayerischen Herzen besonders nahe liegen muß. Sie wissen, daß sich Graf Bismarck mit Vorliebe auf Friedrich den Rothbart bezieht, Sie wissen aber auch, was Friedrich der Rothbart für Bayern gethan hat. Allerdings für uns jetzt ist es eine Freude, was er gethan hat; denn er hat uns das Haus Wittelsbach nach Bayern gesetzt, aber er hat zuvor einen bayerischen Herzog abgesetzt. Und nun hat Bismarck schon vor einiger Zeit geäußert: das norddeutsche Reich besitze Süddeutschland gegenüber eine größere Kraft, als je das Reich seit Rothbart besessen hat. Auf Rothbart bezieht sich also Bismarck gern. Wer steht denn dafür gut, daß nicht dasselbe von dem norddeutschen Kaiser aus geschehen könnte mit Bayern, was durch Friedrich den Rothbart geschehen ist, bevor das Haus Wittelsbach eingesetzt wurde? Wer bürgt dafür, daß nicht eines Tages der bayerische König vom Kaiser des Reiches entsetzt wird? (Heiterkeit links.) Man lacht, nun ich will Sie verläufig auf Etwas aufmerksam machen. Ich habe den Gedanken im Ausschusse ausgesprochen und habe ihn begründet und gesagt, wenn die kgl. Staatsregierung nicht irgend welche Bürgerchaften

bieten könne aus den Verhandlungen in Versailles, daß dies in Zukunft unmöglich sei, so muß zugestanden werden, daß es möglich sei — und das Staatsministerium hat keine Bürgschaft geboten. Nun, auf was führt das? (Große Heiterkeit links.)

I. Präsident: Ich muß allen Ernstes um Ruhe bitten, jeder Redner hat das Recht, ungestört zu reden.

Greil: In Art. 19 der Bundesverfassung ist ausgesprochen, wie und wann die Execution eintritt. In diesem Art. 19 hat in der ursprünglichen Fassung ein Schlusssatz gestanden, welcher heißt:

„Die Execution kann bis zur Sequestration des betreffenden Landes und seiner Regierungsgewalt ausgedehnt werden.“

Die Execution konnte ausgedehnt werden nach der ursprünglichen Verfassung bis zur Sequestration des Landes! Der Schlusssatz ist weggeblieben, jetzt ist vereinbart, daß die Execution nach Anhörung des Bundesraths, nach dem Beschlusse des Bundesraths vom Bundesoberhaupt zu vollführen ist, und weiter nichts. Nun, wenn der deutsche Kaiser der Zukunft sich vom Bundesrathe mit Stimmenmajorität bevollmächtigen läßt, die Execution gegen Bayern zu vollstrecken, wo ist dann die Grenze, bei der die Execution aufhört?

Sie war gesetzt, sie ist nicht mehr gesetzt. Wir haben eine Execution zu erwarten, die so weit gehen kann, wie sie will, und wenn die Execution dahin gehen will, einen Fürsten abzusetzen, so ist sie nach diesem Wortlaute dazu berechtigt.

Das sind keine Traumgebilde, wir haben leider die Erfahrung gemacht, daß solche Akte vielfach vollzogen worden sind, und ich muß es beklagen und mit tiefem Schmerze aussprechen, daß das Haus Wittelsbach bei diesen Akten in hohem Maße theilhaftig ist, und das gibt der Sache eine sehr ernste Wendung. Sie wissen, ein Sprosse von Wittelsbach war Königin von Neapel: Der Thron von Neapel ist verloren; ein Sprosse aus dem Hause Wittelsbach war in Modena: Modena ist verloren; ein Sprosse aus dem Hause Wittelsbach war in Darmstadt: Darmstadts Selbständigkeit wenigstens ist dahin; ein Sprosse von Wittelsbach ist in Oesterreich: Es wurde

tief heimgesucht dieses Land, diese Dynastie hat einen großen Theil ihrer Länder verloren. Von Griechenland will ich nicht reden; aber, meine Herren, wenn z. B. in Neapel ein Minister, Liborio Romano, es gewesen ist, der seinen König damit verrathen hat, daß er Garibaldi nach Neapel rief, als man den König durch Vorspiegelungen fort gebracht hatte: sollen dann wir etwa uns dazu herbeilassen, einer Verfassung zuzustimmen, welche es möglich macht, daß auch unser König abgesetzt werde?

Nein, nie und nimmermehr!

Und in einem solchen Falle und bei solcher Sachlage glaube ich berechtigt zu sein, an einen Mann, der hier anwesend ist, ein Wort zu richten, es ist das Se. Excellenz der Herr Kriegsminister.

Am 19. Juli sprachen Se. Excellenz dort das ernste Wort:

„Ich bin Bayer von der Sohle bis zum Scheitel, und wenn man nach dem Kriege, namentlich nach einem siegreichen Kriege die Selbständigkeit Bayerns verletzen will, dann, wenn ich nicht mehr da bin, dann rufen Sie mich, ich werde Front dahin machen, wo man unsere Selbständigkeit verletzen will.“

Jetzt, meine Herren, ist die Zeit dazu da. Ich glaube, Se. Excellenz hat den Widerstand aufgegeben, weil er geglaubt hat, er habe keine Truppen mehr, die ihm gehorchen. Meine Herren, zeigen Sie, daß er Truppen hat, hier sind wir, wir stehen ihm zur Seite, er soll unser Führer sein auf diesem Gebiete, wir werden kräftig, wir werden mannhaft für Bayerns König, für Bayerns Selbständigkeit einstehen, und ich glaube nach dem ritterlichen Charakter, den ich bei Se. Excellenz bemerkt habe, er wird nicht ermangeln, für Bayerns Selbständigkeit einzustehen.

Meine Herren! Man hat von Zwangslage gesprochen. Ob man einer solchen Eventualität gegenüber eine Zwangslage anerkennen kann, das muß ich bezweifeln. Einer solchen Eventualität gegenüber gibt es meines Erachtens für einen Mann überhaupt keine Zwangslage. Aber, abgesehen hiervon, man hat von Zwangslage gesprochen und hat sich auf die Parteiungen in Bayern berufen.

Ja, gestern erst wurde von Se. Excellenz dem Herrn Staatsminister des Aeußern ausgesprochen:

„Wenn eine Partei an Macht besonders gewonnen hat, so muß die Regierung ihr nachgeben.“

Meine Herren! Diese Worte waren mir sehr auffallend, denn wie steht es denn mit den bayerischen Verhältnissen? Man hat allerdings behauptet, $\frac{3}{4}$ der Bayern wollen den Eintritt in den Norddeutschen Bund; allein den Beweis hiefür hat man noch nicht geliefert, und ich hoffe, man wird ihn nicht liefern. Aber wie steht es, und wie stand es denn thatsächlich nach den gemachten Erfahrungen mit den Parteiverhältnissen in Bayern? Sie wissen, bis zu dem Jahre 1868 und 69 hat die Partei, die hier unter Ihnen vertreten ist, fast ausschließlich dominirt, die Fortschrittspartei und, mit ihr vereinigt, die Mittelpartei waren allein maßgebend in der Kammer. (Rufe links: „Sie waren nicht geeinigt.“)

I. Präsident: Ich muß wiederholt um Ruhe bitten. Wohin soll es führen, wenn ein Redner jeden Augenblick durch solche, ich will nur sagen, laut gewordene Gedanken unterbrochen wird. Das geht nicht an.

Greil: Das bayerische Volk hat bis dorthin sich nicht geregt, aber in den Wahlschlachten, die gekämpft worden sind erst für das Zollparlament in Berlin, dann im Mai für die bayerische Kammer, endlich im November wieder für die bayerische Kammer, hat im Volke eine Partei, wenn Sie es so nennen wollen, sich geltend gemacht, die offenkundig weitaus das Uebergewicht in Bayern gehabt hat; und trotzdem, daß man die schärfsten Mittel anwendete, um dieser Partei das Feld auf allen Punkten zu beschränken, trotzdem hat diese Partei glänzend gesiegt, und, meine Herren, die Partei existirt noch, und wenn unsere Staatsregierung dieser Partei bisher zu wenig Rechnung getragen hat, was ich nicht billigen kann, so glaube ich, ist sie verpflichtet nach dem Ausspruche des Ministers selbst, dieser Partei jetzt Rechnung zu tragen. Thut aber die Regierung das, dann ist Bayerns Selbstständigkeit gerettet, umsomehr, als von allen Seiten anerkannt ist, anerkannt von Versailles und von hier, daß ein Bruch nicht stattfindet.

Aber man spricht von „blauen Missionären,“ die kommen werden, und die dann nicht blos bitter sich beklagen werden darüber, daß wir „undeutscher Gesinnung“ gewesen seien. Meine Herren, von diesen blauen Missionären fürchte ich nichts. Wenn ich auch keinen Brief aufzuweisen habe von einem solchen Missionär, so sind mir doch Aeußerungen zu Ohren gekommen, die auf nichts weniger hindeuten, als auf das Verlangen, daß Bayern in Zukunft eine Provinz eines andern Staates sei. Und, meine Herren, wenn man gar die Aeußerung gethan hat, daß das Militär, daß die Soldaten, die im Felde jetzt mit solcher Selbstaufopferung, mit solcher Mannhaftigkeit und bewunderungswürdiger Ausdauer für Deutschlands Ehre kämpfen, berechtigt seien, ein entscheidendes Wort zu reden über die künftige Gestaltung Deutschlands, dann muß ich auf etwas Anderes aufmerksam machen. Wenn ich auch alle Verdienste unseres Militärs vom Untersten bis zum Obersten anzuerkennen keinen Augenblick mich besinne, so kann ich nie und nimmer zugeben, daß das Militär auf die Gestaltung Deutschlands einwirken soll. Einmal, meine Herren, ist das geschehen in der Geschichte in der Zeit des römischen Imperatorenthums, und ich wünsche, daß ein solcher Fall in der Geschichte nie mehr vorkomme. Das wäre der Untergang nicht blos aller Freiheit, sondern von noch viel mehr. Unsere Soldaten würden etwa unsere deutsche Gesinnung bezweifeln? Warum denn, meine Herren, sind wir denn nicht Deutsch, wenn wir mit Preußen in freundschaftlicher Beziehung stehen, aber nicht ins Reich eintreten? Oder umgekehrt! „Ist etwa Preußen deutscher als wir?“ Meine Herren, in der Mark Brandenburg und Sachsen, da saßen die Rhetariner, Redoraner, Haveller und dgl. Das sind lauter Slaven! Das jetzige Preußen, das heißt das Reich zusammengenommen, das östliche Reich von der Elbe an, das sind lauter nicht ursprünglich Deutsche, es sind theils deutsche Elemente hinversetzt, theils sind es germanisirte Slaven. Wir sind gewiß so gute, wir sind bessere Deutsche als unsere Brüder im Norden.

Aber deutsche „Gesinnung“ haben wir nicht! Nun, meine Herren, die deutsche „Gesinnung“ könnte auch

wiederum eigenthümlich aufgefaßt werden. Ich will nicht aufmerksam machen auf die deutsche Gesinnung beim zweiten schlesischen Kriege; wenn die Herren wollen, können Sie darüber lesen in den nachgelassenen Schriften Friedrichs II., da finden Sie ganz etwas Anderes als deutsche Gesinnung auf Seite eben dieses Königs; ich will nicht aufmerksam machen auf den „Stoß in's Herz“, aber, meine Herren, wenn es sich um deutsche Gesinnung handelt, dann frage ich vor Allem: Was hat denn der Deutsche von den ältesten Zeiten an seinem Lande gegenüber für eine Gesinnung gehabt? Ich habe es schon angedeutet, meine Herren! Sippe, Stamm und Volk. Aber jetzt kommt ein Anderes hinzu: Der Deutsche hat auch ein ganz bestimmtes Gefühl gehabt für seinen Führer, für seinen Fürsten im engeren Sinn. Und was war das für ein Gefühl? Wer einmal zu einem Führer sich bekannt hatte, hieß er nun Graf oder Herzog oder König, wer einmal zu einem Führer sich bekannt hatte, der war zur Treue gebunden an seinen Führer und zur Hinopferung des Lebens für seinen Führer, und wenn Einer diese Treue verletzte, abgesehen von der freien Kündigung in einer freien gefahrlosen Zeit, wenn Einer diese Treue verletzte, dann war er ein Verfluchter im Heiligthume, er galt gleich einem Vätermörder, er hatte seine Stellung verloren in Sippe, Stamm und Volk; er war mit dem Kainzeichen gebrandmarkt, hinausgeworfen aus der Welt. Meine Herren! Das ist deutsche Gesinnung, und diese deutsche Gesinnung gebietet uns, festzuhalten an unserm freien, selbständigen König, an ihm festzuhalten mit Aufopferung alles dessen, was ein treues Volk aufopfern muß. Das ist unsere Pflicht, meine Herren, und diese Pflicht gebietet uns, die Verträge abzulehnen, welche uns hindern würden, dieses Opfer zu bringen, und darum, meine Herren, rufe ich Ihnen zu, wie gestern ein Redner: Jetzt, meine Herren, erwägen Sie die Sache und entscheiden Sie sich!

Rede des Abgeordneten Dr. Ant. Schmid,

gehalten am 17. Januar 1871.

Meine Herren! Ich habe zuerst eine faktische Berichtigung zu machen. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Louis hat gestern mich gemeint, als er fragte, wie ich mit meinem Eide das Botum, das ich abgab, in Uebereinstimmung brächte. Ich glaube, ihm einfach erwidern zu dürfen, daß ich accurat das Gegentheil von dem gesagt habe, wie Herr Louis die Sache aufgefaßt hat. Ich habe nämlich gesagt: Meine Ueberzeugung, die Verträge zu verwerfen, stand fest, und nachdem ich diese Ueberzeugung gewonnen hatte, erkannte ich auch die großen Opfer des Volkes und dann die Wucht, welche an diesem Botum liege. Diese wollte ich nicht allein auf mich nehmen, sondern die Gesinnung meiner Wähler kennen lernen mit dem Vorsatze, wenn diese in so wichtiger Frage gegen mich wären, mein Mandat niederzulegen; denn ich möchte nicht, wenn ich die Sicherheit hätte, daß mein Wahlkreis in so wichtiger Frage mit seiner Ueberzeugung gegen mich stünde, in diesem Hause bleiben. Ich habe also gerade das Gegentheil gesagt; meine Ueberzeugung stand fest, und dann war ich bereit, mein Mandat niederzulegen, wenn ich in Erfahrung hätte bringen können, daß der Wahlkreis eine andere Ueberzeugung habe, eben wegen der Wichtigkeit dieser Frage.

Meine Herren! Unverändert, treu und unveränderlich seit 20 Jahren, hat uns ein sehr verehrter Redner zugerufen, haben wir dieses Ziel verfolgt, dem wir bereits sehr nahe gekommen sind. Das ist wahr; wer wird nicht die Zähigkeit, die Ausdauer, und — ich säume nicht, es einzugestehen, die Intelligenz jener Männer bewundern, die seit 20 Jahren nach diesem Ziel gestrebt haben. Ich könnte daraus für mich den Schluß ziehen, daß dieses Ziel, eben weil es dasselbe ist, das seit 20 Jahren angestrebt wird, und von unserm Volke bereits zweimal verurtheilt ist, nicht mit seinen Interessen übereinstimme; doch ich thue es nicht, sondern folgere daraus nur die

Bitte, einem Manne, der ebenfalls unverändert, treu und unveränderlich stets zu dem steht, was er für wahr und gut hält, einige Augenblicke zu folgen und ihn seine Ueberzeugung aussprechen zu lassen.

Ich bin, wie ich schon gesagt habe, gegen die Verträge, und zwar — ich will es auch offen aussprechen — nicht etwa aus religiösen Gründen oder aus Standesrücksichten; aus religiösen Gründen nicht, denn es wäre undankbar von mir, zu verkennen, daß Preußen gerade jene Kirche, der ich angehöre, mit möglichster Schonung behandelt; ich bin ebensowenig aus religiösen Gründen gegen Preußen, als ich aus religiösen Gründen für eine Auflösung der Kammer wäre; denn mein Beruf im Augenblicke fordert nur, mein Votum abzugeben in Betreff der Selbständigkeit des Vaterlandes.

Ich bin auch nicht gegen die Verträge aus Haß gegen Preußen; denn wenn ich auch die Geschichtsanschauungen des Abg. Golsen nicht theile und in der preußischen Geschichte viele Blätter finde, die mir sehr mißfallen, namentlich in Bezug auf das große deutsche Vaterland, so bin ich doch nicht so verblendet, daß ich nicht einsehe, daß in Preußen zwei Fundamente, die jede Gesellschaft nothwendig hat, besonders gepflegt und erhalten werden, nämlich erstens die Intelligenz und zweitens die Autorität, und ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, Preußen ist so stark und mächtig geworden, weil es in Allem die Autorität schützt vom Höchsten bis zum Niedrigsten, und andere Staaten sind gesunken, weil Autoritätslosigkeit fast überall vorherrscht.

Wenn ich gegen die Verträge bin, so ist es auch nicht aus Liebe zu Frankreich. Meine Herren! Wer sollte sich nicht freuen, wenn der Preis der Anstrengungen unserer Armee zwei deutsche, uralte deutsche Provinzen sein wird, wer sollte sich darüber nicht freuen? Oder sollte ich jenem Frankreich dankbar sein, das 1859 jenen Mann, der alles Unheil über Europa gebracht hat, für einen Messias erklärt hat, sogar in Hirtenbriefen? — Dafür habe ich wahrlich keinen Dank; denn nach meiner Anschauung geht alles Unheil von 1859 aus, und wäre 1859 nicht gewesen, so wäre auch 1866 nicht gekommen. — Ich bin auch nicht gegen die Verträge, wie Herr Dr. Malo-

wiczka vielleicht meinen könnte, aus Furcht vor neuen Zuständen; ich habe z. B. für die Gewerbefreiheit gestimmt, ich habe sogar, obwohl es mich eine große Ueberwindung kostete, wie ich glaubte, aus bayerischem Patriotismus für die Armeeorganisation gestimmt. Ich fürchte also derartige neue Zustände nicht. Ich stimme auch nicht gegen die Verträge, weil schriftliche Abmachungen, worauf Herr v. Stauffenberg gestern hinzudeuten schien, dazwischenliegen. O, meine Herren, bei uns gibt es derartige Abmachungen nicht! Sie werden in der kurzen Zeit, wo diese Partei im Saale ist, die Erfahrung gemacht haben, daß wir bei unserer Abstimmung stets die größte Freiheit an den Tag gelegt haben, während da drüben eine compacte Einheit sich gezeigt hat, eine Einheit, das ist doch kein Zweifel! Meine Herren, ich stimme gegen die Verträge, weil ich jenem Volksstamme angehöre, der treu zu seinem Fürsten gestanden hat, sowohl wenn das Geschlecht von Rom aus gebannt oder interdicirt wurde, als auch wenn der Kaiser das Land überschwemmte. Das Haus Wittelsbach und das Volk Bayerns sind unzertrennlich, und Sie werden es begreiflich finden, daß, wenn ich glaube, Bayerns Volk und Dynastie sei durch die Verträge gefährdet, — Sie werden es begreiflich finden, daß ich dann gegen die Verträge stimme. Glauben Sie aber nicht, daß ich der Ansicht wäre, ich hätte ein Monopol auf Vaterlandsliebe und Anhänglichkeit an die Dynastie; wir gehen nur auseinander, sie suchen auf einem andern Wege Ihr Ziel, aber meine Ueberzeugung ist die, welche ich ausgesprochen habe. Ich lasse mir und kann mir die Ueberzeugung nicht nehmen lassen, daß die Verträge, wie sie vorliegen, zum Einheitsstaate führen, und kann auch zu keiner andern Ueberzeugung kommen, als: die Verträge legen auch dem Volke zu große Opfer auf, so daß ich einerseits das Interesse der Dynastie, andererseits das des Volkes gefährdet erachte.

Meine Herren! Man hat zwar immer gehört: „Ein was Einheitsstaat! Da sehen Sie zu schwarz!“ Aber das glaube ich eben nicht. Ich huldige dem Grundsätze: „Niemand kann zwei Herren dienen,“ und durch die ganze Verfassung zieht sich in sehr einschneidender Weise

eine gewisse Oberherrschaft durch; betrachten Sie nur z. B. den Eid, der künftig in den Fahneneid mit aufgenommen werden muß. Ja, meine Herren, den Fahneneid schwört man nur dem Kriegsherrn, — den Fahneneid schwört man keinem Feldherrn. Betrachte ich ferner z. B. die Opfer, die wir in der Justiz gebracht haben, so werden Sie sich erinnern, wie unser Herr Justizminister so großes Gewicht auf den Civilprozeß gelegt hat, wie dieser noch vor Thorschluf, möchte ich sagen, gleichsam durchgedrückt wurde und bei uns durchgeführt werden mußte. Ich hätte geglaubt, daß diese Justizhoheit absolut gewahrt werden müßte. Sie ist nicht gewahrt worden. Ja, ich tadle dies am großen Ganzen nicht, der Zug nach Einheit war eben zu stark, und wer kann läugnen, daß Ein Prozeß für das gesammte Deutschland am Ende wohlfeiler und besser ist, als mehrere Prozesse? Wir haben einen Handelsoberappellationshof; nun kommt ein neuer Civilprozeß und dann werden wir auch einen neuen Oberappellhof haben müssen. Und so wiegt immer der Grundsatz vor, das sei anzustreben, was für das Ganze besser und wohlfeiler ist; es ist dies ganz natürlich, und so drängt Alles nach einer gewissen Einheit. Dieser Strömung können Sie nicht entgehen. — Wenn sich aber bei der Justiz dieser Zug nach Einheit so geltend macht, so ist es natürlich, daß er bei dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen noch mehr am Platze ist. Oder glauben Sie, man wird mit der Zeit sich blos mit der Gesetzgebung über diesen Punkt begnügen? Der Drang nach Einheit wird und muß auch durch eine einheitliche Verwaltung gestillt werden. Freilich jetzt gibt man das Alles nicht zu oder glaubt es nicht. Aber es ist meine Ueberzeugung. — Nehme ich dazu, daß sogar unsere inneren Verfassungsverhältnisse ebenfalls durch den Bundesrath oder eventuell durch die Bundesgesetzgebung geschlichtet werden, dazu den Paragraphen von der Bundesexecution; bedenke ich noch, daß Preußen dabei durch drei mächtige Faktoren vertreten ist, nämlich erstens durch eine sehr starke Executiv- und Regierungsgewalt, zweitens durch eine starke Vertretung im Bundesrath, drittens durch eine starke Vertretung im Reichsrath: so kann ich mir die Sache nicht anders erklären,

als daß ein allgemeines Gesetz sich geltend macht, das Gesetz, daß das Große das Kleinere an sich zieht und es nach und nach absorbiren muß. Es ist das ein ganz natürlicher Auffangungsprozeß, und dadurch wird nichts Anderes herbeigeführt werden, als das Resultat: diese Strömung, die in den Verträgen angezeigt ist, muß zum Einheitsstaate führen. Darum hat Herr v. Neumayr, glaube ich, ganz Recht, wenn er betont, wie Alles eigentlich an eine Person, an den Kaiser, an den Bundespräsidenten abgetreten wird, und er hat auch Recht, wenn er von einer absolutistisch-militärischen Hegemonie spricht, und ich stimme mit dem Herrn Minister v. Schlör überein, daß die Modalitäten der Ausübung der Rechte andere sind. Bisher haben Bayerns König und Volksvertreter sie ausgeübt, in Zukunft übt sie der Kaiser und die Deutsche Nation aus. Die Modalität ist freilich eine andere, aber eine solche, die ich einfach nicht billige. — Darum, meine Herren, sehe ich da ganz bestimmt die Strömung zum Einheitsstaate, und meine Ueberzeugung ist die, daß zunächst der Reichstag jene Gebiete hereinziehen wird, die bisher als Sonderrechte nicht garantirt sind, und wenn diese durch eine allgemeine Gesetzgebung geregelt sind, wird es an jene Sonderrechte gehen, von denen ich im Minoritätsgutachten lese, daß sie sich ohnehin keiner großen Theilnahme von jener verehrten Seite erfreuen, daß man sie lieber fallen lassen, als aufrecht erhalten will. Das ist meine Ueberzeugung bezüglich des ersten Punktes.

Was den zweiten Punkt anlangt, daß wir mehr Lasten haben werden, so will ich nicht rechnen, wie viel und wie groß die Lasten sind. Ich habe auf diese Berechnungen im Großen und Ganzen gar nicht viel gegeben. Aber das ist gewiß und das wird mir Niemand streitig machen, daß wir z. B. in Bezug auf die Zahl der Soldaten, in Bezug auf Präsenzdauer und Präsenzstärke und in Bezug auf Geld mehr aufzuopfern haben. Man hat schon von einer Million oder ein paar Millionchen gesprochen, und es ist doch ein Zugeständniß, daß wir mehr zahlen müssen, und warum sollen wir uns das weglängnen? Ich will auf den Art. 5 Abs. 2, der eine große Controverse bildet, nicht näher eingehen: aber ein Be-

denken habe ich dabei doch immer; Bismarck und Delbrück haben sich bisher immer als so klarsiehende und klar denkende Männer bewiesen, — warum haben sie denn in diesen Verträgen einen so dunklen Satz gelassen, bezüglich dessen wir uns jetzt schon vier Tage streiten, — welche Bedeutung er habe und von dem das Ministerium uns immer noch nicht mit Gewißheit erklärt hat, wie er ausgelegt werden soll?

Das ist mir auffallend, man sagt immer, wie man diese Bestimmung verstehen soll, und hat sie doch immer dunkel gelassen. Die rechte Erklärung wird im Falle der Noth schon kommen.

Endlich hat man gesagt: der bayerische Landtag verliere nicht viel, wir werden gerade so lange beisammen sitzen, wie bisher. Auf das lange Sitzen kommt es mir nicht an, im Gegentheile, es wäre oft gut, wenn die Sessionen kürzer wären. Aber ich lese in dem Minoritätsgutachten, das doch gewiß eine maßgebende Schrift für Ihre Partei ist: „Daß nicht bloß unsere Landtage künftig kürzer werden können, da so viele Dinge, die sie bisher beschäftigen, jetzt im Reichstage erledigt werden, sondern daß auch in den Ministerien mit geringerem Personal wird ausgereicht werden, wenn nur erst die Uebergangsperiode überwunden ist.“

Also fällt nach Ihrem eigenen Geständnisse doch Manches weg, und haben wir jedenfalls Opfer an unseren Rechten zu bringen, und wenn man sagt, das Gemeinwesen sei uns geblieben, und das sei die Hauptsache, so sagt hier das Minoritätsgutachten: „Wir bedauern insbesondere lebhaft den Vorbehalt der Heimath- und Niederlassungsverhältnisse, der nicht einmal das deutsche Reichsbürgerthum zu einer Wahrheit werden läßt.“ Und weiters sagt das Minoritätsgutachten: „Wenn wir nicht sehr irren, wird dieses Ausnahmeverhältniß unserem Lande sehr viele Verlegenheiten bereiten, so daß es gern darauf freiwillig verzichten wird.“ Also Sie sehen selbst, daß wir dabei wieder manches Opfer zu bringen haben.

Nun habe ich mich auch gefragt: Sind denn gerade diese Beschränkungen nothwendig? Und davon konnte ich mich und kann ich mich nicht überzeugen, denn gerade Bismarck hat ja im Juni 1866 selbst erklärt, daß er

billiger in seinen Forderungen sein könnte in Bezug auf die deutsche Einigung. Warum denn jetzt schwerere Bedingungen uns auferlegen? Vielleicht deshalb, weil wir so große Opfer gebracht haben?

Dann heißt es: wir können nicht anders, der Zollverein und die Fortsetzung desselben sei unmöglich. Allein ich möchte Sie doch hinweisen auf Art. 7 und Art. 28. In Art. 7 heißt es:

„Bei der Beschlußfassung über eine Angelegenheit, welche nach den Bestimmungen dieser Verfassung nicht dem ganzen Bunde gemeinschaftlich ist, werden die Stimmen nur derjenigen Bundesstaaten gezählt, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist.“

Ich glaube, das wäre der Weg, auf dem man auch diese Angelegenheit getrennt behandeln könnte. Ebenso wurde im Betreff des Art. 28, der doch jedenfalls in unsere Verfassung tief einschneidet, von ihrer Seite gesagt: „Ja, man soll ein Gesetz geben, das die Regierung verhindert, gegen das Interesse des Volkes stimmen zu lassen.“ Ja, meine Herren, das wäre alles recht, aber betrachten Sie Art. 7 Abs. 3, dann heißt es:

„Nicht vertretene oder nicht instruirte Stimmen werden nicht gezählt. Bei Stimmengleichheit gibt die Präsidialstimme den Ausschlag.“

Machen wir einmal ein solches Gesetz! Soll, so oft die Regierung einen Gesandten zu instruiren hat, der bayerische Landtag zusammentreten, oder wie ist das Gesetz zu Stande zu bringen? Der Bundesrath oder der Reichstag wird zu einer Zeit berufen, wo die Aufgabe desselben nicht vollständig bekannt ist, wie soll da die bayerische Kammer einberufen werden, um gleichsam festzusetzen: das oder jenes ist unser Recht. Das ist durchaus unmöglich.

Nun, die Frage wegen des Zollvereins ist wohl die schwierigste, namentlich mit Rücksicht auf die Pfalz, allein ich gestehe Ihnen offen, in dieser Frage richte ich mich nach Autoritäten, und hier ist meine Autorität der edle Frhr. v. Lerchenfeld, der doch immer eine große Kenntniß in diesen Dingen an den Tag legte. Dieser hat uns schon in früherer Zeit vor einem Zollparlamente gewarnt, und er hat die Auflösung des Zollvereins von

Seite Preußens nicht für bevorstehend oder für möglich gehalten, und das ist auch meine Ueberzeugung, denn Preußen wird dadurch so gut geschädigt als wir.

Uebrigens, wenn wir auch große Opfer zu bringen haben, wenn die Selbständigkeit des Vaterlandes in Gefahr steht, müssen wir sie bringen. Was die Pfalz betrifft, so habe ich nur einen Wunsch: Bayern und die Pfalz, Gott erhalt's!

Freilich sagt man, wir sollen für die Verträge stimmen, habe ja doch der König schon gesprochen; als ob durch unsere Abstimmung der Eid und die Treue gegen den König verletzt würde. Nun, diese Theorie wird in diesem Hause nicht gebilligt, wiewohl sie etwas ansteckend zu sein scheint; denn ich erinnere mich, während ich früher hier saß, hat ebenfalls ein Herr von demselben Gewichte wie der Herr, den ich meine, eine ähnliche Anschauung ausgesprochen.

Aber wenn wir gegen die Verträge sind, kommt eine Kammerauflösung, und diese bringt entsetzliches Elend über das Land! Nun weiß ich nicht, warum diese Kammerauflösung eine so große Rolle spielt. Die Herren gewinnen ja, sagen sie, und wir verlieren; also ist da kein Nachtheil. Sodann möchte ich fragen: Wenn wir, beide Parteien, aus Liebe zu einem Manne alle Agitationen nicht gescheut, wenn wir die Kammerauflösung sogar provocirt haben, weil wir es zu keinem Präsidenten brachten, wenn wir wegen eines einzigen Mannes die Kammerauflösung und die große Agitation provocirt haben, warum sollen wir das jetzt fürchten, wo es sich um eine so wichtige Lebensfrage für Bayern handelt?

Sie selbst müssen sagen, seit dem Jahre 1818 ist keine so hochwichtige Frage verhandelt worden. Und da sollen wir uns vor einer Agitation, vor einer Kammerauflösung fürchten? Ich fürchte sie nicht.

Ebenso heißt es immer: Wir leisten den Franzosen Vorschub. Aber dessen fühle ich mich doch nicht schuldig, um Gotteswillen! Der König hat uns garantirt, daß wir diese Verträge prüfen. Wenn wir die Verträge prüfen, müssen wir auch unsere Meinung aussprechen, müssen wir dafür und dagegen stimmen können. Wenn aber das Dagegenstimmen Frankreich erimuthigt oder uns Schaden bringt, warum legt

man die Verträge nur zu dieser Zeit vor und nicht zu einer andern? Das ist so viel, als wenn man mir den Mund sperrt, da ich nicht mit Nein stimmen kann aus Furcht, die Franzosen möchten dadurch ermuthigt werden. Allein ich lasse mich dadurch nicht beirren, sondern stimme nach meiner festen Ueberzeugung und halte fest an dem Satze: Unveränderlich und treu für Gott, König und Vaterland!

VI.

Rede des Abgeordneten Dr. Schüttiger,

gehalten am 17. Januar 1871.

Meine Herren! Gestützt auf Titel X § 7 der zur Zeit noch gültigen bayerischen Verfassungs-Urkunde hat die k. Staatsregierung den unterm 23. Nov. zu Versailles mit dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Vertrag diesem Hause zur Prüfung und Annahme vorgelegt, und es ist deßhalb auch die Frage an mich herangetreten, welche Stellung ich diesem Vertrage gegenüber zu nehmen gedenke. Sie kennen meine Stellung, ich bin für das Majoritätsgutachten, weil ich als Mitglied des Ausschusses für Prüfung der Bündnißverträge mich dort schon von der Unzulässigkeit der Annahme dieser Verträge überzeugt habe.

In diesem Hause muß eine freie Meinung gelten, und es gibt für mich keinen Einfluß, er mag kommen, woher er immer wolle, der mich in meinen Anschauungen beeinträchtigen könnte. Ich sage das nicht umsonst, ich habe heute Morgen erst die Erfahrung gemacht, daß man recht deutlich, ich weiß nicht von welcher Seite, auf meine Abstimmung zu influiren gedachte. Ich schweige darüber, denn ich bin der Meinung, es handelt sich hier um eine gute, um eine hochwichtige Sache, und wenn es sich um eine solche gute Sache handelt, dann erscheinen schlechte Mittel, wie das fragliche, für mich werthlos.

Die Schlußworte Sr. Excell. des Herrn Staatsministers der Justiz, mit denen er am 14. Dezember v. Js. die Verträge in dieses hohe Haus eingeführt,

hätten bei ihrer so ziemlich kategorischen Eigenschaft in so Manchem den Gedanken wachrufen können, seiner Entscheidung keine Worte zu verleihen, sondern lediglich nach Pflicht und Gewissen zu stimmen. Allein die Wichtigkeit und hohe Bedeutung der Sache, die Tragweite der uns gesteckten Aufgabe läßt es mich dennoch wagen, die Gründe darzulegen, die mich für mein Votum bestimmen.

Ich komme nun vor Allem auf den formellen Theil der Vorlage der fraglichen Verträge in diesem Hause, und da muß ich gestehen, ich bedauere, die Vorlage, wie sie liegt — ich greife aus meinem Verufe zu einem Ausdrucke, der meines Bedünkens gerechtfertigt ist — die Vorlage, wie sie erfolgte, ist nicht nur nicht correct, sondern nicht substantiirt, wie man sich ausdrücken könnte.

Meine Herren! Das Minoritätsgutachten hat das auch gefühlt, und hat deshalb an seiner Spitze ausdrücklich numerativ die einzelnen Bestandtheile der Verträge, das Schlußprotokoll u. dgt. zusammengestellt. Nun bin ich doch der Meinung, daß die cursorische Vorlage, wenn ich sie so nennen darf, wie sie erfolgte, gegen jede Uebung in diesem Hause verstößt. Nehmen sie das einfachste Gesetz, das diesem hohen Hause zur Prüfung und Annahme vorgelegt worden. Was hat die Staatsregierung gethan? Sie hat immer in solchen Fällen das Gesetz in den einzelnen Artikeln vorgelegt und dazu die Motive, und dem Hause überlassen, wie es entscheiden wird. Nun, was ist diesmal geschehen? Diesmal ist nichts weiter gesagt als: Hier sind die Verträge; prüft sie, nehmt sie an oder nehmt sie nicht an; es gehört das in euere Zuständigkeit nach Tit. X § 7 der bayer. Verf.-Urkunde. Denken Sie sich nun den Fall, meine Herren, die Verträge würden angenommen: wo sind wir dann angekommen und wo stehen wir? Die Verträge in Frage können nicht als Appendix zum bayerischen Vertrage betrachtet werden, dafür sind sie mir zu heilig. Die k. Staatsregierung war schuldig, wenn diese Vorlage eine gerechtfertigte und correcte sein sollte, zu sagen: „Das sind die Verträge, die in Versailles abgeschlossen wurden, das ist das Schlußprotokoll, das ist die Vereinbarung mit Württemberg &c. und für den Fall, daß dies Alles angenommen wird, lautet die bayer. Verf.-Urkunde an den

einzelnen, einschlägigen Stellen für die Folge so und so; nun richtet in diesem Hause darüber!"

Die Sache ist nicht unwichtig, sie greift nicht bloß in die Sphäre der Form ein, sie ist auch von materieller Bedeutung. Denken Sie, meine Herren, die Verträge werden angenommen. Wer hat denn für die Folge die Korrektur, wer die Redaktion? Bayern oder Preußen, der Bundesrath oder die Bundesgesetzgebung, oder aber beide zugleich? Das kann für mich nicht einerlei sein, wer dereinst in unserer bayer. Verfassungs-Urkunde diese Redaktion vorzunehmen hat, wer unsere bayer. Verf.=Urkunde endgültig festzustellen hat.

Dies Alles mußte vorgesehen werden für den Fall der Annahme der besagten Verträge. Allein so in folio dünkt mir die Vorlage nicht korrekt zu sein. Man sah sich schon bei dem geringsten Gesetze, z. B. über Maß und Gewicht, in die Nothwendigkeit versetzt, das vollständige Gesetz mit Motiven vorzulegen, und bei einer Frage von solcher Tragweite hat man sich einfach damit besaßt, zu sagen: „Hier sind die Verträge; entscheidet, ob Ihr sie annehmen wollt oder nicht.“

Meine Herren! Wenn ich nun auf die Sache näher eingehe, so erlaube ich mir vor Allem zu bemerken, daß ich bei Prüfung dieser Verträge mich nicht auf den politischen Standpunkt stelle, sondern ich thue, was zum Theile in diesem Hause bis jetzt noch nicht geschehen, ich lasse die Opportunitätsgründe bei Seite, ich überlasse dies dem besseren Ermessen Anderer und halte mich an die Sache, d. h. ich halte mich streng an den Inhalt der Verträge selbst, und wenn ich das thue, so habe ich dieselbe Berechtigung, wie meine Gegner; gestatten Sie mir deßhalb in Kürze, des Näheren auf den Inhalt dieser Verträge einzugehen.

Meine Herren! Seit dem Bekanntwerden des Inhaltes der fraglichen Verträge habe ich mir zur Aufgabe gemacht, mit ruhiger Objektivität die Sache zu beschauen, und bin zu dem Ergebnisse gelangt, daß die Verträge, wie sie liegen, dem berechtigten Drange nach einer segensreichen Verwirklichung der deutschen Idee nicht gerecht werden. Meine Herren! Auch ich will ein einiges Deutschland aus dem Grunde meiner Seele; ich will aber ein

wahres, wahrhaftiges Deutschland; ich will nicht, um es gleich hier einzustreuen, was der Reichstagsabgeordnete Miquel S. 67 der in Ihren Händen befindlichen Verhandlungen gesagt:

„Das Kaiserthum von heute, meine Herren, ist nicht das schwache, klägliche Wahlkaiserthum der Habsburger, welches keinen andern Zweck hatte, als die Kräfte und Interessen der deutschen Nation zu dynastischen Habsburgischen Interessen auszuheuten; das Kaiserthum von heute ist das Hohenzollernthum, meine Herren, ist Preußen!“ —

Sehen Sie, meine Herren, ich stehe zu dieser Ansicht in diametraler Stellung. Ich glaube, Deutschland ist historisch berechtigt, eine Einigung auf föderativer Basis zu verlangen; aber für uns heißt es, Angesichts der Annahme dieser Verträge „Aufgehen“ und noch einmal „Aufgehen in Preußen.“ Nun, meine Herren, hat denn nicht schon in einem andern Hause der öfters genannte Herr Reichsrath v. Neumayr eine ähnliche Anschauung ausgesprochen? Ich will eben gerade nach der Anschauung dieses Herrn und weil auch ich sie für die richtige halte, zu einer Verfassung meine Zustimmung nicht geben, die Bayern als den größten süddeutschen Staat in seinen Rechten tief erschüttert, das Maß der bürgerlichen Freiheit beschränkt, die Rechte des Volkes verkümmert und schließlich Nichts herbeiführte, als einen absolutistisch-militärisch regierten Staat, eine absolutistisch-militärische Hegemonie.

Meine Herren! So wird ein wahres Deutschland nicht! Deutschland ist nicht gesichert durch einen festen Bund, umgeben mit einem Walle von Bajonetten; ein wahres Deutschland kann nur entstehen, wenn auf der Basis föderativer Zusammengehörigkeit, selbst mit den größten Opfern der Einzelstaaten an die Gesamtheit eine Verfassung in's Leben gerufen wird, in welcher Fürst und Volk die Rechte, die sie dem Ganzen geopfert, in der Gesamtheit wieder finden! Wenn ich mir aber diese so betitelte deutsche Reichsverfassung betrachte, so finde ich, ich gestehe es offen, nichts als eine übermächtige, mit allen Attributen des Absolutismus und des Einheitsstaates ausgerüstete Centralgewalt! Nicht

auf den Bundesrath, als den Ausdruck der Einzelstaaten, wird die Summe der einzelnen Rechte übertragen, mit Nichten; übertragen wird diese Summe aufgegebener, bitter geopferter Rechte an das Präsidium des Bundes, an den König von Preußen!

Meine Herren! Der Reichstag des so betitelten deutschen Bundes ist meines Bedünkens keine constitutionelle Körperschaft, in welcher die Rechte des Volkes sattfam gewahrt erscheinen. Die Volksrechte, die wir, Gott sei Dank, bis zur Stunde noch haben, die bayerischen Volksrechte, liegen auch da wieder unter dem dräuenden „Beto“ einer immer endgiltig entscheidenden, unerbittlichen Präsidialmacht! Meine Herren, ich sehe ein, daß Opfer gebracht werden müssen, wenn wir ein wahrhaft einiges Deutschland schaffen wollen. Aber die vorwiegende Frage für mich ist die: An wen werden diese Opfer gebracht, an wen sollen diese Rechte übertragen werden? Meine Herren! Ich will nun aus vollem Grunde meines Herzens meine Anschauung darüber unmaßgeblich aussprechen: Solche Rechte müssen an die Gesamtheit, nicht aber an den „Einzelnen“ übertragen werden. Nicht die Krone Preußen, sondern der deutsche Reichstag ist es, der dem „deutschen Volke“ gegenüber für die Zukunft die Volksvertretung in sich aufzunehmen hätte. Ich finde aber die Volksvertretung Angesichts der Verträge, wie sie uns vorgelegt wurden, nicht im Schooße des Reichstages, sondern ich finde sie neuerdings abermals in der Spitze dieses jungen Reiches, im Präsidium des Bundes mit seinem Macht gebietenden „Beto“ in der Hand „des Königs von Preußen.“

Meine Herren! Das ist im Allgemeinen die Anschauung, die ich über das neugeschaffene Reich habe. Ich habe genau den Inhalt der Verträge, wie sie uns vorliegen, erwogen und bin zu der unmaßgeblichen Anschauung gekommen, unbeirrt mich dahin auszusprechen: Bei solchen Aussichten, da wird dieses junge Reich ein wahres und von der wahrhaft nationalen deutschen Idee getragenes Deutschland nie und nimmermehr! —

Die namhaftesten Bedenken aber, meine Herren! die meines Bedünkens in der Reichsverfassung liegen, sind

noch in einzelnen Punkten sichtbar, und Sie gestatten mir, deshalb in Kürze darauf einzugehen.

Das erste Bedenken, das ich hege, ist die Feststellung des Militärbudgets, das auch für Bayern in der Folge einzig und allein in die Hände des Königs von Preußen gelegt ist. Das zweite Bedenken ist die Diätenlosigkeit der Abgeordneten zum Reichstage, ferner die Aufsichtigung der Gesetzgebung im Preß- und Vereinswesen und die Erklärung derselben als gemeinsamer Reichsangelegenheit, weiter der Fahneneid im Sinne des Artikel 64, der bei gewahrter Militärhoheit des Königs von Bayern in Friedenszeiten schon dem Könige von Preußen geleistet werden soll, endlich die Strafbestimmungen des Artikel 57 des vorgelegten Bündnißvertrages. Gestatten Sie mir nun, in Kürze diese Punkte zu erörtern. Fürchten Sie nicht, daß ich Sie zu lange behellige, ich fühle so gut, wie Sie, meine Herren, was dazu gehört, fast 8 Tage über die uns vorgelegte Frage zu verhandeln, aber ich halte es für meine Pflicht als Volksvertreter, meine Ansicht an dieser Stelle offen auszusprechen, sowie es die Herren von jener Seite gethan haben.

Das Wesen einer constitutionellen Verfassung besteht in der Mitwirkung des Volkes zur Feststellung des Staatshaushaltes, und in dieser Feststellung des Staatshaushaltes ist von hervorragender Bedeutung gerade die Feststellung des Militärbudgets aus dem einfachen Grunde, weil, wie die Erfahrung leider uns lehrt, der größte Theil der öffentlichen Einnahmen ihm zum Opfer fällt. Nun, meine Herren, betrachten Sie den uns vorgelegten Vertrag! Man hat gerechtet über den Inhalt des Art. 62 Abs. 3 und hat darüber gesprochen, ob der Art. 5 alinea 2 des Vertrages Bezug hat auf jene Bestimmung. Darüber verliere ich kein Wort, aber das sage ich Ihnen, meine Herren, meine Stellung zu dieser Frage ist die, daß ich die Anschauung des Herrn Referenten der Majorität für die vollkommen richtige halte, und ich weiß nicht, aber ich glaube es, wenn Sie dem Wunsche des Herrn Referenten nachkommen würden und sich eine authentische Interpretation von Berlin erholten, würde meines unmaßgeblichen Bedünkens derselbe Sinn über

diesen Artikel herauskommen, wie wir im Ausschusse ihn aufgefaßt haben. Nun, meine Herren, gerade mit Annahme dieser Vertragsbestimmung ist aber die heiligste, ist die theuerste Errungenschaft der bayerischen Volksvertretung zu Grabe gegangen. Wenn man sich einer solchen Bestimmung, einer solchen Belastung des Volkes gegenüber windet und wehrt, dann hat man, so glaube ich, seiner Mission in diesem Hause als Vertreter des Volkes Ausdruck gegeben. Daß über diese Frage Bedenken möglich sind, das beweise ich Ihnen aus den Reichstagsverhandlungen zu Berlin im Monate Dezember 1870. Hat darin nicht der Reichstagsabgeordnete Löwe gesagt:

„Man weiß jetzt schon nicht, wie der Art. 62 Abs. 3 und beziehungsweise die Frage der Vereinbarung mit Bayern über das Militärwesen gedeutet werden soll.“

Meine Herren, das sind seine Worte; ich will Sie nicht lange behelligen mit dem Vorlesen:

„Ich will Sie nicht compromittiren, fährt Dr. Löwe im Reichstage fort, ich will Ihrem Werke nicht entgegentreten, aber gestatten Sie mir darauf aufmerksam zu machen, daß Sie ein gefährliches Danaergeschenk den Bayern damit geben. Meine Herren, ich bin ja überzeugt, das Materielle des Militärwesens wird mittelst der Inspectionen vollständig gewahrt werden, und das ist ja für das Gesamtinteresse die Hauptsache. Ich gestehe deshalb offen, daß, welche Interpretation Sie auch annehmen mögen, ich, was uns betrifft, die Gefahr nicht für so sehr groß ansehe; aber das muß ich gestehen, daß für die bayerische Kammer eine sehr üble Lage daraus erwachsen wird. Ist es denn aber gleichgiltig, meine Herren, ob an irgend einer Stelle und nun noch dazu in dem zweitgrößten Staate unseres Bundes das konstitutionelle Recht in einer Weise verkrümmert wird, daß damit das eigentliche Verfassungsleben aufhört? Das ist auch nicht gleichgiltig für uns, denn es ist nicht gleichgiltig für

die gesammte Entwicklung, die daraus hervorgeht!“

Nun, meine Herren, wenn Dr. Löwe das sagt, so glaube ich, eine Berechtigung dafür zu haben — es ist ja die Verhandlung, die vor mir liegt, ein öffentliches Dokument, das ich produziere — zu behaupten, daß über diese Frage Bedenken möglich sind, ja, daß es feststeht, daß man Angesichts der Verfassung, die wir annehmen sollen, jetzt schon über einzelne Punkte streitig ist und, meine Herren, zu einer solchen Schöpfung, bei der gerade in der schwerwiegendsten Frage jetzt schon ein „non liquet“ besteht, gebe ich mindestens meine Zustimmung nicht.

Ein weiteres Bedenken betrifft die Diätenlosigkeit der Abgeordneten zum Reichstage. Der Herr Abg. Frhr. v. Stauffenberg ist gestern, wenn ich so sagen darf, mit einer leichten Contur über diese Frage hinweggegangen und ich erlaube mir deshalb, etwas länger bei derselben stehen zu bleiben. Wenn ich mich frage: Was ist denn die Diätenlosigkeit der Abgeordneten zum Reichstage? so sage ich: die Diätenlosigkeit der Abgeordneten zum Reichstage ist nichts mehr und nichts weniger als der höchste Wahlcensus für die Wählbarkeit eines Vertreters des Volkes zum Reichstag, zum Reichstag, an dem sich bei einer solchen Bestimmung für mich keinerlei Hoffnung, wohl aber alle Furcht geknüpft hat. Was bedeutet denn die Diätenlosigkeit der Abgeordneten zum Reichstag? Sie bedeutet den Ausschluß politischer Charaktere, den Ausschluß des Talentes und der Intelligenz, wenn diese Vorzüge nicht mit Reichthum gepaart sind; sie ist nichts weiter, als die Bevorzugung des Reichen vor dem Armen, sie ist eine Handhabe der Regierung für ihr jeweiliges Prinzip, noch mehr, meine Herren, ich finde darin eine Fälschung der öffentlichen Meinung, weil meines Bedünkens in vielen Fällen ein ganz Anderer als Volksvertreter im Reichstage erscheinen würde, wenn er nicht genöthigt wäre, das Mandat seiner Armuth wegen abzulehnen.

Als im Monat Juli 1870 die deutsche Armee dem Erbfeinde entgegenzog, da fragte man nicht, wer arm, wer reich? Da hat nicht entschieden der Besitz und der Stand, Alle sind gleich muthig und opferwillig dem

Feinde entgegengegangen, Alle haben gleichmäßig gekämpft und geblutet. Und jetzt, meine Herren, da man bis zur Stunde den Feind mit Tapferkeit niedergeworfen, ist vielleicht für die Zeit des von mir ebenso wie von Ihnen ersehnten Friedens für das Volk die Zeit gekommen, wo der Mohr gehen kann, weil er seine Schuldigkeit gethan hat! Hat das Volk am Friedenswerke nicht alle Berechtigung, meine Herren? Das ist der Umstand, von dem ausgehend ich sage, daß ich es bedauerlich finde, daß man, um ein wahres Deutschland zu schaffen, das Haus nicht dann erst auf der Granitunterlage der Einigkeit vom Sockel bis zum Dache eingerichtet hat für alle deutschen Stämme, damit sie sich darin wohllich fühlen, wenn der Krieg zu Ende und in der Aera des Friedens in föderativer Vereinigung über diesen sehr ersehnten Ausbau sich in berechtigter Weise benehmen können! Ich halte gegenüber der Diätenlosigkeit der Abgeordneten zum Reichstage es für ein Gebot der Gerechtigkeit, daß im Staate den gleichen Pflichten auch gleiche Rechte entsprechen.

Wenn ich auch nun zu Ziff. 16 des Art. 4 der neuen Verfassung mich wende, ich meine damit die Kompetenz der Bundesgesetzgebung im Preß- und Vereinswesen, so müssen Sie mir zugestehen, meine Herren, wenn wir die Verhandlungen dieses hohen Hauses nachlesen, daß gerade an dieser Stelle für dieses Gesetz gekämpft worden; es wurde schließlich dem Volke der Sieg zu Theil; er wurde errungen und jetzt, meine Herren, will man dem strammen Regimente dieses jedenfalls mehr Freiheit bietende Gesetz ohne Grund zum Opfer bringen! An der Opferwilligkeit, meine Herren, will ich mindestens keinen Antheil haben! Es ist uns gesagt worden, wie dieses Preß- und Vereinsgesetz zum Theile angewendet wird. Meine Herren, ich unterscheide zwischen dem Rechte und der Rechtsanwendung. Ich gebe zu, daß leider die Presse und das Vereinswesen großen Mißbräuchen nicht unzugänglich geblieben; allein hier gilt der Grundsatz: „Maneat usus, tollatur abusus.“ Man soll nur streng im Geiste des Gesetzes einschreiten, aber das Gesetz nicht beseitigen, denn die Aufhebung dieses Gesetzes ist für uns die Zerstörung des Hortes der Freiheit in Süddeutschland.

Ich komme nun auf die Bestimmung über den

Fahneneid, der nach Art. 64 der Reichtagsverfassung in Friedenszeiten schon, trotzdem, daß dem Könige von Bayern die Militärhoheit gerade im Frieden gewährt ist, in den Fahneneid für die bayerische Armee mitaufgenommen ist. Meine Herren, ich hätte über diesen Punkt gerne geschwiegen, aber ich halte es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß ich in dieser Bestimmung geradezu ein Mißtrauen sehe, welches ausgesprochen ist in die hochgehaltene, allseitig erkannte Vertragstreue Seiner Majestät des Königs von Bayern. Hat denn der dem Könige von Bayern geleistete Fahneneid auf dem Schlachtfelde für unsere tapfere bayerische Armee nicht zugereicht, an der Seite Preußens den Feind niederzuwerfen? Was berechtigt denn jetzt auf einmal dazu, wenn wir ein Friedenswerk schaffen, zu fordern, daß dieser Fahneneid jetzt schon dem Bundesfeldherrn geleistet werde, des Umstandes nicht zu gedenken, daß wir dann für den Soldaten einen doppelten Eid haben, den einen, den er Seiner Majestät dem Könige von Bayern, den andern, den er dem Könige von Preußen leistet. Meine Herren, ich konnte an diesem Punkte nicht vorübergehen, ohne das Bedenken, das ich in dieser Beziehung hege, anzuregen.

Und nun, meine Herren, kommt der Art. 75 mit den Strafbestimmungen, die dort getroffen werden und worin gesagt wird, daß bei den Verbrechen des Hochverrathes und des Landesverrathes für die Zukunft das Oberappellationsgericht für Bremen, Hamburg und Lübeck die alleinige Spruchbehörde in erster und letzter Instanz sein soll. Meine Herren! Die bayerische Verfassungsurkunde sagt uns im Tit. IV § 8: „Niemand soll seinem ordentlichen Richter entzogen werden.“ Man wird mir nun sagen: Ja, im Vertrage steht ja ausdrücklich: „So lange nicht ein gemeinschaftliches Gesetz erlassen ist, gilt das spezielle des Einzelstaates.“ Meine Herren! Ich habe hier ein ganzes Heft von Gesetzen des norddeutschen Bundes, die bereits für uns fertig sind, und das hier in Frage stehende wird nicht lange auf sich warten lassen. Angesichts dieses Umstandes sage ich, ich finde es, wenn man von Deutschland spricht, nicht deutsch, daß man gerade bei solchen Verletzungen des Gesetzes eine Spruchbehörde in erster und letzter In-

stanz nicht auf der Basis des Geschworneninstitutes errichtet, in der Errichtung einer solchen Spruchbehörde in Norddeutschland für den Süden finde ich ein Institut, das dem deutschen Sinne, das einer freiheitlichen Auffassung sicherlich nicht entspricht.

Meine Herren! Das Rechtsmittel darf Niemanden, namentlich in politischen Prozessen, abgeschnitten werden, und wenn wir, Gott zum Danke, das Institut der Geschwornen gemeinen Verbrechen gegenüber haben, warum nicht in politischen?

Ich gehe noch weiter und würde verlangen, daß die Verfolgung und Aburtheilung solcher Verbrechen durch ein Bundesgesetz zu regeln, dabei aber zu bestimmen sei, daß das Verfahren öffentlich und mündlich und die Entscheidung der Thatfrage Geschwornen zu übertragen sei, bei deren Auswahl weder die Organe der Bundesregierung noch die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten irgend welchen Einfluß ausüben dürften.

Meine Herren! Das sind außer anderen Erwägungen die namhaftesten Bedenken, die mich bei Beurtheilung der Regierungsvorlage zu der Anschauung gebracht haben, auf der ich stehe.

Man ist auch im Laufe der Debatte auf den Art. 78 gekommen und hier hat es geheißen: Der Art. 78 hat ja keinen Werth für Bayern, weil Bayern immer, wenn es sich um Aenderung von Verfassungsgesetzen handelt, das Recht der Einsprache hat. Ich will das nicht untersuchen, aber darauf erlaube ich mir Sie aufmerksam zu machen, daß, wie ich aus den Reichstagsverhandlungen zu Berlin klar ersehen habe, der Umstand, daß man Bayern Sonderrechte, Privilegien und Ehrenrechte eingeräumt, Württemberg, Baden und Hessen uns zu besonderen Freunden nicht gemacht hat. Wo also unter Umständen diese 14 Stimmen den Ausschlag zu geben hätten, da wissen wir, wie es in der wichtigen Stunde der Entscheidung mit der Freundschaft dieser Staaten steht.

Ich habe, meine Herren, das „für“ und „gegen“ in dieser Sache streng geprüft und so offen, wie Sie sich aussprechen, so offen spreche ich mich aus. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Verträge, wie sie

siegen, mir nicht genügen und daß ich ihnen beßhalb meine Zustimmung versage.

Es ist im Gutachten der Majorität der Ausweg zur Verbesserung derselben gezeigt, die Anbahnung eines Besseren ist nicht ausgeschlossen, und das war meine Anschauung, die mich auch im Ausschusse geleitet und die ich hier offen zu dokumentiren für meine Pflicht halte. Ich habe mir auch die Worte eines deutschen Dichters, ich meine den deutschen Umland, in die Seele gerufen, die er im Jahre 1817 schon den Landständen Württembergs gewidmet. Gestatten Sie mir, daß auch ich hier — und ich bin am Schlusse — diese bedeutungsvollen Worte ausrufe:

„Jetzt — so sagt der deutsche Umland — jetzt wachet,
Männer, eure Würde,
Steht auf zum männlichen Entscheid,
Damit ihr nicht dem Land zur Bürde,
Dem Volke zum Verderben seid!
Könnt euer Ziel ihr nicht erstreben,
So tretet in das Volk zurück,
Daß ihr dem Rechte nichts vergeben,
Sei euch ein lohnend stolzes Glück.“
(Bravo rechts.)

VII

Rede des Abgeordneten Dr. Krämer,

gehalten am 17. Januar 1871.

Meine Herren! Sie wissen wohl, welche Stellung ich gegenüber den Verträgen einnehme, nachdem ich als Mitglied des Ausschusses mich schon darüber ausgesprochen. Ich habe die Ansicht, wer den Einheitsstaat will, der stimme zu; die Annahme der Verträge führt sicher zum Einheitsstaate. Unsere Zeit, sagt man uns, ist ohnedem der Art, daß in ihr die kleinen Staaten verschwinden müssen; die Zeit der Eisenbahnen, des großartigen Handels, duldet sie nicht; sie werden zu Grunde gehen. Wenn wir aber den Einheitsstaat nicht wollen, wenn wir ihn der deutschen Natur nicht entsprechend finden, sollen wir

daun, den Weg einschlagen, der mit größter Gewißheit dazu führt? Ich glaube nein! Was hat denn Deutschland zu dem großen, verhältnißmäßig glücklichen Lande gemacht, das es jetzt schon ist? Sie geben mir Alle gewiß zu, in Deutschland findet man die größte Bildung; kein anderes europäisches Volk steht auf so hoher Kulturstufe, so viel Kunst, so viel Wissenschaft ist in keinem Reiche der Welt vorhanden; und woher kommt das? Weil wir eben keinen Einheitsstaat bilden, nicht in einem solchen gelebt haben. Unsere verschiedenen Hauptstädte waren es, die den mannigfachen Richtungen die Wege offen gehalten haben; in Wissenschaft und Kunst wurde hier diese, dort jene Richtung gepflegt. Wenn uns aber die Möglichkeit gegeben ist, diese Freiheit, welche die geschilderten Vorzüge uns verschafft hat, uns zu erhalten, sollen wir sie dann freiwillig aufgeben, sollen wir in den Einheitsstaat eingehen, der Frankreich nicht glücklich gemacht hat?

Frankreich hat schon seit Jahrhunderten den umgekehrten Weg eingeschlagen; in der Hauptstadt war die eine geltende Richtung, war der Mittelpunkt, dort waren die tüchtigsten Geister, die Kunst und Wissenschaft vertreten, versammelt, einer geistigen Richtung dienstbar.

Was ist die Folge gewesen? Der Staat Ludwigs XIV., der Staat Napoleons hat weder die Unterthanen glücklich gemacht, noch ein dauerndes großes Reich geschaffen. Gewiß ist es, meine Herren, wir bedürfen einer größeren Concentration unserer Kräfte, das Gefühl nach größerer Einigung Deutschlands ist wahrhaftig ein berechtigtes. Wer könnte sich aus seiner Jugend nicht erinnern, mit welcher Freude er die Geschichte der herrlichen Zeit des Mittelalters gelesen hat, als unsere großen siegreichen Kaiser die Welt beherrschten, die man damals kannte, wem war es nicht ein wohlthuendes Gefühl? Wie mußte man sich herabgedrückt fühlen, als jene traurige Zeit kam seit dem westphälischen Frieden, wo das Reich sinken mußte, uneinig in sich, wo die eine große deutsche Macht der andern entgegentrat! Ja, wahrlich — wir läugnen das nicht — wer das nicht innig gefühlt hätte, müßte keinen Sinn haben für die Größe des Vaterlandes.

Eine Einigung, ja wir bedürfen ihrer; soll aber die Einigung der Art sein, daß sie uns zu einem Einheits-

staate führt, daß sie unser selbständiges Leben zernichtet, daß sie Alles unter eine große Schablone bringt? das kann ich nicht billigen.

Ich habe gesagt, aus welchen Gründen ich nicht für die Verträge sein kann; nun aber erlaube ich mir — die Sache hat sonst noch große Schwierigkeiten — andere Gründe gegen dieselben in Kürze hier anzudeuten. Wenn man ein großes Reich gründet, wie es hier geschaffen werden will, wenn man alle Kräfte anspannt, einen Staat zu gründen, den man jetzt schon nach seiner Anlage einen „absolutistisch-monarchisch-militärischen Staat“ geheißen hat, von dem in Berlin gesagt worden ist, in ihm ist alles parlamentarische Leben, alle Freiheit aufgehoben — ja, meine Herren, zu einem solchen Werke können wir nicht „Ja“ sagen. Wohin führt die Gründung eines solchen Staates? Zu Kriegen, zur Bekämpfung anderer Staaten! Die Sucht, die Herrschaft über Europa zu bekommen, liegt zu Grunde, und diese Anspannung aller Kräfte wird auch in nächster Zeit zum Kriege führen.

Meine verehrten Herren! Glauben Sie, unser Volk hat den Willen, seine Söhne von einem Kriege zum andern führen zu lassen? Ich glaube, in diesem Augenblicke erleben wir einen Krieg, der schon so großes Elend gebracht hat, daß es wahrhaftig erschreckend ist. Das Glück von Tausenden ist jetzt schon zertrümmert. Staaten gründen zu helfen, die die Herrschaft über Europa als Ziel haben, glaube ich, wird nicht unsere Aufgabe sein. Unsere Aufgabe wird die sein, unsere Kräfte in einem geeinigten Deutschland zusammenzufassen, das stark genug sein soll, gegen jeden Angriff sich zu vertheidigen und das daher geeignet ist, den Frieden zu erhalten. Das wollen wir, einen Staat, der seiner innersten Anlage nach defensiver Natur ist, aber nicht offensiver, nicht einen, der die Herrschaft über die Welt anstrebt. Denn der Frieden ist es, der den Wohlstand bringt, der Krieg zerstört den Wohlstand, und ein solcher ist uns in Aussicht. Daß er kommen wird, sehen wir, wenn wir die Traditionen des Stammes, an den wir uns knüpfen sollen, betrachten, wenn wir die Verfassung, die uns vorgelegt ist, in das Auge fassen. Kann man dieselbe anders nennen, als wie ein sehr geehrter Herr Reichsrath gesagt hat:

absolutistisch=monarchisch=militärisch? Und wir sollten nur so mit den beiden Füßen hineinspringen?

Ja, man hat uns schon den Pranger gezeigt, man hat uns die schwarze Tafel in Aussicht gestellt, an welche alle diejenigen kommen, die noch dagegen stimmen wollen. Wird das im Sinne unseres Volkes sein, wird das wirken auf uns? Nein, meine Herren, das wirkt nicht auf Männer; machen Sie Ihre schwarze Tafel fertig, wenn Sie Lust haben, wir werden unsere Ueberzeugung aussprechen und geltend machen, wie wir es nicht lassen können. Mit Gründen widerlegen Sie uns, meine Herren, ich submittire. Es besteht kein Grund in der ganzen Welt, der mich bestimmen könnte, nicht Ja zu den Verträgen zu sagen, wenn Sie mich überzeugen, daß sie unserm Vaterlande wohlthätig sind. Es existirt kein Grund in meiner Person, in meiner ganzen Umgebung. Meine Herren, wozu eröffnete man jene Perspektiven als behufs einer Pression?

Was ist nun der Inhalt der vorgelegten Verträge? Streben diese nicht dem Einheitsstaate zu? Wir haben z. B. gehört, wir bekommen ein Bundesoberhandelsgericht. Dieses Bundesoberhandelsgericht ist ganz begreiflich, weil wir ein gemeinsames Handelsrecht in Deutschland haben. In dem Vertrage ist weiter enthalten, daß das Strafrecht und der Strafprozeß, das Obligationenrecht und der Civilprozeß auch gemeinsam werden. Es ist selbstverständlich, daß wir um der Einheit der Rechtsprechung willen dann auch einen obersten Gerichtshof Deutschlands werden haben müssen. Jeder Jurist wird das augenblicklich zugeben. Wir kommen Punkt für Punkt schon aus dem, was uns vorliegt, zu der Nothwendigkeit der Erweiterung der gemeinschaftlichen Rechte, der Rechte der Bundesgewalt. Ich glaube, wenn irgend ein Umstand klar und geeignet ist, zu zeigen, wie der Einheitsstaat wird, so ist das hier der Fall. Aber, meine Herren, die Frage ist: Sollen wir nun, nachdem soviel vorliegt — ich habe des Beispiels halber nur Eines angeführt — sollen wir, um diese einzelnen Keime des Einheitsstaates auszubilden, die Verträge annehmen, oder sollen wir entgentreten? Man sagt, wir können nicht entgentreten. Ja, meine Herren, es gibt doch auch andere

Zeitströmungen, denen wir auch werden entgegentreten müssen. Wie groß ist die Herrschaft des Kapitals heute? Sie zieht an sich alle Geldmittel, sie zieht alles Vermögen an sich. Und auf der andern Seite die soziale Frage! Sollen wir sagen, es ist die große Strömung, lassen wir sie gehen. Nein, meine Herren, lassen wir sie nicht gehen. Die soziale Frage wird uns schon veranlassen, daß wir auch Strömungen entgegentreten, bei Zeiten entgegentreten, damit nicht noch größeres Unheil entsteht. Man tritt auch dem Bergwasser hindernd entgegen, wenn es den Weinberg bedroht und leitet es ab, warum sollen wir hier nicht den herrschenden Strömungen entgegentreten, hier dem Einheitsstaate widerstreben.

Meine Herren! Erlauben Sie mir, darauf hinzuweisen: Was will denn Preußen, indem es diesen Staat, wie ihn die Verträge schaffen, gründet? Es hat vor Allem großen Werth und Nachdruck darauf gelegt, daß das Militär in gehöriger Anzahl da sei, 1% der Bevölkerung, 225 Thaler für jeden Mann, und wenn einmal das eiserne Budget aufhört, am letzten Dezember 1871, ja dann, meine Herren, dauert eben der frühere Zustand fort. Einbezahlt werden die 225 Thaler, die Militäreinrichtungen sind da, ob sie verwendet werden oder nicht? Wer hindert daran? Doch gewiß nicht der Umstand, daß man sich einmal über das Ausgabebudget nicht einigt. Wer kann daran hindern, ich möchte wissen, wo ein Hilfsmittel dagegen wäre! Die Ministerverantwortlichkeit besteht ja gar nicht in dem neuen Deutschland. Das konstitutionelle System hat ja aufgehört im neuen Bunde. Und was den zweiten Punkt betrifft, daß der Reichstag helfen soll, so hat es freilich geheißt, das deutsche Volk wird schon zu sorgen wissen, daß diese konstitutionellen Rechte wieder erworben werden. Ja, meine Herren, das deutsche Volk! Ist es denn da vertreten, wie es will, oder sind nur die Reichen vertreten, nur eine einzige Klasse? Man hat gesagt, die Stände haben aufgehört, man kenne gar keine Standesvertretung. Ja wohl, meine Herren, es gibt eine große Richtung bei uns, die keine Standesvertretung will, es ist der Liberalismus. Meine Herren, das ist nicht zu läugnen, er hat viel Gutes gewirkt, neben vielem Schlimmen; das

Gute ist, daß er eine Schutzwehr geschaffen hat gegen fürstliche Willkür in verfassungsmäßigen Institutionen, heute gibt er auch das auf, heute läßt er auch diese Verfassungsformen fallen, in der Hoffnung, er könne sie vielleicht wieder erwerben. Das ist ein gefährlicher Schritt gegenüber einer militärischen Macht! Und wie soll das erwirkt werden? Bloß durch die d.ätenlose Vertretung des Volkes, durch Leute, die großes Vermögen haben, durch die großen Kapitalisten, durch die ganz großen Grundbesitzer. Ist das diejenige Klasse, von der man Abhilfe hoffen kann. Ich glaube, das sind Dinge, die sehr schwer uns wieder zu jenen verfassungsmäßigen Freiheiten führen, die wir jetzt aufzugeben im Begriffe sind.

Meine Herren, unser König war souverän, und was wird er sein, wenn wir die Verträge annehmen? Dann ist er es jedenfalls nicht mehr. Ob er mediatisirt wird, meine Herren? Ob das Wort richtig gebraucht ist, darum streite ich nicht.

Ich weiß wohl, man hat sonst bloß die Herren Mediatisirte genannt, welche früher reichsunmittelbar waren, und unter die Landeshoheit anderer Fürsten kamen. Unser König kommt aber in eine ähnliche Lage, er erhält einen Herrn über sich, den Kaiser, und dieser Kaiser hat das Recht, unser Bayerland zu repräsentiren, Krieg und Frieden zu erklären, Blut und Vermögen und von unserer Jugend den Fahneneid zu verlangen, dieser Kaiser hat das Recht, die mannigfachsten Regierungsrechte in Bayern auszuüben. Wenn ein Gesetz mit Zustimmung des Reichstages erlassen wird, wenn Bayern im Bundesrathe, wenn es im Reichstage gehört wurde, und es wird überall im Bundesrathe und Reichstage überstimmt — wird das Gesetz bei uns deßhalb doch publizirt, es gilt bei uns, trotzdem, daß es dem bayerischen Volke nicht recht ist, es gilt, weil es publizirt wird von der neuen Bundesgewalt. Meine Herren, ist dann das Land und das Volk und der Fürst noch in der alten selbständigen Lage, können sie ihre Interessen wahren? Ich glaube nicht, sie sind Unterthanen, nicht bloß des Königs, sondern auch des Kaisers. Wenn wir die Kompetenzvertheilung betrachten — wenn wir einige Ausflüsse der Souveränität näher würdigen, die Militärhoheit und die Justizhoheit,

so ist die Militärhoheit gewiß im Wesentlichen verloren. In Friedenszeiten wird sie nicht viel bedeuten, das Oberhaupt des Bundes ist jedenfalls in der Lage und hat das Recht, die Organisation, Formation und Ausbildung des Heeres auf das Genaueste zu überwachen; ist es mit dieser nicht zufrieden, wird nach Berichterstattung im Bundesrathe hierüber Beschluß gefaßt, und würde Bayern nicht gehorchen, was wäre dann die nächste Folge? Die Exekution, welche der Bundesrath gegen Bayern beschließt. Seine Excellenz der Herr Kriegsminister hat gemeint, das würde bei uns Krieg bedeuten. Nein, Krieg heißt das nicht. Krieg bedeutet einen Prozeß zwischen zwei von einander unabhängigen souveränen Staaten, welche keinen Richter über sich haben, wegen angeblicher Nichterfüllung vertragmäßiger Pflichten, um, weil sie sonst keinen Prozeß haben, zu entscheiden, wer Recht oder Unrecht hat. Wenn aber einmal vorgängig im Prozeßwege von dem Bundesrath in legaler Weise entschieden ist, daß Exekution wegen nicht genügender Erfüllung der Bundespflicht stattzufinden hat, dann wäre der Widerstand gegen diese — Widersetzung vielmehr, — ich weiß sonst keinen zutreffenderen Ausdruck — Rebellion. Diese liegt vor, wenn sich Bayern der legal beschlossenen Exekution nicht unterwerfen wollte, weil hier eine Obrigkeit der Kaiser und Unterthanenpflichten durch den Bundesvertrag begründet sind. —

Meine Herren! Unser König nimmt eine eigenthümliche Stellung in dem neuen Systeme ein, so weit ging es nicht in dem alten deutschen Reiche. Dort haben die föderativen Elemente vorgeherrscht. Jetzt sollen sie einen König bekommen, der in den wichtigsten Zweigen der Souveränität, rücksichtlich der gesetzgebenden Gewalt und über Krieg und Frieden für sich Nichts, im Militärwesen wenig zu sagen hat, der in Bezug auf das Justizwesen die oberste Gerichtsbarkeit theilweise jetzt schon, in Kurzem dieselbe ganz verloren hat; die untergeordnete Gerichtsbarkeit hatten auch die alten Patrimonialgerichtsherren. Der Ersatz, den er für seine Rechte durch seine Stellung im Bundesrathe hat, ist ein geringer, besonders mit Rücksicht auf Preußens Einfluß auf die kleinen

Staaten. Der Drang zum Einheitsstaate besteht jetzt, und im Bundesvertrage liegen viele Keime vor, um ihn in kurzer Zeit völlig auszubilden.

Können wir bei solcher Sachlage die Verträge annehmen, oder müssen wir nicht dafür sorgen, wenn wir die deutsche Einigung um der Sicherheit Deutschlands willen nach außen erstreben, daß ein Weg betreten werde, geeignet, einen andern Vertrag zu schließen, der uns das erhält, was wir brauchen, damit die großen Stämme in dem ihnen eigenthümlichen Wesen bestehen und sich ausbilden können. Man tröste sich nicht damit, sie werden ihr eigenthümliches Wesen auch im neuen Reiche behalten. Wenn nicht Staatseinrichtungen bestehen, die es den Stämmen möglich machen, ihre Eigenthümlichkeiten zu entfalten, so wird es ein anderes Mittel dazu nicht geben. Es muß für Erhaltung der Mittelstaaten gesorgt werden, damit dieses Wesen erhalten bleibe.

Ich habe hingewiesen auf einige Keime, welche die Entwicklung zum Einheitsstaate im neuen Staate anbahnen, ich habe angeführt, daß das Militärwesen in der Hauptsache und die Justizpflege in oberster Instanz nicht zu unserm Könige, sondern zum Kaiser kompetiren. Glauben sie jedoch nicht, meine Herren, daß Alles, was der Trieb zum Einheitsstaate fördern kann, von mir durchaus dem Einzelstaate erhalten werden wolle. Daß ein Theil der Gesetzgebung an die Gesamtheit fällt, kann ich z. B. nicht als an sich schädlich erachten; ebensowenig, daß die Gesamtheit einigen Einfluß auf die Gestaltung des Heerwesens hat. Wenn man den Zweck will, muß man auch die Mittel wollen, aber nicht in dem Umfange, nicht in der Weise, daß die Rechte des Königs aufhören und die Rechte des Volkes gleichfalls. Betrachten Sie das verfassungsmäßige Volksrecht, wie steht es mit diesem? Es ist gesagt worden, daß die Einwirkung auf das Budget für unser Volk verloren ist, namentlich in Militärsachen. Ich füge hinzu, ich brauche es nicht auszuführen, es ist schon ausgeführt worden von anderen Rednern, die Steuer- und Ausgabenbewilligung geht zum Theil verloren, eine Reihe der indirekten Steuern werden zur Bundeskasse eingezogen und andere, wie die Bier- und Branntweinsteuer, werden folgen. —

Meine Herren! Man hat von der öffentlichen Meinung gesprochen; die sei auch künftig im Stande, auf die Regierung zu wirken. Auch in dieser kann ich ein so gewichtiges Moment nicht mehr wie sonst erblicken, da wir die Pressfreiheit nicht mehr im Umfange haben werden, wie wir sie hatten, weil die Garantie derselben fehlt, weil, wie sie gehört haben, die Geschworenen als Richter bei Uebertretungen fehlen werden. Ich gehöre zwar nicht zu Jenen, die in den Geschworenen ein Ideal der Rechtspflege sehen; mir wären Schöffengerichte, wie die sächsischen, schon jetzt lieber, aber in unserer Zeit ist das Geschworenengericht eine bedeutende Garantie der politischen Freiheit. Also auch hier werden wir wieder verlieren. Es wird dem Volke die Einwirkung auf die Regierung und ein Theil des Budgetrechtes entzogen, es ist das Steuerbewilligungsrecht geschmälert, die Bewilligung der Ausgaben gleichfalls und es wird auch in die Pressfreiheit erheblich eingegriffen. Ich glaube, meine Herren, wenn wir diese Dinge beachten und das einzige Abhilfsmittel im Reichstage sehen, dessen Wirksamkeit dadurch geschmälert ist, daß die Krone Preußen einen Theil der sonst den Ständen zukommenden Rechte besitzt, und das Veto beim Militär, bei den gemeinsamen Steuern, bei der Marine hat, so wird es schwer gehen, wieder zu der constitutionellen und parlamentarischen Richtung zu kommen. Was endlich die Kompetenz betrifft, die der Reichstag hat — glauben Sie, meine Herren, wenn Sie Ja zu den Verträgen sagen, die jetzige beschränkte Kompetenz des Reichstages wird lange dauern? An diese Möglichkeit kann man so wenig denken, daß jetzt schon Blätter aussprechen, sie würden auf ihr Programm den Angriff auf unsere Kammer setzen; sie seien ja doch überflüssig und müßten daher aufgehoben werden. Wenn jetzt schon diese Gedanken entstehen, ermessen Sie, welche Agitation vor uns steht, und ob mit Annahme der Verträge die Agitation aufhört. Es bleiben uns aber noch viele Rechte in der innern Verwaltung, sagt man. Ja, jetzt bestehen sie noch, aber wie lange Zeit werden sie bleiben? Auf eine so gefährliche Lage können wir uns nicht einlassen, da treten wir der an uns gekommenen Annäherung besser entgegen, als daß wir es auf Grund der Verträge, auf einen Kampf ankommen

lassen, in welchem wir aller Wahrscheinlichkeit nach unterliegen müssen. Es ist auch gesagt worden, in Bezug auf die Reservatrechte seien wir gesichert. Ich gehöre auch zu denjenigen, die weniger Werth auf diese legen, als auf den übrigen Inhalt der Verträge. Der Bundesrath und Reichstag kann übrigens durch Kompetenzenerweiterung auch diese, wie andere Rechte an sich bringen, da er seiner Natur nach über dem Landtag steht und bald eine ganz andere Bedeutung haben muß, als ihm jetzt zugebracht ist. Wenn man sagt, daß das nicht möglich sei, so sage ich, die Staatsregierung repräsentirt das Land und kann verzichten auf die Reservatrechte. Man hat dagegen gesagt, wir können ein Gesetz bei uns schaffen, oder doch kraft unserer Initiative beantragen, wodurch die Möglichkeit uns eröffnet ist, auf diese Bundesbeschlüsse einzuwirken, wornach die Zustimmung der Stände zur Instruirung des Bundesrathsgefangten in so wichtigen Fragen erforderlich ist. Ja, meine Herren, ich weiß nicht, ob die Herren Minister eine solche Bewilligung in Aussicht stellen. Die Staatsregierung kann ihre Zustimmung dazu verweigern, das ist keine Frage, und so viel ist gewiß, daß es lediglich davon abhängt, ob sie es will; will sie ein solches Gesetz nicht, so wird die Staatsregierung auf alle Reservatrechte verzichten können. Der König hat im Bunde nicht mehr die Möglichkeit, unsere Interessen durch Staatsverträge zu wahren. Das ist ein großer Unterschied, ob Seine Majestät unser König noch Staatsverträge abschließen kann, oder das Reich in dieser Beziehung unsere Interessen wahrt.

Meine Herren! Man sagt, die Annahme sei unvermeidlich, wir können nicht gegen den Strom schwimmen. Ich kann das nicht zugeben; es hat uns der Herr Minister schon gesagt, es gibt keinen Zwang von Außen, und wo wäre denn auch derselbe? Bloss die Gegenseite versucht solchen. Man hat früher gesagt und wohl auch mit Recht, der Krieg hat uns gezeigt, wie nothwendig eine Einigung ist. Meine Herren! Ich gebe ja das gerne zu, aber der Krieg mußte nicht zu einem solchen Vertrage führen, der so weit geht, der die Rechte Bayerns, seiner Fürsten und seines Volkes beeinträchtigt. Und doch konnte das Nothwendige, das Nützliche zur Sicherung eines Ver-

theidigungs-System ermöglicht werden. Man hat Ihnen ja heute gesagt, wie herrlich gekämpft worden ist ohne eine solche Einigung. Ich erinnere Sie daran, die erungenen herrlichen Siege sind sie weniger, weil sie nicht von Soldaten eines Reiches ausgingen?

Meine Herren! Auch vom Zollparlamente ist gesagt worden, es könne nicht fortbestehen. Ja, meine Herren, Eins muß ich vorausschicken, es ist doch kein Zweifel, daß wir alle Ursache haben, zu glauben, daß der Zollverein laut Vertrag bis 1877 fortbauern werde. Wenn ich das annehmen müßte, man würde uns durch dessen Kündigung eine Daumschraube ansehen, was müßte ich glauben in Bezug auf die Dauer dieses Vertrages, wenn er in's Leben tritt: es darf nicht angenommen werden, daß jemals ein Mittel angewendet wird. Was das Zollparlament betrifft, so ist gestern schon gesagt worden, es kann leichter fortbestehen wie früher. Der Reichstag ist da, die bayerischen Abgeordneten treten dazu. Im Reichstage ist ohnedem schon die Einrichtung getroffen, daß in gemeinsamen Sachen nur die Stimmen, die Gemeinsames haben, gezählt werden; ein Hinderniß wäre da nicht. Es ist gesagt worden, der Zollverein könnte doch gelöst werden, und wie stünden wir dann? Da, meine Herren, möchte ich, nachdem schon von verschiedenen Seiten die Sache berührt worden ist, nur kurz auf Eins hinweisen. Wie hat die Schweiz bestanden, als sie keine Zölle hatte? Haben die Genfer und Lausanner Fabrikanten weniger geleistet, ist nicht in jener Zeit die Industrie emporgeblüht? Ist es so gewiß, daß wir absolut Zölle haben müssen? Unsere landwirthschaftlichen Produkte werden wohl eben so theuer und so gewiß gekauft werden, ob Zölle da sind oder nicht. (Heiterkeit links.)

Was aber die Fabrikanten betrifft, — und ich will Ihnen zugeben, es könne ein Nachtheil für sie eintreten, — so wissen Sie, was ein Herr von jener Seite gesagt hat: „Bei der Durchführung der nationalen Idee rechnet man nicht,“ und doch wenn es sich um Deutschlands künftige Wohlfahrt und Bayerns Selbständigkeit handelt, da sollten wir vor Allem rechnen. Ja, meine Herren! wäre die Lösung des Zollvereins so gefährlich, für unser Land, wie nicht, dann würde ich Ihnen jenes Wort zu-

rufen, welches von jener Seite herübertönte: „gegenüber dem Wohle des Vaterlandes rechnet man nicht.“

Nehme ich das Facit des Ganzen, meine Herren, so kann ich bei der geschilderten Sachlage nur so viel sagen: Mit diesem Vertrage wird Bayern, wird Deutschland nicht glücklich.

VIII.

Rede des Abgeordneten G. F. Kolb,

gehalten am 18. Januar 1871.

Meine Herren! Wir haben im Laufe der langen Discussion schwungvolle, feurige Reden gehört. Sie mußten den Eindruck hervorbringen, daß, wenn wir die Verträge annehmen, in Deutschland ein Zustand des Glücks und der Wohlfahrt entstehe, wie ihn ein Idealist nur wirklich wünschen kann. Sind die Bedingungen durch diese Verträge gegeben, zu diesem Ziele zu gelangen? Ist insbesondere diejenige Bedingung gegeben, ohne welche ich die Erreichung dieses Zieles zu allen Zeiten für unmöglich angesehen habe — sind die Freiheitsrechte des Volkes gewahrt? Diese Frage wird wohl kaum von einer Seite bejaht werden können. Man hat zwar gestern darauf hingewiesen, daß die Nichterwähnung der Grundrechte keine Negation derselben sei; aber, meine Herren, eine Negation dieser Grundrechte, dieser Freiheitsrechte des Volkes ist diese ganze Verfassung von Anfang bis Ende. Ihr Typus ist der des militärischen Absolutismus. Dieser Typus ist gegeben, und mit dem Freiheitsausbau wird es nicht so leicht gehen auf dieser Grundlage.

Meine Herren! Man ist vielfach bereit, die Freiheit hinzugeben der Einheit wegen; man meint, „die Freiheit kommt dann von selbst.“ Dies ist eine Voraussetzung, der die ganze Geschichte entgegentritt. Nirgendwo hat die Nation Freiheitsrechte von selbst bekommen, sie mußte dieselben erringen. Das ist aber erschwert durch diese Verfassung.

Man hat bemerkt, die deutsche Nation lasse sich den Absolutismus nicht gefallen. O, meine Herren, wie viel hat die deutsche Nation und jede andere Nation sich schon gefallen lassen? Wie viel mußte sich jedes Volk gefallen lassen? Man verkennt nämlich die ungeheure Macht des Organismus, und hier, durch diese Verfassung soll ein Organismus geschaffen werden, der, wie ich vorhin schon bemerkt habe, dem Absolutismus und dem Militarismus, aber wahrlich nicht der Freiheit dient.

Es wurde bemerkt: der Wunsch wäre nun erfüllt, den viele Männer schon vor 20 und mehr Jahren im Busen getragen hätten. Verstand ich die Hinweisungen recht, so gelten sie den Männern vom deutschen Parlamente vom Jahre 1848 und 1849. Nun, meine Herren, wenn damals den Männern vom deutschen Parlamente eine Verfassung, wie diese, geboten worden wäre, ich will nicht schildern, in welcher Weise man sie zurückgewiesen hätte, aber zurückgewiesen wäre sie worden; sie wäre nicht bloß von uns auf der linken Seite, sondern auch vom Centrum und weit hinüber auf die Rechte zurückgewiesen worden. Und wenn man den Namen Uhlands angerufen hat — ich glaube, Niemand, der Umland kannte, wird auch nur eine Sekunde im Zweifel sein, Umland wäre der Erste gewesen, der diese Verfassung von sich gestoßen hätte.

Meine Herren, das Volk verlangt die Einigung Deutschlands in dem Sinne, wie wir sie verlangen. Wir konnten den „nationalen Gedanken“ nie anders verstehen, als in inniger Verbindung mit der Freiheit. Zu welchem Zwecke fordert man die Einheit? Doch ganz gewiß nur zu dem Zwecke, damit unsere Zustände besser, nicht, damit sie verschlimmert werden. Glaubt wirklich Jemand, daß die Zustände der deutschen Nation gebessert werden durch Annahme dieser Verfassung? Wo sind die Freiheitsrechte, die wir damit erlangen, — wo die Erleichterung der materiellen Lasten? Ich suche darnach vergebens.

Ich wende mich zu den einzelnen Punkten. Ich fasse zunächst das sogenannte „eiserne Budget“ in's Auge. Wir haben Deductionen vernommen, äußerst scharfsinnige Deductionen, und, meine Herren, wenn es

sich darum handelte, einen Civilprozeß durchzuführen, in welchem zwei an sich gleichberechtigte Parteien vor dem Richter erscheinen, welcher Richter dann das Urtheil spricht und die Macht hat, seinem Urtheile auch den Vollzug zu sichern, so ließe sich die Sache hören. Aber höher als alle Deductionen steht mir die Erfahrung; und wir haben eine Erfahrung gerade in dieser Sache. Als die preussische Landesverfassung zum Abschlusse kam, ließ man sich, um einem Streite auszuweichen, für einen Augenblick verleiten, im Art. 109 eine Bestimmung aufzunehmen, ganz gleich derjenigen, die wir jetzt hier haben. Es ist nämlich dort bestimmt, daß, wenn eine Verständigung über das Finanzgesetz nicht zu Stande komme, die Steuern fortbezahlt werden müssen; die Verwendung soll aber nur stattfinden dürfen, nach einem Statgesetz. Nun, meine Herren, der Fall trat ein; Volksvertretung und Regierung verständigten sich nicht über die Höhe der Militärausgaben. Was geschah? Jahrelang regierte man ohne Budget; man hatte die Mittel, weil die Steuern fortwährend einbezahlt werden mußten. Es ist derselbe Fall, wie hier. Die 225 Thaler müssen einbezahlt werden; verwendet werden dürfen sie nicht; kommt der Fall, so werden sie aber doch verwendet. Wenn von einer Seite nämlich bemerkt wurde: kommt eine Verständigung in Bayern nicht zu Stande, so wird dasselbe geschehen, wie in Preußen, so muß ich dem entgegenhalten, daß dies in Bayern so leicht nicht möglich ist, einfach aus dem Grunde, weil bei uns in Bayern die Steuern nicht erhoben werden dürfen, außer nach Genehmigung des Landtags. So war es bisher bei uns, so wird es aber kaum bleiben in Militärfragen, wenn wir im gegebenen Falle im Bunde sind und die ganze Schwere von Preußen auf uns drückt. Denken Sie sich die Voraussetzung: In Preußen verständiget man sich nicht über den Etat; die Ausgaben werden gemacht, darüber können Sie nicht im Zweifel sein; nun sagt man freilich, wir sind in einer andern Lage, wir bezahlen nicht dorthin die 225 Thaler. Aber dann kommt das ganze Gewicht Preußens, dem wir nicht widerstehen können; alsdann werden auch bei uns dieselben Leistungen stattfinden müssen, wie dort.

Ich komme nun zu den finanziellen Verhältnissen. In den letzten Tagen ist nicht mehr bestritten worden, daß die Lasten sich für uns vermehren, ob etwas mehr oder weniger, meine Herren, das ist nicht entscheidend, die Lasten werden aber in gewaltigem Umfange sich steigern, das kann nicht bestritten werden. Nun sagt man dem gegenüber: Wenn wir nicht eintreten, so werden wir dieselben und noch größere Lasten zu tragen haben. Man verweist auf die Isolirung, auf den Ausschluß aus dem Zollverein. Meine Herren, mit dieser Isolirung wird uns allerdings auch künftig gedroht werden, ich erblicke aber nichts Anderes darin, als eben eine Drohung, ein Gespenst, dem wir nur recht in's Auge zu sehen brauchen, und es wird verschwinden. Ich rede nicht von dem Danke und der Großmuth, die wir von Preußen zu gewärtigen haben; darauf rechne ich niemals, insbesondere bei dieser Frage nicht. Allein es sind andere Gründe, die Preußen abhalten werden, Bayern aus dieser Verbindung, in der es sich befindet, hinauszustoßen. Der erste Grund ist der wirtschaftliche. Es ist schon früher bemerkt worden: Wenn Bayern aus dem Zollverein ausgestoßen wird, dann leidet Preußens Industrie und Handel mindestens eben so sehr wie der Bayerns. Man hat darauf geantwortet, die preussische Politik werde keine Rücksicht auf eine Schädigung der Interessen des eigenen Volkes nehmen, wenn es politische Zwecke verfolgt. Ich nehme dies an. Aber hat denn Preußen nicht das höchste politische Interesse, Bayern wenigstens in dem Verhältnisse zu erhalten, in welchem es sich jetzt befindet? Die ganze Schwere Bayerns liegt gegenwärtig in der Wagschale Preußens und kommt der preussischen Politik zu statten. Es wird mich Niemand glauben machen, es werde Preußen selbst freiwillig dieses Gewicht aus seiner Wagschale hinauswerfen; einen solchen Fehlgriß traue ich der preussischen Politik nicht zu. Und insbesondere betrachten Sie die Lage des zum Reich getretenen Süddeutschlands; die ganze Stellung Preußens, resp. des Reichs, ist eine prekäre in Süddeutschland, wenn Bayern in ein minder freundliches, in ein, ich will nicht sagen, feindliches Verhältniß gedrängt wird.

Dazu kommt noch ein dritter Grund: Würde Bayern auf diese Weise hinausgestoßen oder hinausgeworfen, so wäre es mit Nothwendigkeit dahin gebracht, seine inneren Einrichtungen einzig und allein in Berücksichtigung seiner eigenen Verhältnisse zu organisiren, ohne Rücksicht auf den Nordstaat. In Folge dessen würde insbesondere die Militärorganisation ganz gewiß eine andere werden. Es würde ein Beispiel gegeben, welches Preußen selbst am Allerwenigsten geneigt sein wird, hervorzurufen. Hätte man in einem Staate, wie Bayern, eine *M i l i t ä r o r g a n i s a t i o n* ähnlich der schweizerischen, dann würde der Militarismus in Preußen selbst durch dieses Beispiel an der Wurzel angegriffen sein. Das wird Preußen auch nicht befallen.

Ich glaube, daß damit eine Reihe von Einwendungen beseitigt sind. Nichts desto weniger will ich noch auf einige Punkte kommen.

Man hat gesagt: „Für das Heerwesen müßten wir mindestens ebensoviel ausgeben, als wenn wir dem Bunde beitreten.“ Das ist es, was ich bestreite unter Hinweisung auf das vorhin Gesagte. Man behauptet ferner: „Die Zollverwaltung frißt den ganzen Zollertrag hinweg.“ Meine Herren, der Zollertrag ist nicht, wie man Ihnen vorgestern gesagt hat, elf Millionen Gulden, nicht einmal wie gestern berichtet wurde, sieben Millionen Gulden; in der Wirklichkeit ist der Zollertrag in dem neuesten Budgetentwurf veranschlagt auf 6,519,000 fl. Dies macht auf den Kopf der Bevölkerung 1 fl. 21 kr. Nun, meine Herren, will ich ein Beispiel anführen, das man immer nicht gerne hört an gewisser Seite, nämlich das Beispiel der Schweiz. Die Schweiz ist nur halb so groß und halb so bevölkert wie Bayern; dessenungeachtet lieferte die Abrechnung der schweizerischen Zollverwaltung von 1868 folgendes Ergebnis, — in Franken ausgedrückt — Einnahme: 9,051,000 Frs. — ich will die einzelnen Francs weglassen — Kosten der Verwaltung: 1,028,000 Frs. Reinertrag: 8,023,000 Frs., — beträgt auf den Kopf der Bevölkerung: 3 Frs. 19 Cent. = 1 fl. 30 kr., also sogar noch etwas mehr als bei uns eingeht. Und dabei hat man Zollsätze — unendlich niedriger als die unserigen sind; die höchste

Position im schweizerischen Zolltarif ist 15 Frcs., also 7 fl. pr. Ctr.; die zweite Position geht schon auf 8 Frcs. herunter, die dritte auf 3½ Frcs. Nun hat man sich im Gegensatze zu dem Gesagten bezogen auf die Ergebnisse des Zollwesens bei uns vor 40 Jahren.

Meine Herren! Wenn wir in diesen Fall gegen meine und, wie ich glaube, gegen Aller Wünsche gebracht würden, so würde man die Organisation etwas anders vornehmen als damals. Wir haben ein Muster an der Schweiz. Die Verhältnisse sind aber auch andere als vor 40 Jahren.

Man hat insbesondere Bezug genommen auf die damaligen Ergebnisse der Zollverwaltung in der Pfalz. Nun, meine Herren, ich kenne jene Verhältnisse nicht bloß aus Büchern, ich kenne sie aus dem Leben. Dieses Verhältniß ist einfach genug. Im Jahre 1829 wußte man in der Pfalz, daß die Mauth eingeführt wird, und man kannte auch die Tarifsätze; man wußte, welche Artikel vorzugsweise hoch besteuert sind; und da nun bis zur wirklichen Einführung der Mauth beiläufig ein halbes Jahr verlief, so wurden solche Vorräthe steuerpflichtiger Waaren aufgehäuft, daß, nachdem die Errichtung der Zolllinie wirklich erfolgt, die Preise dieser Waaren geringer wurden als zuvor. Es gestaltete sich das Verhältniß so, daß aus der Pfalz Colonialwaaren nach dem übrigen Deutschland ausgeführt wurden, als ob die Pfalz das Land sei, in welchem man die Colonialwaaren produzirte. Wenn unter diesen Verhältnissen der Zoll nicht nur nichts ertrug, sondern einen Ausfall veranlaßte, so liegt der Grund nahe genug. Es war das übrigens im Jahre 1830, in welchem überdies politische Störungen einwirkten.

Man hat auch bemerkt, die Baumwollindustrie vertrage das Freihandelsystem nicht. In der Schweiz besteht die Baumwollindustrie auch und besteht im Ganzen wohl so stark, als im Zollverein. Glauben Sie aber, daß für diese Baumwollindustrie in solchem Falle eine besondere Begünstigung zu treffen sei, — nun gut, so kann man sie treffen. Man sagt, der Markt für unsere landwirthschaftlichen Produkte würde uns verringert. Die meisten landwirthschaftlichen Produkte be-

zahlen gar keinen Zoll in neuerer Zeit; nach dem im Zollwesen angenommenen neueren System sind sie größtentheils zollfrei oder mit einem sehr geringen Zoll belastet. Es kommt insbesondere hinzu, daß alsdann einige Zweige der Landwirthschaft, die gegenwärtig gerade durch unser Verhältniß im Zollverein gedrückt sind, frei sein würden. Ich nenne die Produktion der Zuckerrüben und des Tabaks, während — nicht genug mit der Tabaksteuer, die wir haben — jetzt schon uns das Tabaksmonopol in Aussicht gestellt wird.

Die „kleinen Verhältnisse der Schweiz sollen wir nicht mit den deutschen Verhältnissen vergleichen,“ sagt man. Das ist eine recht schöne Redensart, aber sie beweist nichts, in wirthschaftlicher Beziehung am allerwenigsten. Und wenn in wirthschaftlicher Beziehung von einem „erhebenden Gefühle“ die Rede ist, „einem großen Staatswesen anzugehören“, so glaube ich, wird der Schweizer mit einem eben so erhebenden Gefühle, oder mit einem noch mehr erhebenden Gefühle auf seine Freiheit hinweisen, auf die Freiheit, die er in allen Beziehungen hat.

Meine Herren, man hat unsere politischen und constitutionellen Zustände in einer Weise geschildert, die ich nicht qualifiziren will. Man hat Beispiele von Unvollkommenheiten angeführt, welche durchaus richtig sind; ich füge sogar bei, man hätte die Liste der Unvollkommenheiten noch unendlich vermehren können. Aber vergleichen Sie diese Unvollkommenheiten mit dem, was wir im Norden sehen! Ich wenigstens kann nicht zu dem Gedanken mich bekennen, daß ich die Zustände bei uns trotz ihrer Unvollkommenheit vertauschen möchte mit denen im Norden. Seien Sie eingedenk, daß bei uns in Bayern seit dem Bestehen der Verfassung auch noch nicht ein Kreuzer an Steuern erhoben wurde, ohne vorgängige Genehmigung von Seite der Kammern. — Man hat gesagt: es ist bei uns nicht einmal möglich, eine von einem Minister gemachte Ausgabe von so und so viel tausend Gulden, die sich budgetmäßig nicht rechtfertigen läßt, wieder hereinzubringen in die Staatskasse. Nun, meine Herren, ich weiß nicht, welcher spezielle Fall gemeint ist; aber ich erinnere mich

eines Falles, in welchem nicht etwa bloß von einem Minister Geld der Staatskasse zurückersezt, sondern in welchem selbst der König dahin gebracht wurde, nicht bloß einige tausend Gulden, sondern mehr als 1½ Millionen, die verausgabt waren ohne Budget, an die Staatskasse zurückzugeben. Suchen Sie nach einem solchen Beispiele im Nordstaate!

Man hat uns vorhin davon geredet: „Die Freiheit der Personen sei im Norden eben so gesichert, wie bei uns; Niemand dürfe seinem ordentlichen Richter entzogen werden.“ Nun erinnere ich ganz einfach an die Namen Jacoby, Eichholz und viele Andere. Wo ist der Fall vorgekommen bei uns in neuerer Zeit, daß man einen Bürger seiner Freiheit beraubt hätte, von dem man anerkennen mußte, er habe gar kein Gesetz übertreten? Sind das Kleinigkeiten? Vergleichen Sie diese Fälle mit all' diesen Unvollkommenheiten, die Sie mir entgegen gehalten haben! Hinsichtlich der Presse kann man allerdings die Confiscationen, wie sie bei uns mitunter vorkommen, vergleichen mit dem, was in Norddeutschland geschieht. Aber es besteht doch noch ein Unterschied. Was steht hinter diesen Confiscationen bei uns? Das Schwurgericht!

Meine Herren, ich weiß recht wohl, daß die Zustände bei uns nicht immer dieselben waren, wie sie gegenwärtig sind; ich weiß von jenem Gerichte, dem das Volk den Namen „Blutsenat“ gegeben hat; ich weiß von den Wirkungen der Reaction in den 30er und 50er Jahren; und wenn ich neulich von meinem Herrn Nachbar daran erinnert worden bin, daß ich selbst die Süßigkeiten dieser Reaction empfunden habe, so war diese Erinnerung ziemlich überflüssig; derartige Dinge verschwinden nicht leicht aus dem Gedächtnisse. Aber gerade weil ich diese Dinge mit durchgemacht habe, bin ich der Ansicht, daß, was mit Mühe, Opfer und Anstrengung errungen wurde, nicht jetzt Preis zu geben sei, um von vorne anzufangen. Man sagt freilich, — ich habe vorhin das Schwurgericht in Preßsachen genannt, — der Reichstag werde die Rechte auch nicht aufgeben, wo sie irgend einmal errungen worden sind. Ich habe aber große Besorgniß, der Reichstag werde diese Rechte ebenso

aufgeben, wie er ein anderes Recht aufgab, als es sich darum handelte, die Todesstrafe in Sachsen und einigen andern kleinen Staaten, wo sie abgeschafft war, neuerdings einzuführen. Man benützt solche Dinge, um Compromisse zu machen; dieselben sind Preise der Compromisse.

Ich anerkenne, daß im Laufe von 50 Jahren man auch im Nordbunde zu etwas Ordentlichem kommen kann; ich hoffe sogar früher; aber ich kann mich nicht dazu verstehen, mitzuwirken, daß man von vorne beginnen müsse, um in 50 Jahren das freiwillig Aufgegebene wieder zu erobern.

Man hat unter Andern neulich die Frage aufgeworfen: „Hätten Sie einem constituirenden Reichstag zugestimmt?“ Ich kann unbedingt diese Frage bejahen. Ich weiß sehr wohl, ein constituirender Reichstag würde manches der Sonderrechte hinweggewischt haben, die heute noch erhalten werden können. Das würde mich nicht abgeschreckt haben, denn ein solcher Reichstag würde eben auch gesorgt haben, daß die Rechte des Volkes auch gewahrt werden, und darin finde ich eine Garantie, eine bessere, als auf irgend eine andere Weise gefunden werden kann. Meine Herren! In Preußen wußte man sehr wohl, daß man durch die constituirende Versammlung die Sonderrechte noch weit mehr beschränken könnte, als durch die Verträge; das hätte zwar sehr wohl zugesagt, aber man fürchtete etwas Anderes: die Freiheiten des Volkes, ohne die es dann nicht abgegangen wäre.

Ich habe neulich einige freundliche Worte, die mich persönlich betrafen, von Seite Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers v. Schörr vernommen. Ich habe keinen Grund zu verhehlen: Ja es ist schmerzlich, wenn man Dezennien lang gerungen hat nach Erreichung eines Zieles, wenn man dem Ziele nahe gekommen zu sein glauben darf, und wenn dann von dritter Hand her ein Riß durch das Ganze gemacht wird; es ist das schmerzlich, aber ich kann über diesen Schmerz hinwegkommen, um so mehr, als ich gewohnt bin, in der Minorität mich zu befinden; und auch noch aus einem andern Grunde: weil ich gesehen habe im Laufe der

Jahre, daß gar viele Dinge, die man am Anfang als Ungeheuerlichkeiten oder als ideale Schwärmerei angesehen hatte, sich am Ende doch verwirklicht haben. Hier im gegebenen Falle liegt etwas Anderes in der Mitte, und über das komme ich nicht hinweg: Ich sehe in dem Militarismus, der in dieser neuen Verfassung fest begründet ist, die Entscheidung über Freiheit oder Absolutismus, über Volkswohlstand oder Wohlstandsverkümmern. Ich kann überdies in dem neuen Kaiser nicht, wie gestern ein Herr Redner gesagt hat, das Prinzip des Friedens sehen; ich fürchte von dem Kaiserthume, daß es auch bei uns den Krieg bedente. Ich sehe überdies diesen Kaiser begleitet von der Entwicklung einer starken Reaction.

Dies sind die Gründe, die mich bestimmen, mich gegen die Verträge auszusprechen.

IX

Rede des Abgeordneten Triller,

gehalten am 19. Januar 1871.

Meine Herren! Jedermann fühlt und empfindet tief und lebhaft, wie peinlich, ja wie unerträglich fast die gegenwärtige Situation sei. Man sollte meinen, wir stünden jetzt vor einem unvermeidlichen Verhängnisse — *Fatum ineluctabile* — Allein gesetzt, meine Herren, es wäre wirklich so, so ziemte es sich nicht, mit stummer Resignation sich zu beugen, sondern mannhast und muthig dagegen zu kämpfen, um wenigstens die Ehre und das Gewissen zu retten. Meine Herren, man kann nicht anders als entschieden es zurückweisen, wenn früherhin geäußert wurde, daß die Namen derjenigen, welche nicht etwa blos aus Eigensinn, nicht etwa blos aus partikularistischer Beschränktheit oder Befangenheit, sondern auf Grund reifer und gewissenhafter Ueberlegung und der in Folge dieser Ueberlegung gewonnenen Ueberzeugung unter dem gegenwärtigen, von Tag zu Tag

wachsenden Hochdrucke der öffentlichen Meinung zu den Versailler Verträgen „nein“ zu sagen noch den Muth besitzen: daß die Namen derer in der Geschichte dereinst gebrandmarkt dastehen werden; dagegen können wir nichts Anderes, als entschiedene Verwahrung einlegen.

Meine Herren, an der Volksvertretung ist es nun, die vorgelegten Verträge kalt und ruhig zu prüfen, die Gründe für und dagegen abzuwägen und darauf hin die Entscheidung zu treffen. Allein ich bitte Sie, meine Herren, wie kann bei der gegenwärtigen Aufregung die erforderliche Ruhe und Kälte noch Platz greifen, wenn schon zum vornherein von allen Seiten und in allen erdenklichen Variationen immer zugedrängt wird: ja, was wollt ihr, ihr könnt nicht anders; ihr dürft nicht anders, ihr seid in einer Zwangslage, ihr müßt die Verträge annehmen. Meine Herren, man mag dieses so oft genannte und vielleicht zu viel genannte „Müssen“ deuten wie man will: der Ausdruck war, um das Mindeste zu sagen, sicherlich nicht glücklich gewählt gegenüber einer Versammlung, in welcher jedem Mitgliede gestattet ist, innerhalb der Grenzen des Erlaubten und Schicklichen seine Meinung und Ueberzeugung frei und offen und unumwunden auszusprechen, gegenüber einer Versammlung, auf welche von keiner Seite, weder von innen noch von außen eine Pression geübt werden darf; am allerwenigsten glücklich gewählt in einer Frage von so hochwichtiger und tieferster Bedeutung, wie die gegenwärtige ist, in einer Frage, bei welcher es sich buchstäblich um Sein oder Nichtsein, um die staatliche Existenz unseres lieben bayerischen Vaterlandes handelt.

Meine Herren! Vor einigen Tagen ist von einem Herrn Medner geäußert und auch zu beweisen versucht worden, gerade die jetzige Lage sei die richtige gewesen für den Abschluß der Verträge. Ich gebe zu, die richtige zur Erreichung eines von langer Hand her angestrebten Zieles, aber gewiß nicht die richtige im Sinne und Interesse einer freien Vereinigung. Das alte Axiom: „inter arma silent leges“ hat freilich in concreto gar keine Geltung mehr, denn wie könnten sonst gerade jetzt, wo zwei große Nationen in Waffen starren, wo schreckliche Bluternte gehalten wird auf den Schlacht-

feldern, ich möchte sagen unter der Assistentz der Wal-
 kuren, nicht bloß Gesetze, sondern die Grundlage von
 Gesetzen, nemlich ein Verfassungswerk, auf ewige Zeiten
 berechnet, geschaffen werden. Auf fremdem Boden, unter
 dem Donner der Geschütze, Angesichts der mörderischen
 Waffen, welche der Genius unseres auf seinen Cultur-
 fortschritt stolzen Jahrhunderts erfunden hat, soll das
 Eine große Deutschland seine Auferstehung feiern; sollen
 die einzelnen deutschen Stämme sich zusammenschließen
 zum ewigen Bunde, der ein Friedensbollwerk werden
 soll für die nachfolgenden Generationen; zu einem ewigen
 Bunde, durch welchen eine neue Aera der deutschen
 Sicherheit des deutschen Rechts der deutschen Wohlfahrt
 inauguriert werden soll. Man mag diese neue Schöpfung,
 wenn sie für und fertig ist, großartig nennen, mit Recht
 bewundern und anstaunen, aber nicht Alle werden so
 glücklich sein, für dieselbe auch innerlich sich zu begeistern,
 so wenig man einst für die colossalen Weltreiche der vor-
 christlichen Zeit innerlich sich begeistern konnte. Und
 warum? Aus dem Grunde, weil dem großen Ganzen
 ein wesentliches Moment fehlt, nämlich der Hauch wahrer,
 ächt germanischer Freiheit. Es heißt denn doch das
 Neueste uns zumuthen, wenn man uns glauben
 machen will, daß nur auf dem Boden der nationalen
 Idee die Blume oder Pflanze der Freiheit wachsen und
 gedeihen könne. Einer der Herren Voredner hat
 gestern bemerkt, der nationale Gedanke oder die deutsche
 Idee sei eigentlich wiedergeboren im Zeitalter der Re-
 formation. Darüber habe ich mich höchlich gewundert,
 denn ich glaube nicht, daß man gerade in diesem
 Zeitalter die Freiheit als Angebinde der nationalen
 Idee in die Wiege gelegt habe. Ich erinnere ja bloß
 an einen Grundsatz, der in jener Zeit gegolten hat:
Cujus regio illius religio.

Weiter wurde gesagt: Es ist allerdings wahr, der
 auf der nationalen Idee entstandenen Bundesverfassung
 fehle oder mangle zur Zeit noch die ächte Freiheit,
 allein diese könne man leicht haben. Die bayerische
 Staatsverfassung sei ein Schatzkästlein, und in diesem
 Schatzkästlein sei die bürgerliche Freiheit aufbewahrt,
 man dürfe diese Perlen nur herausnehmen und an den

Baum des Deutschen Reiches aufhängen. Wiederum wurde gesagt, wenn unsere Soldaten einmal heimkehren vom Kriege, dann werden sie lauter hellblaue Missionäre und Apostel sein für die deutsche Idee und diese Idee in allen Landen verkünden und predigen. Ich glaube denn doch, bemerken zu dürfen, unsere Soldaten im Kriege werden schwerlich mit der deutschen Idee sich befassen unter ihren fürchterlichen Anstrengungen und Strapazen, und wenn sie heimkehren in die Heimath, werden sie am meisten daran denken, wie sie ausruhen können auf ihren Lorbeeren. (Heiterkeit links.)

Meine Herren! Wenn es wahr ist — und ich widerspreche das nicht — daß der gegenwärtige Krieg den Deutschen aufgezwungen worden ist, so datirt sich ja die gegenwärtige Zwangslage schon vom Beginne des Krieges her, von der Schwüle des Hochsommers; schon damals hat man die Aeußerung gehört: „Jetzt ist es aus mit der Selbständigkeit Bayerns.“ Allerdings wurde von kompetenter Seite das Gegentheil betont, wurde mit Nachdruck hervorgehoben, daß Bayern, besonders in einem siegreichen Kriege nicht nur nichts verlieren, sondern nur gewinnen könne, daß Bayern durch seine Tapferkeit beweisen werde, daß es würdig und werth sei, auch fernerhin selbständig fort zu existiren.

Meine Herren! Bei Beginn des Krieges oder vielmehr in der ersten Periode des Krieges, d. h. bis nach der Schlacht bei Sedan, lag es außer aller und jeder Berechnung und Voraussetzung, daß Bayern für die enormen Opfer, die es an Gut und Blut für die deutsche Sache brachte, daß Bayern für die ruhmreichen Erfolge, welche es an der Seite seines mächtigen Bundesgenossen auf den Feldern der Ehre sich erwarb, jemals seine staatliche Existenz zu verlieren habe. Im Gegentheile, meine Herren, wenn diese Besorgniß oder diese Furcht anfänglich bestanden, hätte sie gänzlich beseitigt werden müssen nach den ersten siegreichen Erfolgen, zu welchen die bayerische Tapferkeit wesentlich beigetragen hat; denn damals war man beinahe in Verlegenheit, wie man die so herrlichen Thaten Bayerns würdig und entsprechend belohnen könnte.

Aber bald darauf und jetzt! welche Fügung! welche Wendung! Ja, welche Wendung seit den Verträgen, die zu Versailles unter den Schrecken des Krieges abgeschlossen wurden! Auf welchen Wegen und durch welche Medien sich die Dinge so ausgewachsen haben, wie sie gegenwärtig stehen, nemlich zur politischen Zwangslage, das zu entziffern, kommt mir am allerwenigsten zu, das wird für alle Nichteingeweihten schwer zu enträthseln sein und gehört vorläufig wenigstens in's Gebiet von mehr oder minder glücklichen Combinationen. — Wir, meine Herren, haben es zunächst mit dem zu thun, was uns unmittelbar vorliegt, und da sind wir vor die Alternative gestellt, zu den Verträgen entweder Ja oder Nein zu sagen. Ein Drittes, nämlich Amendements oder Modificationen gibt es nicht. Aus dem Studium der Verträge und aus den Debatten hierüber wird Jeder die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Gründe nach beiden Richtungen hin gewichtige sind, und darum, meine Herren, wird es wohl keinem Unbefangenen einfallen, auf irgend ein Kammermitglied wegen seines Votums einen Vorwurf zu schleudern. Ich gebe zu, die nationale Idee hat ihre volle Berechtigung und sie strebte nach Verwirklichung. Allein, meine Herren, man soll denn doch nicht vergessen, daß neben der nationalen Idee auch noch andere Dinge vorhanden sind von sehr realer Bedeutung, die auch ihre Berechtigung haben. Das Verlangen oder der Wunsch, daß diejenigen deutschen Staaten, deren Söhne auf dem Schlachtfelde gemeinschaftlich kämpften und sich verbrüdereten und dort mit ihrem Blute gleichsam zusammengekittet wurden, ihrerseits auch in eine Gemeinschaft und engere Einheit zusammentreten, dieses Verlangen ist vollkommen gerechtfertigt. Allein, meine Herren, das eben ist die entscheidende Frage, ob die Einheit und ob die Zusammengehörigkeit, wie sie auf der Grundlage oder nach Maßgabe der Verträge sich gestalten soll, den Ideen und Anschauungen, die sich die Einzelnen von einem großen, mächtigen, die Wohlfahrt, das Recht und die Freiheit schützenden Reiche gebildet haben, entspreche oder nicht, beziehungsweise, ob dieses jedenfalls in sichtslicher Hast und Eile zu Stande gekommene neue Gebilde überhaupt

den Keim einer lebensfähigen Entwicklung zu dem, was man will, hofft und wünscht, in sich enthalte oder nicht.

Meine Herren, ich weiß nicht — und es wird doch erlaubt sein, darüber wenigstens einen Zweifel zu hegen — ich weiß nicht, ob das Preußen von heute in seinen politischen Zielpunkten der Unificirung und der Centralisirung wesentlich verschieden sei von dem Preußen im Jahre 1866. Aus den Verträgen, wie sie vorliegen und den Debatten, die hierüber gepflogen wurden — und ich kann mir das Zeugniß geben, daß ich dieselben gewissenhaft verfolgt habe, — konnte ich diesen wesentlichen Unterschied bis jetzt noch nicht herausfinden.

Man sagt, ja das Volk in seiner Majorität sei jetzt entschieden für die Annahme der Verträge. Meine Herren! Ich maße mir nicht an, daß ich die Stimmung des gesammten bayerischen Volkes bezüglich dieser Frage kenne, vielleicht kennt sie Niemand vollständig in diesem hohen Hause; aber ich kenne doch einige Theile dieses Volkes, und von diesen weiß ich, daß die einen entschieden für die Ablehnung der Verträge sind, die anderen entschieden für die Annahme derselben; und unter Letztere zähle ich insbesondere diejenigen, welche im Jahre 1866 aufjubelt haben, als die Macht Oesterreichs bei Sadowa niedergeworfen worden ist.

Meine Herren! Es ist nicht meine Absicht, in die Einzelheiten dieser Verträge einzugehen, ich müßte oft und viel Gesagtes wiederholen, und aus diesem Grunde allein übergehe ich, was ich sonst, wenn ich früher an die Reihe gekommen wäre, gesagt hätte. Aber so viel füge ich dem allgemein Gesagten noch an: Mit der Neugeburt oder Neugestaltung Deutschlands, wie sie nach Maßgabe oder auf Grundlage der Verträge in die Welt eintreten soll oder eingetreten ist, ist man, um es gerade heraus zu sagen, auf keiner Seite vollkommen zufrieden und weil man auf keiner Seite damit zufrieden ist, deswegen kann ich mich auch nicht überzeugen, daß nach Annahme dieser Verträge im Lande eine Art von Sabatrube eintreten werde. Man ist nicht zufrieden mit diesen Verträgen auf Seite der nationalliberalen Partei, weil man in dem neuen Gebilde, in dem neuen Organismus noch zu viele partikularistische Schlacken sieht.

Nun, diese hofft man mit der Zeit los zu bringen, die Partikularstaaten werden bald verschwinden; man hat ja gesagt, ich glaube vorgestern, in Bezug auf Italien, — es wurde bloß vorübergehend geäußert — erst vor Kurzem habe in Italien der letzte Partikularstaat zu existiren aufgehört. Meine Herren! Ich habe mich höchlich gewundert, daß ich diesen Ausdruck „Partikularstaat“ aus dem Munde eines Mannes, wie Herr Professor Dr. Edel ist, auf den Kirchenstaat angewendet, vernehmen mußte. Also mit dem Partikularismus wird man mit der Zeit fertig werden und, weil man das Beste für den jetzigen Augenblick nicht haben kann, darum begnügt man sich vorläufig mit dem Guten.

Nicht zufrieden mit der Neubildung Deutschlands ist man auf Seite der patriotischen Fraktion, so weit diese nämlich — dies muß ich natürlich beifügen — ihrem ursprünglichen Programme noch treu geblieben ist. Die Abgeordneten von dieser Richtung haben nämlich, wie ja aller Welt bekannt ist, bei jeder Gelegenheit feierlich betont und haben ihr Wort dafür verpfändet, daß sie für die Aufrechthaltung der Selbständigkeit Bayerns wie Ein Mann einstehen; sie haben es oft und oft betheuert und ihr Wort verpfändet dafür, daß sie an Bayerns Staatsverfassung und an den auf diesem Boden erkämpften Rechten und Errungenschaften und Freiheiten unverbrüchlich halten werden, sie haben es endlich oft und oft betheuert, daß sie, so viel an ihnen liegt, nie und nimmer zugeben wollen, daß dem Lande und Volke unerschwingliche Lasten aufgebürdet werden. Nun, meine Herren, sage ich, die Abgeordneten, die ihrem ursprünglichen Programme treu blieben bis zur Stunde, sind der Meinung, daß jetzt der Moment, der Augenblick gekommen sei, wo sie ihr Wort einzulösen, wo sie ihr Programm zu erfüllen haben. Denn bisher gab es keine solche Gelegenheit — jetzt ist der Moment hiefür gekommen. Und schon aus diesem Grunde allein, meine Herren, ich betone dies, wenn fast kein Bedenken bestehen würde — es bestehen aber solcher Bedenken noch sehr viele und sehr gewichtige — schon aus diesem Grunde allein halten sich die Abgeordneten dieser Richtung

moralisch für verpflichtet, zu den Versailler Verträgen „Nein“ zu sagen.

Meine Herren! Man behauptet zwar und hat es immer behauptet in diesen Tagen, daß durch den mächtigen Umschwung der Verhältnisse der frühere Boden gänzlich weggeräumt sei, das frühere Programm gar nicht mehr bestehe, ja, man behauptet dies, aber es ist mir noch nicht gelungen, einen durchschlagenden Beweis aus all' Dem, was gesagt wurde, herausfinden zu können. Es kann sein, das bestreite ich nicht, aber man weiß es nicht gewiß, und gerade in solchen Dingen muß man Gewißheit, volle Klarheit haben, und zu einer solchen Gewißheit gelangt man nicht durch noch so viele Debatten; zu einer solchen Gewißheit kann man nur gelangen durch eine Berufung an das Land. Wir fürchten eine solche Berufung nicht, und Sie haben auch keinen Grund, dieselbe zu fürchten, da Sie ja selbst sagen, das ganze Volk stehe hinter Ihnen! Es ist gesagt worden, meine Herren, das deutsche Volk verlange den Schluß der Debatte darüber: ob „großdeutsch“ oder „kleindeutsch“. Wohl an denn, so möge das deutsche Volk und zunächst das bayerische Volk an der Wahlurne seinen Willen hierin konstatiren! Darum, meine Herren, wenn für den Fall der Ablehnung der Verträge eine Kammerauflösung in Aussicht gestellt ist, wäre das an und für sich betrachtet, um des angedeuteten Zweckes willen ein neuer Bestimmungsgrund, zu den Verträgen „Nein“ zu sagen.

X

Rede des Abgeordneten Wiesner,

gehalten am 19. Januar 1871.

Meine Herren! Nachdem sich der Herr Voredner hauptsächlich aus allgemeinen sittlichen Prinzipien und Erwägungen gegen die Verträge ausgesprochen hat, gestatten Sie mir, daß ich speziell vom staatsrecht-

lichen Standpunkte aus die vorliegende Frage auffasse und aus den Bestimmungen der norddeutschen Bundesverfassung selbst die Gründe für ihre Verwerfung ableite. Man hat dem bisherigen Deutschen Bunde vorgeworfen, daß er nur ein völkerrechtlicher Staatenbund gewesen, ohne die erforderliche Einigung, um einerseits das Gesamtgewicht der Nation dem Auslande gegenüber geltend zu machen, andererseits um etwa widerstrebende Kräfte zu beseitigen. Es ist richtig, es gibt keinen völkerrechtlichen Codex, der mit allgemein bindender Norm festsetzt, wie ein richtiger Bundesstaat beschaffen sein müsse. Wenn mir Einer sagt: Der frühere staatsrechtliche Verband zwischen Polen und Rußland sei auch ein Bundesstaat gewesen, so habe ich nicht das Recht, darüber mit ihm zu streiten. Aber ich habe ein Recht zu sagen, von einem solchen Bundesstaat will ich nichts wissen. Das Wesentliche eines Bundesstaates wird immer beruhen in der Vereinigung mehrerer an sich souveräner Staaten zu einem staatsrechtlichen Ganzen derart, daß jeder einzelne Staat einen Theil seiner Souveränität an die Gemeinschaft abgibt und dadurch eine Centralgewalt bildet, welche über allen Staaten gleichmäßig steht.

Wie ist es nun mit dem Bundesstaat beschaffen, den uns diese Bundesverfassung bietet? Meine Herren! Der Herr Staatsminister des Neußern hat gesagt, daß er bedeutende Rechte sowohl der Krone, als der Volksvertretung an die Gemeinschaft habe abtreten müssen, und er hat beigefügt, daß er diese Opfer nur schweren Herzens gebracht habe. Ich bin von der Aufrichtigkeit seiner Gesinnungen überzeugt; aber das Schmerzliche liegt nicht darin, daß wir Rechte der Krone und der Volksvertretung überhaupt abtreten sollen. Diese Opfer würden wir gerne bringen, wenn sie der Gemeinschaft zu gute kämen. Das Schmerzliche liegt darin, daß diese Abtretung von Rechten der Krone und Volksvertretung wenigstens zum größten Theile erfolgt ist, nicht etwa an die Volksvertretung im Bunde — gegen eine solche Abtretung würde ich nichts einwenden; — nicht an den Bundesrath — auch dagegen würde ich nichts einwenden, — sondern daß sie erfolgt ist, einzig und ausschließlich an die Krone Preußen oder, wie

euphemistisch in der Bundesverfassung zu lesen ist, an das Bundespräsidium.

Wenn Sie, meine Herren, aufmerksam die Bestimmungen der Bundesverfassung lesen und sich ihre Grundlagen vergegenwärtigen, so können Sie sich nicht verhehlen, daß, einige Concessionen an die Partikularstaaten abgerechnet, schon in dieser Bundesverfassung der Einheitsstaat factisch begründet ist. Selbst das Kaiserthum, dessen Titel — ich weiß nicht freiwillig oder in Folge geheimer Abmachungen — dem König von Preußen übertragen werden will, steht schon fix und fertig seit 1867 in dieser Bundesverfassung; und wenn man sich damals mit dem bescheideneren Titel „Bundespräsident“ — selbst ohne die Glocke des Herrn Dr. Sepp — begnügt hat, so ist offenbar dieses nur geschehen aus schonender Rücksicht einerseits gegen das Ausland, gegen Frankreich, andererseits gegen die so eben erst unterworfenen Bundesgenossen. Es ist dieser Einheitsstaat begründet — es sind in der deßfalligen Ausführung Wiederholungen kaum zu vermeiden, aber ich will mich möglichst kurz fassen — im Art. 5 der Bundesverfassung, welcher alle übrigen Bundesgenossen der Militärhoheit des Königs von Preußen unterstellt. Er ist begründet im Art. 11, wonach der König von Preußen das Recht hat, im Namen des Bundes Krieg zu erklären, Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen. Meine Herren, das ist ein Recht, welches selbst der Kaiser im Deutschen Reiche nicht hatte. Denn nach dem westphälischen Frieden war derselbe bei derlei Akten an die Zustimmung der Reichsfürsten, des Reichstags gebunden. Es ist richtig, die Minister haben eine Milderung dieses Artikels dadurch erwirkt, daß wenigstens bei der Kriegserklärung der König von Preußen an die Zustimmung des Bundesrathes gebunden ist. Ob aber diese Milderung bei dem ungeheuren thatsächlich wie rechtlich begründeten Uebergewicht der Krone Preußen eine wesentliche Bedeutung hat, möchte ich bezweifeln, denn die Krone Preußen wird zu den ihr zustehenden 17 oder vielmehr 18 Stimmen — die 18. Stimme des Fürsten von Waldeck, der die Verwaltung seines Ländchens bekanntlich der Krone Preußen förmlich

in Pacht gegeben hat, ist ja der preussischen Krone ohnehin sicher — die noch abgängigen 11 Stimmen immer ganz leicht unter den kleineren Fürsten im Norden finden, welche schon bisher es sich als Ehre angerechnet haben, in das militärische Gefolge des Königs von Preußen aufgenommen zu werden.

Der Einheitsstaat wird ferner begründet durch Art. 19, welcher die Ausübung der Bundesexecution ausschließlich in die Hände des Königs von Preußen legt, während seine Bundesgenossen schutzlos dastehen, wenn es etwa dem Bundespräsidenten einfallen sollte, von seinen Rechten gegen die Bundesgenossen Mißbrauch zu machen.

Der Einheitsstaat ist endlich begründet durch das soeben erwähnte thatsächliche ungeheure Uebergewicht der Krone Preußen, welches sie sich hauptsächlich durch die Annexionen des Jahres 1866 verschafft hat.

Und welches ist nun das konstitutionelle Gegengewicht gegen die Präsidialgewalt des Königs von Preußen, wie ist die Volksvertretung beschaffen, welche diese Präsidialgewalt einschränken soll? Wenn Sie, meine Herren, die gewöhnlichen Befugnisse einer Volksvertretung mit denen des Reichstages vergleichen, so werden Sie finden, daß ein machtloseres Parlament als dieser Reichstag in Europa nicht existirt. Vom Petitionsrecht finde ich im Art. 23 eine schwache Spur. Vom Beschwerderecht, activ oder passiv, kommt in der Verfassung kein Wort vor; man kann sich weder beschwerend an diese Volksvertretung wenden, noch hat sie das Recht, eine Beschwerde zu erheben, und was sollte ihr auch eine solche nützen, nachdem es kein verantwortliches Bundesministerium gibt.

Ich komme nun zu dem Wichtigsten der Rechte einer Volksvertretung, zum Budgetrecht, zum Steuerbewilligungsrecht.

Was nun zuerst die Ausgaben betrifft, so ist die drückendste die für das Militärwesen. Ich bin hiemit zu der Controverse gekommen, die uns seit mehr als einer Woche beschäftigt. Meine Herren, ich verschließe mich nicht gegen Gründe, ich gestehe, ich bin von der Interpretation der Art. 5, 60 und 62, welche ich mir

anfänglich auf Grund des Wortlautes derselben Artikel gebildet hatte, in Folge der Discussion dieses Hauses und der dadurch für mich erzeugten Verpflichtung, mich selbst in den Quellen des Gesetzes umzusehen, zurückgekommen. Ich schließe mich der Ansicht derjenigen an, welche diese Artikel dahin auslegen, daß der König von Preußen durch sein bloßes Veto im Bundesrath die im Art. 60 für die Zeit nach dem 31. Dezember 1871 vorgeschriebene bundesgesetzliche Festsetzung der Friedenspräsenzstärke des Heeres nicht schaffen kann, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil zum Zustandekommen eines Landesgesetzes die Vereinigung der beiden bundesgesetzlichen Factoren des Bundesrathes und des Reichsrathes nothwendig ist, und weil der König von Preußen durch sein bloßes Veto im Bundesrath nicht den Abgang des nothwendigen, zustimmenden Reichsrathsbeschlusses ersetzen kann. Wenn ich aber, meine Herren, Ihnen zugebe, daß in diesen Artikeln der frühere Conflict der preußischen Verfassung, nicht, wie ich anfänglich geglaubt habe, zu Gunsten der Krone Preußen entschieden ist, so müssen Sie mir dagegen zugeben, daß er auch nicht zu Gunsten der Volksvertretung entschieden ist. Er ist einfach offen gelassen und von der preußischen Verfassung in die Bundesverfassung hinübergetragen. Ja, noch mehr, die Krone Preußen hat durch Art. 62 Abs. 5, welcher die Fortbezahlung der 225 Thaler vom Kopf der Friedenspräsenzstärke vorschreibt, sogar eine wesentliche Verbesserung ihrer Stellung errungen. Die bisherige Lücke ist zum guten Theil zu Gunsten der Krone Preußen verringert worden.

Ich finde in dem Minoritätsgutachten an einer Stelle den Satz, „diese Vorschrift der Fortbezahlung der 225 Thaler habe den Zweck, zu verhindern, daß die Regierung später zu große Matricularbeiträge zu erheben habe.“ Allein diese Auffassung scheint mir doch etwas zu un-
 schuldig. Die preußische Regierung, welche bis jetzt schon keinen Anstand genommen hat, Gelder zu Militärzwecken zu verwenden, zu deren Verwendung sie ebensowenig berechtigt war, als zu ihrer Erhebung, wird auch jetzt keinen Anstand nehmen, Gelder zu verwenden, zu deren Erhebung sie bundesgesetzlich berechtigt ist. Wenn Graf

Bismarck in der constituirenden Versammlung am Schlusse der Berathung dieser Verfassung gesagt hat, daß er zweifle, ob die Bundesacte durchgehe, und daß er bei seinem königlichen Herrn anfragen müsse, ob er selbe unterzeichnen dürfe, so glaube ich, nachdem die Unterzeichnung doch erfolgt ist, wird die Antwort gelautet haben: er solle nur unterschreiben, was man brauche, das habe man: das Vakuum für den Reichsrath, für die Bundeskasse das Geld. In der Bundeskasse ist kein Vakuum, da sind die 225 Thaler vom Kopf der Friedenspräsenzstärke, und die preussische Regierung wird es gewiß verstehen, diese Gelder zu verwenden. Aber nun sagt man: Nach Art. 3 §. 5 des Vertrages habe Art. 62 auf uns Bayern überhaupt keinen Bezug. Es heißt darin nämlich: Bayern verpflichtet sich, für sein Contingent einen gleichen Geldbetrag zu verwenden, wie nach Verhältniß der Kopfstärke durch den Militäretat des Deutschen Bundes bestimmt ist. Nun, was ist unter diesem Militäretat verstanden? Derjenige, der zur Zeit des Vertragsabschlusses bestanden, oder der erst durch die künftige Bundesgesetzgebung zu schaffende?

Sie sehen also, wir haben selbst im Vertrag schon wieder eine Lücke, und solche Lücken fürchte ich namentlich einer Regierung, wie der preussischen gegenüber, deren Virtuosität in der Behandlung von Verfassungslücken notorisch ist. So lange diese Lücken nicht gründlich beseitigt sind, so lange sie nicht beseitigt sind zu Gunsten der Volksvertretung, halte ich es für meine Pflicht, unser verfassungsmäßiges Steuerverwilligungsrecht nicht preiszugeben der etwa künftig möglichen Auslegung von Verfassungs- und Vertrags-Artikeln, deren ganzer Aufbau schon einer Mäuselage gleich, welche man aufgerichtet, um unser gutes verfassungsmäßiges Steuerverwilligungsrecht darin zu fangen. Sie sehen also, bezüglich der drückendsten Ausgabe hat der Reichsrath wenigstens mit Erfolg nichts dareinzureden. Was aber die andern Ausgaben auf den übrigen Gebieten des Staatslebens betrifft, so wird der Reichstag kaum in die Lage kommen, hier einen Abstrich zu beantragen; denn die preussische Regierung braucht ihr Geld zur Unterhaltung ihrer Militärwirthschaft. Die anderen Ausgaben werden ohnehin nur

im allernothdürftigsten Maße der Volksvertretung ange-
sonnen. Da wird die Volksvertretung nicht viel zu streichen
haben; das Steuerverwilligungsrecht des preussischen
Reichstags bezüglich der Ausgaben halte ich daher gleich Null.

Daselbe ist auch der Fall bezüglich der Einnahmen.
Es ist auch da wieder Alles trefflich abgezikelt in dieser
Bundesverfassung. Die Einnahmen werden nicht etwa
der Regierung verwilligt durch den Reichsrath, sondern
fließen ihr von selber zu kraft des Gesetzes. In die
Bundeskasse fließen die sichersten indirekten Abgaben, die
Zölle, die Salz-, Zucker- und Tabaksteuer, die Abgaben
von Bier und Branntwein. Im Art. 35 sind auch schon
die Krallen zu ersehen, welche nach unserm Bieraufschlage
greifen. Ebenso sind der Bundesregierung als Einnahme
zugewiesen die Gefälle aus dem Post- und Telegraphen-
wesen; — daß ich hiebei nur von der Bundesverfassung
im Allgemeinen spreche, ist selbstverständlich. Was nun
durch diese Einnahmen nicht gedeckt wird, wird erhoben
durch Matrikularbeiträge, die wieder nicht der Reichsrath,
sondern der Bundespräsident ausschreibt und erhebt.

Und für diese alle constitutionellen Rechte gefähr-
dende Verfassung sollen wir nun die wesentlichsten Rechte
unserer Verfassung Preis geben, die wir selbst erst in
einem fünfzigjährigen mühevollen Kampfe gegen frühere
Regierungen haben, um diesen Kampf wieder von vorn
aufzunehmen und zwar gegen eine militärisch-despotische
Regierung wie die preussische? (Rufe links: „O, o!“)

Nun, wir haben jetzt acht Tage Ihren national-
liberalen Phrasen zugehört, ich glaube, wir haben das
Recht zu verlangen, daß sie wenigstens einige Viertel-
stunden uns mit Ruhe unsere Ueberzeugung aussprechen
lassen. —

Was man uns mit dieser Verfassung bietet, ist eine
Schein-Conföderation unter der militärischen Hegemonie
der Krone Preußen. Eine solche hegemonistische Föderation
ist aber die schlechteste, miserabelste von allen Regierungs-
formen, die den Keim der Unruhe und des Kampfes in
sich trägt. Die Bundesgenossen werden bestrebt sein,
ihre verlorenen Rechte wieder zu erwerben, und der Hegemon
wird immer bestrebt sein, seine Oberherrlichkeit zu sichern
und zu erweitern. Eine solche hegemonistische Regierungs-

form widerspricht auch dem Begriff der Monarchie. In einem monarchischen, d. h. aus Monarchien zusammengesetzten Bundesstaate ist der Monarch die höchste Autorität des Staats. Er vertritt die Souveränität des Volks; über ihm können Sie sich einen höheren Monarchen nicht denken; denn sonst ist dieser der Monarch und der Andere der Vasall. Die Unterscheidung in einen Unter- und Ober-Monarchen, die Sie bei dieser Bundesverfassung annehmen müssen, ist ein staatsrechtlicher Unsinn. Darum kann in einem wahren monarchischen Bundesstaat die Centralgewalt nie eine einheitliche sein. Sie kann bloß in einem Direktorium bestehen, in welchem die mächtigeren Fürsten für ihre Person, die minder mächtigen durch Wahl aus ihrer Mitte theilnehmen, und in dieser Beziehung hat die Reformakte des Kaisers von Oesterreich vom Jahre 1863 das Richtige getroffen. Sie hätte in dem monarchischen Bundesstaat auch bezüglich der Centralgewalt das Föderativprinzip gewahrt. Aber Preußen wollte nichts wissen von einer Gleichberechtigung seiner Bundesgenossen; darum hat es im Bunde mit dem Auslande, mit Frankreich und Italien, Oesterreich aus Deutschland verdrängt und den Rest sich unterworfen. Der Verrath von Biarritz und der Brudermord von 1866 ist die Knospe und die Blüthe, aus der die Bundesverfassung als Frucht erwachsen ist.

Vor einer hegemonistischen Bundesverfassung will aber die Mehrheit auf unserer Seite nichts wissen und wenn auch die Sybille selbst in der Gestalt des bayerischen Justizministers hundertmal an uns herantritt und uns zuruft: „Ihr müßt die Verträge annehmen“; wir werden 100mal sagen „Nein.“ Und warum? weil sich an das geflügelte Wort des Herrn Ministers das eines andern hochgestellten bayerischen Beamten reiht, das Wort: „es kann nicht wohl schlechter werden.“ Meine Herren! wenn die Selbständigkeit, die Souveränität des Landes verloren ist, wenn der König von Bayern in die Stellung eines preussischen Vasallen zurückgedrängt wird, und das ist er, wenn wir diese Verträge annehmen, wenn sogar das Militär dem König von Preußen den Gehorsamseid zu schwören hat, dann liegt mir an dieser Scheinmonarchie auch nichts mehr, dann ist es mir gleichgültig,

ob das bayerische Militär hell- oder dunkelblau gekleidet ist, ob es Kaskete oder Pickelhauben trägt und ob die Offiziere in München oder in Berlin ernannt werden. Wenn wir für den König von Preußen ein jährliches Militärbudget von 19 Millionen aufbringen sollen, wenn wir außerdem noch ungezählte Millionen für Flotte und Festungen aufzubringen haben und wenn wir hier in München die Mittel bewilligen sollen für Ausgaben, die man uns in Berlin dictirt, dann liegt mir an diesem Flitterwerk einer Scheinmonarchie, an diesem diplomatischen Ausschuß, der nichts zu reden hat, an diesem Gesandtschaftswesen, das nur einen Sinn hat in souveränen Staaten, und an den andern kostspieligen Ceremonien auch nichts mehr. Diese Scheinmonarchie verlohnt nicht die Erhaltung von 6 Ministerien, verlohnt nicht die Erhaltung einer eigenen Landesregierung und verlohnt nicht noch die Kosten einer andern bedeutenden Ausgabe.

Meine Herren! ich gestehe offen, ich gehöre zu den Pessimisten, von denen neulich einer der Redner auf Ihrer Seite gesprochen hat. Ich betrachte zwar den Eintritt in den preussischen Einheitsstaat für ein großes Unglück; aber von den zwei Uebeln, Eintritt in den preussischen Einheitsstaat und Beibehaltung einer bloßen Scheinmonarchie in Folge Annahme dieser Verträge halte ich das erstere für das kleinere; es erspart uns doch viele Kosten. Meine Herren! Würde die Frage so gestellt sein: Eintritt in den preussischen Einheitsstaat oder Annahme der Verträge, ich würde keinen Augenblick zaudern in der Wahl meines Entschlusses. Ich würde sagen: „Eintritt in den Einheitsstaat.“ Aber so ist die Frage nicht gestellt. (Unruhe links.)

Darf ich bitten, wenn Sie Einwendungen zu machen haben, sie sich zu versparen, bis ich gesprochen habe.

Die Frage ist aber nicht so gestellt, die Frage lautet: Erhaltung der Selbständigkeit des Landes oder Annahme der Verträge. Da zaudere ich wieder keinen Augenblick, ich werde jetzt und immer einstehe für die Erhaltung der Selbständigkeit Bayerns.

Aber, heißt es, wir befinden uns in einer Zwangslage, wir können unsere Selbständigkeit, unsere Souveränität gar nicht aufrecht erhalten. Dieser Satz wird

in jüngster Zeit so durch alle Tonarten durchmodulirt, daß man sich seiner kaum mehr erwehren kann. Man stellt ihn hin als ein selbstverständliches Axiom, das eines Beweises gar nicht bedürftig sei; bewiesen kann er allerdings nicht werden, weil er nicht wahr ist. Warum soll denn Bayern mit einer Bevölkerung von 5 Millionen, die soeben auch ihre Kraft so glänzend bewährt hat und noch bewährt, nicht selbständig bleiben können, während manche andere Staaten kleiner an Umfang und Bevölkerung eine geachtete Stellung seit Jahrhunderten in der europäischen Staatenfamilie einnehmen. Aber, sagt man weiter: wir Bayern, wir liegen ja mitten in Deutschland und können uns der Neugestaltung Deutschlands unmöglich entziehen. Auch das ist unwahr; wir waren mitten in Deutschland, wir sind es aber nicht mehr. Seitdem Preußen Oesterreich aus dem Bunde gedrängt hat, seitdem Städte wie Wien, Linz und Salzburg, die doch mindestens ebenso gut deutsche Städte sind, wie Berlin, Potsdam und Danzig, seitdem diese Städte nicht mehr in Deutschland, sondern weit hinten in der Türkei liegen, seitdem sind wir ein Grenzland, ein Grenzland im Osten und Süden gegen Oesterreich, im Westen und Norden gegen das vergrößerte Preußen. Aber gerade diese Grenzstellung ist es, welche uns die Erhaltung unserer Selbständigkeit erleichtert; ja es sogar zu einem Gebote politischer Vorsicht macht, uns nicht freiwillig dem einen Nachbar zu unterwerfen und dadurch die künftige mögliche feindselige Stimmung des andern gegen uns hervorzurufen.

Meine Herren! Man hat in der letzten Zeit sehr viel gesprochen von dem österreichisch-preussischen Depeschenwechsel. Ich erlaube mir meine Ansicht hierüber dahin auszusprechen, daß mir die Erklärung des österreichischen Staatskanzlers, daß er in eine Diskussion des Art. 4 des Prager Friedens nicht eingehen wolle, daß mir diese Erklärung mehr ein Reservat, als ein Verzicht auf die Befugnisse aus dem Prager Frieden für Oesterreich zu sein scheint. Dabei bitte ich sie aber, meine Herren, mich nicht mißzuverstehen, als wollte ich etwa auch auf einen künftigen Conflict zwischen Oesterreich und Preußen spekuliren. Da sei Gott vor! Auch wir wollen den natio-

nalen Zusammenhang erhalten, und zwar, da es nicht möglich ist mit ganz Deutschland, doch wenigstens mit Preußen und den übrigen Bundesgenossen im Westen und Norden Deutschlands. Aber wir wollen diesen Zusammenhang erhalten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und nicht des politischen Vasallenthums, wie uns die vorliegende Bundesverfassung zumuthet.

Meine Herren! Sie sprechen jetzt schon mehr als eine Woche uns immer vom nationalen Gedanken, von der nationalen Idee; Sie thun so, als ob Sie, wie früher den Liberalismus, nun den nationalen Gedanken ausschließlich in Pacht genommen hätten. Meine Herren! Ich spreche offen mit Ihnen, das ist eine lächerliche Selbstüberhebung; denn auch wir sind vom nationalen Gedanken beseelt. (Unruhe links.)

I. Präsident: Ich muß bitten, den Redner nicht zu unterbrechen.

Dr. v. Schauß: Ich weiß nicht, ob der Herr Präsident den Ausdruck „lächerliche Selbstüberhebung“ gehört hat. „Lächerlich“ hat er uns zugerufen, das ist doch zu stark, es hat Alles seine Grenzen.

Wiesnet: Wenn ich den Ausdruck „lächerlich“ gebraucht habe —

I. Präsident: Wenn das Wort „lächerlich“ gebraucht worden ist, so muß ich diesen Ausdruck allerdings als ungeeignet bezeichnen.

Wiesnet: Herr Präsident, Sie haben nicht gewartet, bis ich selbst den Ausdruck zurückgenommen habe. Daß man in der Hitze der Debatte manchmal ein Wort nicht vorher auf die Goldwage legt, können Sie uns nicht verdenken, nachdem dasselbe wohl in weit höherem Maße schon oft auf der andern Seite stattgefunden hat, — und wir haben vergebens auf einen Ordnungsruf gewartet.

I. Präsident: Ich muß dagegen Verwahrung einlegen. Es kann Jeder, der glaubt, daß ich die Geschäftsordnung nicht handhabe, nach einer ausdrücklichen Bestimmung der Geschäftsordnung darüber einen Antrag an die Kammer stellen, allein eine solche Zurechtweisung gegen mich kann ich nicht dulden.

Wiesnet: Das wollte ich gerade auch wieder nicht. Durch diese fortwährenden Unterbrechungen bringen Sie Einen wirklich aus dem Concepte.

Sie sprechen immer, als wenn Sie den nationalen Gedanken für sich allein hätten, auch ich bin von ihm beseelt; ich trage ihn in mir seit den Jahren meiner Jugend, und ich werde ihn hegen und pflegen bis zum letzten Lebenshauche. Aber wir glauben, daß dem nationalen Gedanken nicht dadurch Genüge gethan ist, daß man, wie Sie, der Zerreißung Deutschlands und der Unterjochung des Restes von Deutschland unter die preussische Oberhoheit zujubelt. Unser nächstes Endziel bei Realisirung des nationalen Gedankens nach unserer Auffassung ist das: durch die Selbständigkeit Bayerns gewissermaßen einen Kristallisationskern für ein werdendes Deutschland zu bilden, für die Wiedervereinigung aller deutschen Staaten auf der Grundlage der Freiheit und des gleichen Rechtes, und daß wir, meine Herren, mit diesem nationalen Gedanken nicht vereinzelt dastehen, daß unsere Brüder selbst im höchsten Norden Deutschlands, in Schleswig-Holstein, in den Hanse-Städten, in Hannover, in Mecklenburg auf uns Bayern ihre letzte Hoffnung setzen, das hat Ihnen der Hamburger Brief bewiesen, den Ihnen gestern der erste Herr Sekretär vorgelesen hat. (Unruhe links.)

I. Präsident: Ich habe gerade bemerken wollen, daß ich wiederholt und dringend um Ruhe bitten muß. Erschweren Sie mir doch nicht die Handhabung der Geschäftsordnung in solcher Weise.

Wiesnet: Meine Herren! Es besteht zwischen uns noch eine weitere tiefe Kluft: wir nämlich werfen uns vor dem Erfolg nicht hin und beten ihn an; uns scheint diese Schöpfung des kleindeutschen Kaiserreiches gerade auch keine Schöpfung für alle Ewigkeit zu sein. Wir halten sie blos für die Fortsetzung der im Jahre 1866 geschaffenen provisorischen Zustände.

Doch ich bin etwas von dem ursprünglich beab-
sichtigten Ideengang meines Vortrags abseits gerathen. Ich habe von der Zwangslage gesprochen, in der wir uns bezüglich der Annahme der Verträge befinden sollen. Man sagt, wir können schon deshalb keinen Anspruch

auf die Erhaltung unserer Selbständigkeit machen, weil wir nie eine besessen haben. Das ist eine historische Unrichtigkeit! Meine Herren! Ich liebe zwar gleichfalls nicht für gegenwärtige Verfassungsfragen die Gründe aus der alten Geschichte herzuleiten; aber in dieser Frage kann ich doch nicht umhin, etwas auf die ältere Geschichte zurückzugehen. Ich werde es aber kurz machen.

Bayern war schon ein mächtiges selbständiges Reich, lange bevor es ein Deutsches Reich gegeben hat. Es ist wohl wie alle andern Staaten im Westen und in der Mitte Europa's der Universalmonarchie Karls des Großen einverleibt worden; aber schon zu Ende der Karolingerzeit stand Bayern wieder so mächtig und selbständig da, daß es sogar lange Zeit eine coordinirte Stellung neben dem übrigen Deutschland beanspruchte, und daß es viele Kämpfe kostete, bis der bayerische Herzog dem deutschen Könige sich unterordnete. Dann kam der Kaiserstaat als Einheitsstaat; er dauerte aber nicht lange. In Folge des dem deutschen wie dem schweizerischen Volke angeborenen föderativen Charakters ist bald ein Zustand daraus geworden, in dem die mächtigen Reichsfürsten so selbständig und souverän, wie der Kaiser, dastanden. Ja, die zwei mächtigsten Fürsten Preußen und Bayern haben selbst mehrmals den Kaiser bekriegt, und der Unterschied zwischen uns bestand bloß darin, daß Preußen jedesmal mit Glück, wir jedesmal mit Unglück kämpften. Die Stellung war gewissermaßen so, daß man sagen kann: diese mächtigeren Fürsten waren souverän *de facto*, sie waren dem Kaiser und Reich unterworfen *de jure*. Sie mögen nun diesen Zustand Souveränität heißen oder nicht; jedenfalls ist das gewiß: War Preußen-Brandenburg souverän, so war es auch Bayern und war Bayern nicht souverän, so war es auch Preußen nicht.

Dann kam es in Folge des schmachvollen Baseler Friedens zur Auflösung des Deutschen Reiches. Bayern erhielt durch die Gewalt der Umstände den Königstitel, sowie ihn Preußen etwa 100 Jahre früher durch die Gnade des Kaisers erhalten hatte.

Bayern ist als souveräner Staat in den Rheinbund getreten, allerdings mit einer wesentlichen Beschränkung, daß es sich verpflichten mußte, dem französischen Kaiser

mit einem bestimmten Contingent Heeresfolge zu leisten. Aber diese selben Verpflichtungen hat Napoleon auch später Preußen auferlegt. Auch Preußen mußte sein Contingent stellen im russischen Feldzuge und mußte außerdem dulden, daß es seine Armee nicht über einen gewissen Grad der Präsenzstärke vermehren durfte; es mußte dulden, französische Garnisonen in seine Festungen aufzunehmen und zu unterhalten.

Meine Herren! Wenn Sie nun sagen, Bayern war während der Rheinbundszeit nicht souverän, so war es Preußen noch viel weniger.

Dann sind wir in den Deutschen Bund getreten, aber ganz mit denselben Rechten und Verpflichtungen, mit demselben Grade von Souveränität, wie Preußen. Erst 1866 haben wir wesentlich an unserer Souveränität eingebüßt; aber ich glaube, daß wir durch die mächtige Hilfe, die wir jetzt Preußen geleistet haben — denn Preußen war doch zunächst angegriffen — daß wir dadurch wohl berechtigt wären, die Souveränität, die wir im Jahre 1866 verloren, wieder zurückzuverlangen, statt sie nun gänzlich preiszugeben. Aus der Geschichte können Sie also keinen Grund für die Aufgabe unserer Souveränität herleiten.

Aber weiter sagen Sie: Wir können ja unsere Souveränität gar nicht erhalten; wir haben ja nicht die physische Macht, sie gegen einen Angreifer zu schützen. Das ist ein sonderbarer Satz. Wer greift uns denn an? Gegen einen Angriff Rußlands oder die Ladung einer englischen Flotte, glaube ich, sind wir so ziemlich durch unsere Lage gesichert! daß Oesterreich uns anzugreifen im Sinne habe, das wird keiner von Ihnen ernstlich behaupten wollen.

Wenn wir einen Feind haben, der unsere Selbstständigkeit bedroht, so könnte ich ihn höchstens in Preußen sehen. Allerdings wären wir nicht im Stande, einem preussischen Angriffe Widerstand zu leisten. Wenn aber das allein schon hinreichen sollte, die Selbstständigkeit eines Staates aufzugeben, dann hat gar kein Staat mehr das Recht auf seine Selbstständigkeit. Portugal z. B. ist nicht in der Lage, einem Angriffe Spaniens zu widerstehen, also müßte es sich Spanien unterwerfen; Spanien ist nicht

in der Lage, Frankreich zu widerstehen, also müßte es auch wieder Frankreich sich unterwerfen; Frankreich ist so eben der Macht der im Zollverein vereinigten Staaten unterlegen, also hätte auch Frankreich das Recht der Existenz verloren; und umgekehrt: Würde Preußen nicht die Unterstützung Bayerns und der andern Bundesgenossen gehabt haben, so wäre gewiß Preußen dem Angriffe Frankreichs nicht gewachsen gewesen; also hätte auch Preußen kein Recht der Existenz.

Darum sage ich, meine Herren, — Herr Professor Sörgel findet das wieder höchst sonderbar! —

Sörgel: Ich bitte den Herrn Präsidenten um das Wort. Ich weiß nicht, ob der Herr Redner das Recht hat, mich persönlich zu provociren. Ich kann nicht umhin über gewisse Bemerkungen, die wir so eben gehört, zu lachen; ich kann nicht anders. Der Herr Redner möge es mir verzeihen; denn ich gebe mir alle Mühe, es zu unterdrücken, aber ich bin es wirklich nicht im Stande!

I. Präsident: Ich möchte schon bitten, daß es vermieden werde, einem Redner gegenüber auf dessen Aeußerungen hin zu lachen. Wenn die Natur Einem dies unmöglich macht, so ist das allerdings tief zu bedauern. Ich bitte den Herrn Redner fortzufahren:

Wiesnet: Ueberhaupt Derjenige, welcher sagt, daß wir unsere Selbständigkeit jetzt schon preisgeben sollen, weil wir nicht die Macht haben, sie gegen den Angriff einer mächtigeren Macht zu erhalten, der scheint mir auf das Haar demjenigen zu gleichen, der aus Furcht zu ertrinken, gleich selber in's Wasser springt. Behalten wir unsere Selbständigkeit; wir wollen schon sehen, ob sie uns bleibt.

Doch jetzt komme ich zum Schrecken aller Schrecken, zur möglichen Kündigung des Zollvereins. Meine Herren, ich verkenne nicht die wohlthätigen Folgen des Zollvereins. Aber sie sind gegenseitig. Sie äußern sich nicht bloß für Bayern, sondern im selben, ja vielleicht in höherem Grade auch für Preußen. Preußen als vorzugsweiser Industriestaat ist an der Erhaltung der Zolleinigung mit uns gerade so betheiligt, wie wir. Und das ist auch der Grund, warum auch bei der jedesmaligen Drohung der

Kündigung des Zollvereins die Gewerbekammern der industriereichsten Provinzen Preußens ihre Regierung mit Adressen bestürmt, und ihr vorgestellt haben, der Vollzug dieser Drohung würde den Ruin der Industrie ihrer Provinzen zu Folge haben. Das ist auch der Grund, warum namentlich im Jahre 1867 verschiedene Besitzer bedeutender Etablissements im Norden des Mains erklärt haben, daß, wenn die Regierung ihre Drohung zum Vollzuge bringen würde, daß sie dann ihre Etablissements im Norden schließen und zu uns in den Süden herüberziehen würden. Diese Drohungen, sie waren alle nicht ernstlich gemeint; sie hatten bloß den Zweck mit Unterstützung der guten Freunde der preußischen Regierung in Bayern eine politische Pression auf unser Volk auszuüben, und in der That bei der jedesmaligen Drohung einer Kündigung hat die Legion bezahlter Scribler und Schreier immer einen solchen Heidenlärm vollführt, daß der minder Eingeweihte wahrhaftig den Kopf darüber verlieren konnte, und namentlich unsere Herren Schwaben sind immer ganz außer sich gekommen; sie haben gerufen: „Wer wird künftig unsere Bretter, unsere Käse abnehmen!“ Als ob man die Bretter anderswo kaufen würde, als dort, wo die Bäume wachsen oder als ob die Preußen über Nacht die Sandsteppen Brandenburgs mit saftigen Alpengewächsen bepflanzen und Schweizereien anlegen würden! Artikel, die man nothwendig hat, die holt man dort, wo man sie am besten und billigsten findet.

Dazu kommt aber noch eine politische Erwägung, welche es gerade in neuester Zeit Preußen ganz unmöglich macht, uns den Zollverein zu kündigen, nämlich die Zurückerwerbung des alten Reichslandes Elsaß und wenigstens zum Theil Lothringens. Elsaß war die industriereichste Provinz Frankreichs und es verliert jetzt sein ganzes Absatzgebiet in Frankreich und muß nun bei uns mit der gleichmächtigen Industrie des Zollvereines concurriren. Jetzt muß der preußischen Regierung von selbst daran liegen, alles zu thun, um sich die gute Gesinnung des Volkes im Elsaß zu erhalten, und sie kann deshalb unmöglich dem Elsaß sein nächstes und reichstes Hinterland, Bayern verschließen. Ueberhaupt glaube ich, wir werden den Zollverein am sichersten erhalten,

wenn wir der preussischen Regierung die Ueberzeugung nehmen, daß wir die Kündigung desselben fürchten.

Doch ich eile zum Schlusse. Als letzten Grund für die Zwangslage, in der wir uns befinden, bringt man vor, daß der König die Verträge schon unterschrieben hat. Meine Herren, es ist parlamentarische Sitte, daß man die allerhöchste Person des Königs nicht in die Debatte herein ziehen soll; ich werde mich an diese Sitte so viel als möglich halten. Es handelt sich hier nicht etwa um Kronrechte der Volksvertretung gegenüber, es handelt sich um die heiligsten, wichtigsten Rechte des Landes selbst, um seine Selbständigkeit. Wenn man in dieser Angelegenheit auch anderswo anderer Meinung sein sollte, so kann das gewiß uns, die bayerische Volksvertretung nicht hindern an der Erfüllung dessen, was wir nun einmal nach unserer innigsten Ueberzeugung für unsere beschworene Pflicht dem Volke gegenüber crachten. Meine Herren, Sie können es allerdings so weit bringen, daß die treuesten Unterthanen des Königs genöthigt sein werden das Land ihrer Geburt, ihr Vaterland zu verlassen (Heiterkeit links), und ich sehe, daß sich die Dinge immer mehr darnach gestalten, daß man seiner Ueberzeugung auch dieses letzte Opfer wird bringen müssen. Aber, meine Herren, dahin werden Sie es nie bringen, daß ich meinen Namen in das Verzeichniß derjenigen einschreiben lasse, die mit ihrem Botum zugleich Deutschland zerreißen und Bayern unter die Oberherrlichkeit Preußens beugen. Ich stimme für die Verwerfung der Verträge.

XI

Rede des Freiherrn Kaber v. Hasenbrädl,

gehalten am 19. Januar 1871.

Meine Herren! Sie haben durch die Abweisung des Antrages über den Schluß der Debatte wieder neuerdings Zeit gewonnen, die vorliegenden Verträge in Berathung zu ziehen, und nachdem der Schluß nicht be-

liebt wurde, wüßte ich auch nicht, warum ich auf mein Wort verzichten sollte. Meine Herren! Zeit gewonnen ist in der Regel viel gewonnen, wir haben Zeit gewonnen zur ferneren Berathung der Verträge; inzwischen haben sich Wolken heraufgezogen, welche Schlossen in Form von Telegrammen über uns ausschütten, und diese Wolken haben dadurch nach meiner Ansicht auch Zeit gewonnen, sich allmählig zu entwickeln. — Nun, meine Herren, kommt mir da ein ganz curioser Gedanke, wir können ja auf diesem Wege ganz schön zu einem Plebiscite kommen, da hören dann alle Zweifel auf. Jetzt bekommen wir Telegramme für die Annahme der Verträge, inzwischen werden diejenigen, welche dagegen sind, wach, und wenn wir noch eine Zeit lang warten, bekommen wir Telegramme gegen die Annahme der Verträge, und am Schlusse haben wir ein ganz prächtiges Resultat, an das wir uns ganz schön halten können. Das ist eine spaßhafte Sache, aber Sie werden mir deshalb nicht verübeln, daß ich diesen Gedanken hier hereingeführt habe. Mir kommt hie und da mancher närrische Gedanke, und dabei glaube ich, ich muß ihn mittheilen.

Uebrigens, meine Herren, Sie wissen ja, der Herr Staatsminister der Justiz hat im Ausschusse, und wenn ich mich nicht irre, auch schon in der Kammer einmal gesagt, welchen Werth er auf Telegramme und Adressen lege. Und, meine Herren, Sie erinnern sich — Sie legen, nehmen Sie es mir nicht ungütig, ich rede gewöhnlich aufrichtig, nach Ihren spöttischen Mienen, welche Sie den zahlreichen Eingaben wegen Abminderung des Militärbudgets und den zahlreichen Adressen wegen der Schulfrage entgegen getragen haben, auch sehr wenig Werth auf Adressen. Nun, meine Herren, wenn wir also diesen Telegrammen, welche nach meiner Ansicht so zu sagen aus dem Boden wieder herausgestampft werden und herausgestampft worden sind, keinen besonderen Werth beilegen, so werden Sie uns dieses eben auch nicht übel nehmen.

Meine Herren! Wenn es sich damals, als wir am 19. Juli über die hochwichtige Frage der Kriegshilfe an der Seite Preußens beriethen, darum gehandelt hätte, daß wir nach allen Richtungen hin die nationale Sache hätten erkennen müssen, dann bin ich wenigstens für

meine Person der Ueberzeugung, wir hätten nach dem casus foederis und nach den Verträgen nicht fragen dürfen, sondern das deutsche Gefühl, welches ja Jedem innewohnt, hätte so mächtig auf uns eingewirkt, daß wir mit der größten Freude in einen solchen Krieg gezogen wären.

Nun, meine Herren, es ist bekannt, es haben 47 aus unserer Mitte eine andere Absicht gehabt, wir wollten bewaffnete Neutralität; sie ist nicht angenommen worden. — Ich muß offen gestehen, ich bedauere dieses nicht so sehr, ich bedauere aber dabei mehr, daß man damals den casus foederis geradezu anerkannt hat, daß man nicht lieber freiwillig, wenn es sich wirklich darum gehandelt hat, den Erbfeind niederzuwerfen, Preußen Kriegshilfe geleistet hat.

Ich glaube, meiner Ansicht nach hätte die Sache doch Werth für den kommenden Friedensschluß. Wir wären dann nicht als Pflichtschuldige dagestanden, sondern wir wären als freiwillige, durch eigenen Antrieb herangezogene Helfer zu beachten gewesen, Man hat in politischen Beziehungen seine eigenen Gedanken, seine eigenen Schlußfolgerungen, und ich ehre und achte Jedermanns Ueberzeugung. Das wenigstens haben Sie von mir, so lange ich mich unter Ihnen befinde, schon abnehmen können, daß ich jeder Ueberzeugung, wenn sie auch der meinigen direkt entgegensteht, keineswegs eine persönliche Abneigung oder gar einen Haß entgegentrage. Und von diesem Standpunkte aus glaube ich, auch von Ihnen hier erbitten zu dürfen, daß Sie, wenn meine Ansichten, meine Gedanken dem Einen oder Andern von Ihnen nicht angemessen sind, mich nachsichtig behandeln.

Meine Herren! Das ganze bayerische Volk hat damals den Beschluß der Majorität geachtet, die Söhne aller Parteien sind mit gleichem Gehorsam, mit freudigem Muth in den Krieg gezogen.

Obwohl das Volk einem Kriege nicht geneigt war — im Allgemeinen darf man dies wenigstens annehmen, denn der Krieg ist keiner Nation angenehm und zuträglich — besserungsgachtet haben die ersten Siegesnachrichten, die uns von Frankreich her zugegangen sind, die nieder-

gedrückten Gemüther erhoben und jede deutsche Brust, jedes bayerische Herz schlug hoch auf; denn es stand ja der Preis in Aussicht, daß bei einer solch willfährigen und erfolgreichen Hilfe auch der Friede und die Errungenschaft des Sieges eine solche sein werde, welche alle Parteien gleichmäßig befriedigen wird.

Es ist anders gekommen, dieses Hochgefühl besteht nicht mehr, man müßte ja gewissermaßen die Augen verschließen, wenn man es nicht bemerken sollte, wie dasselbe nach so vielen Siegen wieder zurückgedämmt worden ist.

Ich gestehe Ihnen offen, in der ersten Periode des Krieges, ich darf wohl das bestimmte Zeugniß aussprechen — da erkannte man die Abneigung zwischen dem Norden und Süden nicht mehr so sehr, und wenn ich vom Süden allein spreche, so darf ich sagen, daß sich das Volk beinahe wie Ein Mann, wie Eine Stimme liebevoll und brüderlich zum Norden hinneigte. Ich betone dies, weil dies vielleicht auch meinen Ausführungen einigen Werth geben kann.

Nun, meine Herren, ist in das Volk die Nachricht gedrungen, es habe einen lebhaften Schriftenwechsel abgesetzt, es haben Reisen stattgefunden nach dem Norden — wer sie gemacht hat, wird es schon wissen, und es sind auch Personen, namentlich eine hervorragende Person vom Norden zu uns gekommen, um gewisse Verträge, welche dem Friedensschlusse voraneilen sollen, vorzuberrathen. Daß dadurch die Hoffnungen auf den Friedensschluß doch wenigstens auf der einen Seite des Volkes deprimirend getroffen wurden, werden Sie mir doch zugestehen müssen und besonders schmerzlich, ich spreche es aus, fiel es auf diese Seite des Volkes, daß gerade die bayerische Regierung es war, welche die Initiative hiezu ergriffen hat. Nach meiner Ansicht hätte man gar wohl dem Volke obigen erhebenden Eindruck lassen können bis nach dem Kriege. Nach meiner Ansicht wäre es angezeigt gewesen, im Frieden über eine so hochwichtige Frage zu verhandeln, als sie so zu sagen unter PreSSION in das Volk, in die Nation hineinzutragen. Ich muß offen gestehen, es hat meine Sympathieen andererseits zu Preußen namhaft gehoben, daß gerade Preußen in dieser Beziehung einen Druck auf Bayern nicht ausüben wollte.

Nun, meine Herren, es kamen die Tage von Versailles. Auf fremdem Boden, es ist das schon zur Genüge ausgeführt worden, — sind diese Verträge zu Stande gekommen, denen wir jetzt, wo wir in der Mitte des Krieges stehen, unsere Zustimmung geben sollen!

Um auf die für mich schwer wiegende Frage des Friedensschlusses wieder zurückzugreifen, so glaube ich, daß man, wenn die Verträge einmal angenommen sind, die freie Hand nicht mehr hat, daß es Bayern nicht mehr zusteht, Bedingungen beim Friedensschlusse zu machen. Ich knüpfe dies an eine frühere Aeußerung und Zusicherung unseres Herrn Staatsministers des Aeußern, welche wohlthuend auf mich gewirkt hat. Derselbe hat nämlich gesagt, daß wir allerdings keine Garantien besitzen, daß unsere Stimme in ihrer Bellwichtigkeit auch beim Friedensschlusse gehört werden wird, aber daß wir doch Aussicht haben, daß ihr vollkommen Rechnung getragen werde. Meine Herren, wenn wir die Verträge annehmen, dann hat nach meiner innersten Ueberzeugung der Werth dieses Ausspruches, die Tragweite desselben aufgehört. Es ist von verschiedenen Seiten schon dargelegt worden, und wir haben — ich kann Sie versichern — auf das Gewissenhafteste erwogen, welche Vortheile und Nachtheile diese Verträge für uns hätten. Glauben Sie mir, unser Drang nach Einigkeit, nach einem innigen Zusammenschlusse mit dem großen Vaterland ist in uns so stark wie in Ihnen, aber die Motive hiezu, die Wege, welche eingeschlagen werden, können verschiedene sein.

Die Vortheile und Nachtheile der Verträge sind in ihrem Cardinalpunkten schon genannt worden, ich brauche sie nicht mehr zu wiederholen. Aber ich hatte vor ungefähr 20 Jahren auch die Ehre, diesem hohen Hause anzugehören. Nehmen Sie mir es nicht übel, wenn ich bei Beurtheilung der Frage einen Blick über diese lange Zeit zurückwerfe. Die Herren auf dieser Seite (zur Linken) — ich erkenne unter Ihnen manchen Mann, den ich ehren und achten gelernt habe, dem ich die Achtung von dorthier in meinem Innersten erhalten habe, und es haben sich zu Ihnen neue Personen gesellt, welche damals nicht in der Kammer saßen, aber der Geist ist in der Art derselbe geblieben, daß sie sich bezüglich des

Strebens entweder Ihnen oder Sie denselben sich angeschlossen haben — ich erinnere mich, daß gerade diese Seite des Hauses zur selbigen Zeit besonders die Volksrechte betont hat, sich besonders auf die Freiheiten, welche unsere Verfassung dem Volke gewährt, gestützt hat; meine Herren, ich erinnere mich noch lebhaft, wie ein hervorragendes Mitglied dieser Seite, das leider schon im Grabe ruht, so fest und so viel auf die Verfassungsurkunde gehalten hat, daß ich den Mann beinahe niemals sprechen und reden gehört habe, außer er hat die Verfassungsurkunde in der Hand gehabt und in der Regel hat er Stellen aus derselben uns gegenüber zu seiner Bertheidigung und zur Bertheidigung der Sache, die er vertreten, angezogen.

Meine Herren, andere Tendenzen können damals bei Ihnen nicht vorgeherrscht haben und wenn ich mir die Stellung von damals zurückrufe, so kann ich doch, ohne Jemand zu verletzen, mit Bestimmtheit behaupten, daß Sie in die monarchischen Principien nicht den Werth legten, den wir darauf legen.

Nun, meine Herren, wohin ist es denn jetzt gekommen? Jetzt wollen Sie von uns, daß wir die Volksrechte, die durch die Verträge geschädigt werden, fahren lassen sollen, daß wir die Selbstständigkeit Bayerns mit seiner Verfassung zurückwerfen sollen und daß wir uns, es kann gemeint sein zeitweilig, dem Despotismus hingeben sollen! Nein, meine Herren, dem stimme ich nicht zu, dazu bin ich nicht gewillt. Ich behalte mir lieber, was ich habe, ich lasse mich nicht in Ketten schmieden, um sie dann wieder zu zerreißen.

Meine Herren! Ich bedaure es, daß ich es habe bemerken müssen, daß man beabsichtigt, eine Pression bezüglich der Annahme dieser Verträge auf uns zu üben, und, meine Herren, wohlthuend war der Eindruck nicht, daß ich es der Debatte habe abmerken müssen, daß man zu Allem Möglichen gegriffen hat, um uns einzuschüchtern. Ja man hat Verdächtigungen aus öffentlichen Blättern, Verläumdungen hervorgezogen, um sie gegen uns zu schleudern und man hat uns die Sache so an die Wand gemalt, daß es Drohungen so ziemlich ähnlich sieht, wenn man in dieser Frage sich nicht willfährig zeige und den

Verträgen zustimme. Man hat gesagt, wenn wir die Verträge nicht annehmen, so würden wir dadurch das französische Volk erimuthigen zum Krieg und in der Mitte dieses Saales ist sogar ein französisches Blatt verlesen worden, um dies zu constatiren.

Ja, meine Herren, ich habe nicht den mindesten Zweifel, daß man irgend etwas auch in die Welt streuen kann und, daß ihm in der Welt dann Bedeutung verliehen werden kann, und ich habe keinen Grund, dem gegenüber bezweifeln zu müssen, daß etwa hier in München oder anderswo einem müßigen Kopfe könnte eingefallen sein, eine Nachricht, welche die Patrioten wirklich verläumdet, nach Berlin oder Wien an andere Blätter zu telegraphiren, aus welchen sie dann französische Blätter wieder geschöpft haben, um sie auch für sich auszubeuten, nachdem sie schon innerhalb unserer Grenzen ausgebeutet wurden. Die Möglichkeit dieses Falles liegt sehr nahe und ich möchte ein solches Mittel, welches durchaus keine berechtigte Unterlage hat, für das man keinen Beweis hat, nie und nimmer, auch gegen meine Gegner nicht anwenden.

Meine Herren, man hat uns als ein besonderes Schreckbild die Lösung, die Kündigung des Zollvereins hingestellt, wenn wir den Verträgen nicht willig zustimmen. Mein Herr Redner hat Ihnen die Gedanken, welche auch mich in der Sache leiten, so ziemlich ausführlich dargestellt, von anderer Seite ist es auch schon geschehen. Ich bin in dieser Beziehung, wie man sagt, nicht zu Hause, ich würde mir ein so selbständiges, weittragendes Urtheil gar nicht zutrauen; aber, meine Herren, fürchten thue ich bei der Sache nichts. So lange ich das Land überfluthet sehe von nordischen Handelsreisenden, von Leuten, welche nordische Produkte hier in Bayern an den Mann zu bringen suchen, so lange ist mir nicht bange, daß der Zollverein gekündigt werde. Nach meiner Meinung würde der Schaden dahin und dorthin nach gleichem Maße treffen. Das fürchte ich also nicht und auch das nicht, daß man es uns so übel nehmen wird, wenn wir gegenüber den großen Rechten, die unsere Selbständigkeit und unsere Verfassung uns bietet, und dem Volke gegenüber, welches durchaus nicht seine Mein-

ung in dieser Beziehung zurückgenommen hat — wenigstens für mich nicht — uns nach unserem Gewissen gezwungen erachten, diesen Verträgen entgegenzutreten.

Man spricht, meine Herren, von der Pfalz. Ich habe eine besondere Vorliebe für die Pfalz und die Pfälzer. Ich bin selbst noch nicht dort gewesen, aber ich habe mir diese schöne Provinz in verschiedenen Beziehungen schon so schildern lassen und so schildern hören, daß ich eine förmliche Vorliebe für dieselbe bekommen habe. Ueberhaupt, glaube ich, hat für die Pfalz ganz Bayern eine gewisse Vorliebe gezeigt. Sie wissen ja, wir haben von der Pfälzer Gesetzgebung, von den Pfälzer Zuständen gar viel herüberbekommen mit wenigen Modificationen und man hat es den diesseitigen Provinzen einverleibt. — Doch, meine Herren, bei meinen Rückerinnerungen komme ich hier auch wieder auf Etwas, was ich aber nicht gerade hier so anwenden will, sondern nur in der Art, daß ich meiner Freude Ausdruck gebe, daß, nachdem es früher anders gewesen ist, die Pfalz innerhalb dieser Zeit, welche wir mitammen verlebt haben, so fest an uns sich gekettet hat, daß sie jetzt durch und durch bayerisch geworden ist. —

Nun, ich will Sie bei der vorgerückten Zeit nicht länger aufhalten. Nur einen Punkt möchte ich noch anregen, das ist nämlich der, daß man gesagt hat, es liege nichts daran, man müsse die Armee so kostspielig erhalten, wenn man die Verträge annimmt, als man sie erhalten müßte, wenn man sie ablehnte. Meine Herren, für den Augenblick gebe ich Ihnen zu, daß die Kosten so oder so nicht bedeutend sich abmindern lassen, wenigstens für den jetzigen Augenblick ist davon keine Rede. Aber, meine Herren, die freie Hand für die Zukunft zu behalten, für die Organisation der Armee ist mir für das Land von höchstem Werthe und um keinen Preis der Welt möchte ich von diesem Rechte ablassen.

Meine Herren, man hat ferner gesagt, wenn wir die Verträge annehmen, so werde der innere Friede dadurch hergestellt. Die Parteien sind dann geeinigt; wir haben es in diesen Tagen schon gesehen, die Herren, welche sich von uns getrennt haben, sind im freundlichsten Einvernehmen mit der anderen Seite, vor nicht langer Zeit

war es nicht so, ich bin für meine Person immer gleich freundlich gewesen nach der einen wie andern Seite und glaube allerdings, daß man bei politischen Meinungs-
differenzen persönlich sich doch gut sein kann, wenn man die gegenseitige Meinung und Ueberzeugung achtet. Es braucht nicht immer vorgeworfen, verläumdert, gedroht, verhöhnt zu werden, man kann seine politische Ueberzeugung mit Ruhe und Würde aussprechen und wird auch andererseits Anerkennung finden. Aber, daß solche Ruhe eintreten wird, wenn die Verträge angenommen werden, wie man vor einiger Zeit bei Vorlage der Verträge von der Rednerbühne aus gemeint haben mochte, diesen Illusionen gebe ich mich nicht hin. Ich glaube, wenn dieses Parteistreben ausgeglichen sein wird, wenn wir heute vollständig einig sind, sind wir morgen wieder anders. Die eine Partei oder die andere strebt eben wieder nach anderen Zielpunkten, dann beginnt der Reigen von vorne. Darauf also, meine Herren, darauf lege ich kein Gewicht; aber darauf lege ich Gewicht, daß, wenn mir ein gewisser Volkstheil sein Vertrauen geschenkt hat, wenn er mich unter gewissen Voraussetzungen, ohne mich persönlich zu kennen und ohne in Berührung mit mir getreten zu sein, in die Kammer geschickt hat — daß, sage ich, ich es dann diesem Volkstheile schuldig bin, in der Art Wort zu halten, wenn meine Ueberzeugung noch dieselbe ist, und ich keinen Grund habe, anzunehmen, daß sie andererseits auch eine andere geworden ist, daß ich treu aus-
harre! Wenn ich aber annehmen müßte, daß die Ueberzeugung meiner Wähler eine andere geworden sei, als die meine, dann, meine Herren, könnte ich, wie der Herr Domkapitular Dr. Schmid gesagt hat, für mich nach meiner Anschauung nichts Ehrenhafteres thun, als mein Mandat einfach niederzulegen. Nun, meine Herren, weil ich aber vor Allem und durch und durch an meiner Ueberzeugung festhalten muß, weil ich von einer berechtigten Seite nicht im Mindesten eine Mahnung erhalten habe, so oder so zu stimmen, darum wahre ich als Mann meinen Wählern das Wort und stimme gegen die Verträge.

XII.

Rede des Abgeordneten Perzer,

gehalten am 19. Januar 1871.

Gestatten Sie auch mir, in gegenwärtiger Angelegenheit einige Worte an Sie zu richten. Es ist zwar nicht Sache des Landmanns, Reden zu halten und sich in hohe Politik zu mischen, allein, meine Herren, wenn sich die Politik so gestaltet, wie gegenwärtig, dann ist es auch Pflicht des Landmanns, nicht zu schweigen, sondern sich zu rühren, denn wer ist es denn, der am meisten Opfer an Gut und Blut bringen muß? Gerade der Landmann!

Ich stelle mich zunächst auf den Standpunkt, den ich als Landmann in der gegenwärtigen Frage einnehme, nämlich vor Allem auf den Standpunkt der Lasten. Wenn es wahr ist, meine Herren, was der Herr Referent der Kammer der Reichsräthe erklärte, daß durch die neuen Verträge die Lasten enorm ausfallen, wenn es ferner wahr ist, was schon von den verschiedensten Seiten in diesem hohen Hause bemerkt wurde, daß wir vielleicht 90, 100 oder gar 150 Prozent Steuererhöhung bekommen, dann frage ich: wird es in Zukunft dem Landmann noch möglich sein, zu existiren? Wird der größte Theil des bayerischen Volkes noch fortwirthschaften können und können in einem solchen Falle die Abgeordneten des bayerischen Landvolkes für diese Verträge stimmen? Antwort: Nein, nie und nimmer!

Der Landmann ist es, der seit dem Jahre 1866 ungeheueren Schaden erlitten hat; Creditlosigkeit, Entwerthung der Grundstücke, Mangel an Arbeitskräften, hohe Kapitalzinse haben schon viele an den Bettelstab gebracht und in Folge des gegenwärtigen Krieges wird seine Lage gewiß nicht besser.

Der Landmann ist es, der vorzugsweise die meisten und höchst unverhältnißmäßigen Steuern zahlt. Betrachten Sie die Einkommensteuer, sie verhält sich zur Grundsteuer gerade wie 7 zu 100; bei der Kapitalsteuer ist es nicht viel anders.

Der Landmann lebt in der Mehrheit unter allen Klassen der Bevölkerung am ärmsten und spärlichsten. Meine Herren, da gibt es kein Theater, da wird nicht Wein gekneipt, da heißt es den ganzen Tag und die ganze Woche hindurch arbeiten bei rauher Kost und hartem Schweiß. Ja, meine Herren, es ist so. Hier in München wiegt sich Mancher noch in seinen Federn und der Landmann hat schon sein Schweißbad genommen.

Und unter solchen Verhältnissen soll eine Steuererhöhung am Platze sein! unter solchen Verhältnissen soll man, soll ein von Landleuten gewählter Abgeordneter den Verträgen zustimmen können? — O, meine Herren, nie und nimmer.

Ja, wenn diejenigen, die so für die Verträge schwärmen, wenn diejenigen, die die Initiative zu denselben ergriffen haben, diese Steuern übernehmen, dann, meine Herren, dann ließe sich noch eher etwas machen, aber da bin ich sicher, daß nicht das Mindeste geschieht, nicht das Mindeste zu erwarten ist.

Ich gehe über auf den Militarismus, den diese Verträge in erhöhtem Maße in sich bergen. Bisher hatten wir eine zweijährige Präsenzzeit, einen Präsenzstand von 36,000 Mann und eine elfjährige Dienstzeit. Wie wird dieses sich in Zukunft gestalten? Nach den Verträgen haben wir in Zukunft zu den zwei Jahren Präsenzzeit noch ein Jahr mehr, zu den 36,000 Mann Präsenz noch 12,000, zu der elfjährigen Dienstzeit auch noch ein Jahr. Meine Herren! Weiß man denn nicht, daß im vorigen Jahre so viele und gegründete Klagen an das hohe Haus kamen über diese schon damals so drückende Militärlast, insbesondere von Seite der Landbevölkerung? Weiß man denn nicht mehr, daß man hier diese Klagen für sehr gegründet und berechtigt hielt, indem man damals einstimmig den Vorschlägen unseres sehr verehrten Herrn Kolb, welche auf Erleichterung dieser Lasten hinzielten, beitrug!

Hat man dieses schon vergessen?

Weiß man nicht, daß die 12,000, die auf dem Schlachtfelde geblieben sind, nach Verhältniß der Bevölkerung größtentheils der Landbevölkerung angehören und dieser zu Schaden kommen? Soll man auch noch

den letzten Rest seiner Söhne in die Kasernen pferchen und möglicherweise dort verderben lassen? Weiß man denn nicht, daß schon im vorigen Jahre der Landmann kaum im Stande gewesen ist, zu säen und seine Ernte heimzubringen?

O, es scheint, man weiß es nicht mehr oder will es nicht wissen!

Alles das wird in Zukunft noch ärger werden. Gehen Sie hinaus auf's Land und sehen Sie mit an, wie ein alter Vater, der keinen Knecht und keine Magd und oft keinen Tagelöhner bekommt, seine Saat vollendet und seine Ernte heimbringt und die Steuern und Lasten bleiben doch. O! meine Herren! wenn diejenigen, die diese Verträge unterzeichneten, solche Verhältnisse kennen oder sie beachten würden, ich glaube, der vorliegende Vertrag würde doch in dieser Beziehung anders lauten.

Ich muß hier wieder sagen, wenn diejenigen, die so für diese Verträge schwärmen, doch auch in dieser Beziehung die Last auf sich nähmen — ich meine die Großstädter, — aber, meine Herren! da stehen die bewußten 85 Prozent Untaugliche entgegen, denn Sie werden sich erinnern können, daß in den letzten Jahren München und Nürnberg bei der Aushebung 85 Prozent untaugliche Wehrpflichtige hatten, so berichteten wenigstens damals die öffentlichen Blätter.

Und für diese Großstädter, die in der Politik das große Wort führen, die über den Landmann mit wegwerfendem Tone weggehen, muß derselbe auch noch diesen Ausfall decken!

Und hier soll ein ländlicher Abgeordneter zustimmen können? Nie und nimmer! —

Ich komme auf den dritten Gegenstand, wegen dessen man einem Landmanne nie und nimmer zumuthen kann, für die Verträge zu stimmen, und dies ist der angestammte Patriotismus, die glühendste Vaterlandsliebe desselben, meine Herren!

Der Landmann gehört zu denen, von welchen unser höchstseliger König Max im Jahre 1848 sagte: „sie haben meinen Thron erhalten.“ Der Landmann ist an das Althergebrachte gewöhnt und deswegen liebt er sein Vaterland und seinen Fürsten mehr als jeder Andere,

es wurde ihm dies von frühester Jugend in Schule und Familie eingeprägt und jetzt soll er sich der Gefahr hingeben, von diesem lassen zu müssen! Er soll seine Söhne neben oder über seinem Fürsten zu einem zweiten schwören lassen! Er soll zugeben, daß Bayern, wenn auch nach und nach, Preußen einverleibt wird! O nein, nie und nimmer!

Meine Herren! Ich habe nur Ein Herz und dieses eine Herz kann nur Einem Könige, Einem Vaterlande entgegenschlagen, nie! niemals zweien, und dieses Vaterland heißt Bayern.

Endlich zum Schlusse noch eine Bemerkung. Es hat der Herr Kriegsminister am 19. Juli vorigen Jahres von seiner Stelle aus erklärt: In der Politik entscheide weder Liebe noch Haß, sondern nur das Interesse. Welches Interesse bei Seiner Excellenz nun zu Versailles entschieden hat, habe ich mir bisher nicht zu erklären vermocht. Nun aber möchte ich auch Ihnen sagen, lassen auch Sie das Interesse entscheiden bei Ihrer Abstimmung, aber nicht das Interesse von Preußen, nicht das Interesse der Hohenzollern, sondern das Interesse des bayerischen Volkes.

XIII

Rede des Abgeordneten Dr. Neumaier,

gehalten am 20. Januar 1871.

Meine Herren! Sie werden mir das Zeugniß geben, daß ich bisher Ihre Geduld noch nie in Anspruch genommen habe. Ich war jedesmal, so oft irgend ein Thema eingehend hier behandelt wurde, zufrieden, wenn ich meine eigenen Ansichten durch den Mund irgend eines andern Redners so auf ein Beifälliges hin ausgesprochen vernommen habe. Ich habe deshalb zu jeder Zeit gerne in diesem Falle geschwiegen, und ich wäre eigentlich heute wieder in derselben Lage; das, was ich zu sagen habe, ist schon des öfteren gesagt worden, und vollends hat

gestern der sehr verehrte Herr College Dr. Wiesnet das Erntefeld so ziemlich abgeräumt, auf dem ich allenfalls noch Etwas für mich hätte einernnten können. In dessen eine Nachlese wird mir gestattet sein und, wenn ich Sie bitte, mir Ihre Nachsicht und Geduld zu schenken, so thun Sie es jedenfalls, weil auch ich, wie der Herr Staatsrath v. Hörmann, vielleicht die Sonde an eine Wunde anlege, durch welche Schmerzen erregt werden könnten.

Meine Herren, es gibt Münzen, welche ein hübsches Gepräge, welche sogar einen sehr annehmbaren Klang haben, welche aber nichtsdestoweniger die Prüfung nicht bestehen, sondern sich als falsche Münzen darstellen, und eine solche Münze, die unächt ist, die aber durch die — ich lasse es dahingestellt durch welche Mittel — bearbeitete öffentliche Meinung als eine glänzende Münze dem Publikum vorgeführt worden ist, eine solche Münze finde ich in dem jetzt so oft schon vorgebrachten Worte „Deutschland“, „Deutsches Reich“, „Deutscher Aufschwung“, „Nationale Idee“, „Deutsche Einigung“ — lauter Worte, schöne Worte, welche da im Stande sind, wahrhaft begeisternd einzuwirken, welche aber so, wie sie jetzt vor uns liegen, dennoch nur falsche Münzen sind.

Wenn irgend Jemand ein wichtiges Geschäft anfangen will gemeinschaftlich mit einem Andern, so sieht er sich diesen seinen Associé genau an, er sieht auf seine Vergangenheit, er sieht auf seinen Charakter, auf seine ganze Haltung. Ich meine, wir dürfen unsere Augen in dieser Beziehung mit einigem Mißtrauen auf unsern großen Bundesgenossen im Norden richten. Besorgen Sie nicht, daß ich zurückgehe in die Geschichte der früheren Jahre, etwa zurück auf Friedrich II., zurück auf die Freiheitskriege, bezüglich deren die Leistung Preußens auch in ganz anderer Weise schon manchmal aufgefaßt wurde, als das landläufig ist; ich schaue nur zurück auf Jahre, die ich selbst erlebt, deren Ereignisse ich selbst beurtheilen kann. Schauen Sie zurück auf das Jahr 1863, auf den Versuch dort in Frankfurt, ein wahres, wirkliches großes Deutschland mit Gleichberechtigung aller deutschen Stämme zusammenzubringen! Schauen Sie zurück auf jenen Versuch, welcher Deutschland zu einer Defensivkraft

erhoben hätte, die jedenfalls im Stande gewesen wäre, den Frieden auf Jahre und Jahre hinaus zu sichern. Wer hat denn damals das Einigungswort verhindert, wer hat denn damals erklärt: „Wir lassen uns nicht majorisiren?“ Ist denn damals eine deutsche Ader, auch nur ein Tropfen deutschen Blutes in jenem Staate gefunden worden, der jetzt mit dem Namen „Deutsches Reich“, „Nationaler Aufschwung“ so um sich wirft?

Meine Herren! Wenn Sie — um Sie nicht gar zu lange aufzuhalten, will ich meine Sache kurz machen, — wenn Sie weiter gehen und das Feuer, die Begeisterung in der schleswig-holsteinischen Sache in Erwägung ziehen: In wessen Flußbett wurde denn die ganze Begeisterung damals hineingeleitet? Wer hat unter Mißhandlung der deutschen Heere, der Heere des deutschen Bundes — ich erinnere nur an den sächsischen Theil des deutschen Bundesheeres — wer hat denn damals diese Begeisterung zu seinem Nutzen ausgebeutet? Ist es Deutschland gewesen, hat Deutschland einen Nutzen gehabt? Ich glaube, wir wissen es Alle — Schleswig-Holstein ist einfach preussisch geworden! Deutschland hat für seine Bemühung das Nachsehen gehabt.

Das Jahr 1866 zu erwähnen, das ist jedenfalls das Schmerzlichste für ein deutsches Gemüth. Es hat leztthin einer der Herren Redner in einer eigenthümlichen Wendung seiner Rede gesagt, daß wir jetzt noch Römer hätten in unserm Lande und Franzosen. Was die erste Gattung betrifft, so danke ich Gott, daß bisher in unserer Debatte diese Saite der Discussion nicht angeschlagen worden ist, und ich hüte mich ja, dieselbe nur zu berühren. Was aber den zweiten Theil betrifft, so möchte ich entgegenen, es wäre viel besser gewesen, wenn man vor dem Jahre 1866 Deutsche nicht so oft in Biarriz getroffen hätte.

Und wer, meine Herren, wer hat denn von diesem gegenwärtigen, furchtbaren Kriege zuletzt wieder den Nutzen? Ihr Unwille wird vielleicht aufbrausen, wenn ich Ihnen sage, die Geschichte wird auch da einmal zu Gerichte sitzen und wird entscheiden, wer im Jahre 1866 und wer im Jahre 1870 der eigentliche Urheber der Kriege gewesen ist. Wer hat denn den Nutzen davon?

Wer hat den Nutzen dieses speciell preußischen Krieges von Anfang an bis jetzt? Wer hat den Nutzen davon? Wir haben nichts davon; Preußen wird die eroberten Provinzen sich annectiren, Preußen wird nach diesem Vertrage, der uns vorliegt, uns mediatisiren, wenigstens zum Vasallenstaate machen, wenn wir den Ausdruck „mediatisiren“ nun einmal nicht gebrauchen wollen. Das, meine Herren, ist doch auch etwas Sonderbares, und unser Volk, soweit ich es kenne, schlägt die Hände zusammen und ruft aus: „Ja, was soll denn das sein, eine solche Hilfe an Preußen geleistet, so viel Blut vergossen, solche Summen Geldes, so viel Millionen ausgegeben und zum Schlusse dann mediatisirt oder, wenn der Ausdruck nicht beliebt, zum Vasallenstaate gemacht werden?“ Das kann unser Volk nicht verstehen. Meine Herren, der alte Weise sagt: „Nichts Neues unter der Sonne, alles schon dagewesen.“ Das aber, meine Herren, glaube ich, ist doch etwas Neues, das ist noch nicht vorgekommen, daß ein Staat unter solchen Verhältnissen, nach einem solchen siegreichen Feldzuge von dem Freunde, dem er sich hingeopfert hat, so um seine Selbständigkeit, um seine wichtigsten Rechte gebracht worden ist. Wenn ein Herr Redner gesagt hat, diese Rechte, sie werden uns ja nicht genommen, es wird bloß die Modalität der Ausübung in etwas geändert, so sehen Sie selber, ist das nichts als eine Redensart. Die Rechte, die Bayern hat, die Souveränitätsrechte, die Volksrechte sollen eben in München, in Bayern ausgeübt werden, und es soll die Veränderung nicht so weit getrieben werden, daß man sie dort in Berlin ausübt. Ich habe also kein rechtes Vertrauen auf den Bundesgenossen, und ich glaube, wie er jetzt, im letzten Dezennium seine vermeintlichen Rechte geltend gemacht hat, so wird er sie auch wohl in Zukunft geltend machen.

Aber der Vertrag selber, meine Herren, was ist er denn Anderes, als ein Löwenvertrag? Es nimmt der Eine, der große Theil, nur immer, ohne dem Andern Etwas zu geben, und wenn er sich manchmal den Schein gibt, er gebe da, er opfere dort ein Recht, so ist auf der andern Stelle schnell gesorgt, daß ja nichts gegen seinen Willen geschehen kann, daß er zu jeder Zeit diese seine

Rechte, die er anscheinend hingegeben, allenthal wieder zurückziehen und ausbeuten kann.

Von „Opferbringen“ hat man uns oft und bis zum Eckel oft zugerufen. Meine Herren, ein wahrhaft deutsches Reich, wie es geistern auch Herr Collega Wiesner ausgedeutet hat, würde Opfer verdienen, und wir würden dieselben auch recht gerne bringen, aber selbst ein wahrhaft deutsches Reich würde nicht den dritten Theil der Opfer fordern, welche wir hier diesem Aftergebilde von einem Deutschland bringen müssen.

Von Partikularismus redet man; „Ihr Partikularisten“, wird uns in einem fort zugerufen. Meine Herren, rufen Sie denen an der Spree auch einmal das Wort zu; dort ist der Partikularismus zu Hause. Ich bin ganz der Ansicht, welche der Herr Abg. Dr. Schleich in seiner hochpatriotischen Rede vom 19. Oktober 1869 ausgesprochen hat, als er ausrief:

„Da spricht man von nationaler Entwicklung, von dem anzustrebenden Deutschen Staate u. s. w. Wenn das einen Sinn hat, dann kann es nur den der Einverleibung in Preußen haben.“

Ganz meine Ansicht! Wir haben eben nicht einen wirklichen Deutschen Staat, ein wirkliches Deutschland vor uns, sondern es ist einfach das Großpreußen, die großpreussische Idee, welcher wir opfern, und der wir anfangs im Verhältnisse eines Vasallen dienen sollen, um zuletzt von ihm ganz aufgesaugt zu werden. Sie erinnern sich, meine Herren, was es mit dem Vasallenstaate überhaupt ist, aus einem Rückblicke auf die Weltgeschichte. Ich wäre sogar mit einem Deutschland mit der einzigen preussischen Großmacht ohne Oesterreich einverstanden, wenn dasselbe die kleineren Staaten in ihrer Gleichberechtigung anerkennen würde, trotz der Gefahren, welche die Weltgeschichte so nahe legt.

Wenn wir zurückblicken bis auf die römische klassische Geschichte, so lesen wir schon von Bundesgenossen, aber auch von Bundesgenossen-Kriegen, von Kriegen, die zwischen der Großmacht und den Bundesgenossen, die sich der eisernen Umarmung erwehren wollten, geführt worden sind. Die Geschichte ist die Lehrmeisterin für das Leben, und was damals geschah, das wird sich wiederholen, das

wird ganz sicher auch bei uns geschehen: der Einheitsstaat wird fertig werden.

Ich kann mich auf den Standpunkt der Utilität auch nicht stellen; ich bin Principien getreu; was mein Programm von der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Bayerns, der Wohlfahrt des bayerischen Volkes und der Abminderung der Belastung des Volkes sagt, für das stehe ich ein, daran lasse ich nicht handeln, nicht mäkeln.

Die Zwangslage, von der so viel gesprochen worden ist, ist nach meiner innersten Ueberzeugung nur durch den Hochdruck der Parteiagitation hervorgerufen, sie besteht in der Wirklichkeit keineswegs, wenigstens nicht in der Art, wie sie uns vorge stellt wurde. Bayern ist schon in manchen Zeiten in schwererer Zwangslage gewesen.

Meine Herren! Ein Herr Redner hat uns aus der Zeit Max Emanuels die Treue des oberländischen Landbevölkerung vorgeführt, und ich als Niederbayer füge hinzu: Die niederbayerische Bevölkerung hat damals nicht minder patriotisch ihr Blut für den Landesfürsten vergossen. Meine Herren! Diese treuen Bauern, die sich damals hingeopfert haben für die Dynastie, waren keine Utilitarier, die haben nicht gesagt: „Laßt uns das kleinere Uebel nehmen.“ Sie hätten leicht sagen können — und wer hätte es ihnen übel nehmen können, wenn sie gesagt hätten: Was wollen wir machen, wir, eine Schaar schlecht bewaffneter, nicht organisirter Bauern gegen eine trefflich geschulte Kriegsarmee? Was wollen wir machen, nachdem obendrein ein Theil der Intelligenz des Landes nicht mit uns ist? Was wollen wir machen, nachdem sogar — meine Herren, es ist das auch aus der Geschichte bekannt — nachdem sogar unser in Brüssel befindlicher Landesfürst uns nicht mit wohlgefälligem Auge anblickt und unsere Bestrebungen keineswegs billigen will? Was sollen wir machen? Lieber wollen wir den weniger schädlichen Theil erwählen, setzen wir uns mit unserm Kaiser auseinander, der Krieg unsers Kurfürsten ist ohnehin etwas zweideutiger Natur.“ So hätten vom Utilitätsstandpunkte aus damals jene Bauern auch sagen können, und man hätte sie gewiß entschuldigt. Aber sie haben nicht so gesagt, sie haben sich trotz des Landesfürsten für denselben tödten lassen, sie haben an dem

Principe der Vaterlandsliebe, der Anhänglichkeit an Bayern festgehalten, und, meine Herren, wir haben durch diese Principientreue ein schönes Blatt mehr in der bayerischen Geschichte, das wir nicht haben würden, wenn die damaligen Bayern Utilitarier gewesen wären. Ueberhaupt bin ich nicht so geringschätzig auf die Programme zu sprechen. Treu und fest halten wir an dem obersten Principe des Programms! Ich bin nicht so schlecht darauf zu sprechen, ich finde das sehr leicht, an dem Programme festhalten in einer Volksversammlung, draußen schöne Worte machen, allein, wenn es einmal vom Worte zur That, zu entscheidenden Thaten kommen soll, dann das Programm auf sich beruhen lassen und nach Rücksichten der Utilität handeln; das, meine Herren, ist aber meine Sache nicht, ich halte fest, und soll die Zwangslage wirklich in solcher Ausdehnung bestehen, mich wird das nicht berühren; denn ich bin treu meinem Principe, und ich werde jedenfalls, wenn ich auch nicht durchdringe, mich so halten, daß ich sagen kann: „Ich habe mein Wort und meine Ehre gerettet!“

Ich will Sie nicht länger aufhalten, meine Herren! Man hat in sehr inconstitutioneller Weise — der Brief des Herrn Dr. Westermayer wundert mich im hohen Maße, und auch andere Redner haben meine Verwunderung erregt — man hat in sehr inconstitutioneller Weise sich auf die erlauchte Person Seiner Majestät des Königs berufen. Ich sage darüber gar nichts; wir, die wir treu festhalten an dem Programme, die wir principientreu jetzt für die Selbständigkeit Bayerns eintreten, wir sind nun diesmal allerdings in der Lage, uns als Seiner königlichen Majestät allergetreueste Opposition hinstellen zu müssen. Allein, meine Herren, wir sind nichtobestoweniger der Dynastie und dem erhabenen Haupte derselben so anhänglich als legend einer, mindestens eben so anhänglich, wenn ich nicht mehr sagen soll.

Ueber die Telegrammen-Comédie habe ich auch etwas sagen wollen; darüber hat aber gestern Herr Baron v. Haseubrädl schon gesprochen. Ich versichere Sie, wenn mich das Papier nicht rennen würde, so könnte ich Ihnen

morgen oder übermorgen auch drei oder vier Duzend Telegramme und zwar im gegentheiligen Sinne vorlegen.

Zum Schluß noch ein Wort, das Herr Professor Dr. Edel gebracht hat: „Das Vaterland appellirt an Sie“, hat er uns zugerufen. Ja, meine Herren, das Vaterland appellirt an uns, es ist unser Bayern, welches durch die Annahme dieser Verträge in die eiserne Umarmung der Borussia hineingetrieben werden soll, und dieses Bayern ruft mit lauter Stimme an unser Herz, daß wir es durch ein lautes „Nein!“ vor diesem Schicksal bewahren sollen.

Es ist aber nicht bloß das bayerische Land, es ist auch Deutschland mit seinen freien, sich gegenseitig coordinirten Staaten, auch das ist es, welches an unsere Herzen appellirt. Und Deutschland ruft uns zu: „Wenn Ihr das Astergebilde eines Deutschlands jetzt annimmt, dann wird nie mehr, wenigstens auf lange Jahre hinaus nicht mehr, Gelegenheit gegeben sein, ein wahres, wirkliches Deutschland zu constituiren. Darum, im Interesse eines wahren, wirklichen Deutschlands, weise ich durch ein entschiedenes „Nein“ das Aster-Deutschland ab.“

XIV.

Rede des Abgeordneten Dr. Pfahler,

gehalten am 20. Januar 1871.

Meine Herren! Da wir noch immer in Quarantäne gehalten werden, so bin auch ich noch zum Wort gekommen. Bevor ich auf den Gegenstand selbst zu reden komme, habe ich einige Worte zur Abwehr zu sprechen. Herr v. Schlör hat uns gesagt, die Souveränität unseres Königs werde nicht hingegeben, es werde bloß die Modalität in der Ausübung hingegeben. Nun, meine Herren, mir ist da ein seltsamer Gedanke gekommen; ich setze voraus, daß Herr v. Schlör Staatsobligationen oder Ostbahnaktien hat; nun, wie wäre es denn, wenn ich ihm die Souveränität und das Eigenthum dieser Aktien ließe und er mir die Modalität des Coupons-

abschneidens abtreten würde? Wie würde sich denn dies ausnehmen? Ungefähr so, wie die Souveränität unseres Königs und die Modalität in der Ausübung der Souveränität, die unserem Könige durch den neuen Verfassungsvertrag zukömmt.

Herr v. Schlör sagt uns auch, die Kammermajorität war zu klein, als daß die Regierung sich auf dieselbe hätte stützen können. Ja, meine Herren, warum wollte man sie denn nicht größer haben? Hätte man etwas mehr Gerechtigkeits- und weniger geometrischen Sinn entfaltet, dann, meine Herren, hätten die Minister eine Majorität bekommen, die ihnen nicht bloß das Gehen nach Versailles, sondern vielleicht auch manches Andere verleidet hätte. Meine Herren, Sie vergessen immer, wenn Sie von der Majorität sprechen, daß da, wo wir gewählt worden sind, in der Regel ganz geringe Minoritäten waren, und daß da, wo Sie gewählt worden, in der Regel starke Minoritäten gewesen sind. (Unruhe links.)

I. Präsident: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Dr. Pfahler: Die Herren, welche auch die kleine Majorität nicht wollten, die sprechen jetzt so zart von der winzigen Majorität, die dem Ministerium gegenüber oder hie und da zu Diensten steht. Sie sprechen so zartfühlend von ihr und malen die Kammerauflösung in den grellsten Farben. Ei, wenn Sie fünf Sechstel des Volkes hinter sich haben, wie Sie sagen, warum halten Sie uns in Quarantäne? Sie werden schon wieder telegraphische „Samiel Hilf“ bereit haben, die man bei den Neuwahlen ausbeuten kann.

Herr v. Schauß hat gesagt, in den Bauern-Bereins-Versammlungen seien die Preußen als Ungethüme hingestellt worden. Meine Herren, ich erkläre dies für so lange als einen Humbug, bis Herr von Schauß diese Vereins-Versammlungen oder denjenigen selbst nennt, der dies gethan hat. Meine Herren, in den Bauern-Bereins-Versammlungen würden Sie so viel Würde und Takt gefunden haben, daß Sie an ihnen oft ein Muster für andere Versammlungen hätten abnehmen können.

Man hat von den hellblauen Missionären gesprochen. Ja, meine Herren, wenn sie zurückkommen, so werden sie

das, was sie jetzt schon ihren Vätern, den Bürgern und Bauern, schreiben, noch drastischer erzählen, daß nämlich unsere Bayern, wenn sie mit den Preußen zusammenkämpften, in der Regel die vordersten im Kampfe und die Hintersten im Quartier gewesen sind. (Unruhe links.)

Ich verufe mich auf die vielen Briefe, die ich gelesen habe, eigenhändig geschrieben von den Kindern unseres Volkes.

Man hat gesagt, ganz con amore gesagt, jetzt ist auch noch der letzte Partikular-Staat, in Italien hinweggeschafft. Ich protestire als Katholik gegen einen das katholische Gefühl so tief verletzenden Ausdruck. Der Kirchenstaat, meine Herren, ist kein Partikular-Staat, er ist ein universaler Weltstaat, welcher der ganzen katholischen Christenheit auf der ganzen Erde gehört, und der — verzeihen Sie mir, wenn ich ganz offen rede — noch bestehen wird, wenn einstens das deutsche, wie das italienische Savoyen seine Rolle wird ausgespielt haben. Voriges Jahr um die nämliche Zeit haben Sie unsere Debatte damit vergiftet, daß Sie den Papanz einer römischen Provinz in dieselbe warfen. Man sagte, Bayern müsse sich hüten, es müsse dafür sorgen, daß es nicht eine römische Provinz werde. Ich habe Ihnen damals zugerufen, was der von mehreren Rednern oft genannte Treitschke sagte:

„Bayern ist eine lebensunfähige, politische Mißbildung, recht eigentlich ein Zwerg mit einem Wassertopfe und Preußens Aufgabe besteht darin, Bayern zu zerschlagen und das Haus Wittelsbach auf seine Alpenländer zu beschränken.“

Damals rief ich Ihnen zu: Es handelt sich nicht darum, daß Bayern eine römische Provinz werde, nun haben wir gesehen, daß es sich nicht darum gehandelt hat — aber ich bitte Sie und beschwöre Sie, helfen Sie uns mit aller Mängstlichkeit, daß Bayern weder jetzt noch später eine preussische Provinz werde.

Herr Dr. Huttler rief uns zu, die patriotische Partei würde zu einer erbärmlichen Sekte herabsinken, wenn Sie die Verträge nicht annehmen. Meine Herren, gerade das Gegentheil halte ich für wahr. Auf dem Rütli standen nur vier Männer, und die thaten

den Schwur, daß der Landesvogt niemals das Land bedrücken solle, und diese vier Männer haben die Würde und die Freiheit eines großen Volkes geschaffen und gewahrt, sie sind die Repräsentanten dieses Volkes geblieben, und stehen heute noch da, anerkannt von allen Geschlechtern und in Ehren. So wollen auch wir, und wären wir auch nur vier, wir wollen den Herzensgedanken, den Sinn des bayerischen Volkes unbeirrt mit allem Nachdruck vertreten. Meine Herren! Der Ausdruck „Selte“ erinnert mich an alle Jene, welche den alten Stamm verlassen haben und sagen, sie seien von jeher der Stamm gewesen und geblieben.

Von der Versöhnung aus Prinzipientreue ist gesprochen worden von demselben Herrn. In der Politik gibt es keine Versöhnung, in der Politik gibt es nur Ueberwindung, keine Versöhnung. Und warum sollen denn wir immer Diejenigen sein, die sich versöhnen sollen? Hat uns denn das Volk dazu hergeschickt, daß wir uns in Alles fügen, was man uns zumuthet? Hat es uns nicht mit ganz anderer Absicht hereingeschickt? Hat uns das Volk hieher geschickt, damit wir diesem Ministerium ein Vertrauens-Votum geben? Hat es uns nicht vielmehr deshalb hieher geschickt, damit wir darnach trachten, daß dieses Ministerium sobald als möglich beseitigt werde? Es gibt in der Politik keine Versöhnung, es gibt in der Politik nur Ueberwindung, und wer sich aufgibt und sich selbst wegwirft, der sündet nicht einmal Achtung, geschweige denn Frieden.

Wo der König ist, dort sind auch die Patrioten, hat derselbe Herr Dr. Huttler gesagt. Ei, meine Herren, warum war denn Herr Dr. Huttler nicht im vorigen Jahre dort, wo der König war? So viel zur Abwehr!

Ich komme zu den Bündniß-Verträgen selbst. Meine Herren! Die Bündniß-Verträge gefallen mir nicht, sie gefallen mir nicht, mag ich sie in ihrer Vorbereitung oder in ihrer Abschließung oder mag ich sie in ihren Folgen betrachten. Wer hat sie vorbereitet? „Unverändert und unveränderlich“ — wer hat sie vorbereitet? Preußen hat sie seit mehr als hundert Jahren vorbereitet. Warum hat es im vorigen Jahrhundert so oft Oesterreich bekriegt, warum hat es mit Frankreich den schimpflichen

Baseler Frieden geschlossen, warum hat es im Jahre 1815 die Wiedererstehung des deutschen Reiches verhindert, warum hat es im Jahre 1854 die Politik der freien Hand geübt, im Jahre 1859 desgleichen, warum hat es damals den süddeutschen Enthusiasmus gegen den Erbfeind niedergehalten und gedämpft, warum hat es im Jahre 1866 nach der Wahlfahrt nach Biarritz mit Hilfe des Erbfeindes und aller Meuterer des Auslandes den deutschen Bund gesprengt, warum hat es im Jahre 1870 einen Krieg eingefädelt, der an Barbarei Alles übertrifft was da gewesen ist. (Große Unruhe.)

I. Präsident: Ich muß den Herrn Redner doch bitten, die Gefühle nicht so zu verletzen, wie das durch diese Worte geschehen ist.

Dr. Pfahler: Meine Herren, ich lasse die Geschichte urtheilen.

Der rastlose Zerstörer des Reichs kann nun und nimmer der Neubegründer des Reichs sein, es sei denn um seinetwillen, um unsertwillen ist er es gewiß nicht!

„Unverändert und unveränderlich“ — wer hat sie vorbereitet die Verträge? Die Fortschrittspartei, sie gesteht es selbst zu; seit Jahren arbeitet sie im Sinne und im Interesse Preußens gegen den Genius und die Traditionen Bayerns. Die Herren gestehen es selbst ein, sie machen sich jetzt ein Verdienst daraus!

„Unverändert oder unveränderlich“ — wer hat sie vorbereitet, die Verträge? Unsere eigene Regierung, sie will nun, daß wir jetzt ihr und der Fortschrittspartei das Fleißbillet ausstellen. Das patriotische Volk wurde vielfach eingeschüchtert, seine Wahlfreiheit — offenkundig ist es — verkümmert, die Presse wurde unerhört vergewaltigt, die Patrioten drangsalirt, chikanirt und prozessirt und jetzt will man dieses zum Staunen Europa's gleichwohl patriotisch gebliebene Volk auch noch confisziren! (Unruhe.)

I. Präsident: Solche Vorwürfe müssen thatsächlich begründet werden!

Dr. Pfahler: Sie wollen Thatsachen? Ich glaube, die Thatsachen liegen vor! Man will, sage ich, jetzt das Volk confisziren zu Gunsten nicht eines deutschen Reiches, sondern zu Gunsten des preussischen Einheitsstaates.

„Das Kaiserthum von heute“, hieß es im norddeutschen Reichstage, „ist das Hohenzollernthum, ist Preußen.“

Meine Herren, man ging nach Versailles und das Gegentheil des Versprechens vom 19. Juli 1870 brachte man nach Hause. Meine Herren, das Versprechen vom 19. Juli 1870 hat unzweifelhaft auf manchen Derjenigen, die nicht fest geblieben sind bei der Neutralität Bayerns, einen tiefen Eindruck gemacht. Gar Mancher hat deshalb, weil er glaubte, unser engeres Vaterland Bayern werde nach einem siegreichen Kampfe große Vortheile in Beziehung auf seine Selbständigkeit erringen, gar Mancher, sage ich, hat vielleicht diese Rücksicht bei Abgabe seines Votums in die Wagschale fallen lassen. Nun aber, meine Herren, soll Bayern seine Siege mit dem Untergange seines Eigenlebens bezahlen. Wo ist Das vorgekommen in der Weltgeschichte? Das ist ein Gedanke, den unser Volk verträgt, den unser Volk nicht vertragen kann, es ist der Widerspruch zu grell und zu groß, als daß das Volk, das solche Siege errungen, das solche Hingebung an den Bundesgenossen bewiesen, das so viel Gut und Blut geopfert, daß ein solches Volk glauben könnte, dies sei die rechte, die gute Frucht der Bündnistreue, die es geübt hat.

Man sagt selbst, von Preußen wurde weder ein Drang geübt, noch die Initiative ergriffen, und doch spricht man von einer Zwangslage? Ja, wer zwingt denn, meine Herren? Sie sagen, die Macht der Verhältnisse. Welche Verhältnisse zwingen uns denn? Sie sagen: Ja, was soll aus Bayern werden, wenn es dem neuen deutschen Reiche nicht beitrifft? Ich sage: Bayern soll bleiben, was es ist, und was zu bleiben es auch das Recht hat.

Wer sah sich gezwungen? sahen sich etwa die Minister gezwungen? Für sie gibt es ja einen Ausweg, den jeder ächt constitutionelle Staatsmann wohl kennt. Aber sagt man, der Fürst hat sich gezwungen. Nun angenommen, aber nicht zugegeben — dann steht Zwangslage gegen Zwangslage. Ihrer angeblichen Zwangslage, mit welcher der Fürst sich gezwungen hat, steht jene Zwangslage gegenüber, daß uns der Fürst den Eid geschworen hat, verfassungsmäßig zu handeln. Das ist eine Zwangslage, die Ehre, Heil und Ruhm nicht bloß dem bayerischen Volke, sondern allen deutschen Stämmen, allen europäischen

Völkern einbringt, und wenn diese Zwangslage maßgebend wird, wird sie einen Ruhmes-Lorbeer um die Schläfe unseres allerdurchlauchtigsten Königs winden.

Ich kann den Verträgen auch nicht beistimmen wegen der Folgen. Es ist genugsam gesagt worden, insbesondere im Referate des Herrn Referenten der Reichsrathskammer ausführlich dargelegt, daß die Bündniß-Verträge den Charakter und namentlich den Wohlstand Bayerns schädigten. Auch Sie selbst sagen, Sie haben keine große Freude daran, es werden unsere Finanzen mehr in Anspruch genommen, es kommen große Lasten auf das Volk. Das sagen Sie Alles, aber wenn man Sie fragt, warum Sie doch beistimmen, sagen Sie: Die Zwangslage, die Furcht, Bayern könnte verloren sein, nöthigt uns. Ich weiß sehr wohl, Sie stellen diesen Folgen, diesen Opfern und Lasten die Reichseinheit, die deutsche Einigung als Ersatz gegenüber.

Meine Herren, schon einer meiner Herrn Vorredner, Herr Dr. Neumaier, hat Ihnen gesagt, Sie möchten doch einmal den Dingen den rechten Namen geben: Nicht das deutsche Reich, sondern zwei Drittheile Deutschlands unter dem preußischen Hut, das ist es, was die Verträge anstreben, und nicht einmal das Kaiserthum, das auf einer sittlichen Idee ruhte, sondern den Cäsarismus. Ich habe noch von keinem solchen Siegespreis in der Weltgeschichte gelesen, als der ist, welcher uns jetzt vorgelegt wird. Napoleon, Frankreich, ist physisch und militärisch besiegt, aber der Sieger tritt in die Fehler des Besiegten ein, in den Cäsarismus, denn dieser Napoleon mit Hilfe des antik-heidnischen nationalen Princips, um alle Rechtszustände aufzulösen, errichtet hat, ein System, das gar Viele angebetet haben vom Jahre 1859 bis 1866. Diesen Cäsarismus, der dem deutschen Wesen, dem germanischen Denken widerspricht, wie Herr Collega Greil schon nachgewiesen, diesen will der Sieger auch bei uns einführen.

Meine Herren, der dritte Krieg ist angeregt worden. Sie wehren sich dagegen, sie malen uns ein so herzliches Einverständnis zwischen Oesterreich und Preußen, vielmehr dem neuen deutschen Reiche vor, daß es uns ganz rosig vor den Augen werden möchte, wenn wir Ihren Worten glaubten. Meine Herren, wenn die Dinge sich so gestalten, wie Sie wünschen, d. h. wenn die Verträge

angenommen werden, dann muß wohl der dritte Krieg kommen. Denn die Thatsachen sind logischer, als die Menschen. Sie haben bloß zwei Drittel Deutschlands, das andere Drittel müssen Sie holen. Wenn Sie wahre Mehrer des Reiches sein wollen, wenn wirklich ganz Deutschland Ein deutsches Reich sein will, müssen Sie die Andern, d. i. die österreichischen Brüder holen. Das aber bedeutet Krieg. Und was wäre ein solcher Krieg für Bayern? Der alte bayerische Stamm zieht sich hinab bis an die Raab in Ungarn, und wenn wir im Krieg mit Preußen gegen Oesterreich kämpfen müßten, so hieße dies die eine Hälfte des Stammes durch die andere Hälfte abschachten lassen.

Ueber den Verlust wesentlicher Kronrechte, von denen so viel gesprochen worden, füge ich nichts weiter hinzu. Außer ihnen stehen aber auch Freiheit und Rechte des Volkes auf dem Spiele, welche zu opfern ich nie bereit bin. Sie sagen freilich, durch den norddeutschen Bund bekommen wir das wieder. Ach, wenn nur Preußen nicht den Bundesrath und den Reichsrath so in der Hand hätte, daß beide nichts erreichen können, auch wenn sie wollen! Daß die Lasten des Volkes vermehrt werden, geben Sie theilweise selbst zu; Sie sagen nur, wenn wir in das Reich nicht eintreten, haben wir die gleichen Lasten. Ich glaube dies nicht, aber wollte man es annehmen, dann ist es ein himmelweiter Unterschied. Wenn Bayern nicht in das deutsche Reich eintritt, so bleibt ihm seine geschichtliche Ehre, seine Freiheit, seine Existenz, seine politische Selbständigkeit, wie es dieselbe von jeher gehabt. In diesem Falle für die höchsten irdischen Güter Opfer zu bringen, fällt einem Volke nicht so schwer, als wenn es dieselben bringen muß mit Widerwillen zu Gunsten eines Andern. Meine Herren! Vom norddeutschen Reichstag hoffen Sie so viel! Sie sagen, wir wollen das, was wir haben, hingeben, um es dann später wieder zu erkämpfen. Ich aber, meine Herren, will behalten, was ich habe, weil ich nicht weiß, wie der problematische Kampf ausgehen wird, den man beginnen will.

Und auf welchen Säulen ist denn das neue Reich gegründet? Auf Militarismus, und wenn Sie die Diätenlosigkeit des Reichstages ins Auge fassen, auf die Bourgeoisie. Meine Herren, es widerstrebt meinem bayeri-

sehen Gefühle, daß der Wittelsbachische Thron, daß die Wittelsbachische Krone nur einigermaßen solle beeinträchtigt oder der Strahlenglanz derselben geschwächt werden (Heiterkeit links), denn diese Krone strahlte schon längst in ganz Deutschland, ehe das bekannte Bankgeschäft den Hohenzollern'schen Thron in die Welt einführte.

Sie sagen, meine Herren, der Parteihader erlösche, Friede komme in's Land, wenn wir die Verträge annehmen.

Sie, meine Herren, Sie erwarten den Frieden bei einem Volke, das so verwachsen ist mit seiner Dynastie, und das diese Dynastie ganz und gar mit dem Glanze der Krone und nicht verklämmert sehen will, Sie erwarten den Frieden bei einem Volke, dem das Herz aus dem Leibe gerissen wird, dem seine heiligsten Rechte und Freiheiten geschmälert werden. Meine Herren! Frieden wird nur dann, wenn man einmal ernstlich von Regierungswegen selbst im Sinne hat, die Parteiungen fallen zu lassen, wenn man den Zweck fallen läßt, um dessenwillen die Parteiungen entstanden sind. Meine Herren! Sie reden von Agitation. Ei, nach Ihrem Wissen kann es ja keine geben. Sie haben $\frac{5}{6}$ des Landes hinter sich, sagen Sie, wer wird so thöricht sein, gegen Sie zu agitiren, wenn Sie schon $\frac{5}{6}$ hinter sich haben? Es wäre ja jede Agitation unnütz und fruchtlos.

Meine Herren! Es ist gestern gesagt worden, Europa schaut auf uns. Ja, Europa schaut auf uns, ob es noch einen deutschen Stamm gibt, der den Muth und den Freiheitsinn hat, um sein „Nein“ auszusprechen; es schaut auf uns, meine Herren, weil es hofft, weil die übrigen deutschen Stämme hoffen, daß wenigstens wir den Muth haben, zu widersprechen und zu sagen: Bis hieher und nicht weiter! Meine Herren, ist es keine Agitation, was jetzt mit dem Telegrammen-Schwindel getrieben wird? Wenn ich an diese Telegramme, wenn ich an all' diese Briefe, die schon vorgelesen wurden, wenn ich an all' diese Pressionen und Operationen, die jetzt ausgeführt werden, denke, meine Herren, so finde ich nicht bloß mein verfassungsmäßiges Pflichtbewußtsein verletzt, sondern geradezu auch die Manneswürde. Meine Herren! Um Eines bitte ich Sie, wenn Sie „Ja“ sagen zu den Verträgen, so behängen Sie doch das Bildniß hier hinter

dem Präsidententisch mit einem schwarzen Flor, auf daß es nicht herabschauen muß auf Ihr Botum, weil ich glaube, daß der Geber unserer Verfassung sich einen andern Dank erwartet hätte. (Unruhe links.)

Meine Herren! Der Mann thut seine Pflicht, er handelt nach Principientreue, nach Gerechtigkeit, und Gott wird sorgen, wenn man uns auch vorgeworfen hat, daß wir uns darauf verlassen, daß Gott sorgen soll, ja ich bekenne es, ich hoffe darauf, daß er dafür sorgt, daß die Hoffartsbäume nicht in den Himmel wachsen. Meine Herren! Kurz vorhin wurde ein Satz, der von der linken Seite des Hauses so häufig colportirt worden, Lügen gestaft, und zwar durch den Austritt des Herrn Dr. Westermayr. Man hat uns immer gesagt, wir erhalten unsere politische Parole von Rom oder einem Kirchenfürsten. Meine Herren! Ich erkläre Ihnen hiemit feierlich, daß ich in politischen Dingen weder einem Bischof, noch sonst einem Gliede der kirchlichen Hierarchie Gehorsam leisten werde, weil ich es nicht schuldig bin.

Man hat von einer neuen Ehe gesprochen, welche das bayerische Volk eingehen soll. Meine Herren! Das bayerische Volk will die elfhundertjährige Ehe nicht gelöst wissen, und nach seinen Begriffen ist die Vielweiberei, wie die Vielmännerei gleichmäßig verboten. (Heiterkeit links.)

Male parva male dilabuntur, Unrecht Gut thut nicht gut; das wird es einmal heißen. Warten wir es ab! Suum cuique! Jedem das Seine, sagt das Preußen-Wappen selbst. Gott der Herr wird schon dafür sorgen, daß Sie noch an die weltliche Herrschaft der Vorsehung glauben.

Ich appellire zum Schlusse auch an Ihre Vaterlandsliebe. Ja, unser Vaterland Bayern verlangt, daß wir nicht Ja sagen zu diesen Verträgen; das Vaterland Bayern, unser theures Vaterland, unser bayerisches Volk will es so. Ich wenigstens will handeln nach dem Programme, nach der Principientreue, ich will so handeln im Angesichte der Verfassung, die unser Volk beglückt hat; ich will diesen Verträgen nie und nimmer meine Zustimmung geben. (Bravo von der Rechten.)

XV.

Rede des Abgeordneten Burger,

gehalten am 21. Januar 1871.

Meine Herren! Der Herr Abg. Sellner hat gestern gesagt, es wundere ihn, daß die Abgeordneten aus Unterfranken gegen die Verträge sind, ohne Rücksicht auf den Zollverein zu nehmen, da wir doch wüßten, welche Masse von Schlachtvieh nach Preußen komme, und daß auch Wein aus Unterfranken dorthin gehe. Aus diesem Grunde schon müßten wir für die Verträge stimmen.

Meine Herren! Gerade, weil solche Massen von Schlachtvieh nach Preußen kommen, ist mir das ein Grund zur Annahme, daß Preußen das höchste Interesse am Zollvereine hat; denn das Schlachtvieh ist ein nothwendiges Bedürfniß zum Leben, und zudem haben wir auch Ausfuhr an Schlachtvieh nach England und Frankreich.

Der Herr Abg. Sellner hat ferner, als Herr Perzer über die Lasten klagte, bemerkt, gerade diese seien ihm ein Grund, für die Verträge zu stimmen, da in Preußen die Grundsteuer geringer sei. Der Herr Abg. Sellner wird aber auch wissen, daß in Preußen neben der Grundsteuer noch die Klassensteuer, die Wahlsteuer, die Schlachtsteuer besteht und wenn ein Oekonom eine Brennerei dabei hat, die er nur im Kleinen betreiben kann, die Brennereisteuer ungeheuer ist; es gibt sogar in Preußen eine Zeitungsteuer, das ist also kein Grund für mich, für die Verträge zu stimmen.

Daß eine Mehrbelastung durch Annahme der Verträge eintritt, habe ich von keiner Seite widersprechen gehört. Bloß darüber ist der Streit, daß die Einen mehr, die Andern weniger annehmen. Ich nehme an, die Rechnung des Herrn Abg. Kolb ist zu hoch und die Ausführungen des Herrn Staatsministers sind zu niedrig. Ich will also das Mittel annehmen. Die Lasten, welche dadurch dem Volke aufgebürdet werden, treffen am Schlimmsten den Mittelstand. Ich meine nicht den Bauern allein, sondern auch den Gewerbsmann. Wie viele Familien arbeiten fleißig und leben sparsam, und

wenn das Jahr vorüber ist, sind sie froh, so viel erspart zu haben, um ihre Abgaben bezahlen zu können. Diesen Ständen noch mehr aufbürden, heißt nichts Anderes, als sie zu Grunde richten. Der Reiche mag wohl ungern mehr zahlen, aber es fehlt ihm doch nicht schwer, weil er das Geld hat, und dazu kommt noch, daß der Reiche oft nur eine Scheinsteuer bezahlt. Betrachten wir z. B. die Kapitalsteuer. Mit der Einführung der Kapitalsteuer ging auch der Zinsfuß in die Höhe, also nicht der Kapitalist, sondern der Schuldner muß eigentlich diese Steuer bezahlen. Das Gleiche ist es auch mit den indirekten Steuern. Die indirekten Steuern treffen auch am Schwersten den Mittelstand, und wenn wir preussische Zustände bekommen, — wie dann selbst die geringeren Klassen belastet werden, davon nur ein Beispiel: Bei uns kostet ein Patent zum Kleinhandel, was so kleine Geschäfte zum Hausirhandel sind, 35 Kreuzer, in Preußen kostet ein solches Patent 5 preussische Thaler.

Meine Herren! Das ist gewiß ein großer Unterschied, und wenn man nicht das Volk, die Mittelklassen und die geringeren Stände in Noth und Elend bringen will, kann man nicht für die Verträge stimmen.

Es hat wohl ein Herr Redner geäußert, das seien bloß Vermuthungen, wir hätten keine Erfahrungen. Ich sage, meine Herren, wir haben Erfahrungen. Haben wir nicht im Jahre 1867 erfahren, wie in Ostpreußen die Hungersnoth herrschte? Wie ist es dann in einer Zeit, wo auf Eisenschienen in ein paar Tagen Vorräthe genug herbeigeschafft werden können, wie ist es möglich, daß eine solche Hungersnoth herrscht? Das ist aber nur möglich, wenn das Mark des Volkes ausgesogen ist, wenn das Volk zum größten Theile verarmt ist. In Oesterreich und Bayern waren im Jahre 1866 die Kriegsschauplätze, und in beiden Ländern ist diese Erscheinung nicht zu Tage getreten, ein Beweis, daß in beiden Ländern das Volk noch nicht so sehr verarmt ist. In Preußen gibt es arme Familien, die nicht einmal allein ein Zimmer zu bewohnen haben, so daß zwei Familien in einem Zimmer zusammenwohnen; das ist gewiß bei uns keine Erscheinung.

Meine Herren, in den Neuesten Nachrichten war vor einigen Tagen ein Artikel zu lesen, daß die Ungebildeten dieser Seite auf Seite des Herrn Referenten Jörg stehen. Ich bin nun einer dieser Ungebildeten, und will Ihnen hier eine kurze Aufklärung geben. Das Landvolk ist heute noch stolz auf die Ehrlichkeit der alten Deutschen; ein Wort, ein Handschlag bedeutete mehr als in jetziger Zeit oft ein Eid, und wer dem Landvolk sein Wort gegeben und es nicht hält, der hat seine Achtung verloren, der wird mit Verachtung bestraft. Sie, meine Herren, Sie haben Ihren Wählern versprochen den Eintritt in den Nordbund, Sie haben darnach gestrebt und sind jetzt an der Entscheidung angelangt. Sie können vor Ihre Wähler hintreten und sagen: Wir haben gethan, was wir euch versprochen haben. Ganz anders steht es mit uns. Wir waren der Ueberzeugung, daß ein Aufgehen in Preußen ein Unglück für das Land, Noth und Elend für das Volk ist. Wir haben unsern Wählern versprochen, daß wir für die Selbständigkeit Bayerns sind; wir haben durch Annahme unseres Mandats uns verpflichtet, nach unserem Programme zu handeln.

Ja, heißt es, wenn die Staatsregierung die Verträge noch nicht abgeschlossen hätte, würden wir dies allerdings thun; aber das ist mir kein Grund. Die Staatsregierung wußte, daß die Mehrheit dieses Hauses auf dieses Programm gewählt ist, und hätte sie, ehe noch die Verträge geschlossen waren, die Kammer aufgelöst, so hätte das Volk gesprochen, was es will.

Herr Abg. Baron Freyberg hat uns verlesen, daß die Verantwortung die Regierung ganz allein treffe, die solche Verträge abgeschlossen. Er stimme aus wirthschaftlichen Interessen für die Verträge. Dem stimme ich nicht bei. Denn, wenn wir den Verträgen beistimmen, dann trifft die Verantwortung das Ministerium nicht allein, sondern wir genehmigen das, was das Ministerium gethan hat, also tragen wir auch die Verantwortung mit. Ich stimme deshalb für die Verwerfung der Verträge, um Noth und Elend vom Volke abzuhalten und als ehrlicher deutscher Mann mein gegebenes Wort zu halten.

XVI

Rede des Abgeordneten M a h r ,

gehalten am 21. Januar 1871.

Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß ich Sie mit so glänzender Rede, wie der Herr Abg. Föckerer, über die Vortrefflichkeit der Versailler Verträge und ihre segensreichen Rückwirkungen auf das Wohl Bayerns behelligen werde. Nachdem aber gestern der Herr Abg. Fischer mit wahrhaft vernichtender Logik die zweistündige Rede meines Herrn Kollegen Greil vollständig entkräftet und beseitigt hat, so bin ich erschrocken über die Courage der Herren Abg. Dr. Kuland und Bayer, mit welcher sie es wagten, diesem Herrn Abgeordneten, der von der Natur schon mit so außerordentlichen Vorzügen ausgestattet ist und die Infallibilität dieses Hauses zugleich mit dem Mutterwitz in ständigen Pacht genommen hat, nur noch ein Wort zu erwidern.

Die Zeit, meine Herren, ist zwar kostbar, aber ich sehe mich doch veranlaßt, wenigstens einige Erörterungen in diesem Hause noch zu geben, und zwar um so mehr, weil ich mich schon früher einmal habe bestimmen lassen, in jener gewichtigen Sitzung vor Vertagung des Landtages auf das Wort zu verzichten, um, wie man mir sagte, nicht die Aufregung in diesem Hause und namentlich auf den Gallerien noch zu steigern. Dieser Grund fällt natürlich diesmal vollständig weg. Denn das die Metropole Bayerns beherrschende und in ihr Ton angehende Journal hat ja allergnädigst gestattet, daß wir in der Bündnißfrage ganz unbehelligt tagen dürfen, und die Art und Weise, wie gleich bei dem Beginn der Debatte Herr Abg. Dr. Kuland und dann später die nachfolgenden Redner auf dieser Seite, welche gegen die Verträge sprachen, mit Hohn und Spott, gleichsam wie auf Kommando von Zugführern von jener Seite überschüttet wurden, hat den Beleg zur Wahrheit dieser Behauptung gegeben.

Meine Herren, ich habe zwar dieses Journal — ich nenne es gleich, — es sind die „Neuesten Nachrichten“

und die mit ihr seelenverwandten Geschwister die „Augsb. Abendzeitung“ und andere mit Erklärung durch Namensunterschrift und hier in öffentlichen Versammlungen als Banditen-Journale bezeichnet, und zwar aus dem Grunde, weil sie absichtlich und wissentlich die öffentliche Meinung fälschen und zwar vorzüglich in der deutschen oder vielmehr preussischen Frage, um sich dann auf diese öffentliche Meinung wieder berufen zu können, ähnlich wie der Herr Bürgermeister Erhardt und Conjorten hinaustelegraphiren ließen in's Land: Tausende von Telegrammen für Annahme der Verträge müssen herein, damit man sich hier auf sie als die allgemeine öffentliche Meinung berufen könne.

Diese Dinge kennen wir. Und wenn man doch von einer zu tadelnden Milde der kgl. Staatsregierung gesprochen hat, wie Herr Collega Dr. Böll, so muß ich sagen, daß allerdings die Milde einer k. Staatsregierung zu tadeln ist, die ganz ungehindert ein solches Lügengetreibe gestattet, aber nicht zu rühmen jene Milde der k. Staatsregierung, welche die Wahrheiten der Presse, weil unangenehm, durch Polizei-Willkür fast vollständig todtzuschlagen läßt, wie der liberale Herr Dr. Böll will.

Uebrigens bin ich bekanntlich für vollständige Sprech- und Preßfreiheit und war es von jeher. Auf mich paßt der Vorwurf nicht, der von da drüben gekommen ist, daß wir jetzt erst das Wort Freiheit in den Mund nehmen. Ich betone auch namentlich einer Aeußerung des Herrn Dr. Frankenburg gegenüber, daß ich für Alles, was ich durch Namensunterschrift, was ich in öffentlichen Volksversammlungen, was ich in den Gerichtssälen in Bamberg bei Gelegenheit meiner Selbstvertheidigung, im Hohenlohe'schen und andern Prozessen, und was ich vor 10 und mehr Jahren in öffentlichen Volksversammlungen, namentlich in der schleswig-holsteinischen Frage gegen die perfide, fluchwürdige Politik Preußens gesprochen habe, hier einstehe. (Großer Tumult.)

II. Präsident: Ich muß mich doch feierlich verwahren, daß der Herr Redner solche Ausdrücke gebraucht. Ich bitte um Ruhe.

Mahr: Ich habe dies deswegen gethan, weil uns eine Aeußerung entgegengehalten worden ist, daß man für das, was auswärts öffentlich in Gerichtssälen gesprochen worden, hier nicht verantwortlich sei.

Dieß zur Einleitung mit der Versicherung an Herrn Collega Louis, daß wir selbst bei Bewahrung aller christlichen Nächstenliebe in Folge der schönen Reden da drüben unsere Meinung durchaus nicht geändert haben. Diese schönen Reden, die Alles berührten, nur den eigentlichen wunden Fleck nicht, sondern schöne seidene Lappen darauf legten, um darüber wegsehen zu können, diese schönen Reden haben auf uns keinen Eindruck gemacht, weil sie nichts bewiesen haben. Man hat uns den Vorwurf gemacht, es sei etwas ganz Anderes, vor einer Bauern-Gemeinde zu sprechen — ich bin ja ein Bauern-Pfarrer — als hier in diesem Hause. Und ich sage Ihnen, meine Herren, es ist etwas Anderes im Schwurgerichtssaale den Geschwornen gegenüber zu plaidiren und hier eine ganze Partei überzeugen zu wollen, und wenn noch dazu von den Führern der Partei (v. Schauß ruft: Herr Präsident haben Sie gehört?)

II. Präsident: Ich bitte um Ruhe. Es ist schon zu wiederholten Malen vom I. Herrn Präsidenten das Ansuchen an die Herren gestellt worden, sich gerade an dieser Stelle des Saales ruhig zu verhalten. Es ist sonst unmöglich, den Herrn Redner zu verstehen. Ich hoffe nicht, daß Sie mich in die Lage setzen werden, das noch einmal zu wiederholen.

Mahr: Und wenn von den Führern der Partei noch dazu solche politische Schnitzer gemacht werden, wie man sagt, wie gestern von Herrn Dr. Schauß bezüglich des preussischen Bankgeschäftes, so muß ich doch fragen, ob man da drüben die Intelligenz gepachtet hat.

Dr. v. Schauß: Ich frage, ob diese Dinge zur Sache gehören.

Mahr: Allerdings, Herr v. Schauß! Ich habe es zu widerlegen.

II. Präsident: Ich muß den Herrn Redner ersuchen, bei der Sache zu bleiben.

Mahr: Es ist gestern so Ungeheuerliches vorgekommen, daß ich es rügen muß.

II. Präsident: Ich ersuche den Herrn Redner, mich nicht zu unterbrechen.

Sie kennen selbst den Art. 81 der Geschäftsordnung. Ich stehe hier, die Geschäftsordnung unnachsichtlich aufrecht zu erhalten, und werde mein Recht gegen Jedermann gebrauchen. Ich ersuche also, sich innerhalb der Grenzen zu halten, welche die Geschäftsordnung vorschreibt.

Mahr: Ich bitte den Herrn Präsidenten, mir zu sagen, wo ich gefehlt habe.

II. Präsident: Ich meine, Sie sollen sich jeder persönlichen Beziehung enthalten und sich keiner beleidigenden Aeußerungen in irgend einer Richtung bedienen, weil ich vorhin in der Lage war, den Herrn Redner auf den Art. 81 der Geschäftsordnung aufmerksam machen zu müssen.

Mahr: Es wäre sehr gut gewesen, wenn dies gestern dem Herrn Abg. Fischer vom Herrn Präsidenten v. Weiss auch gesagt worden wäre. Ich habe bloß rügen wollen und muß auch Herrn v. Schaufz ersuchen, uns immer die Sache in's Angesicht zu sagen, und nicht auf die Ecke der Gallerie hin, als ob da droben ein geliebter Gegenstand säße. (Unruhe links.)

Dr. v. Schaufz: Dieser Ton ist so unwürdig, daß ich dringend bitten muß, dem Herrn Redner, wenn er solche Aeußerungen wiederholt, das Wort zu entziehen.

II. Präsident: Ich habe den Herrn Redner wiederholt auf Art. 81 der Geschäftsordnung aufmerksam gemacht und fühle mich in der Lage, wenn der Herr Redner nicht unterläßt, in dieser Art vorzugehen, von diesem Art. 81 Gebrauch zu machen; einstweilen rufe ich dem Herrn Redner diesen Artikel wiederholt ins Gedächtniß zurück.

Mahr: Ich halte es für meine Pflicht, in diesem Saale auch der Ansicht jenes Theiles des bayerischen Volkes Rechnung zu tragen, welches uns in diesen Saal hereingeschickt hat, und betone es, nicht bloß jener, sondern auch dieser Seite des Hauses gegenüber mit seiner in der neuern Zeit vielfach irregeleiteten patriotischen Presse, welche uns nicht immer festes Gestein und pures Gold bot, sondern vielfach auf diplomatischen, feinen und weisen Schleichwegen ins preußische Lager einlenkte — ich betone,

daß wir weder von einem weltlichen, noch von einem geistlichen Fürsten, noch von den Ministern, Diplomaten und Staatsmännern gewählt sind, sondern vom bayerischen Volke und nur vom bayerischen Volke zur Wahrung der Interessen dieses Volkes. Ich protestire hier gegen Alles, was höchste und allerhöchste und hochwürdigste Handschreiben in dieser Angelegenheit betrifft. Wir wollen uns freihalten und uns von keiner Seite beeinflussen lassen. Ich protestire auch ganz besonders gegen das unbefugte Hereinziehen der Person Seiner Majestät des Königs. Ich bin ein ebenso treuer Unterthan des Königs wie andere; aber ich lasse mich nicht bestimmen, ich lasse nicht auf mich einwirken, um dadurch vielleicht mein Votum im Sinne jener Partei abzugeben.

Unser patriotisches bayerisches Volk aber verhält sich zu dem Versailler Vertrage, wie zu dem gegenwärtigen Kriege. Es hat beide nicht gewollt, es hat deshalb beide nicht gewollt, es hat deshalb beide nicht verlangt, es ist an beiden nicht schuld und daher für beide nicht verantwortlich, aber es schreckt vor den Folgen beider mit Entsetzen zurück, weil diese Folgen eine vollständige Schädigung seiner Interessen, das Grab seiner Freiheit, seines Familienglückes und National-Wohlstandes bilden. Meine Herren, ich habe schon vor mancher Versammlung gesprochen, und wenn man auch mit meiner Ansicht vielleicht nicht einverstanden war, so hat man, was ich sprach, doch nicht für Unsinn erklärt, aber das sage ich Ihnen: Wenn ich im Juni vorigen Jahres eine Volksversammlung gehalten hätte in Franken, in Schwaben oder in Altbayern, in Württemberg, Sachsen oder Preußen, und hätte gesagt: „Höre, deutsches Volk, in 4 Wochen geht dein sehnlichster Wunsch in Erfüllung, in 4 Wochen haben wir einen Krieg“, so würde man mich für einen Unsinnigen gehalten haben. Und wenn ich in Frankreich in den Departements am Rhein oder an der Garonne, an der Loire oder der Seine eine Volksversammlung gehalten und gesagt hätte: „Französisches Volk! freue dich, in 4 Wochen wird dein Wunsch erfüllt, da gibt es Krieg mit Deutschland“, so hätte man mich für ebenso unsinnig gehalten, denn das Volk hat keinen Krieg gewollt, weder herüben noch drüben.

Aber das bayerische Volk hat die Ansicht, daß, wenn Fürsten und Diplomaten ihrer verletzten Eitelkeit, ihrer maßlosen Ruhmsucht, ihrer Ländergier und Eroberungslust keine Schranken mehr anzulegen wissen oder ihre Stellung moralisch unhaltbar geworden, sie einen Krieg veranlassen, und die Völker, welche den Krieg nicht gewollt haben, sich dann gegenseitig massakriren und ruiniren müssen, während die verbrecherischen Urheber des Krieges auf reservirten Höhen nach wie vor in dulci júbilo leben und ihren Champagner dazu trinken. (Ungeheurer Lärm links.)

Wer muß aber dann wieder das Elend des Krieges einigermaßen lindern? Das Volk und die aus dem Volke hervorgegangenen Vereine, Institutionen und Corporationen, besonders auf religiösem Gebiete, z. B. die barmherzigen Schwestern. Und da begegnen wir der eigenthümlichen Erscheinung, daß, während Oesterreich und Preußen diesen barmherzigen Schwestern für ihre aufopfernden Leistungen im Krieg 1866 vollste Anerkennung zu Theil werden ließen und volle Entschädigung für ihre Unkosten gewährten — ja in Oesterreich sind die barmherzigen Schwestern mit hohen Orden decorirt worden — die bayerische Staatsregierung den Schwestern weder staatliche Anerkennung zu Theil werden ließ, noch die Kosten der Auslagen entschädigte. Ich will nicht davon reden, daß sie bis jetzt noch keine Corporationsrechte erlangen konnten, wie Diaconissinen. So hat man mir wenigstens gesagt. (Unruhe.)

II. Präsident: Ich bitte die Versammlung um Ruhe. Es ist von diesem Plaze aus unmöglich, den Herrn Redner zu verstehen.

Wahr: Das bayerische Volk hat nebstdem noch die Ansicht, daß, wenn Fürsten und Diplomaten nebst dem Kanonenkrieg auch noch einen diplomatischen Krieg führen, auf dem Papier, und sich auch da überlisten wollen, daß sie dann Verträge abschließen, „heilige“ Verträge, „im Namen Gottes“ und „auf ewige Zeiten“, um diese Verträge, wenn es opportun erscheint, in 24 Stunden wieder zu brechen. Darum wendet sich das Volk mit Abscheu von solchen „ewigen“ Verträgen, von solchen

höchsten und allerhöchsten Spielereien mit Prädikaten, die nur Gott zukommen, hinweg. (Unruhe links.)

II. Präsident: Ich rufe den Herrn Redner wegen dieser absolut gegen die Würde des Hauses verstößenden Aeußerung zur Ordnung und weise ihn auf den Art. 81 hin. Wenn noch einmal eine ähnliche Aeußerung kommt, werde ich demselben das Wort entziehen.

Mahr: Das christliche Volk kann das eben nicht verstehen, daß man solche Prädikate hineinbringt, die offenbar nicht passen. Es hält die Verträge nicht das Papier werth, auf dem sie geschrieben sind (Unruhe), zumal wenn einer der Contrahenten ein Graf Bismarck ist, der, wenn auch, wie sein Advokat, Herr Dr. Böll, nachzuweisen suchte, nicht theoretisch ganz genau sagte: „Gewalt geht vor Recht“, doch um so praktischer diesen Grundsatz ins Leben geführt hat, wie die depossedirten Fürsten beweisen, trotz der Theorie der Unabsetzbarkeit unsers Königs von Seite des Herrn Professor Edel! Und dieses Alles spreche ich im Namen des bayerischen Volkes. Wenn nämlich Männer des bayerischen Volkes selbst solche Aeußerungen machen würden, so würde man sie bald unschädlich machen.

Ich protestire deshalb auch gegen das in diesen Saal geschleuderte Wort „Phrase“. Meine Herren, Phrasen und politische Wandlungen kommen vor in jenen Regionen, wo man vor einiger Zeit mit unsäglicher Verachtung weder Mund noch Feder beschmutzen wollte mit gewissen Namen und jetzt, den Götzen des Erfolgs anbetend, vor denselben Männern der Verachtung auf dem Bauche liegt, in den Strahlen ihrer Gnadensonne sich sonnt und von dort — seine Anweisungen empfängt.

Meine Herren, wir haben jetzt in der patriotischen Fraktion eine sehr gemischte Gesellschaft (Heiterkeit); wir haben weiße Patrioten und schwarze Patrioten — und scheckige Patrioten. (Heiterkeit.)

II. Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Mahr: Wir haben gefügige Patrioten und renitente Patrioten und extreme. Es wird jetzt in Ideal- und Realpolitik, in Utilitäts- und Renegaten-Politik gemacht. Aber, wissen Sie, was wir noch nicht haben,

was uns noch abgeht? die honorirten preussischen Ordens-Mitter IV. Classe! (Ungeheuere Heiterkeit. *) Ja, meine Herren, man hat uns gesagt: „Wir müssen nebst dem König noch einen deutschen Kaiser haben.“ Wir haben aber an unserm König schon genug. Wir wollen keinen Freimaurer-, keinen Diplomaten- und Soldaten-Kaiser!

Auch wir wollen ein einiges Deutschland, wenn es den Schutz desselben gegen das Ausland gilt, aber nur auf föderativer Grundlage. Wir wollen unter allen Umständen ein freies selbstständiges Bayern, denn Bayern kann frei bleiben, wenn es will. Wir wollen ein selbstständiges Bayern und damit die Bürgschaft für die Schonung seiner Kräfte und seines Blutes im Bürger- und Bauernstande.

Und daß dies das Richtige ist, das will ich Ihnen beweisen, denn ich habe dafür gewichtige Beweismittel. Hören Sie:

„Es hat viele Vorzüge, Bürger eines Großstaats zu sein“ — hat ein Herr gesagt, — „es hat aber auch manche Vorzüge, in einem Mittelstaat zu leben; einer der größten Vorzüge des Lebens in einem Mittelstaate ist aber die Entwicklung freiheitlicher Verhältnisse, die Verbürgung geordneter Rechtszustände, die Entrückung derselben über das Niveau der hohen Politik der Großstaaten. Wenn Sie den Mittelstaaten den Vorzug geordneter Rechtszustände und freiheitlicher Entwicklung auch noch nehmen, dann ist es nicht mehr der Mühe werth, in einem Mittelstaate freier Bürger sein zu wollen.“ (Stenogr. Kammerbericht Nr. XV. S. 167 vom Jahre 1861.) Wissen Sie Herr Dr. Bölk, wer dies gesagt hat?

Aber weiter:

„Wir wollen behalten, sagte ein anderer Herr, unsern König und unsere Verfassung und unser Vaterland und sie nicht zu Experimenten hergeben. Wir sollen unsere Verfassung hergeben. Wer wäre denn der

*) v. Schauß will auffahren, sinkt aber auf seinen Sitz zurück.
Ein Augenzeuge.

lachende Erbe? Der großpreussische Militärstaat. Vor einigen Jahren hieß es, daß Preußen zum Schutze Deutschlands zu große Lasten zu tragen habe und dieselben auf unsere Schultern zu vertheilen wünsche, dann würde Keinem zu wehe geschehen. Aber es tritt der eigenthümliche Fall ein, daß, so oft Preußen eine Last mit Jemanden theilt, diese Last sich verdoppelt. . . . Wenn Herr Dr. Böll Jemanden den Vorwurf egoistischer Wandelbarkeit machen will, so muß er ihm sagen können, du wendest dich jederzeit der herrschenden Partei zu. Wer im Jahre 1848 conservativ oder ultramontan war und jetzt mit dem Fortschritt läuft, von dem kann man sagen, er hängt den Mantel nach dem Wind. Wenn man aber immer zur unterliegenden Partei gehört, so ist dies ein Geschmack, den Herr Dr. Böll freilich nicht theilt." (Rede des Dr. Martin Schleich in der patriotischen Versammlung vom 19. Oktober 1869.)

Ich glaube Herr Dr. Schleich hat dieses gesagt! Nicht wahr, Herr Doktor?

Dr. Schleich: Herr Präsident! Der Herr Pfarrer Mahr geruht allmählig mit allen Mitgliedern in Unterhaltung zu treten.

II. Präsident: Ich habe keine Ursache, gegen Herrn Pfarrer Mahr eine Erinnerung zu machen, da er nur die Stelle einer Rede vorlas, welche Sie selbst vorgetragen haben.

Mahr: Aber ich habe hier noch ein Zeugniß im Originale; es heißt da:

„Im Volke fühlt man wohl, daß die vorhandene Parteispaltung den Sieg der Gegner erleichtern muß. So erklärlich nun auch der Ruf nach Einigkeit der Parteien ist in der Hoffnung, daß daraus die Einigkeit des Vaterlandes hervorstachse, so vergißt man doch auch wieder zu leicht, daß eine vollständige Uebereinstimmung eine Unmöglichkeit ist, weil die heißersehnte, dem deutschen Volksgeiste entsprechende Einheit niemals kommen wird, es sei denn vorher die Freiheit errungen und zwar nicht nur

Fesseln von scheinbaren Freiheiten, sondern die ganze volle Freiheit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Ohne ängstlich präzisirtes Programm unter dem Wahlspruche: „Durch Freiheit zur Einheit!“ finden wir uns zusammen und unterscheiden uns von anderen freisinnigen Parteien hauptsächlich dadurch, daß wir Alles aus dem Volke, aus seinem innersten Wesen herauschaffen wollen, daß wir unbetümmert um die Künste der Diplomaten, unbeirrt durch ihre Kreuz- und Quersüge, durch ihren Troß und ihre Angst keinerlei Bündniß mit ihnen eingehen, kein Heil von ihnen erwarten, kein Geschenk von ihrer Hand wollen, überzeugt, daß wir unser Recht uns erkämpfen müssen, wenn es bleibenden Werth haben soll.“ (Aufruf der deutschen Volkspartei in Nürnberg d. d. Mai 1866.)

Wissen Sie, wessen Name unter diesem Aufrufe steht? Herr Grämer von Doos. (Heiterkeit links.)

Das ist mir ganz gleich, meine Herren, wenn Sie lachen, ich gebe Ihnen das Privilegium dazu. Lachen Sie, so viel Sie wollen, wenn meine Worte nur im stenographischen Berichte stehen.

Meine Herren! Man wirft uns vor, durch unsere Renitenz unterstützen wir den Krieg und liebäugeln mit dem Feinde. Meine Herren, wir liebäugeln und sympathisiren nicht mit Frankreich, das ist wieder eine von jenen in Ihrer Presse gemachten Lügen, damit man sich dann wieder darauf berufen kann. Aber ich kenne einen semitischen Stamm, der auch in München den Ton angibt, der liebäugelt nicht nur mit Frankreich, sondern er unterstützt es auch mit seinem Gelde im Kriege. An diese Adresse wenden Sie sich, meine Herren.

Ja, meine Herren, es war einmal eine schöne Zeit, da ich mich der Hoffnung hingab, wir könnten wirklich Alle auf jeder Seite vollständig einig sein in einem schönen freien Deutschland. Da ist eine hohe Strömung durch unser Vaterland gegangen; es war die Zeit, wo mehrere von den Herren da drüben — und das ist keine Ironie — wunderschöne Reden gehalten haben. Herr Abg.

Wülfert wird sich erinnern — in jenen Versammlungen der großdeutschen Vereine, der Vereine für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit. Das waren herrliche Reden, aber sie betonten ein freies Deutschland und waren gegen Preußen, gegen den Militärstaat, gegen jenen Staat gerichtet, von dem man wußte, daß er die Freiheit begraben werde, wenn er einmal das Heft vollständig in der Hand habe. Damals, meine Herren, waren wir Alle einig, und ich war da sogar einmal Mitarbeiter der „Neuesten Nachrichten“. Aber die Zeiten haben sich geändert und die Verhältnisse und Sie, meine Herren, mit ihnen, wir nicht. Wir sind mit eben der Entschiedenheit für ein freies föderatives Deutschland, aber nicht für einen Einheitsstaat, nicht für den Militärstaat Preußen im Hintergrunde mit der russischen Knute. Ich habe schon einmal angedeutet, daß ich die Germania nicht in die Militärlasernen eingesperrt haben wolle, wo man ihr das Blut abzapft und das betone ich wieder.

Wenn nun diese Herren, die damals so schön, so ächt deutsch gesprochen haben, jetzt sagen: „Spazieren Sie nur herein, meine Herren, in den militärischen Großstaat Preußen; alleweil ist der Anfang der bayerischen Glückseligkeit“, dann sagen wir nicht: „Pretiosa, hier, wir folgen dir“, sondern: „Weich' von mir, Satan!“ (Große Unruhe links.)

XVII

Schlussrede des Majoritäts-Referenten Dr. Jörg,

gehalten am 21. Januar 1871.

Ja, meine Herren, — noch eine kurze Spanne Zeit, und Sie werden über sehr Großes abgestimmt haben, Sie werden, meine Herren, insbesondere abgestimmt haben über sich selbst. Je nachdem die Würfel fallen, habe ich die traurige Aufgabe, eine fünfzigjährige Periode des bayerischen Staatslebens in diesem Hause abzuschließen, ich habe die traurige Aufgabe, der letzte Redner in diesem

Hause zu sein, welcher vollberechtigt nach Maßgabe unserer bayerischen Verfassung sein Wort erhebt, denn, meine Herren, wir begraben dann einen großen Todten, zu dem wir selber gehören, und meine armen Worte, die ich jetzt spreche, werden sich in eine Leichenrede verwandelt haben. Die bayerische Landesvertretung, vollberechtigt nach Maßgabe der Verfassung, wird hinabsteigen in die Gruft und eine bayerische Provinzialvertretung wird an ihre Stelle treten. —

Nehmen Sie mir es nicht übel, meine Herren, wenn ich mich gedrungen sah, diese Worte aus einem bewegten Herzen voranzuschicken, und wenn ich gleich daran die Frage knüpfte: Warum sollen wir denn das thun?

Erlauben Sie mir eine Nebenbemerkung, meine Herren. Man hat nun in den zehn Tagen mein Referat gewiß bis auf den Grund examinirt; aber eine Stelle meines Referats, worauf ich ein großes Gewicht zu legen Ursache hatte, ist von keiner Seite auch nur mit einer Silbe berührt worden: die Stelle meines Referats auf S. 92. Ich habe mich da bezogen auf eine Rede, welche Graf Bismarck in der Reichstagsitzung vom 21. Februar 1870 gehalten hat, und in dieser Rede, damals am 24. Februar 1870, als wir nur durch den Allianzvertrag und durch den Zollvereinsvertrag mit Preußen näher verknüpft waren, hat Graf Bismarck gesagt:

„Das Präsidium des Norddeutschen Bundes übe in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt, wie es im Besitze der deutschen Kaiser seit 500 Jahren nicht gewesen“; und „das Haupt des Nordbundes habe in Süddeutschland eine Stellung, wie sie seit dem Kaiser Rothbart ein deutscher Kaiser nicht gehabt hat, und dieser doch auch nur, wenn sein Schwert gerade siegreich war, vertragsmäßig und allgemein anerkannt nicht.“

Nun, meine Herren, wohin sind wir vorgeschritten? Herr Dr. Schüttlinger hat Ihnen lezthin eine Stelle citirt aus einer Rede des bekannten nationalliberalen Parteiführers Miquel aus Hannover, welche lautet: „Dieses Kaiserthum ist Hohenzollern, es ist Preußen.“

Meine Herren! Ich kann Ihnen noch eine größere Autorität anführen, und ich habe sie vor ein paar Jahren

in diesem Hause schon angeführt. Nach dem unseligen Kriege auf den böhmischen Schlachtfeldern wurde in Berlin die Commission zusammenberufen zur Vorberathung des Entwurfs einer Verfassung in den Nordbund. Damals haben sich einige Stimmen erhoben, dahin gehend, man sollte den Entwurf dieser Verfassung nach einem etwas weiteren Rahmen anlegen, aus Rücksicht auf den Beitritt der süddeutschen Staaten. Damals, meine Herren, hat Graf Bismarck gesagt: Er warne vor solch' einem Vorgehen. Denn die süddeutschen Staaten — er nenne nur Bayern — könne man doch nicht gerade behandeln wie die kleineren norddeutschen Staaten. Jetzt komme es vor Allem darauf an, die Macht des leitenden Staates zu verstärken, und seitdem, meine Herren, ist das Wort „Verstärkung der Hohenzoller'schen Hausmacht“ sprichwörtlich geworden.

Nun, meine Herren, die Ereignisse des letzten Jahres scheinen insbesondere noch das Siegel der Vollendung auf diese Verstärkungspolitik gedrückt zu haben. Und jetzt, meine Herren, sollen wir — nehmen Sie mir das Wort nicht übel, ich will nie ein drastisches Wort absichtlich gebrauchen — jetzt, meine Herren, sollen wir unterkriechen? Ich habe in meinem mündlichen Vortrage stark betont, warum denn gerade der Vertrag; warum soll es denn unsere Schuldigkeit sein, gerade einen solchen Vertrag anzunehmen, und warum soll es nicht vielmehr, weil wir mit gutem Gewissen das nicht thun zu können glauben, die Schuld Preußens sein, daß es nach allen unseren ungeheuren Diensten uns nicht einen besseren Vertrag vorgelegt hat?

Sehen Sie, meine Herren, ich habe mich absichtlich nicht auf den Frankfurter Fürstentag berufen: davon habe ich vollkommen abgesehen; ich habe mich ganz ausdrücklich nur auf den preussischen Bundesvorschlag vom 10. Juni 1866 berufen. Ich habe gesagt: Ja, das wäre eine wirklich föderative Grundlage, eine loyale Basis gewesen. Ich habe mich auf das Minoritätsgutachten, ich habe mich auf die Erklärung der k. Staatsregierung berufen, daß noch vor dem Kriege für uns bessere Bedingungen zu erlangen gewesen wären. Und, meine Herren, die Frage verfolgt mich Tag und Nacht: Warum denn nach dem

Kriege, warum denn nach allen diesen furchtbaren Opfern die schlimmeren Bedingungen, die Bedingungen, vor denen wir — oder sage ich besser „ich“ — stehen mit einem „non possumus“, über das ich nicht hinaus kann.

Nun, meine Herren, auf diese meine Hauptfrage hat man mir keine Antwort gegeben. Ja doch, der Herr Dr. Frankenburg hat sich darauf einigermaßen eingelassen, und wenn ich seine Auseinandersetzungen kurz zusammenfassen will, so darf ich wohl sagen, er hat gesagt: „Ja, meine Herren, der Appetit kommt eben im Essen.“

Man hat wohl meine Charakteristik der uns vorgelegten Bundesverträge anzusechten gesucht. Es ist insbesondere von verschiedenen Seiten gesagt worden, der Ausdruck „Mediatisirung“ der passe gar nicht hieher. Der Herr Staatsminister von Schlör hat gesagt: Mediatisirung heiße die Unterordnung eines Reichsunmittelbaren unter eine Landeshoheit. Ja, meine Herren, so war es; seit der Zeit ist aber das Wort Mediatisirung aus unserm Sprachgebrauche nicht verschwunden; man hat fortwährend noch von Mediatisirung gesprochen. Das Wort Mediatisirung hat darnach in unserem deutschen Sprachgebrauche eine analoge Bedeutung erhalten, und das Wort Mediatisirung bedeutet jetzt: Die Unterordnung eines souveränen Landes unter die erbliche Centralgewalt einer fremden oder sage ich lieber einer andern Dynastie.

Sehen Sie, meine Herren, das heißt Mediatisirung. Das ist der concrete Begriff, den man jetzt mit dem Ausdrucke Mediatisirung verbindet. So oft man ihn gebraucht, bedeutet er „die Unterordnung eines souveränen Landes unter die erbliche Centralgewalt einer andern Dynastie.“ Das ist mit dem besiegten Sachsen geschehen im Jahre 1806, und jetzt soll es geschehen mit dem siegreichen Bayern durch die Annahme dieser Verträge.

Ja, meine Herren, es war von sächsischen Partikularisten die Rede. Man hätte auch noch von manchen anderen Partikularisten im Norddeutschen Reichstage reden können und dasselbe sagen können: Sie wünschten sehr unsern Eintritt. Es ist wahr, meine Herren, und sehr begreiflich. Aber warum wünschen sie unsern Eintritt? Gestatten

Sie, daß ich Ihnen ganz offen sage: Sie fühlen, daß sie in einen Sumpf gerathen sind, und glauben, wir könnten ihnen behilflich sein, ihnen daraus herauszuhelfen. Ich glaube das nicht, sondern ich glaube, wir werden nur dasselbe Schicksal theilen.

Herr v. Schlör hat auch gesagt: Das Verhältniß, welches durch die Verträge bedingt sei, wäre keine Oberhoheit, wäre keine Bezeichnung unserer Landesrechte, sondern nur eine Modalität der Ausübung derselben. Nun, meine Herren, ich könnte mich auf eine bereits von Herrn Abgeordneten Breil angezogene Stelle aus der Rede Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers v. Luz berufen; ich könnte mich auch auf die offenen und ehrlichen Worte berufen, die wir soeben von Sr. Excellenz dem Herrn Kriegsminister gehört haben. Allein man hat so viel von Gleichnissen gesprochen, erlauben Sie mir, daß ich auch eines anführe, und zwar aus dem ganz gewöhnlichen Leben, so ungefähr wie es Herrn Professor Gerstner gefallen dürfte. Sehen Sie, ich bin im glücklichen Besitze einer Taschenuhr. Setzen Sie nun den Fall, es ergehe ein Nachspruch über mich: der Abg. Jörg soll zwar im Besitze seiner Uhr bleiben, aber dieselbe soll künftig aufgezogen, gerichtet und an die Wand gehängt werden von gewissen Personen in Berlin. Ja, meine Herren, das ist auch bloß eine Modalität in der Ausübung meines Rechts auf die besagte Uhr; aber das werden Sie mir zugestehen, ich habe Sie jedenfalls nicht mehr in meiner Tasche.

Auch in anderer Richtung hat man meine prinzipielle Behauptung zu widerlegen gesucht: Namentlich hat sich Herr Stenglein, Herr Wulfert und auch Herr Hohenadel Mühe gegeben, mir nachzuweisen, daß, was der Referent gesagt habe, daß nämlich an der Nordbundverfassung wesentliche Aenderungen, geeignet, die militärische Tendenz dieser Verfassung abzustumpfen, nicht erreicht worden seien, sei nicht richtig. Sie erinnern sich Alle, meine Herren, auf welche Bestimmung der vorliegenden Verträge die Herren, namentlich Herr Stenglein, sich berufen haben, um ihre Behauptung zu beweisen. Auch hier wieder könnte ich mich auf ein eben gesprochenes Wort von Seite Sr. Excellenz des Herrn

Kriegsministers berufen. Denn er hat gesagt, es sei von Preußen alsbald constatirt worden, daß wesentliche Aenderungen der Norddeutschen Bundesverfassung nicht zu erwarten seien. Allein, meine Herren, ich erlaube mir eine Bemerkung des Herrn Abg. Stenglein in's Auge zu fassen.

Zum Beweis, daß wir eigentlich doch immer noch im hohen Grade Herren in unserm Hause bleiben würden, hat Herr Stenglein gesagt: „Ein Mann, wie Graf Bismarck kann nicht den Einheitsstaat anstreben.“ Herr Louis hat gemeint, Preußen müßte sonst keinen Verstand haben, was ohne Zweifel auf dasselbe hinausgeht. Nun, meine Herren, ich bin in dieser Beziehung einer ganz anderen Meinung, ich bin der Meinung, daß selbst der Herr Graf Bismarck nicht im Stande ist, so wie es ihm gerade gut dünkt, die Entwicklung dieser Verfassung zu beherrschen. Ja, Graf Bismarck hat schon Manches nicht beherrschen können, was er beherrschen wollte. Glauben Sie nur, meine Herren, daß, wenn Graf Bismarck es hätte verhindern können, auch der gegenwärtige Krieg nicht so ausgeartet wäre wie er ausgeartet ist.

Ich kann mich aber auf die eigenen Worte des Grafen Bismarck berufen, welche die Meinung des Herrn Abg. Stenglein direkt widerlegen. Ich erinnere die Herren an den bekannten Brief des Grafen Bismarcks an den Fürsten Puttbus. Der Brief wurde damals geschrieben, als im preußischen Herrenhaus der Antrag des Grafen Lippe schwebte, welcher Antrag bekanntlich gerichtet war gegen die eigenmächtige Kompetenzerweiterung von Seite der Bundesvertretung. Damals hat Graf Bismarck an den Fürsten Puttbus geschrieben, um dadurch zu verhindern, daß die conservative Partei im preußischen Herrenhause dieses Antrages sich annehme. Ich habe den Brief nicht da, aber ich habe ihn so oft gelesen, daß ich ihn dem Wesentlichen nach auswendig weiß. Graf Bismarck hat gesagt: die Geleise der deutschen Politik Preußens seien so tief eingefahren, daß es keiner Macht möglich sei, den Wagen aus diesem Geleise herauszubringen. Er hat gesagt, kein Staatsmann könne das versuchen, und jeder Minister würde beim Versuch sich an die Wand gedrängt sehen.

Herr Stenglein hat noch eine Garantie unserer Selbständigkeit genannt, indem er gesagt hat, der Vertrag verbürge uns das verfassungsmäßige Recht des Widerstandes, und ich denke wohl, das wird so gemeint sein, wie die Worte, die ich aus competentem Munde gerade so gut wie Sie gehört habe: „Die Bundesexecution wäre der Krieg.“ Nun, meine Herren, ich will nicht betonen, daß diese Eventualität mir meine Skrupel über den Fahneneid nicht benommen, sondern noch vermehrt hat. Aber das sage ich Ihnen, meine Herren: Unter all den Dingen, die ich nicht will, ist ein Krieg mit Preußen das Allererste; und wenn eine solche Möglichkeit offen gelassen ist bei der Annahme dieser Verträge, wenn in dem Hause, in das man uns einlädt, ein solcher Unfrieden droht, dann wähle ich für meine Person den gescheidteren Theil und bleibe vorerst wenigstens draußen.

Ich komme jetzt auf etwas Anderes, meine Herren, und da muß ich mir geradezu selbst das Lob geben, daß Sie mir einen großen Triumph bereitet haben: Wissen Sie, wodurch, meine Herren? Dadurch, daß Sie durch zahlreiche Stimmen bewiesen haben, daß meine Meinung von Preußen und von der preussischen Politik eine bessere ist als die Ihre. Ja wahrlich, meine Herren! es ist das wahr. Sie haben die Moralität der preussischen Politik so angeschwärzt, daß ich glaube, das Herz des giftigsten Preußenfeindes kann sich dadurch nur befriedigt finden. Was hat man uns Alles gesagt, daß von Preußen uns widerfahren werde, wenn wir von unserm constitutionellen Rechte Gebrauch machen und die Verträge nicht annehmen wollten!

Gleich Herr Dr. Gerstner, einer der ersten Redner, hat gesagt, unsre Opfer an Gut und Blut wären dann umsonst vergeudet; ja er hat sogar gesagt, auch den uns gebührenden Theil an der Siegesbeute würden wir dann nicht bekommen. Herr Dr. Marquard Barth hat gemeint, Preußen werde uns zwingen, denn im Norden sei man zähe. Herr Dr. Frankenburg, wenn ich nicht irre, hat die fragliche „Operation“ noch etwas drastischer ausgeführt. Herr Stenglein vollends findet meine Appellation an die „Großmuth Preußens“ — Großmuth habe ich freilich nicht gesagt, sondern ich habe nur von

dankebarer Erinnerung gesprochen — naiv; es ist mir fast vorgekommen, als finde er sie lächerlich. Die Herren waren nicht im Zweifel darüber, daß wir mit einem verneinenden votum den Bruch mit Preußen herbeiführen würden; sie waren nur darüber im Zweifel, ob Preußen den Zollvereinsvertrag gleich brechen würde, oder ob es noch warten würde bis zur Kündigungsfrist. Herr Abg. Hasenmair hat uns sogar in Aussicht gestellt, daß der Zollverein vielleicht nicht mehr 7 Monate lang dauere.

Nun, meine Herren, ich komme nachher darauf zurück. Nur eine Aeußerung des Herrn Abg. Stenglein möchte ich nebenbei noch betrachten. Der Herr Abg. Stenglein hat gesagt, jedenfalls könnten doch an die Großmuth Preußens Diejenigen nicht appelliren, die am 19. Juli für die „Neutralität“ gestimmt hätten. Nun sage ich jetzt, hier und außerhalb des Hauses, vielleicht zum hundertsten Mal: Es hat am 19. Juli Niemand, gar Niemand für die Neutralität gestimmt, sondern die bekannten 47 haben für bewaffnete Neutralität gestimmt und es der k. Staatsregierung überlassen, je nach den Interessen des bayerischen Staates in diesen Krieg einzutreten. Nun sehen Sie aber, meine Herren, wenn es mit der Moralität der preussischen Politik steht, wie Sie sagen — ich habe ja blos Ihre Worte angeführt — wäre es dann nicht sehr klug gewesen von Seite der Leiter der bayerischen Politik, wenn sie in der That in den Krieg nur eingetreten wären auf Grund eines bindenden Vertrages, und wenn sie sich vorher Garantien für die freie und berechtigte Staateristenz Bayerns innerhalb der deutschen Nation hätten in die Hand geben lassen?

Ich fahre aber weiter, meine Herren! Es ist sogar das Wort „Donaulinie“ gebraucht worden. Es ist hier geschehen, und es ist im Ausschusse geschehen, und wir haben hier gehört: „mit der Mainlinie sei es für immer aus, aber die Donaulinie könnte kommen.“ Nun, meine Herren, damit ist gesagt, es könnte kommen, daß Preußen und Oesterreich sich nach der Linie der Donau in unsern bayerischen Staatsleib theilen. Lassen Sie mich darüber ganz offen sprechen, meine Herren!

Ich halte die Donaulinie nur in Einem Falle nicht für ein hohles Gespenst. Den Fall will ich Ihnen jetzt nennen. Wenn wir durch das Eingehen auf diese Verträge heute oder morgen gezwungen werden könnten, an der Seite Preußens gegen Oesterreich zu kämpfen, und wenn Preußen in diesem Kriege unglücklich wäre — sehen Sie, meine Herren, dann wäre es möglich, aber gewiß nur im Falle dieser äußersten Nöthigung für Preußen — dann wäre es möglich, daß sich Preußen herbeiließe, das bayerische Gebiet südlich von der Donau, aber, meine Herren, auch das württembergische Gebiet südlich von der Donau, und auch ein badisches Gebiet südlich von der Donau an Oesterreich abzutreten.

Aber im Laufe der gewöhnlichen Politik Preußens kann doch, glaube ich, kein unbefangener Mann solch' eine That Preußen zutrauen. Preußen könnte es schon deswegen nicht, weil es ja dann aufhören würde, das alleinige deutsche Kaiserreich zu sein. Es würde ja sofort wieder eine andere deutsche Großmacht an seine Seite treten, und was dies namentlich bei den Magyaren und Slaven in Oesterreich bedeuten würde, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Sie kennen ja die Wendung, welche, mitunter merkwürdiger Weise, im Allgemeinen die Politik im österreichischen Kaiserstaate genommen hat.

Ich gedenke Sie nun nicht allzulange mehr aufzuhalten. Aber auf einen Hauptpunkt müssen Sie mir doch erlauben, etwas näher einzugehen. Es ist gar keine Einwendung häufiger gegen mich erhoben worden als die, ich habe eigentlich nicht gesagt, was dann geschehen solle, wenn die Verträge nicht angenommen würden. Nun meine ich, meine Herren, ich hätte das eigentlich doch gesagt, wenn auch nicht mit vielen Worten, und wäre das in meinem Referate für alle die, welche lesen wollen, und in meinem mündlichen Vortrage für alle, welche hören wollen, ziemlich deutlich geäußert worden.

Im Allgemeinen, meine Herren, stehe ich bezüglich dieser Frage so ziemlich auf demselben Standpunkt wie Seine Excellenz Herr Staatsminister v. Lutz: Er hat uns gesagt, wir sollen eintreten in der Hoffnung auf bessere Zeiten, und ich sage: Wir sollen draußen bleiben in der Hoffnung auf bessere Zeiten.

Aber, meine Herren, man hat namentlich einen Satz meines Referates hervorgehoben, der sagt: „Wir stehen nicht am Ende einer großen Entwicklung, sondern am Anfang einer großen Entwicklung“ — und man hat mich gefragt, was ich damit sagen wolle. Nun, meine Herren, man verlangt vielleicht mit Recht von mir Auskunft darüber, und ich stehe nicht an, dieselbe zu geben.

Vor allem muß ich mich abwehrend verhalten, wenn man diesen Worten die Deutung etwa unterlegen wollte — wenn ich nicht irre, ist dies wirklich geschehen, wenigstens anonym — daß ich darauf warte, es könnte vom Auslande her das deutsche Reich wieder zertrümmert werden, oder es könnte so kommen, daß in dem großen Krieg endlich wir allein die Besiegten sein und die Beche bezahlen würden — dieser Gedanke liegt mir außerordentlich ferne! Es ist ein ganz anderer Gedanke, meine Herren, der mich auch hier wieder vor ein „Entweder oder“ stellt.

Ich sage, meine Herren, entweder bekommt die europäische Menschheit wieder eine neue Ordnung der internationalen Verhältnisse, entweder bekommt sie wieder völkerrechtliche Rechtszustände oder nicht. Im ersten Falle, meine Herren, würde das Bayern, das ich meine, ohne allen Zweifel von dieser Rechtswohlthat auch profitieren; es würde dann, wie es ja lange gewesen ist, unter dem Schutze des internationalen europäischen Rechtes stehen.

Der Gedanke, meine Herren, tritt bei mir nicht zum erstenmale in den Vordergrund. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, ich habe in diesem hohen Hause nie in einer großen politischen Frage das Wort ergriffen, ohne daß ich nicht am Ende auf die unbedingte Nothwendigkeit hingewiesen habe, daß die zertrümmerten, zerstörten Rechtszustände unsers Welttheils einer neuen Ordnung dringend bedürftig seien. *Novus nascitur saeculorum ordo!* Das war der Schluß meines ersten Vortrages, den ich vor Ihnen gehalten habe.

Meine Herren! Es kann am Ende Niemand läugnen, daß das menschheitliche Interesse nach einer solchen Neubildung laut aufschreit. Nicht nur der Einzelmensch ist für die Gesellschaft geschaffen, auch die Nationen sind

für die Gesellschaft geschaffen, und, meine Herren, gerade der ältere Liberalismus, der feinere, der geistigere Liberalismus hat das sehr wohl gewußt, und es ist in dieser Richtung erst anders geworden, nachdem die materialistische Weltanschauung leider auf die liberale Richtung vielfach vergrößernd- eingewirkt hat. Ich wiederhole, meine Herren, das Interesse der europäischen Menschheit schreit nach einer solchen Neubildung, und ich glaube mich nicht zu irren, das Ohr Preußens ist diesem Aufschrei auch nicht verschlossen, wenigstens nicht mehr verschlossen, wenn es auch wirklich eine Zeit lang verschlossen gewesen sein sollte.

Bekommen wir eine solche europäische Rechtswohlthat nicht, was wird die Folge sein? Soll ich Ihnen das sagen: Die Völker Europa's müssen dann Jahr aus Jahr ein, bis an die Zähne bewaffnet, Gewehr bei Fuß, gegen einander stehen, zum Sprung bereit. Der Militarismus müßte die höchsten Interessen der Nationen und Völker überfluthen, und fragen Sie sich selbst, meine Herren, wie kann man die Fortdauer eines solchen Zustandes verträglich finden mit dem Jahrhundert der Humanität und Civilisation? Aber, meine Herren, der Gegensatz einer solchen internationalen Rechtsordnung in Europa ist die Fortdauer des unseligen Prinzips, das der unselige Mann in den Tuilleries in unsere Welt hingeschleudert hat. Es ist die Fortdauer der unbeschränkten Herrschaft der Nationalitäten-Politik.

Ich muß wieder zurückkommen auf eine Aeußerung, welche der Herr Staatsminister v. Schlör gethan hat. Er hat gesagt, das Prinzip der Nationalität sei es nicht, worauf die Verträge sich gründen. Nun, meine Herren, ist das richtig, dann weiß ich Eines nicht, ich weiß dann nämlich nicht, wie man es uns zur „nationalen Pflicht“ machen kann, bei Strafe des Ausschlusses aus der deutschen Nation, auf die Verträge einzugehen. Ist das nicht der Fall, so weiß ich nicht, auf welches Prinzip das neue Reich gegründet sein soll; aber das weiß ich, meine Herren, daß dann Niemand den Eintritt in dasselbe uns zur nationalen Pflicht machen kann. Doch das im Vorbeigehen.

Herr v. Schlör hat weiter gesagt: „Wären die Verträge auf das Prinzip der Nationalität gegründet,

so würden wir nicht am Ende der Entwicklung stehen, sondern mit der ganzen Welt Krieg anfangen müssen". Darin hat Herr v. Schlör sehr recht; das wäre dann eben der Gegensatz von jener internationalen Rechtsordnung unseres Welttheils, wovon ich gesprochen habe. Aber dann, meine Herren, setzen Sie diesen Fall, setzen Sie den Fall, daß das furchtbare Wort in Erfüllung gehen würde, mit welchem der König von Preußen den letzten Reichstag eröffnet hat: in wenig Jahren würden wir wieder einen Krieg haben, den Machekrieg mit Frankreich, das dann nicht mehr ohne Allirte sein wird — setzen Sie den Fall, dann, meine Herren, sind wir auch sicher bei der berechtigten Selbständigkeit Bayerns innerhalb der deutschen Nation. Preußen wird dann auf uns sehen müssen, es wird uns schonen müssen, und es wird uns den Zollverein nicht nur nicht kündigen, sondern sogar garantiren.

Den Sie wissen ja — nicht nur Herr Dr. Frankenburg hat es Ihnen vorgelesen, auch der Minister v. Barmbühler hat seiner Zeit in der Stuttgarter Kammer eine Depesche des Grafen Bismarck darüber vorgelegt — mit dem Zollvereinsvertrage hängt der Allianzvertrag so untrennbar zusammen, daß der eine mit dem andern fällt.

So, meine Herren, bin ich der Meinung, die Stellung Bayerns wäre heute noch so „unangreifbar“ wie damals, als Se. Excellenz der Herr Staatsminister v. Bray diesen Ausdruck gebraucht hat. Se. Excellenz Herr Graf v. Bray wird nicht daran gedacht haben, daß diese Unangreifbarkeit daher komme, weil das damals noch mächtige Frankreich seinen Schild über uns halte, und ich habe jeden Augenblick meines Lebens einen solchen Gedanken perhorreszirt und perhorreszire ihn noch. Und dennoch sage ich: unsere Stellung ist unangreifbar, wenn wir uns unserer Stellung nicht — selbst begeben wollen.

Meine Herren! Ich komme jetzt auf einen andern Punkt. Man hat uns das Volk gegenüber gehalten. Man hat gesagt: „Die bayerischen Zustände würden unerträglich werden durch die Ablehnung der Verträge“. Man hat gesagt: „zum allerkleinsten Theil“ hätten die Weigerer auf dieser Seite des Hauses das bayerische Volk hinter sich. „Drei Viertel der Bevölkerung“, hat

Herr Dr. Bölk gesagt, wünscht die Annahme; ein Anderer „fünf Sechstel.“ Herr Graf Fugger aber hat gesagt: „Die Verträge haben Schrecken erregt im ganzen bayerischen Volke.“

Nun, meine Herren, die Meinungen gehen offenbar auseinander. Und was wollen wir denn? Was verlangen wir denn diesem Zwiespalt der Meinungen gegenüber? Nun, meine Herren, wir verlangen das Loyalste, was man verlangen kann; wir verlangen: — wenn je eine Berufung an das Land am Plage war, so ist dies jetzt der Fall. Fragen Sie, ob das Volk will oder nicht!

Allerdings hat man entgegen gehalten, eine Kammerauflösung würde „eine Agitation herbeiführen bis auf's Messer,“ während die Annahme der Verträge den lange entbehrten Frieden zurückführen würde in unser Land. Ich erlaube mir in Bezug auf den letzteren Punkt meine absolute Hoffnungslosigkeit darzuthun. In meinen Augen, und ich glaube mich nicht zu täuschen, liegt der Dissens zwischen uns viel tiefer, er liegt noch klastertief weiter unten als die deutsche Frage. Ich habe mir in meinem mündlichen Vortrage bereits erlaubt, das traurige Gesändniß zu machen, daß ich glaube, wenn die Verträge angenommen werden, dann gehe innerhalb des uns noch gewährten kleinen Spielraumes der Hexensabbath, der furchtbare Streit der Parteien gerade über die empfindlichsten Prinzipien erst recht an.

Aber, meine Herren, eine Agitation bis auf's Messer sei zu fürchten! Nun diese Agitation — wir haben sie bereits, und ich fürchte, wollen wir das jetzt vermeiden, so bekommen wir sie statt einmal — zweimal.

Sehen Sie, meine Herren, ich darf mir das Zeugniß geben, daß ich vor Ihnen nie hinter dem Berge gehalten habe. Ich will Ihnen jetzt sagen, was ich glaube und dafür halte in Bezug auf die Fortdauer der jetzigen Kammer, wenn wir die Verträge annehmen. Ich glaube, meine Herren, es wird eine solche Veroute entstehen auf der Seite des Hauses, eine solche innere Auflösung auf der Seite des Hauses, eine solche moralische Zerrüttung auf der Seite des Hauses, daß, ob die Minister wollen oder nicht, sie dieser Auflösung die gesetzliche Auflösung

früher oder später werden nachfolgen lassen müssen. Für uns ist der Unterschied in meinen Augen bloß der: Jetzt könnten wir uns wehren, nachher werden wir es nicht mehr können. Ich betrachte die Annahme der Verträge von unserer Seite für die bayerische Kapitulation von Sedan.

Nur noch ein Wort. Man hat in diesem Hause wiederholt in den letzten Tagen gesagt, ich sei das einzige Hinderniß, daß die Verträge nicht angenommen würden oder nicht schon angenommen seien. Ich habe mich dagegen bereits verwahrt. Ich weiß auch nicht, wie man auf eine solche Meinung kommen kann. Ich war nie ein „Führer“, ich bin kein „Führer“ und werde nie einer sein. Darauf gebe ich Ihnen mein Wort.

Wenn ich noch einmal protestire gegen jene Zumuthung, so thue ich es deshalb, weil dieser Ausspruch zugleich eine Kränkung derjenigen sehr ehrenwerthen Männer enthält, die ihre Stimme mit der meinigen nachher vielleicht vereinigen werden. Diesen Männern gegenüber war gerade ein Einfluß von außen gar nicht möglich. Diese Männer haben von der Verderblichkeit des Vertragswertes ihre selbsteigene Ueberzeugung geschöpft, sie sind unerschüttert dabei stehen geblieben, unerschüttert durch alle außerhalb der Vorlage und außerhalb der Sache liegenden Rücksichten. Sehen Sie, das ist der Unterschied.

Es war das ohne Zweifel eine Eigenthümlichkeit des Charakters, aber gerade Charaktereigenthümlichkeit, das wissen Sie ja Alle, läßt sich am wenigsten beeinflussen. Wenn aber je eine Pression von außen hätte anschlagen können bei diesen ehrenwerthen Männern, glauben Sie denn, es hätte dann meiner Person bedurft? O, dann wäre ich längst zu spät gekommen. Sage ich denn etwas, was man mir widersprechen wird, wenn ich sage: es ist seit den Wochen, die ich nun hier bin, doch gewiß kein Mittel der Ueberredung, kein Mittel der Lockung, ja kein Mittel der Drohung gespart geblieben, um diese Männer in ihrer Ueberzeugung wanken zu machen. Sie haben ja selbst gehört hier in diesem Hause, was man ihnen vorgeredet hat. Sie haben selbst gehört, wie man einerseits gesagt hat: Stimmet ihr für die Verträge,

dann ist euere Majorität gerettet, die Staatsregierung wird dann ruhig fortregieren, gestützt auf diese Majorität, und sie wird bei Gelegenheit die Fortschrittler auf ihre unruhigen Köpfe schlagen. Das hat man gesagt. Sie haben auch in dieser Kammer gehört, was man diesen ehrenwerthen Männern andernfalls vorzuredet hat. Man hat ihnen gesagt: Wenn ihr gegen die Verträge stimmt, dann werdet ihr aufgelöst, eine Majorität bekommt ihr nicht mehr, die Fortschrittler bekommen diese Majorität und ihr seid verloren mit all' euren theuersten Interessen auf dem Gebiete der Kirche und der Schule u. s. w.

Sehen Sie, das wären schon sehr starke Motive gewesen; aber es ist noch ärger gekommen. Man hat unsern kirchlichen Oberhirten gegen uns in's Feuer geführt. Ich habe, wenn nicht zweimal, so doch einmal gehört, daß selbst von der linken Seite dieses Hauses aus — es dürfte das zum Ersten und wahrscheinlich zum Letztenmal geschehen sein — das Beispiel unserer Bischöfe uns vorgeführt wurde. So eben, vor ungefähr einer Stunde, hörte ich, es sei auf diplomatischem Wege der von der römischen Curie ausgesprochene Wunsch hieher gelangt, daß wir, die katholischen Patrioten, für diese Verträge stimmen sollen.

Nun sehen Sie, meine Herren, man hat uns ja oft genug nachgesagt, daß wir unsere Abstimmungen hier in diesem Hause nach den kirchlichen Interessen einrichten, daß wir als Abgeordnete in politischen Dingen, in Angelegenheiten unseres Vaterlandes abhängig seien von den kirchlichen Oberen. Nun, meine Herren, ich und die mit mir gehen werden, wir wollen Ihnen nun beweisen, daß das Alles nicht wahr gewesen ist.

Ich hätte noch viel zu sagen, Specialitäten anzuführen: das liegt mir aber ferne. Nur ein Wort noch wollen Sie mir erlauben und es mir nicht in Uebel nehmen. Meine Meinung von der Güte dieser Sache ist in diesem Maße gesunken, als ich die Mittel gesehen habe, die man zu ihrer Durchsetzung angewendet hat.

Ja, wahrlich, meine Herren, man hat uns unsere Stellung schwer gemacht, bitter schwer, und Sie dürfen glauben, wir wären gefallen wie die Andern, wenn uns die Sache nicht tief, sehr tief im Herzen läge.

Herr Dr. Bölk hat auch an die Herzen derjenigen in diesem Hause appellirt, welche Familienväter sind. Ich weiß nicht, an wen Herr Dr. Bölk seine Adressen am direktesten gerichtet hat; aber das weiß ich, daß ich vielleicht mehr als ein Anderer in diesem Hause Gründe habe, um den guten Namen besorgt zu sein, den ich dereinst meinen Kindern hinterlassen werde, in dem Moment, wo ich dann an den Richterstuhl hintreten werde, vor den wir einst Alle hintreten.

Herr Dr. Bölk hat uns ermahnt, wir möchten bedacht sein, daß wir nicht unsern Kindern — nach den Erfahrungen, die ich seit dem 19. Juli gemacht habe, darf ich wohl seine Worte kurz zusammenfassen — daß wir unsern Kindern nicht einen schmachbedeckten Namen hinterlassen.

Auch hierin bin ich vollkommen ruhig. Wie immer die Würfel fallen mögen, das Volk, um dessen Urtheil es mir zu thun ist und das mich in dieses Haus geschickt hat, seitdem ich da bin, das Volk wird den Männern, die ich meine, gerecht werden, es wird sie in Ehren halten.

Gelingt es uns, meine Herren, gelingt es uns, im letzten Augenblicke noch das Unheil abzuwenden und die freie, berechtigte Staatsexistenz Bayerns innerhalb der deutschen Nation zu retten, dann, meine Herren, haben wir ein Werk gethan, von dem ich offen gestehe, durch unsere bisherige Haltung haben wir es nicht verdient. Gelingt es uns aber nicht, muß die freie, berechtigte Selbständigkeit und Staatsexistenz Bayerns innerhalb der deutschen Nation untergehen, nun, dann wird nur allzu bald und allzureichlich das Volk, das ich meine, Gelegenheit haben, derjenigen Männer in Ehren zu gedenken, die bis auf den letzten Punkt sich gesträubt haben, diesem Volk neue Lasten und neue Leiden aufzuladen. Ja, dieses unser bayerisches Volk und das ganze süddeutsche Volk hat nicht eine militärische Vergangenheit hinter sich, wie das norddeutsche, das preußische schon seit hundert Jahren. Dieses Volk ist für den Frieden geboren, es ist den Frieden gewohnt, und es wird unendlich bitter fühlen, was es heißt, das dienende Glied eines großen Militärnationalstaats zu sein.

Aber ich will Sie nicht länger aufhalten. Ich wiederhole: „Wir können nicht, was Sie von uns verlangen.“ Berufen Sie sich an das Volk, es möge andere Hände schicken; die unsrigen beben zurück, sie werden das Grab nicht graben, wie man es von uns verlangt.

Stimmen Sie gegen die Verträge, ich bitte Sie darum. (Bravo rechts.)

Nach den Schlußäußerungen des **R e f e r e n t e n** **Jörg** und der Minister wurde abgestimmt und der Versailler Vertrag mit 102 gegen 48 **Stimmen** angenommen.

Gegen die Verträge stimmten die Herren:

- 1) **Bayer**, Joh., Dekonom u. Bürgermeister in Oberthulba, W.=B.*) Neustadt a. d. S., U. u. A.*)
- 2) **Benz**, Frz. Michael, Handelsmann in Heideck, W.=B. Neumarkt, O. u. R.
- 3) **Brückl**, Johann, Bierbrauer und Dekonom in Mintraching, W.=B. Regensburg, O. u. R.
- 4) **Burger**, Franz, Dekonom in Zeil, W.=B. Haffurt, U. u. A.
- 5) **Frank**, Aloys, k. Bez.=Ger.=Rath in Weiden, W.=B. Cham, O. u. R.
- 6) **Freitag**, Andreas, k. Advokat in München, W.=B. Wasserburg, O.=B.
- 7) **Fuchs**, Otto Frhr. v., k. Bez.=Ger.=Assessor in Neustadt, W.=B. Neustadt a. d. S., U. u. A.
- 8) **Gerauer**, Benedikt, Bauer in Hartham, W.=B. Pfarrkirchen, N.=B.
- 9) **Greil**, Dr. Xaver, k. Lycealprofessor in Passau, W.=B. Grafenau, N.=B.
- 10) **Häring**, Georg, Privatier in Deggendorf, W.=B. Straubing. N.=B.
- 11) **Hafenbrädl**, Aloys Frhr. v., k. Bez.=Ger.=Rath in Regensburg, W.=B. Straubing, N.=B.
- 12) **Hafenbrädl**, Franz Kav. Frhr. v., Gutsbesitzer in Schedelhof, W.=B. Pfarrkirchen, N.=B.
- 13) **Sauk**, Thomas, k. Bezirksamtman in Marktscheinfeld, W.=B. Aschaffenburg, U. u. A.
- 14) **Senning**, Franz, Domkapitular in Bamberg, W.=B. Bamberg I, O.=Fr.
- 15) **Silgenrainer**, Mathias, Dekonom u. Bürgermeister in Warrngau, W.=B.

*) W.=B. (Wahlbezirk.) O.=B. (Oberbayern.) N.=B. (Niederbayern.) Pf. (Pfalz.) O. u. R. (Oberpfalz u. Regensburg.) O.=Fr. (Oberfranken.) M.=Fr. (Mittelfranken.) U. u. A. (Unterfranken u. Aschaffenburg.) Schw. u. R. (Schwaben u. Neuburg.)

- Weilheim, O.=B. 16) **Höchstetter**, Johann, Mühlbesitzer in Bielmühle, W.=B. Regensburg, O. u. R. 17) **Hofstetter**, Cajetan, Gastwirth in Massing, W.=B. Pfarrkirchen, N.=B. 18) **Kolb**, Georg Friedrich, Privatier in München, W.=B. Würzburg, U. u. A. 19) **Kräher**, Dr. Adolph, k. Appell.=Ger.=Rath in Passau, W.=B. Grafenau, N.=B. 20) **Kurz**, Dr. Karl, k. Appell.=Ger.=Rath in Aschaffenburg, W.=B. Aschaffenburg, U. u. A. 21) **Lauerer**, Michael, Kaufmann u. Magistratsrath in Amberg, W.=B. Amberg, O. u. R. 22) **Leiseder**, Martin, Hafner u. Bürgermeister in Mühl-dorf, W.=B. Wasserburg, O.=B. 23) **Lerzer**, Johann, Deko-nom u. Bürgermeister in Thannhausen, W.=B. Neumarkt, O. u. R. 24) **Lindner**, Dr. Josef, kath. Stadtpfarrer in Erben-dorf, W.=B. Kemnath, O. u. R. 25) **Mahr**, Franz, kath. Stadtpfarrer in Ebermannstadt, W.=B. Forchheim, O.=Fr. 26) **Mayer**, Georg, Dekonom in Weiding, W.=B. Wasser-burg, O.=B. 27) **Neumaier**, Dr. Josef, Domkapitular in Regensburg, W.=B. Landshut, N.=B. 28) **Pfabler**, Dr. Josef, Stadtpfarrer in Deggendorf, W.=B. Straubing, N.=B. 29) **Röckl**, Johann, Bauer in Heindlingberg, W.=B. Straubing, N.=B. 30) **Rusand**, Dr. Anton, Oberbiblio-thekar in Würzburg, W.=B. Lohr, U. u. A. 31) **Ruhwurm**, Anton, kath. Pfarrer u. Distriktschulinspektor in Theuern, W.=B. Amberg, O. u. R. 32) **Schieferer**, Wilhelm, Eisenhändler in Waldkirchen, W.=B. Grafenau, N.=B. 33) **Schmid**, Dr. Anton, Domkapitular in Bamberg, W.=B. Pfaffenhofen, O.=B. 34) **Schmid**, Franz Kav., Stadtpfarrer u. geistl. Rath in Traunstein, W.=B. Traunstein, O.=B. 35) **Schmidbauer**, Georg, kath. Pfarrer in Schwarzenfeld, W.=B. Cham, O. u. R. 36) **Schmidkonz** Johann Nep., k. Rentbeamter in Raabburg, W.=B. Neunburg v. Walb, O. u. R. 36) **Schüttlinger**, Dr. Jakob, k. Advokat in Bamberg, W.=B. Bamberg II., O.=Fr. 38) **Sedlmayer**, Andreas, k. Appell.=Ger.=Direktor in Eichstädt, W.=B. Straubing, N.=B. 39) **Seinsheim**, Max Graf v., k. Kämmerer und Gutsbesitzer in Grünbach, W.=B. Wasserburg, O.=B. 40) **Söllner**, Jos. geistl. Rath, Dekan und Pfarrer in Rottenburg, W.=B. Kelheim, N.=B. 41) **Triller**, Michael, kath. Pfarrer in Meckenhausen, W.=B. Neumarkt, O. u. R. 42) **Weber**, Franz Lothar, Kaufmann in Höchstädt a. d. Aisch., W.=B. Forchheim, O.=Fr. 43) **Weimer**, Andreas, Dekonom in

Neunkirchen, W.=B. Aschaffenburg, U. u. N. 44) **Wiesnet**, August, k. Advokat in Passau, W.=B. Pfarrkirchen, N.=B. 45) **Dinkhofer**, Benedikt, Bauer in Munzing, W.=B. Pfarrkirchen, N.=B. 46) **Zu-Aheln**, Ludwig Frhr. v., k. Kämmerer in Würzburg, W.=B. Haßfurt, U. u. N. 47) **Ow**, Karl Frhr. v., k. Regierungsrath in Landshut (II. Sekretär), W.=B. Landshut, N.=B. 48) **Jörg**, Dr. Josef Edmund, Archivconservator in Landshut (I. Sekretär), W.=B. Kempten, Schw. u. N.

Für die Verträge aber stimmten die Herren:

1) Adler, Dr., Rechtskonsulent in München, W.=B. Speyer, Pf. 2) Alwens, k. Landrichter in Bergzabern, W.=B. Kandeln, Pf. 3) **Ashenauer**,*) k. Advokat in Kempten, W.=B. Kempten, Schw. u. N. 4) Bach, kath. Pfarrer in Ziemetshausen, W.=B. Günzburg, Schw. u. N. 5) Bäß, Fabrikant in Ebern, W.=B. Schweinfurt, U. u. N. 6) Barth, Dr. Karl, k. Advokat in Augsburg, W.=B. Kempten, Schw. u. N. 7) Barth, Dr. Marqu., k. Advokat in Kaufbeuren, W.=B. Dinkelsbühl, N.=Fr. 8) Biehler, kath. Pfarrer u. Distrikts-Schulinspektor in Geltendorf, W.=B. Bruck, D.=B. 9) Borger Fabrikant in Naila, W.=B. Kronach, D.=Fr. 10) Brand, Färbermeister in Lohr, W.=B. Lohr, U. u. N. 11) Brandenburg, Kaufmann in Wunsiedl, W.=B. Hof, D.=Fr. 12) Crämer, Fabrikbesitzer in Doos, W.=B. Nürnberg, N.=Fr. 13) Croissant, k. Bezirksrichter in Frankenthal, W.=B. Speyer, Pf. 14) Dingler, k. Appell.=Ger.=Rath in Zweibrücken, W.=B. Zweibrücken Pf. 15) Dürschmidt, k. Appell.=Ger.=Rath in München, W.=B. München, D.=B. 16) Eckart, Poststallhalter in Nürnberg, W.=B. Neustadt a. d. A., N.=Fr. 17) Edel, Dr., k. Univ.=Professor in Würzburg, W.=B. Würzburg, U. u. N. 18) Eder, k. Landrichter in Burglengensfeld, W.=B. Cham, D. u. N. 19) Erter, Rentner und Gutsbesitzer in Neustadt a. d. S., W.=B. Ebnkofen, Pf. 20) Fischer, I. rechtsk. Bürgermeister in Augsburg, W.=B. Augsburg, Schw. u. N. 21) Fleischmann, rechtsk. Bürgerm. in Weigenburg, W.=B. Weigenburg, N.=Fr. 22) Föderer, Gastwirth in Bilshofen, W.=B. Weigenburg, N.=Fr. 23) Frank, Jos., kathol. Pfarrer in Bohenstrauß, W.=B. Neunburg v. Wald, D. u. N. 24) Frankfurter, Dr., k. Advokat in Nürnberg, W.=B. Nürnberg, N.=Fr. 25) Freyberg, Frhr. v., Gutsbesitzer in Haldenwang, W.=B. Mindelheim, Schw. u. N. 26) Frickhinger, Apotheker in Nördlingen, W.=B. Nördlingen, Schw. u. N. 27) Fries, k. Landrichter in Wolfstein, W.=B. Landstuhl, Pf. 28) Fugger-Blumenthal, Graf von, Hauptmann a la suite, Gutsbesitzer in Blumenthal, W.=B. Pfaffenhofen, D.=B. 29) Gärtner, Lehrer in Iggelheim, W.=B. Kaiserslautern, Pf. 30) Gelbert, protest. Pfarrer in Landau, W.=B. Landstuhl, Pf. 31) Gerstner, Dr., k. Univ.=Prof. in Würzburg, W.=B. Würzburg, U. u. N.

*) Die mit gothischer Schrift gedruckten Namen waren im Mai und November 1869 vom bayerischen Volke als „Patrioten“ gewählt.

- 32) Golsen, f. Anwalt in Frankenthal, W.=B. Kaiserslautern, Pf.
 33) Grabner, f. Appell.=Ger.=Rath in Augsburg, W.=B. Donauwörth, Schw. u. N.
 34) Greiner, Bürgermeister in Pirmasens, W.=B. Zweibrücken, Pf.
 35) Grieninger, Bürgermeister u. Banquier in Nissenheim, W.=B. Neustadt a. d. A., M.=Fr.
 36) Gschmender, Oekonom u. Bürgermeister in Oberdorf, W.=B. Kempten, Schw. u. N.
 37) Gürster, f. App.=Ger.=Rath in Amberg, W.=B. Amberg, O. u. N.
 38) Hasenmair, kath. Stadtpfarrer in Memmingen, W.=B. Kempten, Schw. u. N.
 39) Heine, Bierbrauer in Neuburg a. D. W.=B. Donauwörth, Schw. u. N.
 40) Herz, f. Bez.=Ger.=Rath in Nürnberg, W.=B. Weigenburg, M.=Fr.
 41) Hocheder, f. General=Bergwerks= und Salinen=Administrator in München, W.=B. München, O.=B.
 42) Hörmann, v., f. Staatsrath und Regierungs=Präsident von Schw. u. N. in Augsburg, W.=B. Schweinfurt, U. u. N.
 43) Hofmann, f. Notar in Babenhausen, W.=B. Mindelheim, Schw. u. N.
 44) Hohenadel, f. Oberstaatsanwalt in Eichstätt, W.=B. Weigenburg, M.=Fr.
 45) Hutschenreuther, Fabrikbesitzer in Selb, W.=B. Hof, O.=Fr.
 46) Huttler, Dr., kath. Geistlicher und Buchdruckereibesitzer in Augsburg, W.=B. Mindelheim, Schw. u. N.
 47) Jacob, Gutsbesitzer in Kaiserslautern, W.=B. Kaiserslautern, Pf.
 48) Jordan, Gutsbesitzer in Deidesheim, W.=B. Edenkoben, Pf.
 49) Kastner, Jos. Ant., Magistrats=Rath in Burgau, W.=B. Günzburg, Schw. u. N.
 50) Kastner, Wilh., f. Stadtrichter in München, W.=B. München, O.=B.
 51) Knorr, Verleger in München, W.=B. München, O.=B.
 52) Kolb, Georg, Fabrikbesitzer in Bayreuth, W.=B. Bayreuth, O.=Fr.
 53) Kraußold, prot. Pfarrer in Unterrodach, W.=B. Hof, O.=Fr.
 54) Kühlmann, f. Advokat in München, W.=B. München, O.=B.
 55) Lampert, prot. Pfarrer in Ippesheim, W.=B. Neustadt a. A., M.=Fr.
 56) Langguth, Bürgermeister in Heroldsbach, W.=B. Erlangen, M.=Fr.
 57) Levi, Weinhändler in Landau, W.=B. Edenkoben, Pf.
 58) Leyrer, Oekonom und Bürgermeister in Gutenhardt, W.=B. Dünkelsbühl, M.=Fr.
 59) Loß, Bürgermeister in Homburg, W.=B. Landstuhl, Pf.
 60) Louis, f. Advokat in München, W.=B. Kandel, Pf.
 61) Malowiczka, Dr., f. Univ.=Professor in Erlangen, W.=B. Ansbach, M.=Fr.
 62) Maier, Frz. K., f. Bez.=Amtmann in Landsberg, W.=B. Bruch, O.=B.
 63) Marquardsen, Dr., f. Univ.=Professor in Erlangen, W.=B. Erlangen, M.=Fr.
 64) Meirner, v., f. Minist.=Rath in München, W.=B. Pfaffenhofen, O.=B.
 65) Miller, v., Ergieberei=Inspektor in München, W.=B. Traunstein, O.=B.
 66) Nertel, Bierbrauer in Lauf, W.=B. Erlangen, M.=Fr.
 67) Ostermann, Magistratsrath u. Glasermeister in Freysing, W.=B. Pfaffenhofen, O.=B.
 68) Ponschab, Brauereibesitzer in Ingolstadt, W.=B. Pfaffenhofen, O.=B.
 69) Prestele, Bürgermeister in Thannhausen, W.=B. Günzburg, Schw. u. N.
 70) Radspieler, Hofvergolder in München, W.=B. Weilheim, O.=B.
 71) Ritter, Bürgermeister in Sembach, W.=B. Kaiserslautern, Pf.
 72) Rothaas, Kaufmann in Kandel, W.=B. Kandel, Pf.
 73) Sauer, Bürgermeister in Nordheim, W.=B. Schweinfurt, U. u. N.
 74) Schauß, Dr. v., f. Advokat in München, W.=B. Kronach, O.=Fr.
 75) Schleich, Dr. v., Realitätenbesitzer in München, W.=B. Bruch, O.=B.
 76) Schlör, v., f. Staatsminister in München, W.=B. Bayreuth, O.=Fr.
 77) Schmidt, Karl,

f. Appell.-Ger.-Rath in Zweibrücken, W.-B. Zweibrücken, Pf. 78) Schmidt Wilh., f. Bez.-Ger.-Rath in Bayreuth, W.-B. Bayreuth, D.-Fr. 79) Schmiedel, Bürgermeister in Kitzingen, W.-B. Würzburg, U. u. A. 80) Sellner, Ernst, Oekonom in Lendershausen, W.-B. Schweinfurt, U. u. A. 81) Senestrey, f. Bez.-Ger.-Rath in Traunstein, W.-B. Traunstein, D.-B. 82) Sepp, Dr., Gutsbesitzer in Wessobrunn, W.-B. Rottenburg, N.-B. 83) Seybold, Buchhändler in Ansbach. W.-B. Ansbach, M.-Fr. 84) Sittig, Schullehrer in Bayreuth, W.-B. Kronach, D.-Fr. 85) Sörgel, f. Gymn.-Professor in Erlangen, W.-B. Hof, D.-Fr. 86) Stahl, Gastwirth u. Bürgermeister in Vautrach, W.-B. Rempten, Schw. u. N. 87) Stauffenberg, Frhr. v., Gutsbesitzer in Heißlingen (in Württemberg), W.-B. Ansbach, M.-Fr. 88) Stenglein, f. Appell.-Ger.-Rath in München, W.-B. Kronach, D.-Fr. 89) Stockbauer, rechtsf. Bürgermeister in Passau, W.-B. Passau, N.-B. 90) Strauß, Schullehrer in Altdorf, W.-B. Nürnberg, M.-Fr. 91) Thomay, Juwelier in München, W.-B. München, D.-B. 92) Tillmann, Gutsbesitzer u. Adjunkt in Edesheim, W.-B. Eckenfoben, Pf. 93) Trendel, Fabrikant in Kulmbach, W.-B. Kronach, D.-Fr. 94) Völk, Dr., f. Advokat in Augsburg, W.-B. Augsburg, Schw. u. N. 95) Wagner, Magistrats-Rath u. Privatier in Bayreuth, W.-B. Bayreuth, D.-Fr. 96) Wand, f. Consistorial-Assessor in Speyer, W.-B. Speyer, Pf. 97) Weigand, Kaufmann in Ochsenfurt, W.-B. Würzburg, U. u. A. 98) Weiß, Rudolph, kath. Pfarrer u. Distrikts-Schulinspektor in Wallerstein, W.-B. Donauwörth, Schw. u. N. 99) Welzhoser, Müller in Wörleschwang, W.-B. Donauwörth, Schw. u. N. 100) Wulfert, f. Staatsanwalt in München, W.-B. München, D.-B. 101) Bill, kath. Stadtpfarrer in Schongau, W.-B. Weilheim, D.-B. 102) Der dirigirende Präsident Dr. v. Weis, f. Minist.-Rath in München, W.-B. Straubing, N.-B.

Dr. Anton Westermayer, geistl. Rath und Stadtpfarrer in München, ein Abgeordneter des Wahlbezirkes Wasserburg, legte Einen Tag vor der Abstimmung, sein Mandat nieder; **Dr. Johann Diepolder**, qu. f. Minist.-Rath in München, ein Abgeordneter aus dem Wahlbezirke Regensburg, war bei der Abstimmung abwesend; **Engelbert Weiß**, Müller und Bürgermeister in Boppentreuth, ein Abgeordneter des Wahlbezirkes Kemnath, D. u. N., war am Schleimsieber tödtlich erkrankt und Kaufmann **Heinrich Konkarz** in Gemünden, ein Abgeordneter des Wahlbezirkes Lohr, U. u. A., lag auf dem Sterbebette und wurde wenige Tage nach dem verhängnißvollen 21. Jänner begraben. Die zwei Letzteren hätten gegen die Verträge gestimmt.

Welche Hebel und Machinationen allseitig angewendet wurden, um die Annahme der Versailler Verträge zu be-

wirken, das ist jedem Vaterlandsfreunde und jedem treuen Anhänger an das Haus Wittelsbach zur Genüge bekannt.

So geschah es, daß Bayerns dreizehnhundertjährige Geschichte in so betäubender Weise zu einem vorläufigen Abschlusse gekommen ist, während dessen Söhne an der Seite der Preußen auf den blutigen Schlachtfeldern Frankreichs Sieg auf Sieg erjochten, und dort selbst Tausende seiner Söhne in die kühle Erde gebettet wurden, und obgleich Dr. Jörg in seiner Schlußrede alle Spiegelfechtereien der Gegner vor sich niederwarf, indem er, so zu sagen, in seiner Meisterschaft sich selbst übertraf, und nachdem doch das katholische Volk nach mehrfachen siegreichen Wahlkämpfen 84 Männer in die Kammer gesendet zu haben glaubte.

Walt's Gott! daß dereinst die Geschichte von **Denjenigen, die für die Versailler Verträge stimmten**, nicht unsern Enkeln erzählt, wie Heinrich Büchke:

„Vom Balaste bis zur Hütte des Leerhäuslers ging Wehklage und Verwünschung. Es fühlte alles Volk sein Recht, daß es keines Herrn veräußerliches Gut ist.“

Walt's Gott! daß nicht dereinst unsere Enkel in den Blättern der Geschichte von unseren Tagen geschrieben finden, was L. v. Westenrieder vom Thassilo II. sagt: „Und von nun an ist er aus den Augen der Menschen verschwunden. Von der glänzenden Herrschaft seines großen Reiches ist er mit aller seiner Herrlichkeit bis zum Schicksale des Aermsten aus dem Volke verschwunden.“

Jene Männer aber, die so treu an unserm Vaterlande und so treu an unserem erhabenen Königshause hingen, haben Ihr Gewissen rein bewahrt; Sie standen unbeugsam vor den sich aufdrängenden Versailler Verträgen, wie die Spartaner bei den Thermophylen; Ihr Wahlpruch war der des greisen Dulders, unseres hl. Vaters Pius IX.:

„**Non possumus!**“

Anhang.

An unsere Wähler.

Mitbürger!

Die zu Versailles von der k. Staatsregierung mit dem Könige von Preußen, als dem Vertreter des norddeutschen Bundes, abgeschlossenen Verträge sind von der gesetzlichen Majorität der Abgeordneten-Kammer angenommen worden.

Im vollen Bewußtsein der der Volksvertretung durch Vorlage dieser Verträge gestellten schweren Aufgabe haben wir nicht verjäumt, die Tragweite unseres Entschlusses auf das gewissenhafteste und mit Rücksicht auf seine sofortigen und späteren Folgen zu prüfen, und waren zu der Ueberzeugung gelangt, daß wir unsere Zustimmung versagen mußten.

Da diese unsere Abstimmung sicher von den, entgegenstehenden Parteien verdächtigt und selbst von Männern unserer Partei mißbilligt werden wird, so halten wir es für unsere Pflicht, Euch in Kürze die Gründe anzugeben, aus welchen wir nach unserer Ueberzeugung nur so und nicht anders handeln konnten und durften.

Zur Zeit der Landtagswahlen 1869 war das Land in zwei Parteien getheilt, in die fortschrittliche und in die patriotische.

Erstere hatte den Eintritt Bayerns in den Nordbund und somit das Aufgeben der Selbständigkeit Bayerns, — letztere die Abweisung dieses Eintrittes, dagegen förderative Einigung der deutschen Stämme und Erhaltung

der Selbständigkeit Bayerns, insoweit nicht einzelne Rechte an die Gesamtheit abgetreten werden müßten, an die Spitze ihres Programmes gestellt.

Ihr und wir waren gemeinsam der Ueberzeugung, daß durch einen Eintritt in den Nordbund, sei er bedingt oder unbedingt, die Zukunft Bayerns in Frage gestellt und eine unerschwingliche Last dem Lande aufgebürdet würde.

Und gerade wegen der Gemeinsamkeit dieser Ueberzeugung habt Ihr uns gewählt und uns hiedurch moralisch verpflichtet, demgemäß zu handeln.

Als uns die oben erwähnten Verträge vorgelegt wurden, haben wir erkannt, daß jetzt der Zeitpunkt des Kampfes für Bayerns Selbständigkeit und damit die Pflicht der Geltendmachung unseres Programmes eingetreten sei.

Durch diese Verträge wird nicht ein förderatives Band zwischen den einzelnen Stämmen Deutschlands oder zwischen dem norddeutschen Bunde und Bayern hergestellt, sondern Bayern tritt unter unerheblichen Abänderungen der norddeutschen Bundesverfassung dem norddeutschen Bunde bei; die norddeutsche Bundesverfassung wird auch unsere Verfassung, und geht der seit 1818 segensreich wirkenden Verfassung unseres Vaterlandes vor, dieselbe in den wesentlichsten Bestimmungen aufhebend und abändernd.

Unser bis jetzt souveräner König hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Verträge mit anderen Staaten einzugehen, ja selbst das Recht, die Kriegsbereitschaft der bayerischen Armee anzuordnen, zu Gunsten des Königs von Preußen, als Bundesoberhauptes, verloren. Die bayerische Armee wird im Falle der Kriegsbereitschaft und eines jeden von dem Bundesoberhaupte erklärten Krieges unter dessen Befehlen als Theil der Bundesarmee stehen. Der König von Preußen kann im Falle eines Angriffs auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten (wie leicht kann ein solcher herausgefordert werden!) ohne Zustimmung des Bundesraths, in jedem andern Falle selbst zu einem Angriffe oder einer Eroberung nur mit einfacher Mehrheit des Bundesraths Krieg erklären. Die Verpflichtung der bayerischen Truppen, dann den Befehlen des Königs von Preußen unbedingt Folge zu leisten, ist schon in den Fahne eid aufgenommen. Der König von Preußen empfängt sonach die bayerische Armee im Falle

der Kriegsbereitschaft und des Krteges nicht aus den Händen des Königs von Bayern, sondern ist deren Befehlshaber unmittelbar kraft eigenen Rechtes.

Zu Handels- und Wechselfachen wird in der obersten Instanz nicht mehr im Namen des Königs den bayerischen Unterthanen Recht gesprochen, sondern von dem Bundes-Oberhandelsgerichte zu Leipzig im Namen des Bundes-Oberhauptes.

In nicht geringerem Maße, wie die Krone in ihren Rechten, wird auch die Volksvertretung an den ihr verfassungsmäßig zustehenden Befugnissen geschädigt. Abgesehen von Gegenständen untergeordneter Natur wird die Mitwirkung der Gesetzgebung im Vertrags-, Straf-, Civilprozeß- und Strafprozeß-Rechte, dann über das Preß- und Vereinswesen an den Reichstag abgetreten, so daß die Gesetze für Bayern in Berlin gemacht werden.

Die größte und empfindlichste Schädigung geht aber dem Lande und seiner Vertretung durch die Entziehung des Budgetrechtes in mehrfachen Bestimmungen zu.

Sämmtliche Einnahmen der indirekten Staatsabgaben aus Zöllen, Salz, Tabak und Rübenzucker werden der bayerischen Staatskassa und somit der Volksvertretung die Controle über Verwendung derselben entzogen. Dieselben fallen in die Bundeskassa, werden zu Ausgaben für Bundeszwecke, für Ausgaben, über welche die bayerische Volksvertretung nicht zu bestimmen hat, und welche uns bis jetzt zum Theile nicht berührten, als: Bundesschulden und deren Verzinsung, Marine, Bundesfestungen, Bundesbeamte u. s. w. verwendet. Die Ausgaben aus Branntwein und aus Bier, sohin der Malzausschlag, auf dessen Erträgnisse die bayerischen Staatsgläubiger gesetzlich angewiesen sind, bleiben vorläufig unserer Staatskassa, aber nur vorläufig, da nach den Verträgen die Bundesstaaten zur Herbeiführung einer Uebereinstimmung in der Gesetzgebung über die Besteuerung dieser Gegenstände sich verpflichtet haben.

Wie schwer wurde von dem Lande die Bürde des Militär-Budgets seit Jahren empfunden und laut begehrt die Bevölkerung aus allen Theilen des Landes Abminderung der Last.

Nach dieser Bundesverfassung wird das Militär-Budget nicht mehr in München von der Vertretung des bayerischen Volkes, sondern in Berlin von dem Bundesrathe und Reichstage festgesetzt. Wir haben hiefür nur die Mittel aufzubringen, und sind verpflichtet, soviel zu verwenden, als diktiert wird.

Nach dieser Verfassung wird ein Prozent der Bevölkerung die Präsenzstärke des Heeres im Frieden bilden und hiefür 225 Thaler (393 fl. 45 kr.) per Mann verwendet werden, — das wird für Bayern eine Friedens-Armee von circa 48,500 Mann und ein Friedens-Budget von circa 19 Mill. Gulden geben, — also noch um 4 Mill. Gulden mehr als für das letzte Budget (1868/69) bewilligt war. Mit allgemeinen Entsetzen wurde das dem jetzigen Landtage vorgelegte Militär-Budget pr. 15,700,000 fl. und die Steuererhöhung von 33% aufgenommen, — künftig wird nach unserer Ueberzeugung eine sehr fühlbare Vermehrung der direkten Steuern unmittelbare Folge des in Berlin diktierten Budgets sein. Alle Bestrebungen der bayerischen Volksvertretung, die Ausgaben und damit die Steuern herabzumindern, werden fruchtlos sein, wenn ihr die Feststellung des Militär-Budgets — jener Zweig der Verwaltung, in dem namhafte Ersparungen fast allein möglich sind — entzogen ist. An eine Abminderung der Militärlast in Berlin ist nicht zu denken, da eine Abminderung, auch wenn alle andern Fürsten und das gesammte Volk es wollten, ohne Einwilligung des Königs von Preußen, des Oberhauptes eines Militärstaates, nicht geschehen kann.

Hiezu kommt, daß verfassungsmäßig die Dienstzeit des Soldaten durch die Erweiterung der Reservezeit von 6 auf 7 Jahre ausgedehnt werden wird.

Wenn gar keine weiteren Bedenken gegen die vorgelegte Verfassung obwalteten, so wäre dieses Militär-Budget, das nach unserer Ueberzeugung unser Land niederdrücken und die Befriedigung der dringenden Bedürfnisse für höhere Interessen beeinträchtigen wird, diese Preisgabe des wichtigsten Rechtes einer Volksvertretung, ohne welche sie nur ein Schein ist, — nämlich des Budgetrechtes — für unser Gewissen ein zwingender Grund zu Ablehnung der Verträge gewesen.

Die weit in die Millionen gehende Schädigung des Volkswohlstandes durch die lange Präsenzzeit des Militärs braucht hier kaum erwähnt zu werden.

Wir haben die wesentlichsten Rechte, deren Verzicht — in den wichtigsten Theilen nicht an die Gesamtheit des Bundes, sondern nur an den König von Preußen — uns zugemuthet wird, aufgeführt, und fügen nur noch bei, daß der König von Preußen unter Beistimmung der Majorität des Bundesrathes, Execution gegen unser Land, in unbeschränkter Ausdehnung, also sogar bis zur Unterdrückung der Regierungsgewalt des Königs verfügen kann.

Die sogenannten Sonderrechte, welche in den Verträgen Bayern bewilligt werden, sind nicht gegebene, sondern nur nicht entzogene Rechte, und ohne materielle Bedeutung für die Selbstständigkeit: ja sie dürften nur zur Erweckung von Eifersüchteleien dienen und daher zur Erschwerung der Stellung Bayerns im Bunde.

Ueerblicken wir das, was nach Annahme dieser Verträge an unserer Verfassung noch verbleibt, so erscheint uns der bayerische Landtag mit diesem kümmerlichen Reste seiner Befugnisse zu einem steuerbewilligenden Provinzial-Landtage herabgedrückt.

Allein auch dieser kümmerliche Bestand ist nicht für die Zukunft gesichert, da nach § 78 der Bundesverfassung Veränderungen in der Verfassung, daher Erweiterung der Competenz des Bundes auf Kosten der noch verbleibenden Rechte der Bundesstaaten, im Wege der Gesetzgebung erfolgen können, wenn sich 45 Stimmen im Bundesrathe dafür aussprechen, was wohl Preußen in jedem einzelnen Falle unschwer erlangen kann. Eine Befragung und Zustimmung der einzelnen Landesvertretungen ist nicht geboten, ja nicht einmal zur Entziehung der sogenannten Sonderrechte nothwendig, da hiezu die Einwilligung der Bundesregierung im Bundesrathe hinreicht.

Der Vertrag, zu dessen gesetzlicher Giltigkeit in Bayern die Zustimmung der Kammern gefordert werden muß, soll ohne eine solche Zustimmung zum Nachtheile Bayerns abgeändert werden können!!

Der durch die Verträge zu schaffende Bundesstaat ist keine Vereinigung gleichberechtigter Staaten, sondern die Unterwerfung der einzelnen Staaten unter die Oberhoheit Preußens, der Verzicht auf unsere konstitutionellen Rechte zur Schaffung eines großen absolutistischen Militärstaates, ohne Garantien für politische und kirchliche Freiheit, für eine stetige Entwicklung — weil ohne Oberhaus — ohne verantwortliches Ministerium.

Wenn nun nach vorstehenden Auseinandersetzungen durch die Annahme der Verträge nicht bloß die wesentlichsten Bestimmungen unserer Verfassung entzogen, sondern uns auch viele Gesetze aufgebürdet werden, welche wir auch annehmen müssen, wenn sie die berechtigten Eigenthümlichkeiten unseres Volkstammes tief verletzen, — welche Bedeutung soll der Satz im Vertrage haben, er sei zum Schutze des im Bundesgebiet geltigen Rechtes geschlossen?

Ein Abschluß der sogenannten nationalen Bewegung und damit ein Aufhören der schädlichen politischen Agitation wird durch die Annahme der Verfassung sicher auch nicht bewirkt, weil auch unsere politischen Gegner damit nicht zufrieden sind, die zudem in der Anlage der Verfassung zum Einheitsstaate einen Grund zum fortwährenden Drängen nach diesem Ziele haben, bis es erreicht ist. Diese Parteibestrebungen würden nur dann aufhören, wenn das patriotisch gesinnte bayerische Volk an der Zukunft seines engeren Vaterlandes verzweifelnd alles über sich ergehen ließe.

Die Theilnahme von Abgeordneten aus Bayern am Reichstage kann nicht als Ersatz für die aufzugebenden Rechte des bayerischen Landtages erscheinen, weil deren Anzahl (48) zu unbedeutend in der Versammlung (382) und das Volk in seiner Wahl durch die Diätenlosigkeit der Abgeordneten beschränkt ist.

Wenn wir daher auch eine Vereinigung der deutschen Stämme von ganzem Herzen wünschen und gerne unsere Mitwirkung hiezu geboten hätten, so konnten und durften wir doch zu einer solchen, der Stellung und Bedeutung Bayerns, seiner mehr als tausendjährigen ruhmvollen Geschichte unwürdigen Media-

tisirung unseres Vaterlandes, zu einer solchen Zerreiſung unserer Verfaſſungs-Urkunde unsere Stimme nicht geben. Diese Mediatisirung wird uns nicht von einem Sieger, wie im Jahre 1866 dem sächsischen Königreiche, aufgezwungen, was jede Wahl ausschließt, sondern soll von uns, nachdem Bayerns tapferes Heer in so vielen Schlachten dem Bundesgenossen treue und werthvolle Kriegshilfe leistete, und während es jetzt noch mit ihm ebenbürtig an Tapferkeit, dem Feinde gegenübersteht, ohne die Möglichkeit einer Abänderung freiwillig angenommen werden — Besiegter und Bundesgenosse auf gleicher Stufe! Eine freiwillige Annahme einer solchen Mediatisirung erscheint um so weniger geboten, als nach Versicherung aus ministeriellem Munde eine äußere Nöthigung weder stattgefunden hat, noch zu besorgen war.

Von unseren Parteigenossen wird vielfach die Ansicht ausgesprochen, es seien die Verträge wegen ihrer möglichen Vortheile für die Stellung der katholischen Kirche in Deutschland anzunehmen; allein solche können nicht gehofft werden, da die Bundesverfassung auf diesem Gebiete keine Competenz hat und eine Abänderung in dieser Richtung eine nicht zu erwartende Mehrheit im Bundesrathe und im Reichstage erfordern würde.

Unsere Gegner werfen uns Ermuthigung des Widerstandes Frankreichs durch Ablehnung der Verträge vor; allein diese Beschuldigung widerlegt sich durch die Bewilligung der Mittel zum Kriege und durch die Theilnahme unserer Truppen an den Kämpfen; der Vorwurf würde übrigens mit doppeltem Gewichte auf jene zurückfallen, welche uns in die Lage, einen unannehmbaren, weil unabänderlichen Vertrag ablehnen zu müssen, versetzt haben.

Keine Gründe der Zweckmäßigkeit, mögen sie auch für Zwecke von noch so großer Bedeutung vorgebracht werden, konnten uns veranlassen, die Errungenschaften unseres Verfaſſungslebens aufzugeben und von dem abzuweichen, wozu wir uns durch Recht und Gerechtigkeit, durch unser bestes Wissen und Gewissen gedrungen fühlten, in der Ueberzeugung, daß die göttliche Vorsehung, wenn sich Bayern nicht selbst aufgibt, dasselbe schützen werde.

Wir übergeben dem Lande die Entscheidung über unser bisheriges Handeln mit dem Wunsche: Gott schütze unser liebes Bayern!

München, am 21. Januar 1871.

Bayer Joh. Benz Frz. Mich. Brückl Joh. Burger Frz.
 Frank Alois. Freitag Andr. Fuchs Otto, Frhr. v.
 Gerauer Bened. Greil Frz. X. Hasenbrädl M., Frhr. v.
 Hasenbrädl Frz. X., Frhr. v. Hauck Thom. Henning Frz.
 Häring Georg. Hilgenrainer Math. Höchstetter Joh. Hof-
 stetter Kajet. Jörg, Dr. Jos. Edm. Kräger, Dr. Adolf.
 Kurz, Dr. Karl. Lauener Mich. Leiseder Mart. Lerzer
 Joh. Lindner, Dr. Jos. Mahr Frz. Mayer Gg. Neu-
 mayer, Dr. Jos. Ow Karl, Frhr. v. Pfahler, Dr. Jos.
 Röckl Joh. Kuland, Dr. Ant. Rukmurm Ant. Schieserer
 Wilh. Schmid, Dr. Ant. Schmid Frz. X. Schmidbauer
 Georg. Schmidkonz Johann Nep. Schüttlinger, Dr. Jak.
 Sedelmayr Andreas. Seinsheim-Grünbach Mar, Graf v.
 Söfner Jos. Triller Mich. Weber Frz. Loth. Weimer
 Andr. Wiesnet Aug. Winklhofer Bened. Zu-Rhein
 Ludwig Frhr. v.

Nach dem Dr. Kuland erhielt Gg. Fr. Kolb zur factischen Berichtigung gegen den Staats-Minister v. Pfrecksner das Wort.

Meine Herren! Da ich außer der gewöhnlichen Reihenfolge das Wort erhalten habe, so werde ich mich beschränken auf die Besprechung derjenigen Punkte, welche gestern von Seite Seiner Excellenz des Herrn Finanzministers speziell berührt wurden. Ich bitte Sie nur um das Eine: Wenn ich im Folgenden bloß die finanzielle und Steuerfrage besprechen werde, so messen Sie es einzig und allein diesem Umstande bei. Die Steuer- und Finanzfrage ist in meinen Augen eine sehr wichtige, dessen ungeachtet ist sie für mich nicht die wichtigste; die Freiheitsfrage steht mir höher. Indesß wird bei dieser Gelegenheit, wie bei mancher anderen, es sich zeigen, daß wirthschaftliches Wohlergehen und Freiheit

ebenso Hand in Hand gehen, wie die wirthschaftliche Verkümmernng und der Militarismus.

Von allen Seiten ist anerkannt, daß wir durch das Eintreten in die Verträge die Lasten des bayerischen Volkes bedeutend vermehren. Von keiner Seite ist die Sache im Grundsatz bestritten worden. Die Ansichten gehen nur auseinander in Bezug auf die Größe der Ziffer. Von Seite des königlichen Staatsministeriums der Finanzen wird die Größe der Mehrbelastung in Folge der Uebernahme der neu entstehenden Bundeslasten auf 2,700,000 fl. veranschlagt. Ich veranschlage diese Mehrlast auf fast das Doppelte, auf $5\frac{1}{2}$ Millionen. Die 2,700,000 fl. sind, wie mir scheint, aber an sich schon eine ziemlich bedeutende Summe. Sie stehen gleich dem Ertrage von 27 Steuerbeischlagprocenten.

Ich gehe nun auf die Einzelheiten über. Da treffe ich zunächst auf Mehrausgaben für das Heer, dann für die Marine. In Bezug auf die Mehrausgaben für das Heer steht die eine Thatjache fest, daß wir im ordentlichen, laufenden, in Zukunft von der Kammer gar nicht mehr anzugreifenden Militärbudget eine Summe von etwas über 4 Millionen mehr als bisher zu entrichten haben, — ohne Marine und ohne die übrigen Bundesausgaben. Nun sagt man, gegenüber dieser Mehrausgabe im ordentlichen Budget müßten die Ersparungen, welche in den außerordentlichen Stats gemacht werden können, in Abzug gebracht werden. Die Sache hätte ihre Richtigkeit, wenn die außerordentlichen Stats hinwegfielen. Aber ich muß hier wiederholen, was ich schon im Ausschusse gesagt habe, sie werden nicht hinwegfallen. Sie werden nicht mehr in dieser Gestalt, nicht mehr als Getreidepreisdifferenz vorkommen, aber sie werden in einer anderen Weise vorkommen, und zwar, wie ich besorge, nicht in geringerer Summe, wie bisher.

Es ist überhaupt ein eigenes Verhältniß, wenn es sich um Erhöhung des ordentlichen Militäretats handelt. So oft eine solche Erhöhung des ordentlichen Stats in diesem Hause zur Sprache kam, wurde immer geltend gemacht: ja, wir ersparen an dem außerordentlichen Stat ebensoviel. Dessen ungeachtet erscheinen die außerordentlichen Stats nach wie vor. Das letzte Mal, als dieser

Gegenstand in diesem Hause verhandelt wurde, war es, als es sich um Einführung der neuen Wehrverfassung handelte. Gestatten Sie mir der Curiosität wegen ein Wort in seinen prägnantesten Stellen Ihnen mitzutheilen, welches damals hier gegeben wurde.

Ein Herr Redner, der jetzt noch der Kammer angehört, sagte:

„Gehen wir nun, meine Herren, zur ersten Frage über, nämlich zum Kostenpunkte, welcher von den Gegnern am meisten betont und geltend gemacht wird. Wenn wir diesen Punkt berühren, so dürfen wir nicht nur auf die ordentlichen Budgetansätze für das Militär in den verschiedenen Finanzperioden eingehen, sondern wir müssen die außerordentlichen Credite hinzurechnen, die gefordert wurden, so oft der politische Horizont nur irgendwie getrübt war, und die sehr groß waren. Diese außerordentlichen Credite müssen den ordentlichen Positionen beigelegt werden, denn sie waren ja die Folge der gegebenen Organisation, sie sind nothwendig geworden durch die Art und Weise, wie die alte Organisation eingerichtet war.“

Dann folgert der Herr Redner weiter:

„Die 31 Millionen Gulden, welche im Jahre 1866 für die Armee bewilligt wurden, wären, wie ich in meinem Vortrage zeigen werde, bei der neuen Organisation durchaus nicht nothwendig gewesen (also selbst die Kriegskosten würden bei der Organisation, wie wir sie jetzt haben, erspart worden sein!), diese Ausgabe ist nur veranlaßt worden durch die Organisation, wie sie bestanden hat, nach der neuen Organisation wird sie nicht mehr nöthig sein.“

Dann wird dieses weiter ausgeführt und der Herr Redner kommt zu dem Schlusse:

„Entgegen dem Aufwande für das alte System tritt mithin eine jährliche Ersparniß von 2,439,061 fl. ein.“

Wo nun diese Ersparniß zu treffen ist, weiß ich freilich nicht.

Ich habe in meinen Bemerkungen gesagt: selbst wenn ich mich auf den Standpunkt des Ministeriums stellte, selbst wenn ich im Allgemeinen die Ersparungen anerkennen könnte, die dort aufgeführt werden, so würde die Ziffer eine viel geringere sein.

Bezüglich der Getreidepreisdifferenz hat seine Excellenz der Herr Finanzminister hingewiesen auf meinen eigenen Vortrag über das Militärbudget und hat erwähnt, daß ich dort angeführt hätte, im Jahre 1868 hätte diese Differenz 1,300,000 fl. betragen. Das ist vollkommen richtig, aber die Sache verhält sich doch etwas anders, als daß sie hier angepaßt werden könnte. Ich habe in meinem Berichte über den außerordentlichen Militäretat angeführt, daß außer dem gewöhnlichen ordentlichen Etat noch verschiedene Ausgaben für das Militär stattfinden, namentlich die Getreidepreisdifferenz, und ich habe in einer Parenthese bemerkt, im Jahre 1868 habe der Betrag sich auf so und so viel belaufen, — im Jahre 1868, bezüglich dessen mir als Referenten die Rechnungen vorlagen, während sie der Kammer noch nicht zur Kenntniß gebracht waren. Nirgendwo im ganzen Vortrage habe ich aber mit einer Sylbe gesagt, daß dies eine Durchschnittsziffer sei, die als Durchschnitt in Rechnung zu setzen wäre. — Im Berichte über den ordentlichen Etat war ich in dem Falle, einen Durchschnitt zu suchen. Ich habe ihn gegeben; er ist abgedruckt in dem Beilagenband III Seite 113, und wie habe ich ihn gegeben? Ich hatte mir von Seite des k. Kriegsministeriums Aufschluß erbeten über die Ziffer, wie sie sich gestaltet hatte. Das Kriegsministerium hat diese Ziffern mitgetheilt; sie sind am angegebenen Orte genau abgedruckt, es sind dieselben, die ich jetzt angeführt habe. Hier habe ich das Ergebnis nach der ministeriellen Aufstellung zur Berechnung der Durchschnittszahl mitgetheilt; es ist dieselbe Zahl, wie in meiner neueren Ausarbeitung. — Die Bezugnahme auf eine höhere Ziffer, das Herausnehmen einzelner ungewöhnlich hohen Jahre ist damit ganz gewiß nicht gerechtfertigt.

Es wird sodann der Betrag der übrigen außerordentlichen Ausgaben angeführt. Ich bedauere, daß die kurzen Notizen, welche ich mir während der Rede Seiner

Excellenz sammelte, mangelhaft sind. Täuscht mich aber nicht Alles, so haben Seine Excellenz in diese Millionen Alles eingerechnet, was auch künftighin auf dem außerordentlichen Etat bleiben wird, z. B. die Pensionen, die während eines Krieges entstehen. — Ich bin ziemlich gewiß, daß es der k. Staatsregierung nicht beliebt wird, die Pensionen, welche z. B. in dem jetzigen Kriege entstanden sind, sich auf Rechnung der 225 Thaler setzen zu lassen.

Ich komme also zu dem Ergebnisse, daß, selbst wenn ich mich auf den Standpunkt des Ministeriums stellte, die Ziffern andere werden müßten, als sie dort angenommen sind. Allein ich befinde mich nicht auf diesem Standpunkte.

Wie ich vorhin schon angedeutet habe, werden wir den ordentlichen Etat, den wir nicht mehr antasten dürfen, in Zukunft um 4,000,000 fl. erhöhen, und wir haben gar keine Garantie dafür, daß der außerordentliche Etat nicht wieder erscheine, zwar unter anderen Formen und anderen Namen, in Bezug auf die Zahlungspflichtigkeit ist es aber das Gleiche.

Man könnte sich am Ende bei dem Gedanken beruhigen: „Wenn wir ein um so viel höheres ordentliches Budget bewilligt haben, dann werden wir die außerordentlichen Credite nicht mehr genehmigen.“ Die Sache hätte eine gewisse Berechtigung, wenn nicht mit Annahme der Verträge die Entscheidung über die Bewilligung oder Nichtbewilligung aus der Hand dieses Hauses vollständig herausfiel. Sind die Verträge angenommen, dann wird nicht mehr hier über das ordentliche oder außerordentliche Budget votirt, sondern in Berlin. Das Einzige, was dieses Haus noch zu thun haben wird, wird sein, das Geld zu beschaffen, das man anderwärts gefordert hat, — von dem man anderwärts bestimmt hat, daß es herbeigeschafft werden müsse.

In Beziehung auf die Flotte habe ich eine Ziffer in meiner Rechnung aufgeführt, die nach meiner Ueberszeugung weit unter der Wirklichkeit bleibt. Von Seite des Herrn Finanzministers wurde daraus eine Argumentation gegen mich abgeleitet. Ich muß bekennen, ich begreife nicht, mit welchem Rechte. Ich habe eine zu

geringe Ziffer angenommen, diese zu geringe Ziffer wird aber nicht angetastet durch das was ich vernommen habe. Es liegt ziemlich nahe, daß ein Kaiserthum mit einer Flotte sich nicht begnügt, für welche — und es handelt sich jetzt erst um deren wirkliche Begründung — nicht mehr als 3 $\frac{1}{2}$ Millionen Thaler des Jahres verausgabt werden. Damit kann man eine Flotte haben, die zu denen dritten und vierten Ranges gehört. Offenbar ist es nicht die Absicht, sich damit zu begnügen; man wird weiter und weiter greifen und die Flotte wird sehr viel Geld kosten.

Ich habe dann auch der Kriegskosten Erwähnung gethan. Die Sache liegt ziemlich nahe, die Lasten und Verpflichtungen sind vorhanden. Ich habe gleichwohl die Ziffer in meiner Zusammenstellung in erster Linie ganz außer Rechnung gelassen, weil ich auch annehme, daß durch die Kriegsschädigungsgelder diese Ausgaben uns zurückersezt werden.

Es ist sogar möglich, daß wir mehr bekommen, als unsere Auslagen, es ist aber auch das Gegentheil möglich. Fest steht blos, daß wir zur Zeit haften für die aufgenommenen Anlehen, und daß wir haften müssen gegenüber denen, die Pensionsansprüche haben. Ich glaubte insbesondere auch hierauf kommen zu müssen, nachdem bei den Verhandlungen im Ausschusse im Juli v. Js. die Erwartung erweckt und, wie ich glaube, berechtigt war, daß man jedenfalls für Rückersatz dieser Kriegskosten sich Sicherheit verschaffen werde. Geschehen ist das nicht.

Ich mußte sodann mir die Frage stellen: Wie wird sich das neue Budget gestalten? denn es ist nicht gleichgültig, unter welchen Verhältnissen man eine neue Last übernimmt. In welcher Zeit nun, meine Herren, soll diese neue Last übernommen werden? In einer Zeit, in welcher — ich muß es wiederholen — die Landwirthschaft eine schwere Krise zu bestehen hat, die Gewerbsindustrie darniederliegt und der Handel stockt. Unter diesen Verhältnissen neue Lasten zu übernehmen, dürste man sich doppelt besinnen.

Ich bin sodann auf den Punkt gekommen: welche Ausgaben werden sodann für die Civilverwaltung weiter

nothwendig sein als bisher? Ich habe angenommen, daß diese größere Ausgabe $2\frac{1}{2}$ Millionen betragen werde, und ich zweifle, ob man trotz alles Streichens unter diese Ziffer herunterkommen wird. Ich habe bemerkt, daß es die Absicht des Finanzausschusses war, Ihnen seiner Zeit vorzuschlagen, am Militär so viel zu ersparen, als nöthig ist, um diese Summe zu decken. Man hat mich auf die veränderten Verhältnisse hingewiesen. Nun, meine Herren, der letzte Krieg liefert keine Widerlegung des Principes, das ich in der Militärfrage vertreten habe. Es ist ein für mich sogar lockendes Thema, ich muß mir aber versagen, hier näher darauf einzugehen. Nur die eine Bemerkung gestatten Sie mir: es hat sich gerade in diesem Kriege gezeigt, daß die am längsten in den Kasernen gedienten Soldaten zuerst geschlagen worden sind. Die französische Armee hat eine Präsenzdauer von 5 Jahren, die preussische von 3, die bayerische von 2 Jahren. Es hat sich also gezeigt, daß die Präsenzdauer nicht das Entscheidende ist. Nun, was sehen wir weiter? Ich habe mich zu allen Zeiten dagegen verwahrt, daß man ein Milizheer vergleiche mit zusammengerastten Haufen; in Frankreich rastt man jetzt die Leute zusammen, wie man sie bekömmt. Das ist wahrhaftig nicht das Milizheer, welches ich erstrebte. Nichtsdestoweniger aber leisten die zusammengerastten Leute längeren Widerstand, als das stehende Heer, das 5 Jahre gedient worden ist.

Ich habe ferner darauf hingewiesen, daß verschiedene Einnahmepositionen sich vermindern werden. In Beziehung auf verschiedene Punkte wird das gar nicht zu bestreiten sein. Man verweist uns nun darauf, daß wir ein neues Taxgesetz bekommen. Ja, meine Herren, das neue Taxgesetz, wenn es zu Stande kommt, wird allerdings eine Mehreinnahme liefern, aber in welcher Weise? Wird das, was hier eingebracht wird, anders erlangt, als durch eine höhere Besteuerung des Volkes? Es ist ganz gleichgiltig, ob diese Mehreinnahme herbeigeführt wird durch direkte Steuern oder durch indirekte Auflagen. Herbeigeschafft muß sie aber werden.

In die ganze Rechnung habe ich nicht eingesetzt den Antheil Bayerns an der alten Bundesschuld. Ich habe es unterlassen aus dem einfachen Grunde, weil ich

im Anfange im Zweifel war, ob wir nicht davon befreit seien. Aus den ministeriellen Erklärungen geht hervor, daß wir davon nicht befreit sind, daß wir auch da unsern Antheil zu tragen haben. Man führt dagegen an, daß wir hinwieder auch Bundeseinnahmen erhalten, und verweist uns speziell auf den Wechselstempel, der mehr ertragen würde, als die Verzinsung der Bundesschuld ausmache. Ja, meine Herren, bekommen wir denn diesen Ertrag geschenkt? Er muß auch im Lande aufgebracht werden, und wir werden eine indirekte Auflage mehr haben, eine Auflage belästigendster Art und mit geringem Ertrage.

Es wurde weiter angeführt: der Bund suche die alten Einnahmsquellen zu erhöhen und neue zu schaffen. Ist dies ein Trost, meine Herren? Es bedeutet das einzig und allein, daß man die Reihe der indirekten Auflagen vergrößern wird, dieser indirekten Auflagen, die man leider in den bestehenden Staaten nicht hinwegbringen kann, die man aber doch wahrhaftig nicht vergrößern sollte, weil sie in der Regel eine unverhältnißmäßige Belastung des Minderbemittelten gegenüber dem Wohlhabenden sind.

Es wurde dann auch erwähnt, der Grundbesitz werde nicht allzusehr gedrückt werden. Meine Herren, es ist vollkommen gleichgültig, ob durch direkte oder indirekte Auflagen die Summen herbeigeschafft werden, die erforderlich sind; bezahlt müssen sie aber werden von der Volks. Wer aber glauben möchte, der Grundbesitz werde leer ausgehen bei dieser neuen Belastung, irrt sich gewaltig. Schon aus dem einfachen Grunde wird er nicht leer ausgehen, weil die Grundsteuer diejenige Steuer ist, die am meisten erträgt. An sie wird man sich halten, mindestens eben so sehr, wie an irgend eine andere Steuer.

Es wurde auch eine Bemerkung gemacht, die Kurse der Fonds seien nicht zurückgegangen, oder seien hoch. Ich bin nun nicht der Meinung, daß der Kurs der Papiere maßgebend ist in solchen Dingen, dessen ungeachtet war ich etwas erstaunt, dies zu hören, und ich bin beinahe im Zweifel, ob ich richtig gehört habe. Erstaunt wäre ich darüber, wenn ich richtig gehört hätte, weil Herr

Finanzminister sehr wohl weiß, welcher Unterschied im Stande der Kurse von früher und jetzt ist. Ende 1869 wurde ein 4 $\frac{1}{2}$ procentiges bayerisches Anlehen zu einem Kurse ausgegeben, der bis auf einen Bruchtheil ebenso hoch war, wie der, um welchen später das fünfprocentige gegeben werden mußte. Der Stand der Kurse spricht also, wie mir scheint, keineswegs für die Behauptung.

Man hat dann weiter hervorgehoben: man solle nicht blos die finanziellen Nachteile, sondern auch die Vortheile in's Auge fassen, und es wurde dabei darauf hingedeutet, daß in Folge der Kündbarkeit des Zollvereins manches Kapital in der bayerischen Industrie nicht anzulegen worden sei. Mir, meine Herren, sind keine Fälle bekannt, in welchen irgend Jemand Anstand genommen hätte, sein Kapital in der bayerischen Industrie anzulegen, aus Furcht vor der Kündigung des Zollvereins. Es ist, so viel ich weiß, nicht leicht Jemand eingefallen, der Zollverein könnte gekündigt werden. Man glaubt nicht an diese Kündigung, weil Preußen mindestens das gleiche Interesse hat wie Bayern an der Forterhaltung des Zollvereines.

Es wurde auch geredet von dem Aufblühen des Handels in Folge der Existenz einer Kriegsflotte. Nun, meine Herren, die Kriegsflotte wird speziell uns in Bayern wenig nützen, sie wird selbst Norddeutschland sehr wenig nützen. Hamburg ist zu einer Handelsmacht ersten oder zweiten Ranges emporgewachsen, ohne ein einziges Kriegsschiff zu haben; die Schweiz hat einen Handel, verhältnißmäßig größer, als beinahe alle andern Staaten, und sie hat kein Schiff auf dem Meere. Die Entwicklung des Handels hängt von ganz andern Bedingungen ab. Die Kriegsflotte überdies nützt selbst in Kriegzeiten sehr wenig. Das hat sogar Nordamerika während des Bürgerkrieges erfahren; das hat auch Frankreich und Preußen in neuester Zeit erfahren.

Es wurde weiter bemerkt, man solle nicht auf die Berechnung der Steuerprocente sich beschränken; der neue Bund stelle wirthschaftliches Gedeihen und Aufblühen in Aussicht. Das ist es, was ich bezweifle. Meine Herren, dem neuen Bunde fehlt das erste Element

zu einer gedeihlichen Entwicklung der wirthschaftlichen Verhältnisse, es fehlt ihm das Princip der Freiheit; ohne diese gedeiht das wirthschaftliche Wohl nicht. Es wird aber um so weniger daran zu denken sein, daß ein starkes Aufblühen erfolge, als wir nicht nur die Hände derer vermissen, welche im Kriege gefallen sind, sondern weil wir auch ein größeres stehendes Heer haben werden als bisher. Verlust an Menschen im Kriege, Vermehrung des stehenden Heeres, das zusammen sind wahrlich keine Elemente, aus denen Volkswohlstand hervorgeht.

Ich bin nun an ein Gebiet gekommen, das ich in Folge des vorhin Gesagten verlassen muß. Gestatten Sie mir nur noch die einzige Bemerkung: Ich kann mir nicht denken, daß eine Bundesverfassung in befriedigender Weise für das deutsche Volk geschaffen werden kann, ausschließlich durch Vereinbarung der Diplomatie. Ich kann mir nicht denken, daß eine solche Verfassung geschaffen werden kann, wenn alle und jede Mitwirkung des Volkes ausgeschlossen ist. Eine Verfassung, die in unsern Tagen den Namen einer Verfassung verdient, muß vor Allem die Rechte des Volkes feststellen und sichern. Finden Sie etwas Aehnliches in dieser Verfassung? Ich kann nichts von dem finden, ich finde das Gegentheil darin, nämlich die Feststellung der drückendsten aller Lasten, der Militärlast. Es ist ein eisernes Militärbudget, welches besteht, man mag sagen, was man will.

Es wurde Bezug genommen auf die außerordentlichen Kriegsausgaben und man sagt, diese außerordentlichen Stats würden gar nicht mehr vorkommen. Nehmen Sie die Bundesfassung zur Hand, so finden Sie darin sogar eine ganz positive Andeutung in Betreff der neu zu erbauenden Bundesfestungen und diese Ausgabe wird wahrlich nicht kleiner sein, als bisher die außerordentlichen Credite waren.

Was die Ausgabe für die Marine betrifft, — nun, meine Herren, warten wir ab, es wird sich bald zeigen, welche Berechnung die richtigere ist, die von mir aufgestellte oder die andere.

Inhalt.

	Seite
1. Rede des Freiherrn zu Franckenstein	1
2. Rede des Referenten Dr. Jörg	6
3. Rede des Abgeordneten Dr. Kuland	24
4. Rede des Abg. Dr. Greil	43
5. Rede des Abg. Dr. Ant. Schmid	76
6. Rede des Abg. Dr. Schüttinger	84
7. Rede des Abg. Dr. Kräßer	95
8. Rede des Abg. G. F. Kolb	106
9. Rede des Abg. Triller	115
10. Rede des Abg. Wiesnet	122
11. Rede des Freiherrn Xaver v. Hasenbrädl	138
12. Rede des Abg. Lerzer	147
13. Rede des Abg. Dr. Neumaier	150
14. Rede des Abg. Dr. Pfahler	157
15. Rede des Abg. Burger	167
16. Rede des Abg. Mahr	170
17. Schlußrede des Referenten Dr. Jörg	180
Anhang. An unsere Wähler	202
Berichtigung des Abgeordneten Kolb gegen den Staatsminister v. Pfretschner	209
Inhalt	219

